



10. JAHRGANG, Dezember 1974, HEFT 4

HEINZ-DIETER KITTSTEINER: Bewußtseinsbildung, Parteilichkeit, dialektischer und historischer Materialismus. Zu einigen Kategorien der marxistisch-leninistischen Geschichtsmethodologie

WILLIAM H. MAEHL: Bebel and the Revolutionary Solution of the German Problem, 1866 – 1871

HENRYK SKRZYPCZAK: Überfällige Anmerkungen zur polnischen und deutschen Ausgabe der Luxemburg-Briefe an Jogiches

**HARTFRID KRAUSE UND
SETSUKO TARUMI:** Bibliographie der USPD-Broschüren
1917 – 1922

JOSEPH KÖNIG: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Niedersächsischen Staatsarchiv in Wolfenbüttel

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONS-
VORHABEN * NEUE LITERATUR



Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Wieder lieferbar:

Heft 8

Juni 1969

2. Auflage – Dezember 1974

INHALT

INHALT

Wolf-Arno Kropat: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Herbert Natale: Materialien zur Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Sigmaringen

Ulrich Kluge: Quellen zur Geschichte der Rätebewegung 1918/19 in Archiven des Bundesgebietes

Warner W. Pflug: The Labor History Archives, Wayne State University

Helmut Baier: Evangelische Kirche und Arbeiterbewegung – Zur Quellenlage in den landeskirchlichen Archiven

Doris Pröschold: Die „Deutsche Presseforschung“ in Bremen

Dieter Schmidt: Das Institut für Marxistische Studien und Forschungen

Herbert Aptheker: The American Institute for Marxist Studies

Alexander Fischer: Beiträge zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung in den „Voprosy Istorii KPSS“ (1962 – 1966)

Henryk Skrzypczak: Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete VIII

Neue Literatur



Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Inhalt	HEINZ-DIETER KITTSTEINER: Bewußtseinsbildung, Parteilichkeit, dialektischer und historischer Materialismus. Zu einigen Kategorien der marxistisch-leninistischen Geschichtsmethodologie	S. 408
	WILLIAM H. MAEHL: Bebel and the Revolutionary Solution of the German Problem, 1866 – 1871	S. 431
	HENRYK SKRZYPCZAK: Überfällige Anmerkungen zur polnischen und deutschen Ausgabe der Luxemburg-Briefe an Jogiches	S. 448
	HARTFRID KRAUSE UND SETSUKO TARUMI: Bibliographie der USPD-Broschüren 1917 – 1922	S. 458
	JOSEPH KÖNIG: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Niedersächsischen Staatsarchiv in Wolfenbüttel	S. 472
	INGRID LEHMANN: Das „Center for Immigration Studies“ und das Immigrantentarchiv an der University of Minnesota	S. 496
	FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN	
	zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete XXII. Bearbeitet von Rita Klunkert	S. 498
	NEUE LITERATUR	
	Max Adler (1873 – 1937). Eine Bibliographie, Wien 1973 (<i>Henryk Skrzypczak</i>)	S. 506
	Friedrich Engels 1820 – 1970. Referate, Diskussionen, Dokumente. Hannover 1971 (<i>Henryk Skrzypczak</i>)	S. 506
	Leon Trotsky, <i>Defense du Marxisme</i> , Paris 1972; Leo Trotzki, <i>Verteidigung des Marxismus</i> , Berlin 1973 (<i>Hartmut Mehringer</i>)	S. 510
	Willy Brandt, <i>Die Partei der Freiheit. Reden über August Bebel, Karl Marx, Friedrich Engels und Otto Wels</i> , Bonn-Bad Godesberg 1974 (<i>Henryk Skrzypczak</i>)	S. 512
	Ernst Fraenkel, <i>Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie</i> , Hamburg 1973; Günther Doeker und Winfried Steffani (Hrsg.), <i>Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag</i> , Hamburg 1973 (<i>Walther Euchner</i>)	S. 516
	Justus F. Wittkop, <i>Unter der schwarzen Fahne. Aktionen und Gestalten des Anarchismus</i> , Frankfurt/M. 1973 (<i>Peter Lösche</i>)	S. 519

Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 – 1918, Göttingen 1973 (Gunnar Stollberg)	S. 519
Alexander von Plato, Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzkismus, Berlin 1973 (Hartmut Mehringer)	S. 521
Einhart Lorenz, Arbeiterbewegelsens historie. En innforing, 2 Bde, Oslo 1972 und 1974; Norsk sosialisme. En dokumentation. Utvalg og kommentar av Einhart Lorenz, Oslo 1970 (Lutz Mez)	S. 522
KURZANZEIGEN UND LITERATURHINWEISE	S. 525
BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION	S. 530
INHALTSVERZEICHNIS UND REGISTER ZUM JAHRGANG 10 (1974) DER IWK IM ANHANG	

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)

ISSN 0046-8428

Redaktion: Rita Klunkert, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper, unter ständiger Mitarbeit von Hans H. Biegert.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79, Tel.: 030/833 30 61.

Die mit dem Verfasseramen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe.
Gerichtsstand: West-Berlin.

Die IWK ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).

Preis: Einzelheft DM 7,- (Studenten DM 5,-), Jahresabonnement DM 28,- (Studenten DM 20,-) zuzüglich Porto und Verpackung. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 215515 - 105, beim Postscheckamt Berlin-West. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 8, 13 - 19/20 und 1 - 3 (1974). Weitere Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1 - 10 geben wir kostenlos ab.

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin.

Satz: Composersatz Marschall, Berlin 46, Arnstädter Str. 1.

Druck: Kleinoffset Dressler, Berlin 36, Oranienstr. 10/11.

An unsere Leser

Das vorliegende Heft 4 des 10. Jahrganges der IWK schließt den ersten Jahrgangsband im neuen Format ab. Die Umstellung vollzog sich nicht ohne Schwierigkeiten. Dafür bitten wir um Verständnis. Insgesamt haben das nunmehr vierteljährliche Erscheinen und das handlichere Format bei unseren Lesern ein positives Echo gefunden. Ab 1975 soll als technische Verbesserung zur Fadenheftung übergegangen werden.

Was den Inhalt angeht, so sind wir bestrebt, den Korrespondenzcharakter der IWK stärker zu betonen. Das bedeutet, der wissenschaftlichen Diskussion mehr Raum zu geben, die Liste der Forschungs- und Publikationsvorhaben weiter zu vervollständigen, die Berichterstattung über Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Ausland zu verbessern und den Rezensionsteil in dem Sinne zu aktualisieren, daß Sie in der Rubrik "Neue Literatur" tatsächlich in erster Linie über Neuerscheinungen informiert werden. Angesichts unserer Personal-, Arbeits- und Finanzlage ist die Realisierung dieser Aufgaben nur durch zusätzliche Unterstützung seitens unserer Mitarbeiter und Leser zu gewährleisten. Deshalb sei denjenigen von Ihnen, die der IWK bisher schon ihre Mitarbeit zur Verfügung gestellt haben, an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Die vor einem Jahr (vgl. Editorial zu H. 19/20 (1973)) befürchtete Kostensteigerung läßt sich inzwischen in konkreten Zahlen ausdrücken. Im Gefolge der angeblichen Rohstoffkrise stiegen die Papierpreise um 74 %, Satz-, Druck- und Buchbindekosten um ca. 10%. Die Gebühren im Postzeitungsdienst werden um 100 % erhöht.

Angesichts dieser Tatsachen sehen wir uns trotz erfreulich gestiegener Einnahmen aus Abonnements, die jedoch die Kostensteigerungen nicht auszugleichen imstande waren, gezwungen, ab Januar 1975 eine drastische Preiserhöhung vorzunehmen, um die Existenz der IWK zu sichern. Nachdem es uns gelungen war, den Preis drei Jahre lang konstant zu halten, müssen wir (ähnlich wie die Kollegen von der „International Review of Social History“ schon für 1974) ab 1975 pro Heft DM 10,50 (Studenten DM 7,-), zuzüglich jeweils DM 1,- Porto und Verpackung, berechnen. Der Preis für das Jahresabonnement wird demnach ab 1975 DM 42,- und für Studenten DM 28,-, zuzüglich jeweils DM 4,- für Porto und Verpackung, betragen. Wir sind uns bewußt, daß eine Preiserhöhung dieses Ausmaßes für manche Bezieher eine Härte bedeutet. Deshalb haben wir den Abo-Kündigungstermin um ein Quartal verschoben. Andererseits ist darauf hinzuweisen, daß der Preis für das Studentenabonnement damit immer noch nicht kostendeckend ist.

Wir wissen, dies ist nur ein schwacher Trost. Wir hoffen jedoch auf das Verständnis unserer Leser und Mitarbeiter, die mit uns der Ansicht sind, daß die IWK als Kommunikationsorgan der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung lebensfähig bleiben muß.

Berlin-Lichterfelde
Dezember 1974

Herausgeber, Redaktion und Vertrieb
der IWK

BEWUSSTSEINSBILDUNG, PARTEILICHKEIT, DIALEKTISCHER UND HISTORISCHER MATERIALISMUS. ZU EINIGEN KATEGORIEN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN GESCHICHTSMETHODOLOGIE *

Von Heinz-Dieter Kittsteiner

Dieser Beitrag war ursprünglich als Rezension geplant. Da ich jedoch der Ansicht bin, daß eine Rezeption der theoretischen und methodischen Position der DDR-Historiographie in der BRD nur sinnvoll ist, ¹ wenn deren spezifisch marxistisch-leninistische Grundzüge erkannt und in ihrer Differenz zum marxischen Theorieverständnis dargestellt werden, ² kam ich bei der Besprechung einiger Aufsätze dieses Sammelbandes in folgendes Dilemma: die mir notwendig erscheinenden Einwände gegen den in sich relativ geschlossenen Argumentationszusammenhang des Marxismus-Leninismus verselbständigten sich derart, daß an eine knappe kritische Darstellung der Intention der Autoren, also an eine eigentliche Rezension, nicht mehr zu denken war.

Statt dessen habe ich versucht, anhand dreier Aufsätze des vorliegenden Bandes drei Kategorien der marxistisch-leninistischen Geschichtsmethodologie zu kritisieren. Ich will daran zeigen, inwiefern diese Geschichtswissenschaft in ihrer wissenschaftstheoretischen Form Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR ist, in welchen Traditionen sie steht und welches ihre besonderen Probleme und Schwierigkeiten sind.

1. Sozialistische Warenproduktion und „Bewußtseinsbildung“

Helmut Meier: „Erfahrungen mit der soziologischen Methode der schriftlichen Befragung bei der Untersuchung zum Stand und zu Entwicklungsproblemen des sozialistischen Geschichtsbewußtseins“.

(1) Dieser Aufsatz ist nicht so sehr als „Beitrag zur Bedeutung der soziologischen Forschungsmethode für die Geschichtswissenschaft“ ³ von Interesse, sondern vielmehr deshalb, weil er eine konkrete Bestimmung des politisch-praktischen Aufgabenbereichs der Historio-

* Ernst Engelberg (Hrsg.), *Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft. Beiträge zu ihrer Theorie und Methode*, Köln 1972. – Genehmigte Lizenzausgabe des Akademie-Verlags, Berlin. Dort erschienen unter dem Titel: *Probleme der Geschichtsmethodologie* (künftig zitiert: *Probleme*).

1 Die Lizenzausgabe des Pahl-Rugenstein Verlags versteht sich als Beitrag zur westdeutschen Diskussion.

2 Daran mangelt es auch noch bei neueren Auseinandersetzungen seitens der BRD. Vgl. dazu: Frank Reuter, *Geschichtsbewußtsein in der DDR. Programm und Aktion*, Köln 1973. – In seiner antikomunistischen Grundhaltung ist dieses Buch vergleichbar mit der Broschüre Albrecht Timms, *Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der sowjetischen Besatzungszone seit 1945*, Bonn 1958. – Dagegen um kritisch-sachliche Einschätzung bemüht: Dieter Riesenberger, *Geschichte und Geschichtsunterricht in der DDR*, Göttingen 1973. Aus der Sicht der westdeutschen Sozialgeschichtsschreibung: Jürgen Kocka, *Zur jüngeren marxistischen Sozialgeschichte. Eine kritische Analyse unter besonderer Berücksichtigung sozialgeschichtlicher Ansätze in der DDR*, in: *Soziologie und Sozialgeschichte, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 16 (1972), S. 491 – 514.

3 Helmut Meier, *Erfahrungen mit der soziologischen Methode der schriftlichen Befragung bei der Untersuchung zum Stand und zu Entwicklungsproblemen des sozialistischen Geschichtsbewußtseins*, in: *Probleme*, S. 155 (künftig zitiert: *Erfahrungen*).

graphie gibt. Im Zusammenhang mit der Entwicklung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ und seiner Fortführung im „Entfalteten Ökonomischen System des Sozialismus“ in den Jahren 1963-70 wurde den Gesellschaftswissenschaften, insbesondere der Geschichtswissenschaft, verstärkt die Aufgabe gestellt, an der Herausbildung eines sozialistischen Bewußtseins mitzuarbeiten.⁴ Im November 1969 fand eine Konferenz der „Deutschen Historiker-Gesellschaft“ unter dem Thema: „Das Sozialistische Geschichtsbewußtsein bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ statt, deren Resultate in dem Sammelband „Geschichtsbewußtsein und sozialistische Gesellschaft“ veröffentlicht wurden. Der vorliegende Aufsatz knüpft unmittelbar an die in diesem Band von Walter Schmidt vorgelegten Untersuchungsergebnisse der Forschungsgruppe „Sozialistisches Geschichtsbewußtsein“ des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED an: eine Befragungsaktion sollte Aufschluß geben „wieviel Geschichte“ eine sozialistische Persönlichkeit braucht.⁵

(2) Wozu sie die Geschichte braucht, geht aus der dieser Befragung vorangestellten theoretischen Konzeption hervor. Ich referiere deren zentrale Thesen:

- Das gesellschaftliche Bewußtsein ist abhängig von der objektiven gesellschaftlichen Entwicklung. Umgekehrt vollzieht sich diese Entwicklung durch das Bewußtsein der Handelnden hindurch. Das Bewußtsein kann so selbst eine „Triebkraft“ der gesellschaftlichen Entwicklung werden, wenn es mit deren gesetzmäßigen Erfordernissen übereinstimmt.
- Das geforderte sozialistische Bewußtsein soll „proletarischen Klassencharakter“ haben. Darunter ist aber nicht das unmittelbare Bewußtsein der Arbeiterklasse im Sozialismus zu verstehen, sondern ein „letzten Endes zum gesamtgesellschaftlichen Bewußtsein werdendes und gewordenes Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse“.⁶

Was genauer damit gemeint ist, zeigt die dritte These, die zugleich die eigentliche Begründung für die Aufgabenstellung der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften liefert:

- Sozialistisches Bewußtsein ist *gesamtgesellschaftliches Bewußtsein*. Einsichten dieser Art entstehen nicht spontan, sondern müssen von der Wissenschaft erarbeitet und den Werktätigen vermittelt werden: „Die gesellschaftliche Praxis des Sozialismus und die daraus erwachsenden Erfahrungen bilden die ursprüngliche Quelle sozialistischer Bewußtheit. Damit jedoch daraus sozialistisches Bewußtsein entsteht, ist es erforderlich, zu gesamtgesellschaftlichen Einsichten vorzudringen. Dazu gehören wissenschaftliche Erkenntnis-mittel. Das sozialistische Bewußtsein kann nicht spontan entstehen, es bedarf der gezielten und planmäßigen politisch-ideologischen Arbeit der Partei der Arbeiterklasse, die im Marxismus-Leninismus über das wissenschaftliche Instrument der Erkenntnis, Gestaltung und Veränderung der Gesellschaft verfügt“.⁷

4 Vgl. dazu den zusammenfassenden Literaturbericht von Günter Katsch, Alfred Loesdau und Hans Schleier, *Forschungen zur Geschichte der Geschichtsschreibung, -theorie und -methodologie*, in: *Historische Forschungen in der DDR 1960 – 1970. Analysen und Berichte*, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (künftig zitiert: ZfG) Jg. 18 (1970), Sonderband, S. 31 – 56, insbes. S. 32 f.

5 Walter Schmidt, *Geschichtsbewußtsein und sozialistische Persönlichkeit bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*, in: Helmut Meier und Walter Schmidt (Hrsg.), *Geschichtsbewußtsein und sozialistische Gesellschaft*, Berlin 1970, S. 10.

6 Helmut Meier, *Erfahrungen*, in: *Probleme*, S. 160 f.

7 A.a.O., S. 161.

Halten wir zunächst fest: sozialistisches Bewußtsein in dieser spezifischen Definition muß wissenschaftlich erarbeitet und propagiert werden. Die Geschichtswissenschaft als bewußtseinsbildende Einzeldisziplin bezieht aus diesem Zusammenhang ihre gesellschaftliche Legitimation. Um die gesellschaftlichen Ursachen der Notwendigkeit einer solchen „Bewußtseinsbildung“ näher bestimmen zu können, d.h. um zu untersuchen, warum sozialistisches Bewußtsein nicht spontan entstehen kann, müssen wir kurz auf das System des Sozialismus in der DDR eingehen. Natürlich kann das in diesem Rahmen nur ganz abstrakt geschehen; wir beschränken uns auf eine kurze Erörterung des Problems der modifizierten Weiterexistenz der Kategorien „Warenproduktion“ und „Wertgesetz“.

(3) Im Kapitalismus regelt das Wertgesetz a) daß nicht mehr als die gesellschaftlich notwendige Durchschnittsarbeitszeit auf die Produkte, b) daß die gesamtgesellschaftlich disponible Arbeitszeit in den gebrauchswertmäßig erforderlichen Proportionen verausgabt wird. Exekutor des Wertgesetzes ist die Konkurrenz a) innerhalb einer Anlagesphäre (Kampf um den Extraprofit), b) zwischen den Sphären (Kapitalwanderung, Ausgleich zur Durchschnittsprofitrate). Das Wertgesetz zeigt in seiner Funktion, daß im Kapitalismus die gesellschaftliche Arbeit nicht unmittelbar als solche, sondern privat geleistet wird. Dem Produzenten sind weder die erforderliche gesellschaftliche Durchschnittsarbeitszeit, noch die erforderlichen Proportionen der gesellschaftlichen Produktion bekannt; seine Privatarbeit wird erst auf dem Markt als gesellschaftliche Arbeit anerkannt. Die Produkte der Privatarbeit werden aufeinander bezogen als Teile der gesellschaftlichen Gesamtarbeit; Ausdruck dieser nur vermittelt existierenden gesellschaftlichen Gesamtarbeit ist der *Wert*. Er nimmt im Austausch Wertgegenständlichkeit an, weil das immanente Wertmaß, die Arbeitszeit, nur in der Form des Geldes alle notwendigen Funktionen der kapitalistischen Produktionsweise erfüllen kann, „worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann“. ⁸ Die gesellschaftlichen Verhältnisse der Produzenten zueinander erscheinen in *sachlicher Form*; ihr Bewußtsein ist – allerdings nicht widerspruchsfrei, weil der Gesamtprozeß des Kapitals krisenhaft verläuft – durch Geld-, Lohn- und Kapitalfetisch bestimmt.

(4) Nach Marx bleibt die „Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen“ ⁹ auch für den Sozialismus das zentrale Problem. ¹⁰ Allerdings macht er in der „Kritik des Gothaer Programms“ ebenso unmißver-

8 Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, 3 Bde. [= Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, (künftig zitiert: *MEW*), Bd. 23-25, Berlin 1962 ff.], Bd. 1, S. 117 (künftig zitiert: *Kapital* 1-3).

9 Karl Marx, *Kapital* 3, S. 859.

10 „Naturgesetze können überhaupt nicht aufgehoben werden. Was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern kann, ist nur die *Form*, worin jene Gesetze sich durchsetzen“. Karl Marx, Brief an Kugelmann vom 11.7.1868, in: *MEW*, Bd. 32, S. 553. „Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger . . . Ökonomie der Zeit, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion, bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz. Dies ist jedoch wesentlich verschieden vom Messen der Tauschwerte (Arbeiten und Arbeitsprodukte) durch die Arbeitszeit“. Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf)*, Berlin 1953, S. 89 (künftig zitiert: *Grundrisse*).

ständig klar, daß diese Naturgesetze aller Produktion im Sozialismus nicht mehr eine Form annehmen dürfen, in der die auf die Produkte verausgabte Arbeit als *Wert* erscheint: „Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebenso wenig erscheint hier die auf die Produkte verausgabte Arbeit als *Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren“. ¹¹

Die Doppelexistenz von Plan und Markt in den sozialistischen Ländern wäre demnach nur ein Indiz dafür, daß es bislang noch nicht gelungen ist, die Marxsche Forderung nach einer unmittelbaren Vergesellschaftung der Arbeit einzulösen, was wiederum nur heißt, daß diese Gesellschaften sich noch nicht auf ihrer eigenen Grundlage entwickeln, sondern noch behaftet sind mit den „Muttermalen der alten Gesellschaft“, ¹² aus deren Schoß sie herkommen. Das ändert aber nichts daran, daß an der Forderung nach einem schrittweisen Zurückdrängen der Ware-Geld-Beziehung (und ihres fetischisierenden Einflusses auf das Bewußtsein der Produzenten) festgehalten werden muß.

Es ist hier nicht möglich, näher auf die Diskussion um die „sozialistische Warenproduktion“ einzugehen; zu konstatieren ist jedoch, daß sich in den sozialistischen Gesellschaften die Vorstellung durchgesetzt hat, daß gerade das Wertgesetz das entscheidende „Mittel“ für die Kontrolle und Durchführung der vom Plan gestellten Aufgaben ist. ¹³ Die Ware-Geld-Beziehung wird als funktionales Instrument aufgefaßt, das über die materielle Stimulation (Gewinn, Lohn, Prämie) die optimale Entfaltung der Produktivkräfte sichern soll, deren Wachstum wiederum als bestimmende Voraussetzung für den Übergang zum Kommunismus angesehen wird. Dabei vernachlässigt bzw. bagatellisiert man, daß das unmittelbare Bewußtsein der Produzenten weiterhin durch jene ökonomischen Kategorien formiert wird. ¹⁴

11 Karl Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, in: MEW, Bd. 19, S. 19 f.

Z.T. berechnete Einwände gegen die Abstraktheit der Marxschen Ausführungen in der *Kritik des Gothaer Programms* macht Renate Damas in: *Die 'Anwendung der Arbeitswerttheorie' und die Planung der Preise in der DDR*, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Sonderheft 5, Berlin 1973, S. 57 ff. (künftig zitiert: PROKLA).

12 Karl Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, S. 20.

13 „Warenproduktion, Wertgesetz, Äquivalenzprinzip sind im Sozialismus deshalb notwendig, weil die Gesellschaft die von den produzierenden Einheiten verausgabte Arbeit beständig auf die gesellschaftlich notwendige Größe zurückführen muß, wenn die kollektiven Interessen mit den gesellschaftlichen immer wieder in Übereinstimmung gebracht werden sollen, wenn die kollektive Aneignung an gesamtgesellschaftlichen Maßstäben, an der Leistung für die Gesellschaft gemessen werden soll“. Harry Nick, *Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus*, Berlin 1970, S. 77.

14 „Die Planung ist ein Beleg des unmittelbaren gesellschaftlichen Charakters der Produktion. Die ökonomischen Beziehungen zwischen den Menschen sind nicht mehr von der verdinglichten Form der Warenbeziehungen verdeckt, das heißt: der Warenfetischismus ist überwunden. Der Tauschwert hat nicht länger die Funktion des allgemeinen oder einzigen Regulators der proportionalen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit. Der Warencharakter ist daher kein konstitutives Merkmal der sozialistischen Produktion; gleichzeitig bildet er, zusammen mit anderen Wesenszügen, ein unerläßliches Kennzeichen dieser Produktion“. Evsey G. Liberman, *Methoden der Wirtschaftslenkung im Sozialismus. Ein Versuch über Stimulierung der gesellschaftlichen Produktion*, Frankfurt/M. 1974, S. 53. Die zuletzt gemachte Einschränkung hebt die vorhergehenden Aussagen wieder auf. Daß die Wertkategorien nicht mehr der einzige Regulator der Produktion sind, besagt noch nicht, daß ihre fetischisierende Kraft hinsichtlich des Bewußtseins der Produzenten verschwunden ist.

Egoistische, an der Individualität orientierte Verhaltensweisen zum einen, gesellschaftliche Konflikte zum andern verweisen darauf, daß die Arbeit im Sozialismus noch nicht unmittelbar vergesellschaftet ist. Das System der „sozialistischen Aneignung“ (gesellschaftliche, kollektive und individuelle Aneignung) ist in sich widersprüchlich: z.B. bestimmt der Lohn den individuellen Anteil des Arbeiters am gesellschaftlichen Gesamtprodukt: er hat also das Interesse an einer Lohnerhöhung. Für das Betriebskollektiv dagegen sind die Löhne Kostenbestandteile: sein Interesse wird darin bestehen, den Lohn zu senken, um den Gewinn zu erhöhen.¹⁵ Dieser Widerspruch äußert sich praktisch (nach Maßgabe ihrer unterschiedlichen Rolle in Gewerkschaft, Partei und Betrieb) als Auseinandersetzung zwischen Arbeiterklasse und einer privilegierten Schicht von Bürokratie und Intelligenz.¹⁶ Widersprüche dieser Art werden jedoch nicht offen ausgetragen, sondern durch beständige Harmonisierungsversuche überdeckt. Neben den materiellen Anreiz – und zugleich als sein Gegensatz – tritt auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die „Überzeugungsarbeit“ der Partei. Sie versucht die unmittelbar nicht vorhandene Identität von gesellschaftlichen und individuellen Interessen plausibel zu machen. Mit dem Konzept der „Bewußtseinsbildung“ fordert sie die Einsicht in die Notwendigkeit als Einsicht in diese bestimmten bestehenden Verhältnisse:¹⁸ „Folglich ist das

- 15 Dieses Beispiel wurde aus Harry Nick, *Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus*, S. 74 entnommen. Es wird dort sogleich harmonistisch aufgelöst: das eigentliche Interesse der Arbeiterklasse sei das optimale Wachstum des gesamten Nationaleinkommens.
- 16 Daß solche Widersprüche existieren, wurde auf dem VIII. Parteitag der SED klar, als die Phrase von der „Sozialistischen Menschengemeinschaft“ zurückgenommen werden mußte: „Dabei wird deutlich, daß bei prinzipiell gleichen Eigentumsverhältnissen, bei Volkseigentum oder genossenschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln, die unterschiedliche Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit – das heißt die unterschiedliche Stellung zur sozialistischen Produktion und das darauf beruhende unterschiedliche Vergesellschaftungs- und Organisationsniveau sowie die Verteilungsverhältnisse – noch immer wesentliche Unterschiede zum Beispiel zwischen Arbeiterklasse und der Mehrheit der Intelligenz hervorbringen“. Kurt Hager, *Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971*, S. 20; vgl. auch S. 22 und 30.
- 17 Theoretische Basis für diese Harmonisierungsversuche ist die Auffassung, daß der „Grundwiderspruch“ des Kapitalismus zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung durch die weitgehende Verstaatlichung/Kollektivierung aufgehoben sei. – Marx hat diesen „Grundwiderspruch“ in dieser Weise nie formuliert. Im Kapitalismus ist die „Gesellschaftlichkeit“ der Produktivkräfte vom Kapital (und nicht von den vergesellschafteten Produzenten) bestimmt; sie ist daher nicht bereits ein „sozialistisches“ Moment, das nur noch von der privaten Aneignung überlagert wird. Jene abstrakte Formel aber verführt zu der Ansicht, es gelte nur noch, die „revolutionären“ Produktivkräfte von jener unangemessenen Aneignungsweise zu befreien. Damit wird der Blick dafür verstellt, daß der zentrale Widerspruch des Kapitalismus in der bestimmten Weise der Verausgabung der gesellschaftlichen Arbeit liegt, daß also die daraus entspringenden ökonomischen Kategorien Ware - Geld (auch in ihrer modifizierten sozialistischen Form) abzuschaffen sind. – Das Problem der Widersprüche beim Aufbau des Sozialismus hängt daher m.E. mit der Lösung der Frage der unmittelbar vergesellschafteten Arbeit zusammen und ist nicht bereits mit der Aufhebung jenes zweifelhaften „Grundwiderspruchs“ beseitigt.
- 18 Einsicht in die Notwendigkeit könnte allein für die wirklichen „Naturgesetze“ aller Produktion, also für das Gesetz der proportionalen Produktion und das der Ökonomie der Zeit (vgl. S. 410, Anm. 10) gefordert werden; in den sozialistischen Ländern reiht man an diese Grundgesetze jedoch eine Fülle von anscheinend daraus abgeleiteten Gesetzen, die nichts weiter ausdrücken, als die bestimmte – in „Gesetzmäßigkeiten“ gekleidete – historische Form, die die Durchführung jener wirklichen Grundgesetze angenommen hat. Mit der Anerkennung dieser Grundgesetze soll zugleich die Anerkennung aller anderen verknüpft werden: „Als im Sozialismus wirkende ökonomische Ge-

wohlverstandene individuelle Interesse [Hervorhebung von mir] nichts anderes als letztlich das gesellschaftliche Interesse. Das heißt, die *Grundinteressen* der Gesellschaft, der Kollektive und der Werktätigen sind identisch". 19

(5) Erst in diesem Zusammenhang wird die Aussage Meiers (s.o., S. 409), sozialistisches Bewußtsein beinhalte „gesamtgesellschaftliche Einsichten“ deutlicher. Die Partei faßt das unmittelbar aus der gesellschaftlichen Praxis des Sozialismus erwachsende Bewußtsein der Arbeiterklasse in seiner Widersprüchlichkeit nicht als Bestandteil eines selbst noch widersprüchlichen Prozesses der schrittweisen Herstellung von Verhältnissen, in denen die Arbeit unmittelbar vergesellschaftet ist, sondern bemüht sich, die bewußtseinsmäßigen Auswirkungen der beibehaltenen Ware-Geld-Beziehung durch eine abstrakte Identifikation mit dem gesellschaftlichen Ganzen auf ideologischer Ebene zu kompensieren. Es ist daher bezeichnend, daß Meier abschließend die gesellschaftliche Relevanz der „Überzeugungsarbeit“ als Internalisation vorgegebener Normen darstellt: „In der gesellschaftlichen Praxis bei der Lösung der konkreten Aufgaben manifestiert sich letztlich der Grad der Bewußtheit. Diese *verhaltensregulierende und -steuernde Funktion* [Hervorhebung von mir] des sozialistischen Bewußtseins äußert sich in den Grundüberzeugungen der sozialistischen Persönlichkeit. Die sozialistischen Grundüberzeugungen spiegeln den grundlegenden Zusammenhang des gesellschaftlichen Lebens wider. In ihnen kommt die Übereinstimmung von Denken, Fühlen und Handeln der Persönlichkeit mit den objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen zum Ausdruck". 20

Bislang können wir zusammenfassen: Das Konzept der „Bewußtseinsbildung“ ist Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR. Die Grundlagen der Überzeugungsarbeit werden den Einzelwissenschaften von der Partei vorgegeben; daher die jeweilige Neuorientierung der Geschichtswissenschaft nach den Parteitage. Sie profiliert sich als „bewußtseinsbildende Disziplin“ in der Verschleierung von Widersprüchen beim Aufbau des Sozialismus. Mit dem Argument, das sozialistische Bewußtsein müsse „wissenschaftlich“ sein (s.o., S.409) behauptet sie nur ihre eigene Unabdingbarkeit. Sie transformiert die geforderten „Grundüberzeugungen“ (seit Ende der 60er Jahre haben sich deren vier herausgebildet) in ihr Forschungskonzept:

- die Überzeugung von der Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus und der historischen Legitimation der DDR als der konkreten Form der Durchsetzung dieser allgemeinen Gesetze auf deutschem Boden, 21

setze werden in der sowjetischen Literatur besonders hervorgehoben: das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus, das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft, das Gesetz der Ökonomie der Zeit, das Gesetz der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität, das Wertgesetz, das Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung, das Gesetz der sozialistischen Akkumulation, weiterhin die Gesetze von Angebot und Nachfrage, der Geldzirkulation, der Konzentration der Produktion, des vorrangigen Wachstums der Abteilung I, der gesellschaftlichen Produktion und anderen". Autorenkollektiv, *Ökonomische Gesetze des Sozialismus in der Diskussion. Ein methodologischer Abriß*, Berlin 1974, S. 11.

- 19 Harry Nick, *Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus*, S. 72.
- 20 Helmut Meier, *Erfahrungen*, in: *Probleme*, S. 162.
- 21 Zu diesem Problemkreis zählen letztlich alle Untersuchungen über die gesetzmäßige Abfolge der Gesellschaftsformationen und die Probleme der Periodisierung der deutschen Geschichte. Vgl. dazu: Ernst Engelberg, *Zu methodologischen Problemen der Periodisierung*, in: *Probleme*, S. 121 – 154 und ders., *Probleme der gesetzmäßigen Abfolge der Gesellschaftsformationen*, in: *ZfG*, Jg. 22 (1974), Heft 2, S. 145-173.

- die Grundüberzeugung von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei als Träger des gesellschaftlichen Fortschritts, ²²
- die Überzeugung von der Notwendigkeit des engen Bündnisses mit der Sowjetunion, ²³
- die Überzeugung von der Überholtheit und Perspektivlosigkeit des Imperialismus und der Notwendigkeit des Kampfes gegen ihn. ²⁴

(6) Diese Grundüberzeugungen bilden schließlich den Maßstab für die von den Historikern ²⁵ durchgeführte Befragung nach Stand und Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins: „Die Grundüberzeugungen stellen auch die Kriterien dar, um den konkreten Stand der Bewußtseinsbildung zu messen“. ²⁶ Untersucht wird nicht das empirische Bewußtsein der Arbeiterklasse, sondern nur noch der Stand der Bewußtseinsentwicklung im Rahmen der Überzeugungsarbeit. Die Befragung setzt daher – soweit die Beispiele Meiers dies erkennen lassen – nicht an der gesellschaftlichen Erfahrung der Arbeiterklasse an, sondern konfrontiert diese unvermittelt mit den erwünschten Überzeugungen, die in ihrer Abstraktheit Erfahrung, Bewußtsein und Sprache der Arbeiter transzendieren. ²⁷ Man nahm daher zur sogenannten geschlossenen Frage Zuflucht, bei der die Befragten nur noch zwischen vorgegebenen Antworten wählen, bzw. gewichten können. ²⁸ Die Art der Fragen zeigt schließlich, welche

- 22 Die Vermittlung dieser Einsicht als einer „Lehre der Geschichte“ liegt der Konzeption der vom IML beim ZK der SED 1966 herausgegebenen *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* zugrunde.
- 23 Dieser Punkt wird nach der Rücknahme der These von der Sonderentwicklung der DDR besonders betont; vgl. dazu: Horst Bartel und Walter Schmidt, *Neue Probleme der Geschichtswissenschaft in der DDR. Zur bisherigen Auswertung des VIII. Parteitag der SED durch die Historiker*, in: *ZfG*, Jg. 20 (1972), Heft 7, S. 809.
- 24 Helmut Meier, *Erfahrungen*, in: *Probleme*, S. 163 f.
- 25 Ob die hier dargestellte Art einer Befragung für andere Gesellschaftswissenschaften in der DDR repräsentativ ist, kann ich nicht angeben.
- 26 Helmut Meier, *Erfahrungen*, in: *Probleme*, S. 162.
- 27 Das beste Gegenbeispiel ist der *Fragebogen für Arbeiter* von Karl Marx, in: *MEW*, Bd. 19, S. 230 ff. Er geht detailliert auf Arbeitsplatzsituation/Arbeitszeit, auf Lohnverhältnisse/Lohnformen und auf die Organisationsfragen und Kampfmaßnahmen der Arbeiterklasse ein. Zwar kann der Marx'sche Fragebogen für die Untersuchung sozialistischer gesellschaftlicher Verhältnisse nur als allgemeine Orientierung dienen; andererseits ist klar, daß wirkliche Aufschlüsse über das Bewußtsein nur ausgehend von der spezifischen Form des Arbeitsprozesses im Sozialismus ermittelt werden können.
- 28 Als Grund dafür werden Schwierigkeiten bei der Auswertung angegeben, die durch „Mängel im Ausdrucksvermögen“ der Befragten verursacht werden könnten. Helmut Meier, *Erfahrungen*, in: *Probleme*, S. 166. Daß die unmittelbaren Aussagen von Arbeitern in sozialistischen Ländern nicht unter „Ausdrucksstörungen“ leiden, zeigt ein Protokoll einer Streikversammlung auf der Stettiner Werft vom Januar 1971, abgedruckt in: *Rote Fahnen über Polen*, (= Schriften zum Klassenkampf Nr. 34), München 1972, S. 14 - 135. Gerade an den dort festgehaltenen Formulierungen läßt sich das äußerst komplizierte und in sich widersprüchliche sozialistische Bewußtsein der Arbeiterklasse aufzeigen. Ganz grob ergibt sich folgender Eindruck: Die Arbeiter sind Lohnarbeiter und begreifen sich als solche. Dennoch ist ein durch den Lohnfetisch geprägtes Bewußtsein, wie es sich in der Parole „Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk“ äußert (vgl. Karl Marx, *Lohn, Preis und Profit*, in: *MEW*, Bd. 16, S. 152), nicht mehr allein vorherrschend. Die Arbeiter nehmen das Streikrecht in Anspruch und wehren sich entschieden gegen alle daraus resultierenden Diffamierungen seitens der Betriebsleitung: „Man hat falsche Flugblätter über uns herausgegeben. Wenn wir doch ehrlich streiken, das ist doch kein Verbrechen! Bei uns gibt es noch keine Vorschrift, daß man streiken darf. Es gibt keine! Warum gibt es keine? Überall auf der

weiteren Probleme entstehen, wenn die Durchführung der „Überzeugungsarbeit“ an eine Einzelwissenschaft delegiert wird: die Befragung ist zusätzlich von der Fachspezifik der Geschichtswissenschaft und ihrem gesellschaftlichen Legitimationsbedürfnis überlagert.²⁹

Bei der Behandlung des theoretischen Konzepts dieser Befragung wird ein weiterreichender Zusammenhang deutlich: die Aufgabe der „Bewußtseinsbildung“ ist der Historiographie vorgegeben. Sie besteht in der Vermittlung bestimmter „Grundüberzeugungen“. Die Geschichtswissenschaft geht methodisch von diesen Überzeugungen als Normen und Werthaltungen aus; d.h. die Untersuchung des fraglichen Gegenstandes ist bereits durch jene Werte

Welt gibt es doch das, und bei uns nicht? " *Rote Fahnen über Polen*, S. 56. Andererseits betrachten sie ihre Arbeit als einen Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, der durch den Streik nicht verlorengehen darf: „Er [Gierek] sagte uns, daß wir vor allem begonnene Bauvorhaben nicht abbrechen können. Wir sind uns klar darüber, daß wir das nicht tun dürfen, denn der Einsatz, das Geld und unsere Arbeit, die da hineingetan wurden, das ist unser Geld, das ist unser Blut". *A.a.O.*, S. 88 f. Die Frage einer Preissenkung oder einer Lohnerhöhung (der eigentliche Anstoß zum Streik) wird durchweg alternativ diskutiert. Dabei wird deutlich, daß die Arbeiter, da der Preis der Grundnahrungsmittel vom Wert abweichen kann, also durch den Plan in gewissen Grenzen politisch regulierbar ist, die Distribution als eine im Rahmen des objektiv Möglichen vorzunehmende Verteilung von Gebrauchswerten nach den Bedürfnissen betrachten. Ebenso wenig lassen sie sich vom Wert einer Arbeitskraft (etwa nach den Ausbildungskosten) beeindrucken, sondern fordern eine egalitäre Verteilung der vorhandenen Konsumgüter zwischen Hand- und Kopfarbeitern, zumal sie sich bewußt sind, daß deren Ausbildung durch ihre produktive Arbeit ermöglicht wurde: „Wir haben seit 1945 schon dafür gekämpft, daß es keine Klassenteilung geben soll, und da macht man von oben schon diese Klassenteilung. Wieso? Weil, wenn man auf die eine oder die andere Seite verteilt, dann teilt man sofort: soviel für die geistigen Arbeiter, soviel für die körperlichen. Wird da nicht von oben diese Klassenteilung gemacht? ... So einer hat gelernt – wir haben für ihn gearbeitet ... Wessen Geld ist das? Unseres! Warum sind diese Leute so hochmütig geworden, wollen nicht mit uns reden?" *A.a.O.*, S. 89 f. Auf Betriebsebene fordern die Arbeiter vor allem den Abbau der Administration und eine demokratische Kontrolle der Organisation der Produktion: „Denn, leider, liebe Kollegen, wie ihr wißt, kann sich der Betrieb, das Unternehmen immer wehren; dazu hat es einen Stab von Mitarbeitern, die ausrechnen können, daß die Maschine schnellere Arbeit erlaubt, es hat Rechtsberater, es hat mehr Selbständigkeit, es hat einfach Beziehungen, seinen Machtapparat. Und der Arbeiter, dieser einzelne Arbeiter, muß durch jemanden geschützt werden. Und hier kommt eben die Rolle der Gewerkschaften und der Arbeiterräte ins Spiel". *A.a.O.*, S. 112 f.; vgl. dazu die Streikforderung nach Neuwahl der Gewerkschaftsleitung und der Arbeiterräte, *a.a.O.*, S. 15. Insgesamt wird das Bewußtsein der polnischen Arbeiter zwar noch von den verdinglichten gesellschaftlichen Beziehungen (Löhne, Preise usw.) bestimmt, es zeigt sich aber m.E., daß sich bereits Vorstellungen herausgebildet haben, daß ihr gesellschaftlicher Zusammenhang als Produktion, Distribution und Konsumtion von Gebrauchswerten organisiert werden kann. Dies werde in dem Maße im Interesse der unmittelbaren Produzenten sein, als sie die Produktion von der Basis her kontrollieren können.

- 29 Neben „historischem Bildungsgut“ (vgl. dazu das Beispiel bei Helmut Meier, *Erfahrungen*, in: *Probleme*, S. 165, Anm. 19) sollten „Einstellungen, Meinungen, Auffassungen, Wertungen und Urteile“ ermittelt und nicht zuletzt „Ansatzpunkte für die Wirksamkeit des Geschichtsbewußtseins auf das gesellschaftliche Verhalten“ sichtbar gemacht werden, wobei Meier einräumt, daß letzteres Anliegen „am wenigsten bewältigt“ werden konnte. *A.a.O.*, S. 165. Ein näher ausgeführtes Beispiel aus der Befragung zeigt in den Antwortvorgaben sowohl eine individualistische, an der Ware-Geld-Beziehung orientierte Haltung (I) – wie sie in dieser Ausschließlichkeit wahrscheinlich gar nicht auftritt (vgl. Anm. 28), als auch die geforderte abstrakte Identifikation mit den bestehenden Verhältnissen (II). Die vorformulierten Antworten auf die Frage: „Was betrachten Sie als ihr Vaterland?“ lauteten u.a.: „Mein Vaterland ist dort, wo ich in Wohlstand leben und meinen Interessen ungestört nachgehen kann“ (I). „Die DDR ist mein Vaterland, weil in ihr die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen anderen demokratischen Kräften die Macht ausübt“ (II). *A.a.O.*, S. 166 f.

geprägt und stellt sich nur noch unter deren Aspekt dar. Diese bestimmte *methodische Verarbeitung* der von der Partei vorgegebenen wissenschaftlichen Grundkonzeption wird uns im nächsten Abschnitt beschäftigen.

2. Parteilichkeit und Objektivität

Gerhard Brendler: „Zur Rolle der Parteilichkeit im Erkenntnisprozeß des Historikers“

Die Geschichtswissenschaft in der DDR faßt die „Grundüberzeugungen“ als Werthaltungen auf. Sie reagiert auf methodologischer Ebene im Sinne ihrer einzelwissenschaftlichen Tradition und gerät dadurch unversehens in Gemeinschaft mit der bürgerlichen Geschichtswissenschaft, die ihrerseits eine „Wertbeziehung“³⁰ zum Ausgangspunkt der Konstruktion historischer Zusammenhänge macht. Daraus entsteht für die DDR-Historiker ein Abgrenzungsproblem besonderer Art: sie müssen zeigen, daß ihr eigener, als „marxistisch-leninistische Parteilichkeit“ bezeichneter normativer Zugang zum Erkenntnisgegenstand richtig, der der bürgerlichen Geschichtswissenschaft falsch ist.

Die eigentliche Schwierigkeit bei diesem Unternehmen liegt darin, daß der genuin Marxsche Erkenntnisanspruch der Objektivität für eine Methode beansprucht wird, die – abgesehen von den jeweiligen Wertinhalten – als „bürgerlich“ bezeichnet werden muß. Für die bürgerliche Geschichtswissenschaft existiert konsequenterweise das Problem der Objektivität in diesem Sinne gar nicht; unter der Voraussetzung, daß die historisch-gesellschaftliche Totalität nicht erkennbar sei, beansprucht sie in der Tat nichts anderes, als die relative Plausibilität der Anordnung von historischen Daten unter dem Zugriff von Theorien, die ihrerseits wiederum an vorwissenschaftlichen, klassenspezifischen Werthaltungen verankert sind.

Ich will versuchen, aus Brendlers Darstellung der Rolle der Parteilichkeit im Erkenntnisprozeß jene Argumentationspunkte herauszuziehen, die den Zusammenhang von Parteilichkeit und Objektivität thematisieren.

(1) Zunächst die Definition von „Parteilichkeit“: „Der Marxismus-Leninismus versteht unter Parteilichkeit eine politische Kategorie, die ein klassenbezogenes Verhalten bezeichnet, das sich in allen gesellschaftlichen Bereichen des Denkens, Handelns und Fühlens bemerkbar macht und sich auch auf die Wissenschaft erstreckt. In den Wissenschaften erfüllt sie neben ihrer allgemeinen politischen eine spezifisch methodologische Funktion. Parteilichkeit ist, kurz gesagt, konzentrierter Ausdruck des Klassenbewußtseins“.³¹

30 Vgl. dazu: Heinz-Dieter Kittsteiner, *Theorie und Geschichte. Zur Konzeption der modernen west-deutschen Sozialgeschichte*, in: *Das Argument* 75. *Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (II)*, Berlin 1972, S. 18-32, hier S. 24. Im übrigen sei darauf verwiesen, daß die sogenannte Werturteilsfreiheit nicht die „Wertbeziehung“ als methodisches Prinzip außer Kraft setzt. Der „Werturteilsstreit“ bezog sich ursprünglich auf die Position der Kathedersozialisten, die beanspruchten, wissenschaftlich begründete Urteile für die politische Praxis abgeben zu können. Max Weber lehnte diesen Anspruch ab, gerade weil in die wissenschaftliche Erkenntnis in der methodischen Form der Wertbeziehung ein selbst nicht mehr wissenschaftlich zu begründendes Werturteil als konstitutives Moment eingeht.

31 Gerhard Brendler, *Zur Rolle der Parteilichkeit im Erkenntnisprozeß des Historikers*, in: *Probleme*, S. 104 (künftig zitiert: *Parteilichkeit*).

Damit ist auf methodologischer Ebene nichts gesagt, was über die Funktion der „Wertbeziehung“ hinausginge. Auch die Beschreibung der Stationen ihrer Einwirkung auf den Forschungsprozeß ist noch vergleichbar: die Parteilichkeit bestimmt die Wahl des Themas und der Methode, ³² sie soll nicht unmittelbar die Antwort, wohl aber den Lösungsweg präformieren. ³³

(2) Die Differenz zur bürgerlichen Wissenschaft zeigt sich nach Brendler daran, daß die marxistisch-leninistische Parteilichkeit nicht Ausdruck einer vorwissenschaftlichen Werthaltung ist, sondern selbst wiederum auf einer Wissenschaft beruht, einer „Weltanschauung“, deren gesicherte Resultate den Einzelwissenschaften zum Ausgangspunkt dienen können: „Die sozialistische Ideologie beruht auf dem Marxismus-Leninismus, einer Wissenschaft, darin liegt ihre Besonderheit und die Quelle ihrer prinzipiellen Überlegenheit, die sie weit über das Maß einer funktionalen Gleichsetzung mit bürgerlichen Ideologien hinaushebt; einer funktionalen Gleichsetzung, die den Unterschied gewissermaßen nur noch im entgegengesetzten Vorzeichen gelten läßt, damit aber den ‘schlechten Ideologiecharakter’ der verglichenen Erscheinungen als falsches Bewußtsein nur noch deutlicher hervorhebt“. ³⁴

Damit wäre ein wichtiger Gesichtspunkt gewonnen, der in der Tat unsere bisherige formale Gleichsetzung von Parteilichkeit und Wertbeziehung unterlaufen würde – wenn Brendler nur den Charakter einer solchen Wissenschaft aufzeigen könnte, die es ermöglichte (entgegen den bürgerlichen Vorstellungen) Werturteile wissenschaftlich zu begründen. Da das in dieser Frage implizierte Praxisproblem innerhalb der bürgerlichen Wissenschaft nicht sinnvoll formuliert werden kann (vgl. S.416, Anm.30), müssen wir es in Marxsche Kategorien übersetzen. Es lautet dann: *erfordert ist eine Wissenschaft, die durch die objektive Analyse der gesellschaftlichen Totalität die objektiven Möglichkeiten der Praxis der Arbeiterklasse erforscht* und damit den in der Methode der „Parteilichkeit“ vorausgesetzten Klassenstandpunkt überhaupt erst wissenschaftlich begründet.

(3) Anstatt die Differenz zwischen der bürgerlichen und der Marxschen Wissenschaft am Problem der Erforschbarkeit der gesellschaftlichen Totalität festzumachen, um daran ein Objektivitätskriterium zu gewinnen, verbleibt Brendler innerhalb der bürgerlichen Wissenschaftsauffassung. Er sieht den Marxismus-Leninismus als eine durch die historische Entwicklung ein für alle Mal bewährte Hypothese an: „Mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland und dem Aufbau des Sozialismus ist der Marxismus-Leninismus in seinen Grundzügen vom Kriterium der Praxis bestätigt worden. Mit seiner Hilfe hat die Arbeiterklasse die Welt verändert, der Geschichte einen neuen Lauf gegeben. Die auf seiner Grundlage aufgestellten Prognosen sind in ihren wichtigsten Zügen eingetroffen. Er ist damit im Prinzip unwiderlegbar geworden“. ³⁵

32 A.a.O., S. 110 f.

33 A.a.O., S. 111.

34 A.a.O., S. 108.

35 A.a.O., S. 115.

Der Sozialismus gilt als ein geglücktes Experiment; seine Praxis wäre demnach das Wahrheitskriterium des Marxismus-Leninismus. Jedoch ist dieses Wahrheitskriterium nicht so eindeutig, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Brendler verweist zunächst nur auf die *Existenz* des Sozialismus – wer befindet aber über die Wahrheit dieser Existenz? Um nämlich aus der bloßen Existenz des Sozialismus ein Wahrheitskriterium für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen, muß sich Brendler auf eine geschichtsphilosophische Spekulation über das „Subjekt“ der Geschichte einlassen.

Er folgt damit der gängigen marxistisch-leninistischen Vorstellung, mit dem Epochenjahr 1917 sei ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte eingeleitet worden, in dessen Verlauf sich die Menschheit immer mehr zum Subjekt ihrer Geschichte mache. Als dieses „höchstorganisierte Subjekt der Geschichte“ gilt die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Partei.³⁶ Wenn aber die Partei letztlich das Subjekt der Geschichte ist, so ist sie auch das Subjekt der Erkenntnis; auf ihrem Standpunkt hören Wissenschaft und Parteilichkeit auf, Gegensätze zu sein. Auf diesen Standpunkt hat sich der Historiker zu stellen: „Es hängt nun alles davon ab, welchem gesellschaftlichen Subjekt der Erkenntnis sich der Historiker integriert, welchem handelnden Subjekt der Geschichte er sich parteilich verbindet“.³⁷

Diese erkenntnistheoretische Bürde überfordert die realen Praxismöglichkeiten einer marxistisch-leninistischen Partei. Die ganze Konstruktion gilt nämlich nur – was bereits der idealistischen Geschichtsphilosophie geläufig war – unter der Voraussetzung, daß derjenige Subjekt der Erkenntnis ist, der die Geschichte „macht“, also das als „wahr“ begreift, was er, wie Marx sagen würde, „aus freien Stücken“ geschaffen hat. Trotz aller Beteuerungen der wachsenden Geschichtsmächtigkeit des „sozialistischen Weltsystems“³⁸ ist diese Voraussetzung nicht gegeben; sie würde eine Weltrevolution, faktisch eine Revolution in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern unterstellen.³⁹ Da also die Verkehrung von Subjekt und

36 Vor allem die Partei: „Mit der Entstehung, Herausbildung und Entwicklung der Partei vollzog sich ein qualitativer Sprung in der Subjektqualität der Arbeiterklasse: Sie schuf sich damit ein kollektives Führungs- und Erkenntnisorgan. Mit ihren wissenschaftlichen Grundlagen, ihrer Politik und ihrem demokratisch-zentralisierten Organisationsaufbau sichert die Partei die Einheit des Willens und des Handelns der Arbeiterklasse, vermittelt über die Bündnispolitik und ihre gesamtgesellschaftliche Führungsrolle des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse, faßt die gesamte sozialistische Gesellschaft zu einem einheitlich handelnden Subjekt der Geschichte zusammen und potenziert damit die Geschichtsmächtigkeit ihrer Klasse. Die Arbeiterklasse ist das höchstorganisierte Subjekt der Geschichte; das ist der entscheidende Gesichtspunkt für die Begründung ihrer führenden Rolle, die sich über die Partei verwirklicht“. *A.a.O.*, S. 119.

37 *A.a.O.*, S. 117.

38 „Indem die erste siegreiche sozialistische Revolution ein Sechstel des Erdballs grundlegend umgestaltete, drückte sie, alle gesellschaftlichen Kräfte auch der übrigen fünf Sechstel zu aktiverem Handeln anspornend oder herausfordernd, dem gesamten Weltgeschehen ihren Stempel auf“. Wolfgang Ruge, *Die Weltwirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und die deutsche Geschichte in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Thesen zum V. Historikerkongreß der DDR*, in: *ZfG*, Jg. 20 (1972), Heft 10, S. 1264.

39 Hingegen spricht Brendler völlig unkritisch davon, daß „der“ vergesellschaftete Mensch bereits Subjekt seiner Geschichte sei: „Im praktischen Lebensprozeß konstituiert sich der vergesellschaftete Mensch als Subjekt der Geschichte, macht sich die Umwelt zum Objekt, vergegenständlicht seine Wesenskräfte, arbeitet und kämpft sich empor und vervollkommenet seine geschichtsgestaltenden Qualitäten“. Gerhard Brendler, *Parteilichkeit*, in: *Probleme*, S. 117 f.

Objekt im Weltmaßstab durch die Existenz eines „sozialistischen Lagers“ keineswegs aufgehoben ist, im Gegenteil deren Praxis durch den kapitalistischen Weltmarkt modifiziert und deformiert wird, ⁴⁰ hat es auch keinen Sinn, von der Arbeiterklasse und der marxistisch-leninistischen Partei als dem agierenden Subjekt der Geschichte und daher dem Subjekt der Erkenntnis zu reden.

Nach wie vor ist die Geschichte noch ein naturwüchsiger Prozeß hinter dem Rücken der Individuen; das zu erkennende „Subjekt“ ist das Kapitalverhältnis in seiner historischen Ausprägung als Weltmarkt. Dieses den historischen Prozeß bestimmende gesellschaftliche Verhältnis, das den Klassenkampf zwischen Lohnarbeit und Kapital impliziert, ist in seinen objektiven Widersprüchen unparteiisch zu analysieren. Genau darin besteht die Objektivität der Marxschen Untersuchung: in der genetischen Entwicklung der ökonomischen Formen dieses bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisses. ⁴¹ Erst aus dieser Untersuchung der inneren Widersprüche der Kapitalverwertung (und damit der Totalität dieser Gesellschaftsformation) resultiert der „Klassenstandpunkt“ ⁴², nicht ist umgekehrt ein „fester Klassenstandpunkt“ die theoretische und methodische Voraussetzung dieser objektiven Analyse. ⁴³

40 Ein zentraler Aspekt dieser Deformation ist es, daß die sozialistischen Länder, weil sie sich gegen die beständige Bedrohung durch den Kapitalismus sichern müssen, das Tempo ihrer Akkumulation nicht selbst bestimmen können. Was sich im Kapitalismus als krisenhafte Entfaltung der Produktivkräfte im naturwüchsigen Prozeß der Kapitalverwertung – und damit der Ausbeutung der Arbeiterklasse – vollzieht, nimmt bei ihnen im Rahmen der sogenannten Systemkonkurrenz die Form „bewußter“ Kampagnen zur Entfaltung der Produktivität an. Das Konzept der „Bewußtseinsbildung“ hat hier – abgesehen von den in Abschnitt 1 angestellten prinzipiellen Erwägungen – seine aktuelle Bedeutung. Diese Zwangslage anzuerkennen heißt aber noch nicht, die Form zu rechtfertigen, mit der die sozialistischen Länder z.Zt. an diese Probleme herangehen.

41 Bei der Untersuchung der Widersprüche des Zirkulationsprozesses des Kapitals schreibt Marx: „Dies sind nun die Widersprüche, wie sie sich einer einfachen objektiven, unparteiischen Auffassung von selbst darbieten . . . Das wichtige ist zunächst die Existenz dieser Widersprüche zu konstatieren“. Karl Marx, *Grundrisse*, S. 309.

42 „Soweit solche Kritik überhaupt eine Klasse vertritt, kann sie nur die Klasse vertreten, deren geschichtlicher Beruf die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise und die schließliche Abschaffung der Klassen ist“. Karl Marx, *Kapital I*, S. 22.

43 Das bedeutet nicht, daß Marx nicht für die Arbeiterklasse „Partei“ ergriffen hätte; es ist aber wichtig festzuhalten, daß dieses, aus der Erfahrung der Widersprüche des Kapitalismus resultierende Erkenntnisinteresse *methodisch* keine der Rickert/Weberschen „Wertbeziehung“ vergleichbare Form angenommen hat. Diese bürgerliche Methode hat zur theoretischen Voraussetzung, daß die gesellschaftliche Totalität nicht erkennbar ist, so daß die Wissenschaft (gleichsam mit einem Scheinwerfer) Licht auf einen partiellen Untersuchungsgegenstand richten muß, der nur unter diesem bestimmten, letztlich an einem klassenspezifischen Erkenntnisinteresse verankerten Aspekt aufscheint. Die in der Wertbeziehung implizierte Parteilichkeit strukturiert also den Erkenntnisgegenstand selbst.

Demgegenüber beruht eine *objektive Parteinahme* auf der Möglichkeit der Einsicht in die Totalität einer Gesellschaftsformation. In hier nicht näher zu bestimmender Weise stellt die Marxsche formgenetische Entwicklung des inneren Zusammenhangs der kapitalistischen Gesellschaft eine solche Analyse dar. Das Aufzeigen dieser inneren Widersprüche dient der Bestimmung der Handlungsmöglichkeiten des Proletariats; insofern besteht zwischen der „Kritik der politischen Ökonomie“ und den Interessen der Arbeiterklasse eine objektive Übereinstimmung, ohne daß Marx das unmittelbare Bewußtsein der Arbeiterklasse oder gar den besonderen Standpunkt einer ihrer Organisationen zum theoretischen und methodischen Ausgangspunkt der Analyse macht.

Solange also die Menschheit insgesamt ihre Geschichte nicht als „Vereinigung assoziierter Produzenten“ unter Beseitigung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses macht, ist auch eine marxistisch-leninistische Partei und ihre Praxis nur Teil einer übergreifenden historischen Totalität, die nicht von ihr bestimmt werden kann, sondern der sie selbst subsumiert ist. Die unparteiische Analyse dieses Gesamtzusammenhangs kann daher nicht ersetzt werden durch den notwendig bloß partiellen Gesichtspunkt ihrer Parteilichkeit. Deren Anspruch auf Objektivität, wie Brendler ihn zu begründen versucht, wird hinfällig; die Praxis der Partei ist nicht bereits Ausdruck bewußter Gestaltung der Geschichte, sie ist daher auch nicht das Subjekt der Erkenntnis. Brendlers Konstruktion verschleiert nur den wahren Sachverhalt: anstatt ihre gesellschaftliche Praxis in ihrer Widersprüchlichkeit unparteiisch zu analysieren, setzt die Partei sich selbst als Norm gegenwärtiger und historischer Forschung. Sie trübt die formgenetische Untersuchung sowohl des Kapitalismus als der sozialistischen Übergangsgesellschaft durch ihre permanenten Werturteile. In der methodischen Form der „Parteilichkeit“ steht sich die Partei bei der Erkenntnis ihrer eigenen objektiven Situation selbst im Wege.

Nur an einer wirklich objektiven Analyse kann jedoch die Arbeiterklasse ein Interesse haben. Ihr unmittelbares Bewußtsein als Ausdruck ihrer täglichen Klassenauseinandersetzungen ist auch noch Ausdruck der Schwierigkeiten und Widersprüche beim Aufbau des Sozialismus. Diese existierenden Widersprüche hat die Theorie „rein“ aufzufassen.⁴⁴ Genau dazu ist jedoch eine „parteiliche“ Wissenschaft, wie wir bereits gesehen haben, nicht mehr in der Lage. Anstatt die möglichen Bewegungsformen existierender Widersprüche unparteiisch zu untersuchen, konfrontiert die Partei die Arbeiterklasse mit fertigen „Gesetzmäßigkeiten“ und „Überzeugungen“, die im propagierten Geschichtsbild die Massen ergreifen sollen.⁴⁵

44 „Sie [die theoretischen Sätze der Kommunisten] sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“. Karl Marx/Friedrich Engels, *Manifest der kommunistischen Partei*, in: MEW, Bd. 4, S. 475.

45 Existierende Widersprüche erfordern Lösungen durch wirkliche Veränderungen der bestehenden Verhältnisse und keine Verschleierung durch eine „Überzeugungsarbeit“. Ein Vergleich der Schilderung einer Arbeitsplatzsituation auf einer Werft durch einen Arbeiter und durch einen Geschichtspropagandisten soll dies verdeutlichen. In dem bereits erwähnten Protokoll der Streikversammlung auf der Stettiner Werft heißt es: „Unser Betrieb . . . ist eine Abteilung unter freiem Himmel. Wir haben überhaupt keine Zulagen, weder im Winter noch im Sommer. Im Sommer arbeiten wir bei Temperaturen bis zu 70 Grad. Der Plan ist für Winter wie für Sommer der gleiche. Ganze Eimer voll Schweiß rinne von uns herunter in der heißen Jahreszeit, im Winter frieren unsere Werkzeuge ein, und wir haben keine Zulage bekommen“, in: *Rote Fahnen über Polen*, S. 59. Eine der wichtigsten Forderungen aus diesen objektiven Widersprüchen zwischen Betrieb und Arbeiterklasse ist die nach Verstärkung der gewerkschaftlichen Position und ihrer Kontrolle durch die Basis (vgl. S. 414 f., Anm. 28). Hingegen zielt die Überzeugungsarbeit des Geschichtspropagandisten nicht mehr auf die wirkliche Lösung solcher Widersprüche, sondern begreift sie nur noch als Störfaktoren bei der Planerfüllung, die durch den Aufbau einer historisch begründeten Identifikation mit dem Betrieb ausgeschaltet werden sollen. Der Geschichtspropagandist fordert keine Veränderung der (vielleicht nicht im Einzelnen, im Prinzip aber sicher vergleichbaren) Arbeitsplatzsituation, sondern glorifiziert die Arbeit unter den bestehenden Bedingungen: „So kann die Formung des Geschichtsbewußtseins helfen, die Fluktuation zu vermindern. Manche hohe Leistung bei angespannten Bedingungen, bei Wind und Wetter auf der Hellig, wird mit dem Bewußtsein geleistet, unser Betrieb darf keine Planrückstände haben, es gehört zu unseren guten Traditionen seit vielen Jahren den Plan in allen seinen Teilen zu erfüllen“. Joachim Stahl, *Die Rolle der Geschichtspropaganda im System der politischen Massenarbeit im VEB Schiffswerft „Neptun“ Rostock*, in: *Geschichtsbewußtsein und sozialistische Gesellschaft*, hrsg. von Helmut Meier und Walter Schmidt, Berlin 1970, S. 181.

Wir können also festhalten: Die vorgegebene gesellschaftliche Aufgabe der „Bewußtseinsbildung“ hat zur Folge, daß die Geschichtswissenschaft als eine Einzelwissenschaft die politischen „Grundüberzeugungen“ dieses Konzepts zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen nimmt: „Wir lenken diesen Erkenntnisprozeß, indem wir uns vom historischen Material nicht einfach passiv beeindrucken lassen, sondern aktiv an es herangehen. Aus der Vielzahl der möglichen Fragen an die Vergangenheit wählen wir nämlich diejenigen aus, die die Gegenwart aufwirft“. 46

Diese „politisch zielbewußten Fragestellungen an die Geschichte“ 47 bestimmen den gesamten Erkenntnisvorgang. Als methodologisches Prinzip der Parteilichkeit gewährleisten sie keine im Marxschen Sinne objektive, formgenetische Analyse der Totalität des historischen Prozesses. Der Untersuchungsgegenstand wird nach vorgegebenen Normen strukturiert, die selbst nur Ausdruck eines partiellen Erkenntnisinteresses sind. Das ganze Verfahren ist daher im Prinzip mit der bürgerlichen Methode der „Wertbeziehung“ 48 vergleichbar. Daher muß auch der Abgrenzungsversuch gegen die bürgerliche Wissenschaft scheitern: die Parteilichkeit ist eben „parteilich“ und nicht objektiv. Da sie nicht von den objektiv existierenden Widersprüchen des historisch-gesellschaftlichen Prozesses ausgeht, ist sie auch nicht der theoretische Ausdruck des sich in diesen Widersprüchen äußernden Bewußtseins der Arbeiterklasse.

Nun gehört zum Gesamtkomplex der „Parteilichkeit“ aber nicht nur die politische Wertung, sondern auch die Anwendung der Theorie des dialektischen und historischen Materialismus. Es ist zu fragen, ob die darin enthaltenen Bestandteile der Marxschen Theorie nicht als wissenschaftliches Korrektiv jener „Grundüberzeugungen“ fungieren können.

3. Dialektischer und historischer Materialismus oder Marxsche Theorie?

Ernst Engelberg: „Über Theorie und Methode in der Geschichtswissenschaft“

Wir haben bislang die beiden für die Methode der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft grundlegenden Kategorien untersucht: den gesellschaftlichen Auftrag der „Bewußtseinsbildung“ und (unter besonderer Berücksichtigung des Objektivitätsproblems) dessen methodische Verarbeitung in der Forderung nach „Parteilichkeit“. Die Geschichtsmethodologie hat nun die Aufgabe, diese politischen Implikationen im Rahmen der allgemeinen

46 Ernst Engelberg, Vorwort zu: *Probleme*, S. 10.

47 *Ebd.*

48 Es ist interessant zu sehen, wie z.B. eine Auseinandersetzung mit Max Weber geführt wird. Man greift nicht die Methode der Wertbeziehung überhaupt an, sondern es geht nur darum, daß Weber in der Annahme einer Pluralität von Werten stecken geblieben sei, während doch der Marxismus-Leninismus die einzig richtige Grundlage der Wertbeziehung abgebe: „Bei einer solchen Einstellung [der Max Webers] wird es allerdings unmöglich, zu entscheiden, welchem Wertsystem die Zukunft gehört und welches die einzige Grundlage für eine richtige Bewertung gesellschaftlicher Erscheinungen, auch gesellschaftlicher Theorien abzugeben vermag . . . Allen Wissenschaftlern ist mit dem weltanschaulichen Fundament des Marxismus-Leninismus eine wissenschaftliche Grundlage gegeben, um richtige Werturteile zu treffen. Die marxistische Philosophie ist für die Einzelwissenschaften nicht nur die Grundlage für eine allgemein-theoretische Interpretation der Resultate, sondern beeinflußt auch die Richtung ihres Denkens und Forschens“. *Die Wissenschaft von der Wissenschaft*, Berlin 1968, S. 303 f. Gemeinschaftsarbeit eines Kollektivs am Institut für Philosophie der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Theorie des dialektischen und historischen Materialismus mit den fachspezifischen Anforderungen der Einzelwissenschaft von der Geschichte zu vermitteln: „Die marxistisch-leninistische Geschichtsmethodologie ist die Theorie der in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft angewandten Methoden in Hinblick auf die Voraussetzungen und die Spezifik ihrer Anwendung in diesem Fach. Sie analysiert das Zusammenwirken der Methoden, die Methodenstruktur der geschichtswissenschaftlichen Forschung, vor allem in deren Zusammenhang mit der dialektisch-materialistischen Methode“. 49

Der Aufsatz von Engelberg befaßt sich allerdings nicht mit den konkreten Problemen der Vermittlung von allgemeiner und einzelwissenschaftlicher Methodik, 50 sondern nur allgemein mit der Konkretion eines zentralen Begriffs des historischen Materialismus: er will, ausgehend vom Begriff der „Gesellschaftsformation“, einen Beitrag zur Systematisierung des Begriffs „Tatsache“ liefern. 51 Engelberg behandelt also das Verhältnis von Theorie und Empirie im Rahmen einer Kategorie des historischen Materialismus. Um nicht eine Kritik im Einzelnen aus seiner Darstellung entwickeln zu müssen, stelle ich meine Auffassung des Problems kurz voran. Dabei gehe ich von der Voraussetzung aus, daß im „Kapital“ bereits eine bestimmte Gesellschaftsformation in ihrem inneren Zusammenhang untersucht ist.

(1) Im Rahmen des „allgemeinen Begriffs“ des Kapitals kann die Frage nach der Empirie noch nicht unmittelbar gestellt werden. Zunächst ist die Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten zu verfolgen. Marx geht in seiner Analyse der kapitalistischen Gesellschaftsformation von einer Kritik der Kategorien der bürgerlichen Ökonomie aus, die sich in einem allmählichen Prozeß 52 als die „objektiven Gedankenformen“ dieser bestimmten Produktionsverhältnisse herauskristallisiert haben. 53 Er zeigt anhand der inneren Widersprüche und ungelösten Probleme der klassischen bürgerlichen Ökonomie, 54 daß diese ökonomischen Kategorien sachliche Ausdrücke eines gesellschaftlichen Verhältnisses sind,

49 Hans-Peter Jaeck, *Bemerkungen über den Begriff und einige Aufgaben der marxistisch-leninistischen Geschichtsmethodologie*, in: *Probleme*, S. 101.

50 Dieser Komplex ist am gründlichsten ausgeführt bei Hans-Peter Jaeck, *a.a.O.*, S. 79-102. Allerdings verweist auch Jaeck darauf, daß sich die Forschung auf diesem Gebiet noch im Anfangsstadium befindet: „Die umfassende Klärung der Frage nach dem Verhältnis von dialektisch-materialistischer und einzelwissenschaftlicher Methode bildet die gegenwärtige Hauptaufgabe der marxistisch-leninistischen Geschichtsmethodologie“. *A.a.O.*, S. 99 f.

51 Ernst Engelberg, *Über Theorie und Methode in der Geschichtswissenschaft*, in: *Probleme*, S. 13 Anm. 1 (künftig zitiert: *Theorie und Methode*).

52 „Der erste Weg ist der, den die Ökonomie in ihrer Entstehung geschichtlich genommen hat. Die Ökonomen des 17. Jahrhunderts z.B. fangen immer mit dem lebendigen Ganzen, der Bevölkerung, der Nation, Staat, mehreren Staaten etc. an; sie enden aber immer damit, daß sie durch Analyse einige bestimmende abstrakte, allgemeine Beziehungen, wie Teilung der Arbeit, Geld, Wert etc. herausfinden“. Karl Marx, *Grundrisse*, S. 21.

53 „Derartige Formen bilden eben die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie. Es sind gesellschaftlich gültige, also objektive Gedankenformen für die Produktionsverhältnisse dieser historisch bestimmten gesellschaftlichen Produktionsweise, der Warenproduktion“. Karl Marx, *Kapital I*, S. 90.

54 „Nur dadurch, daß man an die Stelle der conflicting dogmas die conflicting facts und die realen Gegensätze stellt, die ihren verborgnen Hintergrund bilden, kann man die politische Ökonomie in eine positive Wissenschaft verwandeln“. Marx an Engels, Brief vom 10.10.1868, in: *MEW*, Bd. 32, S. 181.

in dem die gesellschaftliche Arbeit privat verausgabt wird. Bei dieser Analyse muß er in einer Reihe von theoretischen und methodischen Schritten von der Ebene der Konkurrenz (also der Aktionen der Einzelkapitale aufeinander) zunächst abstrahieren, um den Prozeß der Kapitalverwertung „rein“ vor sich zu haben, nämlich in der Form, daß die Frage gelöst werden kann, wie der ungleiche Austausch von Kapital und Arbeit auf der Grundlage des Äquivalententausches möglich ist.⁵⁵ Von dieser Abstraktionsebene der einfachen Zirkulation her entwickelt er die sachlichen Formen, in denen sich die Verwertung des Werts vollzieht; d.h. innerhalb des allgemeinen Begriffs erfolgt bereits eine Konkretion des inneren Zusammenhangs der kapitalistischen Gesellschaftsformation.⁵⁶

(2) Damit ist jedoch die Ebene der historisch-empirischen Konkretion, der besonderen, in dieser Weise unwiederholbaren Konstellation und des einzelnen Ereignisses noch nicht erreicht. Die Darstellung des Kapitalverhältnisses, soweit sie ihrem Begriff entspricht,⁵⁷ endet mit der Betrachtung der Konkurrenz im Allgemeinen, jenseits derer eine „Spezialuntersuchung“ von „empirischen Umständen“⁵⁸ zu beginnen hat, die als solche nicht mehr aus dem allgemeinen Begriff abgeleitet werden können. Für eine marxistische Geschichtsmethodologie stellen sich hier (neben der Voraussetzung, die Methode des „Kapitals“ aufzuarbeiten) die zentralen Probleme: die Reichweite der formgenetischen Entwicklung muß bestimmt werden (wie weit Staat, Weltmarkt und Krisen noch aus dem „inneren Zusammenhang“ der bürgerlichen Gesellschaft abgeleitet werden können); es muß untersucht werden, an welchen Punkten die historische Einzeluntersuchung ansetzen muß und vor allem wie die Methoden dieser empirischen Analysen von den Problemstellungen des „Kapitals“ her zu entwickeln sind oder wieweit die traditionellen historischen Methoden der Aufarbeitung von Quellen beibehalten werden können.⁵⁹

55 „Die Kapitalbildung muß möglich sein, auch wenn der Warenpreis gleich dem Warenwert. Sie kann nicht aus der Abweichung der Warenpreise von den Warenwerten erklärt werden. Weichen die Preise von den Werten wirklich ab, so muß man sie erst auf die letzteren reduzieren, d.h. von diesem Umstande als einem zufälligen absehn, um das Phänomen der Kapitalbildung auf Grundlage des Warenaustauschs rein vor sich zu haben und in seiner Beobachtung nicht durch störende und dem eigentlichen Verlauf fremde Nebenumstände verwirrt zu werden“. Karl Marx, *Kapital 1*, S. 180, Anm. 37.

56 „Die Gestaltungen des Kapitals, wie wir sie in diesem Buch entwickeln, nähern sich also schrittweis der Form, worin sie auf der Oberfläche der Gesellschaft, in der Aktion der verschiedenen Kapitale aufeinander, der Konkurrenz, und im gewöhnlichen Bewußtsein der Produktionsagenten selbst auftreten“. Karl Marx, *Kapital 3*, S. 33.

57 „In solcher allgemeinen Untersuchung wird überhaupt immer vorausgesetzt, daß die wirklichen Verhältnisse ihrem Begriff entsprechen, oder was dasselbe, werden die wirklichen Verhältnisse nur dargestellt, soweit sie ihren eignen allgemeinen Typus ausdrücken“. Karl Marx, *Kapital 3*, S. 152.

58 *A.a.O.*, S. 800.

59 Auf eines der Hauptprobleme der historischen Analyse, nämlich daß die „innere Organisation und die ihr zugrundeliegenden Bewegungsgesetze nicht unmittelbar an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen, sondern nur in vermittelter und verkehrter Form“ gehen ein: Elmar Altvater, Jürgen Hoffmann, Wolfgang Schöller und Willi Semmler, *Entwicklungsphasen und -tendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland (1. Teil)*, in: *PROKLA 13* (1974), S. 101 ff.

Bei Engelberg findet sich nichts von alledem. Anstatt die Aufgaben einer Geschichtsmethodologie systematisch aus dem inneren Zusammenhang der jeweils zu untersuchenden Gesellschaftsformation zu entwickeln, reißt er Gesetz und Erscheinung als zwei „Grundtypen historischer Tatsachen“ auseinander. Er unterscheidet 1) Struktur- und Entwicklungselemente, 2) Ereignisse, macht also Anleihen sowohl beim Historismus als beim Positivismus, den beiden Hauptrichtungen der bürgerlichen historisch-gesellschaftlichen Wissenschaft.⁶⁰ Die von Marx (innerhalb der Grenzen der formgenetischen Entwicklung) noch geleistete Vermittlung von Theorie und Empirie ist hier in zwei rivalisierende Wissenschaftstypen auseinandergefallen; der Positivismus kommt über abstrakte Gesetzmäßigkeiten, der Historismus über unbegriffene Tatsachen nicht hinaus. Trotz aller Kritik, die Engelberg gegen beide Richtungen vorbringt,⁶¹ kann er bei der Bestimmung des inneren Zusammenhangs einer Gesellschaftsformation auf jene ererbten „Tatsachentypen“ nicht verzichten: der Grund dafür liegt darin, daß sein Begriff von „Gesellschaftsformation“ selbst leer bleibt – und er muß abstrakt bleiben, weil Engelberg sich nicht an der entfalteten kategorialen Totalität des „Kapitals“ orientiert, sondern die „theoretische Seite des Kommunismus“ umstandslos mit dem sogenannten dialektischen und historischen Materialismus identifiziert.⁶²

Im Wissenschaftssystem des Marxismus-Leninismus bildet dieser dialektische und historische Materialismus die allgemeine theoretische und methodische Grundlage. Er besteht zum einen aus den abstrakten Sätzen einer als allgemeine Methode aufgefaßten „Dialektik“. Als deren Kategorien zählt Engelberg auf: „... die Einheit und der Kampf der Gegensätze, also der innere und äußere Widerspruch einer Erscheinung, der den Kern der Dialektik ausmacht; Wesen und Erscheinung, Notwendigkeit und Zufall, Inhalt und Form, Möglichkeit und Wirklichkeit usw. usf.“.⁶³

Als die wesentlichen Kategorien des historischen Materialismus werden genannt: Produktivkräfte-Produktionsverhältnisse, Basis-Überbau, Klasse, Staat usw.⁶⁴ Diese Begriffe werden zumeist dem Vorwort zur „Kritik der Politischen Ökonomie“ von 1859 entnommen, das im Marxismus-Leninismus als die „geniale Charakteristik“ der materialistischen Geschichtsauffassung gilt.⁶⁵ Sieht man jedoch näher zu, so spricht Marx dort nur von den „allgemeinen Resultaten“ seiner bisherigen Studien, die zum „Leitfaden“ seiner weiteren Untersuchungen dienten.⁶⁶ Die Wissenschaftlichkeit des „historischen Materialismus“ ist daher nicht in dieser unvermittelten Zusammenfassung, sondern in der formgenetischen Entwicklung der ökonomischen Kategorien im „Kapital“ zu suchen. Ohne diese inhaltliche Entfaltung

60 Ernst Engelberg, *Theorie und Methode*, in: *Probleme*, S. 11 f. und 21 ff.

61 *A.a.O.*, S. 25.

62 *A.a.O.*, S. 23.

63 *A.a.O.*, S. 26.

64 *Ebd.*

65 „Der Arbeit ‘Zur Kritik der Politischen Ökonomie’ ist das berühmt gewordene Vorwort vorangestellt, das von großem theoriegeschichtlichen Interesse ist und eine *selbständige wissenschaftliche Bedeutung hat*. [Herv. v. mir] Dieses Vorwort enthält die *geniale Charakteristik des Wesens* der von Marx entdeckten, *einzig wissenschaftlichen materialistischen Geschichtsauffassung*, die klassische Definition des historischen Materialismus. Marx gibt darin, wie W.I. Lenin sagt, ‘eine abgeschlossene Formulierung der Grundsätze des Materialismus, ausgedehnt auf die menschliche Gesellschaft und ihre Geschichte’. Vorwort des IML beim ZK der KPdSU, in: *MEW*, Bd. 13, S. VII.

66 Karl Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort*, in: *a.a.O.*, S. 8.

bleiben sie bestenfalls abstrakte „Orientierungspunkte“. ⁶⁷ Mehr als ein solcher Orientierungspunkt ist daher auch die Kategorie der „Gesellschaftsformation“ in ihrer Anwendung durch Engelberg nicht. Dieser Mangel soll dadurch behoben werden, daß die Historiker zur Bestimmung der inneren Organisation einer Gesellschaftsformation (abgesehen von der Übernahme bürgerlicher Terminologie, die aus ganz anderen wissenschaftstheoretischen Zusammenhängen stammt) neben den unentfalteten Kategorien des „historischen Materialismus“ die noch abstrakteren der materialistischen „Dialektik“ anwenden lernen: „Die Kategorien der materialistischen Dialektik sind für den Historiker methodisch deswegen unentbehrlich, weil sie Ausdruck der allgemeinsten Struktur- und Bewegungsformen der Materie in Natur und Gesellschaft sind. Durch die gleichsam *kombinierte Anwendung* der Kategorien des historischen Materialismus und der noch allgemeineren der materialistischen Dialektik schärfen wir unseren theoretischen Blick für eine möglichst umfassende Analyse und Synthese der historischen Tatsachen“. ⁶⁸

Anstatt im Marxschen Sinne das Verhältnis von Theorie und Empirie in der Entfaltung der ökonomischen Kategorien nach der Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten zu entwickeln, schlägt Engelberg lediglich die *Vervollständigung eines äußerlich auf das empirische Material anzuwendenden kategorialen Apparats* vor: „Die Historiker der DDR können sich erhebliche Reserven für die Verbesserung ihrer Arbeit erschließen, wenn sie die Kategorien des historischen Materialismus methodisch systematischer und tiefergründiger anwenden, als dies bisher der Fall war; auch dürfen wir es uns nicht mehr leisten, wie dies oft genug geschah, die methodischen Möglichkeiten der materialistischen Dialektik geradezu zu übersehen“. ⁶⁹

An diesem Punkt zeigt sich, daß mit der „Anwendung“ eines kategorialen Gerüsts auf empirische Tatsachen eine allgemeine wissenschaftstheoretische Vorstellung des Marxismus-Leninismus auch auf die Geschichtsmethodologie übergreift. Die theoriegeschichtliche Tradition dieser Vorstellung führt über Engels und Lenin.

(1) Es war Marx' Intention, „das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen“. ⁷⁰ Dabei faßt er die untersuchte Gesetzmäßigkeit als den konkreten Ausdruck dieser Gesellschaftsformation auf; die Struktur des „ökonomischen Bewegungsgesetzes“ entspricht dem Zusammenhang der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Wenn Marx also schreibt, die Wissenschaft bestehe darin, zu entwickeln, „wie das Wertgesetz sich durchsetzt“, ⁷¹ so meint er damit die formgenetische Entwicklung der ökonomischen Kategorien als der vermittelnden Zwischenglieder, in denen der innere, wesentliche Zusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft auf deren Oberfläche in der Bewegung der Konkurrenz sich aus-

67 „Kein marxistisch-leninistischer Historiker wird bei der methodischen Erforschung eines mehr oder weniger großen Geschichtskomplexes der Kategorien des historischen Materialismus entbehren können. Sie sind Orientierungspunkte bei der Analyse der historischen Tatsachen“. Ernst Engelberg, *Theorie und Methode*, in: *Probleme*, S. 26.

68 A.a.O., S. 27.

69 A.a.O., S. 26.

70 Karl Marx, *Kapital I*, S. 15.

71 Karl Marx, Brief an Kugelmann vom 11.7.1868, in: *MEW* Bd. 32, S. 553.

drückt. Die dialektische Methode besteht dann in dem Bewußtsein über die Abfolge der einzelnen Schritte dieser Entwicklung; weder ist die untersuchte Gesetzmäßigkeit, noch die „Dialektik“ als Methode von ihrem Gegenstand ablösbar.

(2) Genau das hat aber Engels versucht. Er knüpft an das von Marx hinterlassene Problem einer „Umstülpung“ der Hegelschen „Logik“ an und mißverstehet es als die Aufgabe, jenseits der konkreten Gesetzmäßigkeit des „Kapitals“ nach den allgemeinen Entwicklungs- und Bewegungsgesetzen allen Seins zu suchen.⁷² Er begreift die „Dialektik“ als allgemeine Wissenschaft von der Bewegung der Materie,⁷³ die er in zwei verschiedenen akzentuierten Versuchen einmal als „Verallgemeinerung“ der Resultate der Einzelwissenschaften, zum andern durch eine abbildtheoretisch legitimierte Umstülpung der Kategorien der Hegelschen Logik begründet.⁷⁴ Ist die „Dialektik“ einmal als allgemeine Theorie konstituiert, dient sie auch

72 Vgl. dazu Cesare Luporini, *Die eigentümliche Logik des eigentümlichen Gegenstandes*, in: *Karl Marx-Kommunismus und Dialektik. Zwei Aufsätze*, Frankfurt/M. 1974, S.111. M.E. stellt sich das Problem der Marxschen Hegelkritik folgendermaßen: Marx „entmystifiziert“ Hegel, indem er dessen Verkehrung von Subjekt und Prädikat als Ausdruck einer realen Verkehrung von Subjekt und Objekt in der bürgerlichen Gesellschaft nachweist. Das „Rationelle“ an der Hegelschen Philosophie war es demnach, daß er die empirischen Erscheinungen als Formen eines Allgemeinen auffaßte. Da er dies Allgemeine jedoch nicht begründen konnte, erschien die Empirie bei ihm „mystifiziert“ als Ausdruck der „Idee“. Marx kritisiert diese scheinbare Vermittlung von Spekulation und Empirie und zeigt stattdessen in der Entwicklung der Wertform die wirkliche Versachlichung (Formgenese) des allgemeinen Zusammenhangs der bürgerlichen Gesellschaft: „Innerhalb des Werthverhältnisses und des darin einbegriffenen Werthausdrucks gilt das abstrakt Allgemeine nicht als Eigenschaft des Konkreten, Sinnlich-Wirklichen, sondern umgekehrt das Sinnlich-Konkrete als bloße Erscheinungs- oder bestimmte Verwirklichungsform des Abstrakt-Allgemeinen“ Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, 1. Auflage, Hamburg 1867, S. 771. In dieser Verwandlung der spekulativen in die reale Formgenese sehe ich den zentralen Punkt der Marxschen Kritik an Hegel. Alle weiteren Fragen nach der „Umstülpung“ der Hegelschen „Logik“ müßten m.E. von diesem Zusammenhang ausgehen; zumindest scheint es mir fraglich, ob Marx darunter das Aufstellen allgemeiner „dialektischer“ Gesetzmäßigkeiten im Sinne von Engels gemeint hat. Wo er auf solche Gesetze verweist (z.B. in *Kapital* 1, S. 327 und 791), gebraucht er sie nur zur nachträglichen Zusammenfassung von zuvor formgenetisch (d.h. in ihrer „eigentümlichen Logik“) entwickelten Zusammenhängen. Die Marxsche Methode ist also keinesfalls so zu verstehen, als habe er zunächst die allgemeinen Kategorien und Gesetze des dialektischen und historischen Materialismus entdeckt und diese dann auf das Spezialgebiet der Politischen Ökonomie „angewendet“.

73 „Die Dialektik ist nichts weiter als die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens“. Friedrich Engels, *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)*, in: *MEW* Bd. 20, S. 131 f.

74 Die erste Version ist im *Anti-Dühring* vorherrschend, wobei sich die Schwierigkeit ergibt, daß Engels nicht konkret angeben kann, in welchen methodischen Schritten er jene philosophische Verallgemeinerung der Resultate der Einzelwissenschaften vornehmen will. M.E. interpretiert er lediglich die Ergebnisse der Naturwissenschaften nachträglich im Lichte jener allgemeinen, von Hegel übernommenen „Gesetzmäßigkeiten“. Die zweite Version (obwohl es sich nur um eine Akzentverlagerung handelt) beruft sich im *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie* zu Unrecht auf die sogenannte Abbildtheorie. Engels argumentiert etwa folgendermaßen: da der Fortschritt der Naturwissenschaften erwiesen habe, daß nicht die Materie ein Produkt des Geistes, sondern umgekehrt der Geist ein Produkt der Materie sei, bestehe das Problem der „Entmystifizierung“ Hegels nur noch in seiner „Umstülpung“, d.h. was Hegel als Denkgesetze entwickelt habe, seien in Wirklichkeit die Bewegungsformen der Realität:

zur „Anwendung“ auf neue Untersuchungsgebiete,⁷⁵ d.h. sie schlägt von Theorie in Methode um.

(3) Diese Auffassung von der „Marxschen“ Methode macht sich Lenin zu eigen; zugleich bildet er sie weiter um. Er begreift den wissenschaftlichen Sozialismus als eine Soziologie, die sich dadurch von der subjektivistischen bürgerlichen Soziologie unterscheidet, daß sie bei der „Verallgemeinerung“ empirischer Phänomene von der Theorie des dialektischen und historischen Materialismus geleitet wird. Diese Theorie ermögliche es, „wesentliche“ von „unwesentlichen“ Phänomenen⁷⁶ zu unterscheiden: „Bisher fiel es den Soziologen schwer, in dem komplizierten Netz der sozialen Erscheinungen wichtige Erscheinungen von unwichtigen zu unterscheiden (hier liegt die Wurzel des Subjektivismus in der Soziologie), und sie konnten kein objektives Kriterium für eine solche Unterscheidung ausfindig machen. Der Materialismus gab ein völlig objektives Kriterium an die Hand, indem er die 'Produktionsverhältnisse' als die Struktur der Gesellschaft heraushob und es möglich machte, auf diese Verhältnisse jenes allgemein-wissenschaftliche Kriterium der Wiederholbarkeit anzuwenden, dessen Anwendbarkeit auf die Soziologie die Subjektivisten bestritten".⁷⁷

Lenin vollzieht also folgende eigenartige Verknüpfung: er faßt die von Engels konzipierte allgemeine Theorie des dialektischen und historischen Materialismus als ein System von Aussagen über „wesentliche“ Zusammenhänge in Natur und Gesellschaft auf und setzt sie methodisch an die Stelle der vorwissenschaftlichen Wertbeziehung⁷⁸ der bürgerlichen Soziologie

„Wir faßten die Begriffe unsres Kopfs wieder materialistisch als die Abbilder der wirklichen Dinge, statt die wirklichen Dinge als Abbilder dieser oder jener Stufe des absoluten Begriffs". Friedrich Engels, *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie*, in: MEW Bd. 21, S. 292 f. (Vgl. dagegen den Marxschen Ansatz zur Entmystifizierung Hegels, Anm. 72) Damit nimmt Engels an, die Hegelschen Kategorien seien Reflex, Widerspiegelung der wesentlichen, inneren Zusammenhänge von Natur und Gesellschaft. Hingegen beschränkt Marx die Gültigkeit der Abbildtheorie darauf, daß sich nur die unmittelbar auf der Oberfläche der Gesellschaft erscheinenden Formen in den Köpfen der Produktionsagenten (die alltäglich mit ihnen umgehen) widerspiegeln; für die Erforschung der ihnen zugrundeliegenden, verborgenen inneren Zusammenhänge bedarf es der Wissenschaft, also der formgenetischen Entwicklung eben jener Kategorien: „Die ersteren [Erscheinungen auf der Oberfläche] reproduzieren sich unmittelbar spontan, als gang und gäbe Denkformen, der andre [ihr verborgener Hintergrund] muß erst durch die Wissenschaft entdeckt werden". Karl Marx, *Kapital* 1, S. 564. Gerade diesen eigentlichen wissenschaftlichen Schritt unterschlägt Engels in beiden Versionen des Versuchs, die allgemeinen Gesetze der „Dialektik“ materialistisch zu begründen.

⁷⁵ Friedrich Engels, *Anti-Dühring*, S. 125.

⁷⁶ Für die bürgerliche Soziologie gibt es keine durch „wesentliche“ Einsichten begründete „Objektivität". Weber z.B. identifiziert das Wesentliche mit dem Wissenswerten; dieses wiederum ist an die vorwissenschaftliche Werthaltung geknüpft.

⁷⁷ Wladimir I. Lenin, *Was sind die 'Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?*, in: *Werke*, Berlin 1971, Bd. 1, S. 130.

⁷⁸ Wenn ich sowohl hier als im Zusammenhang mit der Konzeption der „Parteilichkeit“ von „Wertbeziehung“ spreche, meine ich nur deren methodische Funktion, bestimmte Bereiche aus dem historischen Material als „bedeutungsvoll“ auszusondern. Nur in dieser Funktion hat sich die Wertbeziehung im Marxismus-Leninismus erhalten, natürlich nicht in ihrer Aufgabe zur Lösung des Problems einer „individualisierenden Begriffsbildung“.

ein. Die auf diese Weise ausgesonderten Phänomene sollen dann dem Kriterium der Wiederholbarkeit unterworfen, also zu Gesetzen zusammengefaßt werden. Die so zustande gekommenen Gesetze drücken jetzt nicht mehr den inneren Zusammenhang einer Gesellschaftsformation samt dem Mechanismus seiner Durchsetzung aus, sondern sind an empirischen Phänomenen durch formale Verallgemeinerung gewonnene Aussagen. Die durch die „Anwendung“ der Kategorien des dialektischen und historischen Materialismus getroffene Selektion gilt jedoch als Begründung dafür, daß es sich um *Aussagen über das „Wesen“ der verallgemeinerten Phänomene* handelt.⁷⁹

Wir müssen an dieser Stelle rekapitulieren: Engelberg behandelt das Verhältnis von Theorie und Empirie nicht im Marxschen Sinne als schrittweise Konkretion des kategorialen Zusammenhangs einer Gesellschaftsformation, sondern stellt deren unentfalteten Begriff den historischen „Tatsachen“ abstrakt gegenüber.⁸⁰ Er versucht diesen Mangel dadurch zu beheben, daß er neben der Übernahme bürgerlicher Termini eine „Kombination“ der Kategorien des historischen mit denen des dialektischen Materialismus vorschlägt, d.h. er begreift das Problem der Konkretion als Verfeinerung eines den „Tatsachen“ äußerlichen Netzes von allgemeinen Kategorien. Für eine an Marx orientierte Vermittlung von Theorie und Empirie sind solche Ansätze untauglich.

Unsere Überlegungen zur wissenschaftstheoretischen Tradition dieser für den Marxismus-Leninismus spezifischen Methode haben erbracht, daß diesen allgemeinen Kategorien in der Tat auch eine ganz andere Funktion zukommt: sie sollen verbürgen, daß die „wesentlichen“ Zusammenhänge wissenschaftlich erfaßt werden. Diese Ansicht teilt auch Engelberg: „Verlegenheitsformeln, daß der allgemeine Begriff (die Kategorie) ein Schema sei, das mit historischem Material angefüllt werden müßte, führen schon deswegen nicht weiter, weil gerade der *allgemeine Begriff der methodische Schlüssel ist, der den Inhalt (das Wesen) einer Er-*

79 Vgl. zu diesem Problem (dort allerdings ohne Berücksichtigung des Anteils von Engels): Projekt Klassenanalyse, *Leninismus – eine neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus?*, Berlin 1972, 1. Halbbd. S. 60 ff. und Rainer Winkelmann, *Grundzüge und Probleme der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus*, in: Rolf Ebbinghaus (Hrsg.), *Monopol und Staat. Zur Marx-Rezeption in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1974, S. 88 ff. Für die Diskussion der sogenannten dialektischen Verallgemeinerung in der DDR vgl. Erich Hahn, *Historischer Materialismus und marxistische Soziologie*, Berlin 1968, S. 205 ff. Hahn referiert (nicht ohne eine gewisse Reserve) die Auffassung Kedrows, wonach sich eine „induktive oder formale“ Art der Verallgemeinerung von einer „dialektischen“ Verallgemeinerung nicht in der formalen Struktur, wohl aber durch die Auswahl der zu verallgemeinernden Merkmale unterscheidet: „Die dialektische Verallgemeinerung beruht auf der Verallgemeinerung wesentlicher Merkmale. Bei der anderen Art hingegen kann das ausgesonderte Merkmal sehr unwesentlich und zufällig sein“. *A.a.O.*, S. 208 f.

80 „Der grundlegende Begriff des historischen Materialismus ist die ökonomische Gesellschaftsformation. Darum hat der marxistisch-leninistische Historiker alle *Tatsachen*, die ihm die Quellen vermitteln, im Zusammenhang mit der Struktur, der Bewegung und der Ablösung der ökonomischen Gesellschaftsformation zu betrachten. Erst in diesem Zusammenhang wird die Tatsache eine historische und kann ihr Gewicht gemessen und bewertet werden; erst in diesem Zusammenhang wird die historische Tatsache zu einer Erscheinungsform des Gesetzmäßigen in Struktur und Entwicklung einer jeweiligen Gesellschaftsformation“. Ernst Engelberg, *Theorie und Methode*, in: *Probleme*, S. 12.

scheinung erschließt". 81 (Hervorhebung von mir).

Zusammenfassung

Die Behandlung des Aufsatzes von Engelberg stand unter der Frage, ob der dialektische und historische Materialismus ein wissenschaftliches Korrektiv des unter 1./2. untersuchten Zusammenhangs von gesellschaftlichem Auftrag, Bewußtseinsbildung und Parteilichkeit erbringen kann. Diese Frage ist zu verneinen.

Weder von der politischen Implikation her, noch seitens der Wissenschaftstheorie und -methodologie ist die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft in der Lage, eine objektive Untersuchung der unparteiisch zu konstatierenden Widersprüche sowohl des Kapitalismus als des Sozialismus zu liefern. Zum einen verstellt die als Wertung in die Untersuchung eingehende, bestimmte parteiliche Sicht der gesellschaftlichen Zusammenhänge eine solche Analyse, zum andern kann das auf den „dialektischen und historischen Materialismus“ reduzierte theoretische und methodische Instrumentarium eine Entfaltung des inneren, widersprüchlichen Zusammenhangs einer Gesellschaftsformation überhaupt nicht mehr leisten. „Parteilichkeit“ und „dialektischer und historischer Materialismus“ bilden keinen wissenschaftlichen, sondern einen politischen Zusammenhang: die Parteilichkeit bestimmt die inhaltliche Auswahl der zu untersuchenden Gegenstände und deren generelle Wertung, 82 der dialektische und historische Materialismus liefert die allgemeinen Kategorien, die jene politischen Aussagen als wesentliche, objektive Zusammenhänge erscheinen lassen sollen.

Der gesamte wissenschaftliche Apparat dient also letztlich der Erhärtung der von der Partei aufgestellten politischen Richtlinien; in diesem Prozeß der wissenschaftlichen Verarbeitung verwandeln sich die unter 1. untersuchten „Grundüberzeugungen“ des Systems der „Bewußtseinsbildung“ von bloßen „Überzeugungen“ zu jenen „objektiven Gesetzmäßigkeiten“, denen das Bewußtsein der Arbeiterklasse sich einpassen soll.

81 A.a.O., S. 28. — Es ist eine ganz unmarxistische Vorstellung, man könne durch Anwendung eines allgemeinen Begriffs das „Wesen“ einer Erscheinung erschließen. Marx operiert überhaupt nicht mit solchen, zu selbständigen philosophischen Kategorien rückverwandelten Begriffen. Das „Wesen“ einer Gesellschaftsformation ist ihr *wesentlicher Zusammenhang*. Dieser besteht z.B. im Kapitalismus in der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit; sein wesentliches gesellschaftliches Verhältnis ist also in der Mehrwertrate ausgedrückt. In diesem Sinne sagt Marx: „Mehrwert und Rate des Mehrwerts sind, relativ, das Unsichtbare und das zu erforschende Wesentliche, während Profitrate und daher die Form des Mehrwerts als Profit sich auf der Oberfläche der Erscheinungen zeigen“. Karl Marx, *Kapital* 3, S. 53. Dabei wird deutlich, daß dieses „Wesen“ nicht als philosophische Kategorie von seinem gesellschaftlichen Gegenstand ablösbar ist und weiter, daß es Marx immer um die formgenetische Entwicklung des Zusammenhangs von Wesen und Erscheinung im Rahmen der Entfaltung der ökonomischen Kategorien einer Gesellschaftsformation geht. Genau das ist es, was die für sich fixierten, abstrakt-allgemeinen Kategorien des „dialektischen und historischen Materialismus“ nicht leisten können.

82 „Die Erfordernisse der gesellschaftlichen und politischen Praxis der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei mit ihren Fragestellungen an das geschichtliche Material tragen über und durch die Themenwahl dazu bei, die jeweils anzuwendenden Methoden mitzubestimmen. Die Erfordernisse der Praxis gehören also auch zur Methode der materialistischen Dialektik. Ließen wir diese Erfordernisse außer acht, würden wir bei aller Anerkennung der allgemeinen Prinzipien des Marxismus-Leninismus in einen Akademismus geraten, der sich von den Anforderungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens entfremdet. Wir brauchen politisch zielbewußte Fragestellungen an die Geschichte“. Ernst Engelberg, Vorwort zu: *Probleme*, S. 10.

Abschließend ist zu sagen: mit der Kritik einiger Kategorien der Geschichtsmethodologie ist nicht bereits die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft selbst kritisiert. Eine Untersuchung im Einzelnen würde m.E. zeigen, daß das Zusammenwirken von Wissenschaft und Partei durchaus nicht so widerspruchsfrei verläuft, wie es gerade von den Wissenschaftstheoretikern dargestellt wird. Weiterhin würde sich ergeben, daß die Geschichtswissenschaft zu desto brauchbareren Resultaten kommt, je mehr sie über die politischen Implikationen der Parteilichkeit und über die abstrakten Kategorien des dialektischen und historischen Materialismus hinausgeht und mit den konkreten Begriffen der Marxschen Analyse selbst arbeitet. An diesem Prozeß einer (in Grenzen möglichen) Reorientierung scheint allerdings die Geschichtsmethodologie noch kaum beteiligt zu sein.

BEBEL AND THE REVOLUTIONARY SOLUTION OF THE GERMAN PROBLEM, 1866 – 1871

By William H. Maehl

All talk of a democratic-revolutionary solution of the problem of German unification in either 1866 or 1871 is hyperbole. At neither time did there exist a *Vorstufe* to revolution. The outcome of the Austro-Prussian War determined at once the hour for a democratic, insurrectionary solution of the unification question had definitely passed, if, indeed, it had ever come. Henceforth Bismarck was in a position to make whatever music he liked. The defection of the National Liberals to him in 1866 rendered illusory the bourgeois conquest of power which Karl Marx had thought would be the only possible one for years to come. Accordingly, shortly after the Battle of Königgrätz, Friedrich Engels, "chief of staff" of the European proletariat, advised the German workers to accommodate themselves to the Bismarckian achievement: „Von dem Augenblick an, wo Bismarck den kleindeutschen Bourgeoisplan mit der preußischen Armee und so kolossalem Sukzeß durchführte, hat die Entwicklung in Deutschland diese Richtung so entschieden genommen, daß wir ebensogut wie andere das fait accompli anerkennen müssen, we may like it or not".¹

Confronted with the Bismarckian creations of 1866 and 1871, the only positive line for the German working class leaders, August Bebel and Wilhelm Liebknecht, to take – and it is the one that they ultimately did take – was to organize the masses into a strong political party that aimed at the piecemeal improvement of their condition and the broadening, from statute to statute, of democracy in Germany. In this campaign bourgeois-progressive and populist elements were in the period 1866-71 at all times welcome in the lower-class movement headed by the master turner, Bebel. As he indicated in his, from the Marxist viewpoint, heteroclit Reichstag speech of April 1871, he was also prepared to cooperate with them: „Meine Herren, der Liberalismus muß sich eingestehen, daß er, wenn er mit freiheitlichen Forderungen kommt, und wenn er diese freiheitlichen Forderungen ernsthaft verfehlt, auf alle Fälle auf unsere Unterstützung rechnen kann".²

In 1866, the two quarreling wings of the German workers' movement pursued tactics that ever afterwards made it impossible for the proletariat to strike an insurrectionary posture. The one wing looked for support and realization of its goals to authoritarian Prussia, was content to operate within the house that Bismarck built, and believed that the inclusion of Austria-Hungary would wreck it. The other wing courted the democratically-oriented petty bourgeoisie and the South German particularists, who regarded Bismarck as Lucifer and the Wilhelmstraße as in the latitude of hell. This wing thought, as did Franz Schnabel in our own time, that it was a fundamental error to begin the unification of Germany by excluding Austria-Hungary from it. In later years, neither wing was able to rid itself of the Shirt of

1 Engels to Marx, July 25, 1866, in: Karl Marx and Friedrich Engels, *Werke*, edited by Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (hereafter cited *MEW*), 39 vols., Berlin [-East] 1961 – 1968, vol. 31, p. 240.

2 Bebel's speech of April 3, 1871 in: *Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte*, 1st legislative period, 1st session, vol. 1, p. 130, reprinted in: Rolf Dlubek and Ursula Hermann, eds., *August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften*, vol. 1, 1863-1878, Berlin [-East] 1970, p. 139.

Nessus it had donned in these early days. The one could not divest itself of its Prussian, the other of its reformist-middle-class connections.

At the time of the Austro-Prussian War there were two German "workers" organizations. Both were small and largely confined to the region North of the Main river. Neither was Marxist.³ The more politically minded of the two had been founded on May 23, 1863 by Ferdinand Lassalle and was called the General German Workers Association ("Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein" or ADAV). The other, an outgrowth of the amalgamation of scores of workers' cultural and educational associations, dubbed itself the Union of German Workers Societies ("Verband Deutscher Arbeitervereine" or VDAV) and had been organized in June 1863.

The ADAV,⁴ whose membership was mainly Prussian,⁵ was dominated by the spirit of the deceased Lassalle, who had never been a revolutionary,⁶ but, to Marx, only "an enlightened Bonapartist".⁷ The net effect of Lassalle's propaganda had been to convince the workers that capitalism rather than Prussian autocracy was the enemy and that a Hohenzollern Germany could be the instrument of the social emancipation of the lower classes.⁸ The policy of the ADAV towards Bismarck was the corollary of its animus towards the upper bourgeoisie.⁹ For his part, Bismarck, who not only wanted to strengthen Prussia but also serve the German nation, encouraged the Prussophilism of the ADAV. He solicited the support of the masses by promising a democratic national franchise and by implying that more concessions would be made to a working class that identified itself with his grand political objectives.

- 3 Marxism was at a sharp discount in German working class circles, some former "communists" even going so far as to say that the Marxists had more harmed than helped the workers. See Gustav Mayer, *Friedrich Engels. Eine Biographie*, 2 vols., The Hague 1934, vol. 2: *Engels und der Aufstieg der Arbeiterbewegung in Europa*, p. 146.
- 4 The ADAV had originated with Lassalle's famous programmatic statement (*Offenes Antwortschreiben*) of March 1, 1863, which Oncken called "the starting point of the contemporary German workers' movement". See Hermann Oncken, *Lassalle. Zwischen Marx und Bismarck*, 5th edition; Stuttgart 1966, p. 238. The Antwortschreiben is given in Ernst Schraepler, ed., *Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland*, 2 vols., Göttingen, 1955-1964, vol. 1: 1800 - 1870, Doc. no. 37, pp. 183-186.
- 5 Gustav Mayer, *Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863-1870*, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, 2 (1912), p. 1.
- 6 Eduard Bernstein, *Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse*, Berlin 1919, pp. 57-63; Wilfried Gottschalch, *Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland*, in: Helga Grebing, ed., *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland*, Munich and Vienna 1969, p. 92; Gustav Mayer, *Friedrich Engels*, vol. 2, p. 121. On the other hand, Lassalle's services in separating the workers from the bourgeoisie have recently been extolled by Walter Schmidt and Rolf Dlubek, *Die Herausbildung der marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse. Konzeptionelle Fragen der ersten Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (hereafter cited as *ZfG*), 14 (1966), pp. 1317-1321. Lassalle has recently been the subject of a definitive biography by Shlomo Na'aman: *Lassalle*, Hanover 1970.
- 7 Marx to Engels, July 30, 1862, in: *MEW*, vol. 30, p. 258.
- 8 Walter Schmidt and Rolf Dlubek, *Die Herausbildung der marxistischen Partei . . .*, p. 1319; Gunter Benser, *Zur Herausbildung der Eisenacher Partei*, Berlin 1956, p. 35.
- 9 Gustav Mayer, *Die Lösung der deutschen Frage im Jahre 1866 und die Arbeiterbewegung*, in: *Festgaben für Wilhelm Lexis*, Jena 1907, pp. 249-50.

The VDAV was heavily influenced by three factors. First, its greatest combined strength lay in industrialized Saxony, a state with a bitterly anti-Prussian tradition.¹⁰ Second, in 1966 the VDAV was numerically smaller and ideologically less unified than the General German Workers Association under Lassalle's successor, Johann Baptist von Schweitzer.¹¹ Third, the Union of German Workers Societies, whose most energetic leaders were the journalist Liebknecht and the young and seemingly sickly Bebel, subscribed to the political aims of the lower middle class German People's Party ("Deutsche Volkspartei"), which strove to prevent absorption of the lesser states by Prussia and to summon a democratically elected national parliament which should build a *großdeutsch* federation.¹²

The VDAV felt its indebtedness to the middle class. Most of the VDAV's more than one hundred workers educational societies had been established under the auspices of the bourgeoisie,¹³ which had tried to impart to them a non-political, cultural slant so as to divert them from radical escapades. Since the VDAV was also wholly dependent upon bourgeois democratic deputies in the *Landtage* to represent working class interests,¹⁴ it was disposed to accept lower middle class tutelage.¹⁵

As Bebel and Liebknecht conceived it, their task was to pry the workers loose from any alliance with Prussian nationalist forces.¹⁶ This involved a bitter contest with the Lassalleans after Liebknecht and Marx had in 1865 deserted the central organ of the ADAV, Schweitzer's

- 10 However, the most numerous urban followings of the VDAV were in Hamburg, Elberfeld-Barmen and Solingen. See Franz Mehring, *Die Leipziger Arbeiterbewegung 1862-67*, in: *Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie*, Leipzig 1903, p. 38.
- 11 Gustav Mayer, *Die Lösung* . . . , p. 250.
- 12 See Werner Conze and Dieter Groh, *Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung*, Stuttgart 1966, p. 48.
- 13 Gustav Seeber, *Wahlkämpfe, Parlamentsarbeit und revolutionäre Politik. Zur Entwicklung der revolutionären Parlamentstaktik in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: *Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. Studien zur sozialistischen Bewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts*, edited by Deutsche Akademie der Wissenschaften, Zentralinstitut für Geschichte, Berlin [-East] 1970, pp. 223-24; and Erich Eyck, *Der Vereinstag deutscher Arbeitervereine 1863-1868. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1904, p. 27.
- 14 *Ibid.*, p. 30.
- 15 In this connection see Friedrich Engels' article in Liebknecht's *Demokratisches Wochenblatt*, October 3, 1868, in which Engels urged the German workers to support the bourgeoisie in their struggle for victory over aristocratic reaction in Prussia. See also his *Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei*, in: *MEW*, vol. 16, p. 68.
- 16 A.K. Vorobjova, *Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland und des Kampfes von Karl Marx und Friedrich Engels gegen Lassalle und das Lassalleanertum 1862 - 64*, in: *Aus der Geschichte des Kampfes von Karl Marx und Friedrich Engels für die proletarische Partei*, edited by Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin [-East] 1961, pp. 288-89. Cf. Friedrich P. Kahlenberg, *Das Epochenjahr 1866 in der deutschen Geschichte*, in: Michael Stürmer, ed., *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870 - 1918*, Düsseldorf 1970, p. 58, who alludes to the hopes that were nourished in broad strata of the people for the further liberalization of German government as a consequence of the establishment of the Junker-bourgeois constitutional monarch in Prussia.

„Social-Demokrat”.¹⁷ During this fight, Bebel’s thinking stood almost entirely under the influence of the older Liebknecht, the long-time associate of Marx and Engels. A fiery and effective orator, for whom revolutionary policy was subordinate to his personal feud with the Hohenzollerns and Bismarck, Liebknecht was, after being expelled from Prussia,¹⁸ a man with a grudge and, for Marx and Engels, something of a bore. A “fanatical *Großdeutscher*”,¹⁹ Liebknecht could only give a distorted image of the thinking of the London “general staff”.²⁰

Liebknecht and Bebel were undoubtedly fortified in their Prussophobia by the circumstance that in the spring of 1866 Marx and Engels thought that Bismarck would blunder and be overthrown and that, as a result, revolution might break out in Germany and the country would be unified from below.²¹ Liebknecht and Bebel naively believed that Bismarck was an unprincipled villain who would not hesitate, for the sake of Hohenzollern dynastic ambitions, to plunge Germany into civil war. The only difference between this view and that entertained by the South German governments and the German People’s Party was that these thought Prussia could be thwarted by an alliance of secondary states, whereas the VDAV leaders knew that the princes could not be trusted to adhere to such a line and believed the proper response to Bismarck in case of war with Austria was the *levée en masse à la 1793*.²² On the other

- 17 On the rupture of relations with Schweitzer, caused in part by a series of pro-Bismarckian articles he had written in the *Social-Demokrat*, see Franz Mehring, *Die Leipziger Arbeiterbewegung* . . . , pp. 29-31; August Bebel, *Aus meinem Leben*, Berlin [-East] 1961, pp. 89 and 93; Engels to Marx, February 13, 1865, in: *MEW*, vol. 31, p. 69, and Marx to Engels, February 18, 1865, in: *ibid.*, pp. 75-78; the statements by Marx and Engels in the *Social-Demokrat*, March 3, 1865, reprinted in: *MEW*, vol. 16, p. 79, and of March 19, 1865, reprinted in: *ibid.*, pp. 86-89; and Bebel’s speech of September 16, 1878 in the Reichstag, where he averred that Schweitzer’s whole concern was „to adhere to the line marked out by Lassalle and always to support Bismarck’s policy”, in: *Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte*, 4th leg. per., 4th sess., 51-A: pp. 41-42. The viewpoint of Marx, Engels and Bebel that Schweitzer had entered into a formal contract with Bismarck and had betrayed „the party”, Marx to Kugelmann, February 23, 1865, in: *MEW*, vol. 31, pp. 451-455; and Liebknecht to Marx, February 1865, in: Georg Eckert, ed., *Wilhelm Liebknechts Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels*, The Hague, 1963, No. 12, p. 43) has been endorsed by Karl-Heinz Leidigkeit, *Wilhelm Liebknecht und August Bebel in der deutschen Arbeiterbewegung 1862-69*, Berlin [-East] 1957, pp. 12 and 58, but Shlomo Na’aman, a defender of Lassalle, has expressed disbelief. See his *Lassalles Beziehungen zu Bismarck. Ihr Sinn und Zweck; zur Beleuchtung von Gustav Mayers’ Bismarck und Lassalle*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 2 (1962), pp. 57, 73-74, and 82-83.
- 18 Karl Marx, *Chronik seines Lebens in Einzeldaten*, Moscow 1934, pp. 237, 240-41.
- 19 Paul Kampffmeyer, *Wilhelm Liebknechts Leben und Werk*, in: *Arbeiterbildung*. (= Schriftenreihe des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit, No. 10), Berlin 1901, p. 2.
- 20 Engels to Marx, November 16, 1864, in: David Rjazanov, ed., *Karl Marx/Friedrich Engels. Historisch-kritische Gesamtausgabe. Werke, Schriften, Briefe*, (hereafter cited as *MEGA*), part 3: *Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel*, vol. 3, Berlin 1930, p. 203.
- 21 Engels to Marx, February 10, 1866, in: *MEW*, vol. 31, pp. 176-177; and Marx to Engels, April 2, 1866, *ibid.*, pp. 197-199.
- 22 Cf Reinhard Höhn, *Sozialismus und Heer*, 3 vols., Berlin and Zurich 1959 – 1969, vol. 1: *Heer und Krieg im Bild des Sozialismus*, p. 20; see also Liebknecht’s article in: *Deutsches Wochenblatt*, June 24, 1866.

hand, Marx and Engels, who considered the impending war in the light of world revolution, ²³ thought it a mistake of Liebknecht and Bebel to pursue a military tactic that was wholly inspired by domestic considerations, because reliance upon a frail, untrained militia might weaken Germany *vis à vis* Russia and postpone the hotly desired Russian revolution. ²⁴

Disagreement between the Olympian master minds in London and the VDAV leaders respecting tactics obscured their fundamental concord with regard to the desirability of an Austrian victory. Marx and Engels backed the Habsburg empire, not out of jejune hatred of the "military despotism" of Prussia, but because an Austrian effort to impose a *großdeutsch* solution upon Germany might provoke revolution. ²⁵ Clearly, Engels, whose wish was father to the thought of a speedy military victory for Austria, ²⁶ brought strong reinforcement to the anti-Prussian offensive of Bebel, Liebknecht and other VDAV leaders, such as Leopold Sonnemann, Peter Staudinger, Karl Hirsch and Friedrich Lange.

At a number of mass rallies in the spring of 1866 — Dresden on March 26 and April 28, Leipzig on May 8, and Frankfurt/M. on May 20 — Bebel tried to achieve the unity of the working class on a platform of a democratically elected national assembly, a militia and the repulse of Prussian aggression. ²⁷ However, despite Bebel's democratic-republican locution, it was really as a palladin of traditional German liberties and of the polycentrist sovereign states system (*Kleinstaaterei*) that he entered the lists in 1866. Under his influence the Standing Committee of the VDAV on June 10 and 24 called for a united front of petty bourgeoisie and workers in support of Austria and the freedom of the secondary states. ²⁸ Such a policy did not advance the cause of revolution, for it did not escape the masses that at a time when the National Liberals and Lassalleans were flocking around Bismarck, the Austro-

23 Cf Werner Conze and Dieter Groh, *Die Arbeiterbewegung* . . . , p. 68; see further, Engels to Bebel, November 17, 1885, in: Werner Blumenberg, ed., *August Bebel's Briefwechsel mit Friedrich Engels*, The Hague 1965, pp. 243-245, in which Engels equates general war with the complete collapse of the class state and the victory of the working-class revolution.

24 Cf Gustav Mayer, *Die Lösung der deutschen Frage* . . . , p. 259. On Engels' strong belief in the superiority of a highly trained, well-equipped conscript army see Reinhard Höhn, *Sozialismus und Heer*, vol. 1, pp. 48, 50-55, 69, 122 and 125.

25 See Engels to Marx, May 9, 1866, in: *MEW*, vol. 31, p. 214, and Gustav Mayer, *Johann B. von Schweitzer und die Sozialdemokratie*, Jena 1909, pp. 147-49.

26 Engels' strategic-tactical analyses of the war for the period June 20 — July 6, 1866 are reprinted as *Betrachtungen über den Krieg in Deutschland*, in: *MEW*, vol. 16, pp. 169-89. He dilates on the assets and advantages of the Austrian army in: *ibid.*, p. 172. See further, Gustav Mayer, *Friedrich Engels*, vol. 2, p. 150; and Reinhard Höhn, *Sozialismus und Heer*, vol. 1, pp. 183 and 228.

27 See *Deutsches Wochenblatt*, March 27 and April 29, 1866; Gunter Benser, *Zur Herausbildung* . . . , p. 50; Franz Mehring, *Die Leipziger Arbeiterbewegung 1862 - 67*, p. 40; Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, 4 vols., Berlin [-East] 1960, vol. 1, pp. 228-30; August Bebel, *Aus meinem Leben*, pp. 144-45, 148-51; Rolf Dlubek and Ursula Hermann, eds., *August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften*, vol. 1, p. 13. The important resolution of the Leipzig rally of May 8 is reprinted in: *Die Internationale in Deutschland 1864 - 72. Dokumente und Materialien*, edited by Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin [-East] 1964, p. 119.

28 August Bebel, *Aus meinem Leben*, p. 154. Mehring says that a minority of the Standing Committee at the Mannheim VDAV meeting of June 10 was sympathetic to Prussia. See *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, vol. 2, p. 231.

philism of the VDAV was leading a part of the working class into an untenable and conceivably treasonable position.²⁹

There is not a shred of evidence that Bebel's views in 1866 differed in any important particular from those of Liebknecht. Even after the Preliminary Treaty of Nikolsburg, Liebknecht would not reconcile himself to the clear fact of the Prussian *fait accompli*. Instead he persisted in speaking as if the "Norddeutscher Bund" could still be dissolved.³⁰ For him and Bebel the overthrow of Hohenzollern Prussia would be "tantamount to the victory of the German Revolution".³¹ They did not think that any good would accrue to the workers from Bismarck's accomplishments.³² Marx, who argued that Prussia's swift victory had transformed a feudal-bureaucratic into a Junker-bourgeois society,³³ believed that national consolidation would promote the workers' cause and deter the French from invading Germany.³⁴ Engels was alarmed at the fantastic lengths to which the Austrophilism of "Wilhelmchen" was leading him even after peace had been signed,³⁵ and Marx wrote in disgust: "Liebknecht hasn't the slightest conception of revolutionary policy"³⁶

Ignoring the admonitions of Marx and Engels against fraternization with the South German bourgeois democrats and of the Lassalleans (Schweitzer, Hasenclever and Reincke) against equating *Kleinstaaterei* with German liberty, Bebel and Liebknecht went their way. On

- 29 Gustav Mayer, *Friedrich Engels*, vol. 2, p. 149. For Bebel's reflections on the pro-Prussian policy of the ADAV at this time see his speech of Februar 17, 1888, in: *Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte*, 7th leg. per., 40th sess., vol. 102, p. 231. If Austria had won, the VDAV would have been confronted with the dilemma of having to endorse the Austro-French agreement of June 12, 1866, which would have forced Prussia to cede most of the Rhineland to France, or confess that Austria had been less patriotic than Prussia.
- 30 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden*, edited by Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, vol. 1, chapter 2: *Von 1849 bis 1871*, Berlin [-East] 1966, p. 81; Liebknecht to Engels, December 11, 1867, quoted in Gustav Mayer, *Friedrich Engels*, vol. 2, p. 161; see also Bebel's article of June 29, 1905 from the Zurich *Volksrecht*, reprinted in Gustav Seeber, *August Bebel und Max Hirsch*, in: *ZfG* 14 (1966), p. 779. The "great German" ideas of Liebknecht and Bebel have recently received support from historians such as Golo Mann and Theodor Schieder, who contend that the *kleindeutsch* concept was the victory of a disfigured national state over the universal imperial idea that had lived on in the *Deutscher Bund*. See Golo Mann, *Die erste Teilung*, in: *Die Zeit* (1966), No. 27, July 1, 1966, p. 9; Theodor Schieder, *Das Jahr 1866 in der deutschen und europäischen Geschichte*, in: *Das Parlament*, (1966), No. 24, p. 16.
- 31 Liebknecht would have expressed himself to this effect in his *Demokratisches Wochenblatt* except that Saxony continued under Prussian occupation, and "the smallest show of opposition would cause our suppression". Liebknecht to "Williams" (Marx), August 10, 1866 (?), in: *Wilhelm Liebknecht. Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels*, p. 67.
- 32 Liebknecht to Engels, October 1, 1866, in: *ibid.*, p. 77.
- 33 Gustav Mayer, *Friedrich Engels*, vol. 2, p. 154.
- 34 Engels to Marx, July 25, 1866, in: *MEW*, vol. 31, p. 241; Engels to Marx, July 27, 1866, in: *MEGA*, part 3, vol. 3, pp. 458-59; Engels to Marx, December 19, 1867, in: *ibid.*, pp. 465-68; Gunter Benser, *Zur Herausbildung . . .*, p. 54.
- 35 Engels to Marx, July 25, 1866, in: *MEW*, vol. 31, p. 418; Engels to Marx, October 22, 1867, in: *ibid.*, p. 371; Engels to Marx, December 19, 1867, in: *ibid.*, p. 413.
- 36 Marx to Engels, July 22, 1869, in: *MEW*, vol. 32, p. 343; Marx to Engels, August 10, 1869, in: *ibid.*, p. 360.

August 19, 1866 at Chemnitz they founded the heterodox Saxon People's Party.³⁷ The Chemnitz Program, which could hardly be described as socialistic, denounced the North German Confederation and Reichstag,³⁸ while calling for the unification of Germany upon a non-dynastic, democratic fundament.³⁹

Continuing to pursue a wholly negative approach to the North German Confederation, Bebel told the Reichstag on April 10, 1867 that militaristic Prussia had destroyed the last vestiges of German freedom: "In founding the Confederation, Prussia was in no way concerned with unifying Germany". Bismarck had only wanted "to advance a specifically Prussian aim — the strengthening of Hohenzollern *Hausmacht*".⁴⁰ Said Bebel further: "This Confederation is only a Greater Prussia surrounded by a shoal of vassal states whose governments are nothing more than governorships of the Prussian crown".⁴¹ Paradoxically, he flayed Bismarck for not having brought the South German states into the union and predicted that the „Prussian government . . . will always oppose the entrance of South Germany into the Confederation".⁴²

Bebel went even further in his Reichstag speech of September 24, 1867, when he had the audacity to make an irridentist-*großdeutsch* attack upon the Prussian government for having abandoned 18.000.000 Germans living in South Germany, Austria, Luxemburg North Schleswig, Bohemia and the Baltic lands.⁴³

- 37 Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, vol. 2, p. 246; Julius Vahlteich, *Ferdinand Lassalle und die Anfänge der Arbeiterbewegung*, Munich 1902, p. 40. On the petty bourgeois radical movement see Rolf Weber, *Kleinbürgerliche Demokratie in der deutschen Einheitsbewegung 1863 - 66*, Berlin [-East] 1962; see also Gunther Ebersold, *Die Stellung Wilhelm Liebknechts und August Bebels zur deutschen Frage 1863 bis 1870* (dissertation), Heidelberg 1963, pp. 76-93 et passim. Hermann Müller regarded the Saxon People's Party as the cornerstone of the later Social Democratic Workers' Party. Hermann Müller, *Geschichte der deutschen Gewerkschaften bis zum Jahre 1878*, Berlin 1918, p. 51.
- 38 Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, vol. 2, p. 247-48. Despite the distinctly bourgeois democratic nature of the Chemnitz Program, Horst Bartel says that in 1866 Bebel worked tirelessly for the „revolutionizing and mobilizing" of the masses and was already a „socialist". Horst Bartel, *August Bebel. Eine Biographie*, Berlin [-East] 1963, pp. 26-27 and 30.
- 39 August Bebel, *Aus meinem Leben*, pp. 160-61. The bourgeois democrats were, as Ebersold points out, basically opposed to either an Austrian or a Prussian solution of the German problem. Thus one of their leaders, Eckardt, wrote in April, 1866: „All hopes centering upon Prussia, Austria, or the majority of middle and small states are alike foolish", because the kind of state for which democrats are striving can only be achieved by the people against the governments. See Gunther Ebersold, *Die Stellung Wilhelm Liebknechts . . .*, pp. 76-77.
- 40 See *Sitzungsberichte des konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes* (hereafter cited as *Sitzungsberichte . . .*), 1st leg. per., 1st sess., 1 (April 10, 1867), p. 678-79.
- 41 *Ibid.*, p. 678. Bebel expressed himself similarly in a letter to Max Hirsch, March 29, 1867, in: Helmut Seeber, *August Bebel und Max Hirsch*, p. 775.
- 42 *Sitzungsberichte . . .*, 1, p. 679.
- 43 See Bebel's speech of September 24, 1867, in: *ibid.*, 1st leg. per., 7th sess., p. 84. Liebknecht echoed these views in his speech of October 7, 1867, in: *ibid.*, 22nd sess., 3, pp. 450-51. Max Hochdorf declares that there was nothing to distinguish Bebel's attitude towards Prussia at this time from that of Liebknecht. Cf Max Hochdorf, *August Bebel. Geschichte einer Politischen Vernunft*, Berlin 1932, p. 63. Ebersold can cite no concrete evidence to the contrary of these years, but he does affirm that "strict rejection of any participation in Reichstag work was for Liebknecht a matter of principle that was not open to discussion". Gunther Ebersold, *Die Stellung Liebknechts . . .*, p. 147 et passim.

In late 1867 Bebel, no less than Liebknecht, Fritzsche, Vahlteich, Schraps and other leaders of the VDAV, was still a prisoner of its Liberal antecedents. A foe of the Junker-bourgeois North German Confederation, Bebel nonetheless had neither plans nor precise ideas about "making a revolution".⁴⁴ He agreed with Liebknecht in "leaving the 'making' of revolutions to the governments, emperors, kings and brilliant statesmen. . ." ⁴⁵

The struggle for the mastery of the German working class was an arduous one for Bebel and Liebknecht. It did not help their cause that in 1868 Marx and Engels were sharply critical of the sympathy Liebknecht's "Demokratisches Wochenblatt" showed towards federalism and the South German States.⁴⁶ Whipped on by the sardonic attacks of the Lassalleans upon the bourgeoisie and by the strictures of Marx and Engels against the close association between the VDAV and the middle class democratic People's Party, Bebel felt obliged to submit to the forthcoming VDAV convention at Nuremberg a firm program that would for the first time stress political and social objectives and help undermine the influence of Schweitzer over the working class.

Although Bebel was aware that his resolve to shift to the left the center of gravity in the VDAV might split it,⁴⁷ it would be jejune to conclude from this that he harbored the aim of establishing an exclusively proletarian party.⁴⁸ He must have been reluctant permanently to alienate VDAV delegates, who represented twenty-six towns at the Nuremberg Convention,⁴⁹ because he knew that without the middle class democratic comrades, he could never build an effective anti-Prussian front. Yet this was his cardinal purpose.⁵⁰ He agreed with Liebknecht that collaboration with the lower middle class was unavoidable because

44 Cf Karl-Heinz Leidigkeit, *Bebel und Liebknecht* . . . , p. 108.

45 The phrase is Liebknecht's at the Leipzig high treason trial of 1872. In: Karl-Heinz Leidigkeit, ed., *Der Leipziger Hochverratsprozeß vom Jahre 1872*, Berlin [-East] 1960, p. 339. Bebel himself said at the trial: „Revolutionär ist unser Programm allerdings, aber nicht im Sinne der rohen Gewalt, sondern nur insofern, als wir eine gründliche Umgestaltung der öffentlichen Zustände und Verhältnisse anstreben". *Ibid.*, p. 72; and, further: „Über die Art der Einführung der Republik ist aber nie, weder vom Ausschuß noch unter uns oder in Parteiversammlungen, verhandelt worden. Das haben wir der Zukunft überlassen; wir wollen abwarten wie die Dinge gehen und ob allmählich die öffentliche Meinung, die Majorität, sich dafür erklären wird". *Ibid.*, p. 71.

46 See Engels to Marx, February 2, 1868, in: *MEW*, vol. 32, p. 28, and Engels to Marx, April 10, 1868, in: *ibid.*, p. 56.

47 See Bebel's letter to Friedrich Lange, June 22, 1868, reprinted in: August Bebel, *Aus meinem Leben*, p. 188.

48 Cf Gunter Benser, *Zur Herausbildung* . . . , pp. 57-58, and Horst Bartel, *August Bebel*, p. 40, who make this contention.

49 The strength of the opposition in the VDAV to a purely workers' orientation may be seen from the protest lodged at Nuremberg. See *Bericht über den 5. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine am 5., 6., und 7. September 1868 zu Nürnberg*, Nuremberg 1928, pp. 16-17. Almost half the membership of the VDAV left it after the convention, although later many returned to the organization, bringing back into it their petty bourgeois *Weltanschauung*. See Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, vol. 2, p. 309.

50 In corroboration see the speeches that Bebel delivered at Darmstadt on March 16, 1868 and in Berlin on May 18 to mixed middle class and bourgeois assemblies, as reported in the *Demokratisches Wochenblatt*, March 28 and May 23, 1868. See also August Bebel, *Aus meinem Leben*, pp. 182-83.

"the lamentable weakness of the workers . . . leaves no other choice".⁵¹ The main obstacle to the creation of an homogeneous proletarian party was obviously not Schweitzer and the Lassalleans, who believed it should be done, but Bebel and Liebknecht, who were unwilling to cut their ties with the petty bourgeoisie. Although Bebel was under no illusions as to the benevolence of a class state and told the Reichstag in the spring of 1869 that he would fight the system with all the means at his disposal,⁵² he was, in reality, slowly coming to embrace the idea of a gradualist conquest of power by a democratic majority, because there was simply no other practical alternative open to him.

Prospects for the foundation of a new, mass, democratic party brightened when on June 22, 1869 about a thousand right wing secessionists from the ADAV joined the VDAV out of protest against Schweitzer's dictatorial methods. The Lassallean recruits, led by Wilhelm Bracke, were in agreement with the project of founding a new party, provided it played pianissimo on the class struggle and gave as much emphasis to democratic as the socialist goals.⁵³ Since the VDAV had just recently at Nuremberg faced a secessionist movement of its own, Bebel and Liebknecht had to proceed with caution. It would be hard to retain the Lassallean recruits in any case, because differences between Bebel and Schweitzer were not really of a principal but of a personal nature.⁵⁴ Furthermore, Marx and Engels could not be persuaded to support Bebel and Liebknecht against Schweitzer for the good reason that the VDAV kept "bad company" — with bourgeois democrats and unreconstructed South German particularists.⁵⁵

Although the Marxist historian Gustav Seeber contends that at the Eisenach Convention of August 1869 Bebel and Liebknecht created "an independent revolutionary party of the working class",⁵⁶ the correspondence between Marx and Engels casts doubt on this. They were still displeased with the negative attitude of Bebel and Liebknecht towards parliamentarism,

51 Liebknecht to Engels, December 11, 1867, in: Wilhelm Liebknecht, *Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels*, p. 84.

52 See Bebel's speech of April 24, 1869, in: *Sitzungsberichte . . .*, 1st leg. per., 26th sess., 7, p. 658.

53 Gustav Mayer, *Die Trennung . . .*, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, p. 45; Bebel to Johann P. Becker, July 15, 1869, in: *August Bebel. Briefwechsel Friedrich Engels*, p. 568; Werner Conze and Dieter Groh, *Die Arbeiterbewegung . . .*, p. 81; August Bebel, *Aus meinem Leben*, pp. 288-89 and 293; and Franz Mehring, *Geschichte . . .* vol. 2, pp. 342-44. According to Rolf Dlubek and Walter Schmidt, Bebel's own domination of the VDAV and Saxon People's Party was nearly as complete as that which Schweitzer exercised over the ADAV *Die Herausbildung der marxistischen Partei . . .*, p. 1330. The declaration of principles of Bracke, York, Bremer, Geib and other key secessionists is given in the *Demokratisches Wochenblatt*, June 26, 1869, and in August Bebel, *Aus meinem Leben*, pp. 289-92.

54 This was the viewpoint of both Wilhelm Hasenclever, the secretary of the ADAV, and Hermann Müller, the later chancellor of the Weimar Republic. See August Bebel, *Aus meinem Leben*, p. 293, and Hermann Müller, *Geschichte der deutschen Gewerkschaften bis zum Jahre 1878*, Berlin 1918, p. 108.

55 Bebel had attempted to persuade Marx to this effect, but in vain. See Bebel to Marx, March 27, 1869, in: *August Bebel. Briefwechsel mit Friedrich Engels*, pp. 10-11. The fact is that Schweitzer's services to the working class movement had been inestimable. See Franz Mehring, *Geschichte . . .*, vol. 2, p. 330.

56 Gustav Seeber, *Wahlkämpfe, Parlamentsarbeit . . .*, p. 236.

their fuzzy understanding of the imperatives of the European revolution,⁵⁷ and their decision to form a mass democratic party that would not substantially differ from that which the Populist Johann Jacoby was advocating.⁵⁸ The reluctance of Liebknecht to found an independent worker's party has been acknowledged by the Marxist historians Walter Schmidt and Rolf Dlubek,⁵⁹ while the Marxist Institute for History in Berlin has said that Bebel's movement in 1869 was still freighted with Lassallean and "vulgar democratic" concepts.⁶⁰ By way of corroborating this, it may be noted that Bebel's Eisenach Program was not approved by the strongly Socialistic Convention delegates from Hamburg, Brunswick, or the Ruhr.⁶¹

While it is true, as Horst Bartel maintains,⁶² that with the founding of the "Sozialdemokratische Arbeiterpartei" (SDAP) Marxist ideas began to permeate the German workers' movement, Bebel and Liebknecht by no means wanted to shut the door to middle class democrats, with whom they were on the best of terms.⁶³ Believing that the democratic state must precede socialism, Bebel had originally been inclined at the Eisenach Convention to name the party simply "Democratic-Socialist," rather than, as the anti-bourgeois Lassallean delegates

- 57 Undoubtedly the derogatory estimate entertained by Marx and Engels of Liebknecht's character and ideological orthodoxy played a major role in prejudicing them against the VDAV and SDAP. See Marx to Engels, July 22, 1869, in: *MEW*, vol. 32, p. 343; Engels to Marx, July 25, 1869, in: *ibid.*, p. 348; Marx to Engels, August 10, 1869, in: *ibid.*, p. 360, where he speaks of „Wilhelm's stupidity" but „undeniable slyness"; Engels to Marx, November 19, 1869, in: *ibid.*, vol. 33, p. 400; Marx to Engels, April 14, 1870, in: *ibid.*, p. 473; Engels to Marx, May 8, 1870, in: *MEW*, vol. 32, p. 500-502; Marx to Engels, May 10-11, 1870, in: *ibid.*, pp. 503-508 and Liebknecht's indignant rejoinder to Engels, May 13, 1870, in: *Wilhelm Liebknechts Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels*, pp. 100-101. In a letter to Marx, April 15, 1870, Engels wrote that „Liebknecht will remain an ass ("Rindvieh") all his life", in: *MEW*, vol. 32, p. 478.
- 58 Cf Heinrich Gemkow, *August Bebel*, Leipzig 1969, p. 23. See also Johann Jacoby, *Gesammelte Schriften und Reden*, vol. 2, Hamburg 1877, pp. 336-37 and 365-68 and his speech in Berlin on January 20, 1870, reprinted in *Der Volksstaat*. Beilage No. 8, January 26, 1870, which set forth the aims of the working class democratic movement as Jacoby saw them.
- 59 Walter Schmidt and Rolf Dlubek, *Die Herausbildung der marxistischen Partei . . .*, p. 1326.
- 60 Introduction to *MEW*, vol. 32, p. XVI.
- 61 See Richard Reichard, *Crippled from Birth. German Social Democracy 1844 - 70*, Iowa State University Press, 1969, p. 244. Cf Liebknecht's claims in his letter to Engels, February 8, 1870, in: *Wilhelm Liebknechts Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels*, p. 95.
- 62 Horst Bartel, *Die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts*, in: *ZfG* 14 (1966), p. 1338.
- 63 Liebknecht claimed that relations between the SDAP and the South German Populists did not amount to an alliance but merely to limited *ad hoc* cooperation. Liebknecht to Engels, April 27, 1870, in: *Wilhelm Liebknechts Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels*, p. 96. Der *Volksstaat*, the bi-weekly central organ of the SDAP, which had been authorized by the Eisenach Convention and was edited by Liebknecht, averred that the party and its organ were "the true servants of the proletariat, rousing the masses from their sleep and bringing closer the day of the victory of the cause of the working class". See *Der Volksstaat*, December 11, 1869.

demanded, "Social Democratic Workers Party".⁶⁴ Although he was defeated, Bebel managed to keep the bridge to the petty bourgeoisie intact, so that ten months later the middle class "Frankfurter Zeitung" observed that the first convention of the SDAP, held at Stuttgart in early June 1870, had not widened the gulf between it and the bourgeois democrats.⁶⁵

The success of the SDAP depended mainly on two things: keeping the gate open to the middle class democrats, and rejecting Liebknecht's negative approach to the Reichstag.⁶⁶ As of April 1869, however, Bebel's speech before the North German Reichstag shows that he was still sailing in the wake of Liebknecht's sterile Prussophobia.⁶⁷ Furthermore, the Stuttgart Convention adopted a resolution, declaring that the party's deputations in the Reichstag and the Customs Parliament "must adopt a negative posture and exploit every opportunity to expose the complete worthlessness of their proceedings, revealing them for the farces that they are".⁶⁸

- 64 See *Protokoll über die Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen sozial-demokratischen Arbeiterkongresses zu Eisenach am 7., 8., 9. August 1869*, Leipzig 1869, pp. 54-55, where Bebel argued that "our party contains . . . many who are not workers" and that "we can't have socialism until we have a democratic state in Germany". Mehring was absolutely correct in insisting "that the Eisenach Program was basically the Lassallean program. It did not contain a single point that had not been advocated for the past five years by the *Social-Demokrat*". Franz Mehring, *Geschichte . . .*, vol. 2, p. 346. The Eisenach Program is reprinted in: August Bebel, *Aus meinem Leben*, pp. 304-09.
- 65 Cited by Gustav Mayer, *Die Trennung . . .*, p. 63. It is, of course, the Leninist viewpoint that Eisenach represented the definitive parting of the ways between an independent workers' party and the bourgeois democrats. See introduction to *MEW*, vol. 32, p. XVI. See also Vera Wrona, *Bebels Anteil an der marxistischen theoretischen Festigung der Partei in der Zeit vom Eisenacher bis zum Stuttgarter Parteitag 1869-70*, in: *Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung . . .*, pp. 399-429, especially pp. 405 and 407.
- 66 Liebknecht's organ contended that "parliamentarism and revolution are opposites, just like words and action. Revolution cannot be parliamentary; and parliamentarism cannot be revolutionary", *Der Volksstaat*, December 11, 1869. According to Bernstein, Liebknecht called the Reichstag "the fig leaf of absolutism", Eduard Bernstein, *Wilhelm Liebknecht. Sein Leben und Werk*, Berlin 1906, p. 53. Bernstein averred that Liebknecht identified the party with both socialism and traditional democratic principles, *ibid.*, p. 65. Liebknecht's *Volksstaat*, January 29 and March 5, 1870, excoriated the North German Reichstag. Bernstein contended, without convincing evidence, that in the late 1860s Bebel was beginning to abandon Liebknecht's negative attitude towards the Reichstag. Eduard Bernstein, in: *August Bebel*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 19 (1913), vol. 2, p. 958. In truth, in the spring of 1870, Bebel, in a letter to his constituents, was still speaking disparagingly of the "insignificance of the Reichstag deputies". *Der Volksstaat*, April 18, 1870.
- 67 Bebel's speech of April 24, 1869, in: *Sitzungsberichte . . .*, 1st leg. per., 26th sess., 7, pp. 568-69, in which he declared: "I am, as you all do know, gentlemen, a resolute foe of this system. I shall fight it with all the means at my disposal until it is completely shattered and lies in ruins".
- 68 See *Protokoll über den ersten Congress der sozial-demokratischen Arbeiterpartei zu Stuttgart am 4., 5., 6., 7. Juni 1870*, Leipzig 1870, p. 13; see also Helmut Hirsch, ed., *August Bebel. Sein Leben in Dokumenten und Schriften*, Cologne and Berlin 1968, p. 395, and *Der Volksstaat*, June 15, 1870. Somewhat earlier Liebknecht had spoken in similar vein in the *Political Survey*, in: *Der Volksstaat*, June 4, 1870: "Der Norddeutsche 'Reichstag' ist politisch so lächerlich unbedeutend und trägt den Stempel der Kurzlebigkeit so sichtbar auf der Stirn, daß alles was er thut und treibt, nur ein sehr vorübergehendes Interesse hat". The attitude of Liebknecht and Bebel towards the Reichstag was inspired by the judgment that "Prussia is the only serious foe in Germany" and all of the former's works must therefore be destroyed. Liebknecht to Engels, April 27, 1870, in: *Wilhelm Liebknecht. Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels*, p. 98.

The Franco-Prussian War nearly derailed the SDAP and ruined its prospects of becoming a mass party. Unlike Marx and Engels, Bebel did not appreciate the national-progressive character of the war, nor was he impressed with the practical dividends, including leadership of the European workers' movement, that a Prussian victory would confer upon the German laboring classes.⁶⁹ He did not even care very much that a French defeat might provoke revolution not only against Napoleon III but throughout Europe.⁷⁰ In disregard of Marx and Engels and even in disagreement with Liebknecht, who at first argued that Napoleon III must shoulder the principal war guilt,⁷¹ Bebel struck a position that not only isolated him from the country but put him in a minority within the SDAP.⁷²

Bebel maintained that although Napoleon III had provoked Prussia, Bismarck, backed by an army that was much better prepared than the French, had for "a long time sought to entrap the French government and force it to declare war".⁷³ By contrast, not only the Lassalleans

- 69 Engels wrote to Marx that Germany had been driven by "Badinguet" (Napoleon III) into a war for her national existence, and that if Bonapartism won, "Germany would be finished for years to come". Engels to Marx, August 15, 1870, in: *MEW*, vol. 32, p. 39. See further, Engels to Wilhelm Bracke, April 28, 1870, in: *ibid.*, vol. 32, p. 5; see also Gustav Mayer, *Friedrich Engels*, vol. 2, pp. 185-87; Reinhard Höhn, *Sozialismus und Heer*, vol. 1, p. 194; and Heinz Beike, *Die deutsche Arbeiterbewegung und der Krieg von 1870-71* (= Beiträge zur Theorie der Arbeiterbewegung, No. 10), Berlin [-East] 1957, pp. 20-22.
- 70 Gustav Mayer, *Friedrich Engels*, vol. 2, p. 185. See also Marx to Friedrich A. Sorge, September 1, 1870, in: *MEW*, vol. 33, p. 140.
- 71 Liebknecht had originally declared in *Der Volksstaat*, July 13, 1870: „Das Frankreich des Bonaparte hat dem Preußen des Bismarck die Kriegsfrage gestellt, und wenn letzteres sich nicht zu einem schimpflichen Rückzug entschließt, ist der Krieg unvermeidlich". Liebknecht further averred in this editorial that a Germany divided into three parts as a result of Bismarck's war of 1866 had invited the mockery and covetousness of foreign powers. Bonaparte had, since the agreement with Bismarck at Biarritz in 1865, used Germany as a testing ground for his diplomacy, and "so oft Bonaparte die Revolution im Nacken fühlt, sucht er sich durch eine Aktion auf Kosten Deutschlands zu retten". On July 16, 1870 *Der Volksstaat*, was still whistling the same tune.
- 72 August Bebel, *Aus meinem Leben*, pp. 371, 378-79. Reflecting Bebel's peculiar position was the resolution that was unanimously adopted on July 17 at an all-Saxon workers' assembly, „Die Landesversammlung protestiert gegen einen Krieg der nur im dynastischen Interesse geführt wird, und das Leben von Hunderttausenden, den Wohlstand von Millionen auf das Spiel setzt um den Ehrgeiz einiger Machthaber zu befriedigen" [*italics mine*], in: *Der Volksstaat*, July 20, 1870. The opposing, majority view in the SDAP was already foreshadowed on July 16 when a Brunswick mass rally approved a resolution affirming that "is is the first duty to oppose" Napoleon and his government, "the frivolous saboteurs of peace", in: *ibid.*
- 73 August Bebel, *Aus meinem Leben*, pp. 378-79. Beike approves Bebel's position. Cf Heinz Beike, *Die deutsche Arbeiterbewegung und der Krieg von 1870-71*, pp. 16-17 and 20.

but the Brunswick Central Committee of the SDAP judged the war to be one of legitimate self-defense for Germany and of the utmost importance for its unification.⁷⁴

The policy of abstaining from approving war credits, to which Bebel finally persuaded Liebknecht,⁷⁵ was announced in the Reichstag on July 21st wholly on their own initiative.⁷⁶ Although their policy was still motivated by the fervent wish to obstruct the completion of unification from above, it contained nothing of a revolutionary attack upon state or ruling class.⁷⁷ Rather, the compromise formula was designed to save the unity of the SDAP.⁷⁸ Nonetheless, the effect of Bebel's line was to erect a stone curtain between the party and the Prussian government.

The Prussian annexationists saved Bebel and Liebknecht from ruin. The militarily justifiable but politically calamitous annexation of eastern Lorraine and the *pays Messin*, to which many Germans were opposed, gave Bebel the opportunity of getting back on the track of

- 74 The resolution of the Brunswick Central Committee of the SDAP, which was mainly drafted by Wilhelm Bracke and represented the viewpoint of the party majority, namely that the war was one of legitimate self-defense, was published in the central organ, *Der Volksstaat*, July 23, 1870 and is reprinted in: Georg Eckert, *Wilhelm Bracke und die Anfänge der Braunschweiger Arbeiterbewegung*, Brunswick 1957, p. 130, as well as in: *Die Erste Internationale in Deutschland 1864-72. Dokumente und Materialien*, Berlin [-East] 1964, pp. 506-509. The First Address of the General Council of the First International, respecting the war, expressed sympathy to the Germans in their "just war of self-defense". See *Der Volksstaat*, August 7, 1870. This was, of course, the view of Schweitzer. See the *Social-Demokrat*, July 17, 1870. Mehring said that Bracke and the Brunswick Central Committee had "incontestably by far the greater part of the class-conscious proletariat behind them". Cf. Franz Mehring, *Geschichte . . .*, vol. 2, p. 375.
- 75 While Liebknecht felt that the government's request for war credits should be rejected, Bebel, according to Bernstein, convinced Liebknecht that in what had been misrepresented by the authorities as a "national war", a vote against war credits would be widely construed as a vote for Napoleon III. See Eduard Bernstein, *Wilhelm Liebknecht . . .*, p. 70, and Gustav Mayer, *Johann B. von Schweitzer . . .*, p. 385.
- 76 The joint declaration is given in: *August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften*, vol. 1, p. 117, and August Bebel, *Aus meinem Leben*, p. 379. See also *Der Volksstaat*, July 30, 1870. The declaration was subsequently adopted at SDAP assemblies in Königsberg, Krefeld, Berlin, Nuremberg, Dresden, Barmen, Würzburg, Munich and Leipzig. See Werner Conze and Dieter Groh, *Die Arbeiterbewegung . . .*, pp. 88, and *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung . . .*, vol. 1, p. 130. Meanwhile Liebknecht's *Der Volksstaat* was compliantly blowing into the new trumpet: "We can evince no sympathy for this war because in the first place we know that it was unavoidable as long as there existed standing armies and monarchs who are alone privileged to decide on war or peace; and secondly, we know the war is not being conducted in our interests but for dynastic aims".
- 77 Eduard Bernstein, *Von der Sekte zur Partei*, Jena 1911, p. 18.
- 78 Bebel spoke of the "sharp attacks" within the party against himself and Liebknecht because of their unpopular analysis of the nature of the war. Cf. August Bebel, *Aus meinem Leben*, p. 370. Excerpts from the letters of Liebknecht, Bracke, Bebel and the Brunswick Central Committee during July and August, showing how gravely the unity of the party was threatened, are in Heinrich Leonard, *Wilhelm Bracke, Leben und Wirken*, Brunswick 1930, pp. 37-38. In view of the small minority within which Bebel and Liebknecht found themselves (August Bebel, *Aus meinem Leben*, p. 379), the East German historians Bartel and Seeber agree with Bracke that Bebel and Liebknecht committed a tactical error. Horst Bartel and Walter Seeber, *Reichsgründung, Pariser Kommune und revolutionäre Arbeiterbewegung*, in: Horst Bartel, ed., *Arbeiterbewegung und Reichsgründung*, Berlin [-East] 1971, p. 83.

popular favor. Both opposing what had become a "war of conquest",⁷⁹ Perceiving Bismarck's blunder, Bebel exploited the opportunity to undermine the ADAV, which now endorsed his stand on the war, and construct that composite lower class movement which alone could offer a counterweight to the dominating alliance between the Bismarckian Free Conservatives and the upper bourgeoisie.⁸⁰ Henceforth, more than the achievement of economic equality could not be expected. Complete political freedom and a French-style republic were improbable in view of the spectacular success of the Prussian "class state".

With a united party once more at his back,⁸¹ and Mehring, Jacoby and the Populists applauding him,⁸² Bebel on November 26 rejected the government's request for another 100.000.000 talers war credits.⁸³ At the risk of bodily injury from chauvinists in the chamber, he predicted that the annexation of Alsace-Lorraine would prove a liability and warned against unduly humiliating France.⁸⁴

With the star of fame before his eyes, the courageous Bebel now resumed the popular struggle against the authoritarian state with enhanced prospects, for many South German particularists and democrats were about to enter the federal union.⁸⁵ Bebel's line of attack, therefore broadened from one against a war of conquest to a *national* indictment of a plot by the ruling classes to deprive the German people again, as in 1815, of the fruits of victory. The

- 79 Although the General Council of the International condemned annexationist war aims (See: *Der Volksstaat*, September 11, 1870 for the Second Manifesto of the Council), Marx and Engels were careful to dispel any notion that there was an identity of views between them and Liebknecht on the war. Marx to Engels, September 2, 1870, in: *MEW*, vol. 33, p. 50. For the official position of the SDAP on the annexation of Alsace-Lorraine see *Der Volksstaat*, September 21, 24, and 28, 1870, where the party leadership expressed its opposition to all annexations at the expense of France. On the fight to overcome the earlier division in the SDAP regarding the war see Karl Kautsky, *Sozialisten und Krieg*, Prague 1937, pp. 198-199; Gustav Mayer, *Johann B. von Schweitzer* . . . , pp. 390-391; Ernst Schraepler, *August Bebel. Sozialdemokrat im Kaiserreich*, Göttingen and Frankfurt/M.; and Milorad M. Drachkovitch, *Les socialismes français et allemand et la probleme de la guerre, 1870-1914*, Geneva 1953, p. 246.
- 80 Cf Gustav Mayer, *Friedrich Engels*, vol. 2, p. 170.
- 81 See the Manifesto of September 5 (issued on the morrow of the proclamation of the French Republic) of the Brunswick Central Committee of the SDAP, in: *Der Volksstaat*, September 11, 1870. The united stand of the Bracke-Yorck-Geib group and that of Bebel and Liebknecht was hailed by the London "general staff". See Marx to Engels, September 10, 1870, in: *MEW*, vol. 33, p. 59; Engels to Marx, September 12, 1870, in: *ibid.*, p. 61; and Marx to Eugen Oswald, September 14, 1870, in: *ibid.*, p. 150.
- 82 Rolf Dlubek and Günter Wisotzki, *Arbeiterklasse, Demokratie und Nation. Die Konzeption von Marx und Engels in den Kämpfen um den bürgerlichen deutschen Nationalstaat in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts*, in: *Arbeiterbewegung und Reichsgründung* . . . , pp. 69-70.
- 83 Bebel's speech of November 24, 1870, in: *Sitzungsberichte* . . . , 1st leg. per., 2nd special session, 15, pp. 9-13, 16-17. The joint declaration of Bebel and Liebknecht on the changed character of the war is in: *ibid.*, p. 23 and *August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften*, vol. 1, p. 129. On November 28 eight deputies (Bebel, Liebknecht, Mende, Fritzsche, Schrapf, Schweitzer, Hasenclever and the bourgeois Hanoverian Dr. Ewald) voted against the war credits. Cf August Bebel, *Aus meinem Leben*, p. 396.
- 84 *Sitzungsberichte* . . . , November 24, 1870, 15, p. 11; August Bebel, *Aus meinem Leben*, pp. 393-396; Max Hochdorf, *August Bebel* . . . , p. 109. Bebel's remarks were enthusiastically approved by Engels. See Engels to Natalie Liebknecht, December 19, 1870, in: *MEW*, vol. 33, p. 167.
- 85 Cf Michael Stürmer, *Das kaiserliche Deutschland* . . . , p. 33 .

new approach was advertized by Bebel in his Reichstag speech of December 6, 1870,⁸⁶ his last before he and Liebknecht were placed under state detention pending investigation of charges of treason.

Posing as a champion of the rights of the Reichstag, by contrast with Liebknecht who declared war on it,⁸⁷ Bebel rejected the Bismarckian constitution for having shackled the power of the legislature.⁸⁸ Affirming that the expectations that the German people had associated with military victory had been disappointed,⁸⁹ Bebel soberly admonished: The people will . . . come to . . . understand that they can expect nothing from their princes and governments. They can rely only upon their own strength and determination, and they must draft a new constitution. Their end goal must be solely the removal of the monarchy and the establishment of the republic.⁹⁰

The proclamation of the powerful German Empire on January 18, 1871 left the imprisoned Bebel uncertain about the road to take to the socialist republic.⁹¹ However, the suppression of the Paris Commune in the "Bloody Week" of May certainly lent new attraction to the gradualist approach to social democracy.⁹² Moreover, the merger of South with North Germany had driven many Populists from Baden, Württemberg and Bavaria into the SDAP. This strengthened the already appreciable petty bourgeois element from Saxony, Schleswig-Holstein and the two Hesses, which identified with the North German People's component within the SDAP. It is little wonder that in the ensuing *Gründerzeit* the revolutionary apostrophes of Bebel, himself a cofounder of the Saxon People's Party, became less frequent

86 Bebel's speech of December 6, 1870, in: *Sitzungsberichte . . .*, 1st leg. per., 2nd special sess., 15 pp. 89-91. On Bebel's developing line of attack cf. Heinz Beike, *Die deutsche Arbeiterbewegung und der Krieg . . .*, pp. 65-66.

87 On December 9, 1870, Liebknecht threw down the gauntlet to the government, warning the Reichstag: "The German question will not be resolved on the floor of this house but in open fight between us on the battlefield". Cf. *Sitzungsberichte . . .*, 1st leg. per., 2nd sess., 15, p. 154.

88 *Ibid.*, (December 6, 1870), 15, p. 90.

89 *Ibid.*, p. 91.

90 *Ibid.*

91 This is also the view of Susanne Miller, *Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionsstreit*, Frankfurt/M., 1964, p. 97. However, East Germans have to concede that the establishment of the German Empire dimmed prospects of "any revolution from below" for many years to come. See *Geschichte . . .*, p. 138, and Horst Bartel, *Die Haltung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur Reichsgründung von 1871*, in: *ZfG*, 16 (1968), pp. 430-432.

92 This author cannot credit the inference of Wolfgang Schröder that the Paris Commune inaugurated a new departure of world historic significance for the German working class. It would have taken the course it did, and sooner, without the disruption of the Commune. See Wolfgang Schröder, *Die Gewerkschaften in der Konzeption der revolutionären Sozialdemokratie 1869 bis 1891*, in: *Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung . . .*, p. 120. Bebel, who had been released from detention on March 28 and had been reelected to the Reichstag on March 3 as the lone representative of the SDAP, spoke in that chamber on April 3 and 25 in praise of the Commune. See *Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte*, 1st leg. per., 1st sess., 1, pp. 129-131, 347-350.

and he was inclined to leave the masses with a range of alternatives to insurrection.⁹³ Cognizant that the Marxists were in a minority within the SDAP, Bebel, in keeping with his developing concept of strategic indeterminacy, even *denied* that the goal of the party had to be encompassed by forcible overthrow of the government.⁹⁴ Furthermore, never again did he come as close as in 1870 to rejecting the duty of national defense. As the years passed, he became ever more inclined to protect the Second Empire against barbaric Russia.⁹⁵

Aware that his own knowledge of German conditions vastly surpassed that of Marx or Engels Bebel insisted upon applying their principles as he interpreted them and at his own discretion. He knew that in an era when the revolutionary road to power had been barred by the great rock of the Second Empire the main thing was to advance the cause of the masses even if only by circuitous routes.⁹⁶ During the forty years that Bebel was to fight on in the Reichstag against "sham constitutionalism" ("Schein-Konstitutionalismus"), the movement, to paraphrase Bernstein, was to become more important than the end. One result of this was that Bebel, was to come within sight of the promised land but was fated never to enter it. But another result was that Bebel, who gradually came to be known as the „shadow emperor of Germany", was to lead the masses to unprecedented well-being and the Social Democratic Party to primacy among all sections of the Second International. The issue of this

- 93 Thus, at the Leipzig high treason trial in 1872 Bebel protested that the agitation which VDAV and SDAP has pursued was at all times within the limits of the law. See Karl-Heinz Leidigkeit, *Der Leipziger Hochverratsprozeß*, p. 267. When queried as to what he meant by the word "Kampf", Bebel replied that we meant a political struggle, but no act of force, *ibid.*, p. 207. The concept of strategic indeterminacy which the present writer imputes to Bebel is, of course, rejected by almost all East German scholars. See, for example, Horst Bartel, *Die Durchsetzung des Marxismus . . .*, pp. 1335-1337 and 1341; Horst Bartel, *Marx und Engels im Kampf um ein revolutionäres Parteiorgan*, pp. 11 and 98; Horst Bartel, *Die Haltung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur Reichsgründung von 1871*, pp. 430-432; and Heinz Beike, *Die deutsche Arbeiterbewegung und der Krieg*, pp. 80-81. But cf Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich*, Berlin 1959, p. 105.
- 94 See Bebel's testimony in: Karl-Heinz Leidigkeit, *Der Leipziger Hochverratsprozeß*, p. 238.
- 95 E.g., see Bebel's militant attacks upon imperialist Russia: *Verhandlungen des Reichstags*, 7th leg. per., 5th sess., 111 (October 30, 1889), p. 45; *ibid.*, 8th leg. per., 26th sess., 114 (June 25, 1890), p. 567; his statement that in view of the imminent Franco-Russian alliance, the SPD regarded the Triple Alliance as the best guarantee of Germany's security against all eventualities (*ibid.*, pp. 567-568); and his articles in favor of universal conscription and defense of the fatherland against the Russian peril, *Die russische Anleihe*, *Vorwärts*, September 27, 1891, and *Die europäische Lage und der Sozialismus*, *ibid.*, October 8, 1891. See further, Bebel's letters in the same vein, Engels, September 12, 1891, in: *August Bebel. Briefwechsel mit Friedrich Engels*, p. 430-431; October 1, 1891, in: *ibid.*, p. 438-439; October 9, 1891, *ibid.*, p. 448.
- 96 At the Dresden SDAP Convention in 1871 Bebel solicited a modification of the policy of the Stuttgart Convention respecting the Reichstag. He insisted that henceforth the SDAP must use the legislature as a tribune from which it "can propagandize for our principles and ideas". *Protokoll über den Zweiten Congress der social-demokratischen Arbeiterpartei abgehalten zu Dresden am 12., 13., und 14. August 1871*, Leipzig 1871, p. 33. In reference to Bebel's long speech at the convention, in which he dwelt upon the prospects of growing Social Democratic influence in the state (*ibid.*, pp. 29-40), the delegate Heidemann openly recognized that "friend Bebel has said we shall not strive for or seek to accomplish our goal by sanguinary means . . ." (*ibid.*, p. 42). The disillusionment of the failure of Bismarck further to liberalize the state seemed to promise ultimate fusion with the ADAV and greater influence for the Social Democratic movement upon the German Empire. See Guenther Roth, *The Social Democrats in Imperial Germany*, Totowa, N.J., 1963, pp. 54-55.

evolutionary progression was not merely the triumph by 1913 of reformism and revisionism in the German Social Democratic Party;⁹⁷ it was that party's Third Program, adopted at Bad Godesberg in 1959. In abandoning the revolutionary Marxist road altogether, that program at last publicly revealed that the SPD, despite the forced aberration of the „heroic era” (1878-90), had all along been the true offspring of the People's Party.

97 For this metamorphosis see William H. Maehl, *The Triumph of Nationalism in the German Socialist Party on the Eve of the First World War*, in: *Journal of Modern History*, 24 (1952), pp. 15-41.

ÜBERFÄLLIGE ANMERKUNGEN ZUR POLNISCHEN UND DEUTSCHEN AUSGABE DER LUXEMBURG - BRIEFE AN JOGICHES

Von Henryk Skrzypczak

Als Feliks Tych 1968 die ersten beiden Bände seiner Edition der Briefe Rosa Luxemburgs an Jogiches vorlegte, war den deutschen Historikern bis auf verschwindende Ausnahmen der Zugang zu dieser einzigartigen Quelle durch die Sprachbarriere verschlossen. Inzwischen ist nicht nur der dritte und letzte Band, sondern neben anderen Übersetzungen auch eine deutsche Fassung erschienen, die als Auswahledition zwar nicht den ganzen Reichtum der Gesamtausgabe, doch immerhin wesentliche Teilaspekte vermittelt.¹ Kann man im einen Fall von einem wissenschaftlichen Ereignis reden, so verschlägt's einem im zweiten zunächst die Sprache.

Äußerste Sorgfalt, Vorbildlichkeit und Erhabenheit über jedes Lob – diese Anerkennung, mit der Tychs editorische Leistung nach dem Erscheinen der ersten Bände bedacht worden ist,² gilt ungeschmälert auch für den Schlußteil des Werkes, der eine neue Phase in den Beziehungen Rosa Luxemburgs zu Jogiches dokumentiert. Der persönliche Bruch ist vollzogen, die Zeit, da der Kampfgefährte zugleich ihr geliebter „Dziodzio“ und ihr „Einziger“ war, ist unwiderruflich vorbei. Seelisch so tief verwundet, daß sie den unmittelbaren Umgang mit Leo scheut und ihm, ist eine Anrede nicht zu vermeiden, nur ein kaltes „Sie“ zuteil werden läßt, bleibt Rosa durch das nach wie vor gemeinsame politische Interesse schmerzvoll an ihn gekettet. Zeugnis dieser Verbundenheit ist eine Serie von Schreiben, die im Februar 1908 einsetzt und sich bis in den Juli 1914 erstreckt, also einen Zeitraum umfaßt, in dem die sozialistische Bewegung tiefgreifende Wandlungen erfährt.

Für die SDKPiL, die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens, der das Hauptaugenmerk Rosa Luxemburgs gilt, sind es Jahre einer sich ständig zuspitzenden Krise, die schließlich zur offenen Spaltung führt, sind es auch Jahre fortgesetzter Kontroversen mit Lenin und dem bolschewistischen Flügel. In der deutschen Sozialdemokratie gewinnt die zentristische Richtung weiter an Boden, die Strategiedebatte verschärft sich und wird von der beginnenden Formierung des linken Flügels begleitet. Im einen wie im anderen nationalen Sektor entfaltet Rosa eine leidenschaftliche Aktivität. Schroff, ja abfällig im Urteil nicht nur über innerparteiliche Gegner, ist sie weit weniger robust, als es nach außen den Anschein hat. Mal befallen sie Herzkrämpfe, mal wird sie von Migräne gequält, dann wieder bringt eine Depressionsphase sie „förmlich um“. Was sie sich trotzdem abverlangt, was sie – Parteiführerin, Theoretikerin, Publizistin, Agitatorin und Dozentin in einer Person – trotzdem zu leisten vermag, nötigt höchsten Respekt ab, wie immer man auch ihre politische Rolle bewertet.

1 *Róża Luksemburg. Listy do Leona Jogichesa-Tyszki*. Tom 3 (1908 - 1914). Listy zebrał, opracował, słowem wstępnym i przypisami opatrzył Feliks Tych. [Rosa Luxemburg. Briefe an Leo Jogiches-Tyszka. Bd. 3 (1908 - 1914). Gesammelt, bearbeitet, mit einem Vorwort und Erläuterungen versehen von Feliks Tych.] – Warszawa: Książka i Wiedza 1971. XXI, 479 S. – *Rosa Luxemburg. Briefe an Leon Jogiches*. Mit einer Einleitung von Feliks Tych. – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1971. 392 S. – Seitenhinweise ohne Bandangabe beziehen sich im folgenden auf die deutsche Edition; die polnische wird unter Angabe des jeweiligen Bandes künftig zitiert: Tych. – Für die Durchsicht des Manuskripts bin ich Herrn Doc. dr Karol Fiedor zu Dank verpflichtet.

2 Siehe Wanda Lanners Besprechung der Bände 1 und 2 in: *IWK* 8 (1969), S. 81.

Die editionstechnische Bearbeitung des Abschlußbandes war im Vergleich zu seinen beiden Vorgängern dadurch erschwert, daß den Briefen dieses Zeitraums in der Regel die Datierung fehlt. In mühevoller Kleinarbeit ist es dem Herausgeber gelungen, den weitaus größeren Teil der Schreiben zeitlich genau einzuordnen. Wenn ihm gelegentlich ein Irrtum unterlaufen ist, kann das den hervorragenden Gesamteindruck ebensowenig abschwächen wie eine Reihe anderer kleiner Fehler und Mängel, die sich in das dreibändige Werk eingeschlichen haben.³ Der imposante Anmerkungsapparat mit seiner Fülle von Fakten bietet sich geradezu als Hilfsmittel bei thematisch verwandten Projekten an und ist leicht zu erschließen, werden dem Benutzer doch neben Verzeichnissen der in Band 3 veröffentlichten Schreiben und Abbildungen auch ein Sachregister und, für die Gesamtausgabe, ein Personen- sowie ein Zeitschriftenregister geboten.

Im krassen Unterschied zur Originalfassung verdient die von der Europäischen Verlagsanstalt zu verantwortende deutschsprachige Ausgabe keine andere Bezeichnung als die eines handfesten literarischen Skandals. Für dieses gewiß harte Urteil ist in keiner Weise entscheidend, daß Gesichtspunkte offenbar kommerzieller Art die Beschränkung auf eine Auswahl erzwungen haben, die dem Leser mehr als vier Fünftel der von Tych publizierten Briefe vorenthält. Maßgeblich ist vielmehr die kaum glaubhafte Unzulänglichkeit der angebotenen Übersetzung, deren Urheber man leider bescheinigen muß, das Delikt der Sprachverhöhnung in Tateinheit mit grober Irreführung begangen zu haben.

Doch zunächst: Es trifft auch nicht annähernd zu, daß die Auswahl, wie der Verlag vor-täuscht, „alle Briefe substantiellen Inhalts“ umfaßt.⁴ Wäre dem so, dann müßte die Originalausgabe mit ihren 918 nummerierten Texten – gegenüber den 167 der deutschen – überwiegend aus gehobener Makulatur bestehen. Selbst mit der Einschränkung, daß vornehmlich diejenigen relevanten Schreiben Aufnahme gefunden hätten, die sich stärker auf das Gebiet der deutschen Arbeiterbewegung beziehen, ließe sich die Behauptung nicht ohne weitere Abstriche aufrechterhalten. Bei genauer Beachtung eines solchen Kriteriums nämlich wären allein aus dem 1. Band nicht nur 37, sondern rund 30 weitere Briefe zu übernehmen gewesen, darunter zwei, die *in extenso* beachtenswerte Schreiben Karl Kautskys an Rosa Luxemburg wiedergeben.⁵ Der Kürzung zum Opfer gefallen sind jedoch nicht nur Briefe, sondern auch mehrere Anmerkungen, durch deren Fehlen das Verständnis mancher der ausgewählten Texte beeinträchtigt wird. So hätte nach dem Verzicht auf Nr. 41 der Originalausgabe zu den Annotationen von Nr. 4 unbedingt der Hinweis gehört, daß Rosas Ausführungen mit dem Londoner Kongreß der Zweiten Internationale in Zusammenhang stehen. Ohne die

3 Siehe z.B. Anm. 7, Anm. 9, Anm. 11 (zu Geck). Hilferding wurde nicht im KZ Buchenwald ermordet (S. 238, Anm. 21; Tych 2, S. 484, Anm. 37), sondern im Pariser Gefängnis La Santé. Haenisch starb nicht 1926 (S. 240, Anm. 2; Tych 1, S. 304, Anm. 11), sondern 1925, Joseph Herzfeld nicht während des Zweiten Weltkriegs (S. 198, Anm. 8; Tych 1, S. 585, Anm. 10), sondern schon im Juli 1939. Unklar ist, warum Tych nicht die Lebensdaten von Scheidemann und von Hermann Müller angibt, dessen Vorname übrigens in falscher Schreibung erscheint (Tych 3, S. 442).

4 Siehe S. 38, „Editorisches Vorwort des Verlages“.

5 Vgl. Tych 1, Nrr. 113, 119, 121, 123, 126, 138, 143 u. f., 147 u. f., 151 (mit der Wiedergabe eines Kautsky-Briefes) u. f., 155, 163, 165, 167, 172 (mit dem Text eines Schreibens von A. Berthold und Maximilian Harden) u. f., 179 u. f. (mit dem Text eines Schreibens von Karl und Luise Kautsky), 184, 231 u. f., 234 u. f., 237, 251, 256, 262 - 264, 271.



LEO JOGICHES

Anmerkung, in der Tych das kurze Gastspiel Rosa Luxemburgs als Redakteurin der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ behandelt, bleibt auch der Hintergrund ihres Schreibens vom 17.11.1898 im dunkeln, und ähnliches gilt für den Brief vom 12. Mai 1900.⁶

Der Gebrauchswert des Bandes ist ferner ganz erheblich dadurch gemindert, daß er kein einziges Register, ja nicht einmal ein Verzeichnis der übernommenen Briefe enthält. Auch kleinere Abweichungen vom Original erweisen sich, bei gelegentlicher Ausnahme,⁷ nicht als Gewinn. So ist es zwar löblich, daß die Bearbeiter — die übrigens in rührender Ahnungslosigkeit Lenin nicht einfach nach der deutschen Werkausgabe zitieren, sondern ihn aus dem Polnischen übersetzen⁸ — sich an das Unternehmen gewagt haben, einen Identifizierungsfehler Tychs zu berichtigen. Das Resultat allerdings steht auf schwachen Füßen,⁹ und es dürfte reine Glücksache sein, wenn eine andere Identitätsfrage zutreffend beantwortet wäre, die im Original offengeblieben ist.¹⁰ Statt die Ortsangabe „Steglitz bei Berlin“ in „Steglitz Bez. Berlin“ zu ändern — die Eingemeindung ist erst 1920 erfolgt —, hätten die Bearbeiter besser den Unklarheiten nachgehen sollen, die sich mit einigen der biographischen Daten verbinden. Im Falle von Adolf Geck wären sie dann vielleicht zu dem Ergebnis gekommen, daß zwar die Angabe des Todesjahres, nicht aber die des Geburtsjahres stimmt. Ersatzweise stellen sie den Leser durch verschiedene Kürzungen in den Annotationen vor Rätsel, die nur mit Hilfe der polnischen Ausgabe zu lösen sind. Bei dem geheimnisvoll namenlosen Moskauer Archiv etwa, in dem Papiere von Jogiches aufbewahrt werden, handelt es sich um das IML, und mit dem „ND-Blatt ‘Goniec’“ ist keine Tarnausgabe des „Neuen Deutschland“ gemeint, sondern lediglich — deshalb ND! — ein nationaldemokratisches Organ.¹¹ Aber noch ganz andere Überraschungen erwarten den Leser.

Für ihre Aufgabe anscheinend mit der Faustregel gewappnet, daß deutschen Substantiven zwar im allgemeinen, doch keineswegs immer ein Artikel vorangeht, betreiben die beiden Übersetzer Sprachaskese mittels raumsparender Formulierung. Wilhelm Buchholz, heißt

6 Vgl. S. 60 - 64 und Tych 1, S. 118, Anm. 4. — S. 116 und Tych 1, S. 294 f., Anm. 1. - S. 194 f. (zur polnischen Bewegung) und Tych 2, S. 65, Anm. 3.

7 Auf S. 363, Nr. 145, ist ein Datierungsfehler berichtet (Tych 3, S. 336, Nr. 852).

8 S. 9, Anm. 5.

9 Tych unterscheidet im Register zu 1 richtig zwischen Berthold Heymann, dem Neffen Bernsteins, und „Heyman“, dem Verleger des Braunschens Archivs, der dann im Register zu 2 und im Gesamtregister als mit Berthold identisch behandelt wird (1, S. 607; 2, S. 577; 3, S. 430). Die Übersetzer folgen Tych hierin nicht, halten jedoch einen in Bd. 2 erwähnten Heyman für den Verleger, obwohl der Zusammenhang — „Fast hätte ich zuvor eine Stellung in Heymans Bibliothek“ bekommen — sehr stark dafür spricht, daß es sich hier um einen Schreibfehler Rosas handelt und in Wirklichkeit Hugo Heimann gemeint ist.

10 In ihrem Brief vom 14. Februar 1913 schreibt Rosa nach zweimaliger Erwähnung Mehrings, daß sie mit „dem Alten“ auf bestem Fuße stehe. Obwohl Tych es für wahrscheinlicher hält, daß hiermit Bebel und nicht Mehring gemeint ist, läßt er die Frage unentschieden (Tych 3, S. 322 u. S. 326, Anm. 7). Die Übersetzer hingegen stellen kurzerhand fest: „F. Mehring ist gemeint“ (S. 361, Anm. 6) und befinden sich wahrscheinlich sogar auf der richtigen Spur, denn mit Bebel dürfte die Schreiberin sich damals kaum so gut gestanden haben.

11 Vgl. S. 260, oben, mit Tych 3, S. 35, unten. — Adolf Geck ist in der Tat 1942 gestorben, aber nicht 1864, sondern 1854 geboren; vgl. S. 198, Anm. 7, und Tych 2, S. 112, Anm. 10. — Vgl. ferner S. 47 f., Anm. 29, mit Tych 1, S. 11, Anm. 16 („w Archiwum IML w Moskwie“) und S. 320, Anm. 2, mit Tych 3, S. 229, Anm. 2 („polemika z endeckim ‘Goniec’“).

es da etwa lapidar, arbeitete „auch für ‘Vorwärts’“. Parvus und Marchlewski „hatten russische Staatsangehörigkeit“. Daten werden „aufgrund Inhalt festgestellt“. Schöner noch klingt: „Hier ist Brief von H. Cunow und dem Dokument aus Elberfeld die Rede“. Wahrlich, so sollte sich selbst nicht ausdrücken dürfen, wer „an verschiedenen Hochschulen in die Ukraine“ tätig war.¹²

Obwohl die Übersetzer gelegentlich durchaus imstande sind, sich auf der sprachlichen Hoch-ebene zu bewegen und durch Inversion einen verblüffenden Effekt zu erzielen – „Die Partei . . . zersprengte die zaristische Polizei durch Massenverhaftungen“ –, verfangen sie sich selbst in einfachen Schlingen der deutschen Grammatik. Die Ochrana zum Beispiel lassen sie feststellen, daß Matschke und Engelmann niemand anderes als Luxemburg und Jogiches „ist“. Mit Treffsicherheit in der Wortwahl sind sie leider auch nicht gesegnet, und das Nachsinnen hat allemal der geschundene Leser. Zwar kann er sich denken, daß Parvus einen Verlag gründete, den er angeblich „unternahm“, welcher Duden aber hilft angesichts der Mitteilung weiter, daß Tyszkas sich „zur Agenda der SDKPiL“ begab? Welcher Art von Phantasie bedarf es wohl, um sich einen Kontrast „zwischen dem ersten und dem letzten Akt der Briefe“ ausmalen zu können? Statt allgemeinverständlich einfach „geheimes Vertriebsnetz“ und „briefliche Mitteilungen“ zu sagen, entscheidet sich das Duo für ein „Netz geheimer Kolportage“ und für „briefliche Kommunikate“. Ausgerechnet dann aber, wenn ein Fremdwort am Platze wäre, entdecken die Übersetzer plötzlich ihr deutsches Gewissen: Nicht anarchistischen Positionen, nein, anarchistischen „Stellungen“ hat Gustav Landauer nahegestanden.¹³

In der Fertigkeit des Satzbaues gar erweisen sie sich vollends als Meister unfreiwilliger Parodie. „Über 280 Briefe“, erfährt man, „gelangen von da ab aus Deutschland an L. Jogiches, bis es endlich zur Übersiedlung Tyszkas aus der Schweiz nach Berlin, was so oft, zum Zorn seiner ‘Frau’, verschoben worden ist, kommt.“¹⁴ Das bummst zwar schön nach, ergibt aber wenigstens noch einen Sinn, der sich bei folgendem Prachtstück von Satz nur auf Umwegen ermitteln läßt: „Die Jämmerlichkeit unserer schwankenden Freunde, über die Sie stöhnen, ist ja auch nichts anderes, als die Frucht von der allgemeinen Korruption an die Baracke, die im Frieden so stolz glänzte, zusammengekracht ist.“¹⁵ Nicht zusammengekracht, aber ebenso verunglückt ist der Versuch, in flüssiger und doch korrekter Weise aufzuzählen, gegenüber welchen Begebenheiten Rosa Luxemburg die „tätige Haltung“ einer

12 Siehe S. 203, Anm. 16; entsprechend z.B. auch S. 67, Anm. 9; S. 116, Anm. 4; S. 134, Anm. 3; S. 295, Anm. 3; S. 357, Zeile 1. – S. 114, Anm. 12. – U.a. S. 146, Anm. a; richtig hingegen z.B. S. 116, Anm. a. – S. 298, Anm. 6. – S. 269, Anm. 12.

13 S. 21, Abs. 3. – S. 26, Abs. 2. – S. 64, Anm. 14. – S. 25, Abs. 4: Gemeint ist das Sekretariat, die Geschäftsstelle, das Parteibüro. – S. 27, Abs. 2: Hier wiederum ist der Kontrast zwischen dem ersten und dem letzten Teil gemeint. – S. 150, Anm. 6. – S. 27, Abs. 2. – S. 146, Anm. 4. – Siehe z.B. auch S. 11, Abs. 3: „originale Briefe“ statt Originalbriefe. – S. 17, Abs. 2: Man hat nicht „die Petersburger Verhaftungen erfahren“, sondern von ihnen erfahren. – S. 34, Abs. 4: „Gleichzeitig bekannte die SDKPiL jedoch gegen die Bolschewiki, daß“; nein: Im Gegensatz zu den Bolschewiki betonte sie jedoch gleichzeitig, daß. – S. 37, Abs. 2: fälschlich alle an den Adressaten „erhaltenen“, statt gerichteten Briefe. – S. 80, Anm. 31: nicht Pläne „auf Parteitätigkeit“, sondern Pläne, Parteitätigkeit zu leisten. – S. 351, Anm. 2: nicht sozialdemokratische „Formationen“, sondern Gruppen.

14 S. 24, Abs. 4.

15 S. 30, Abs. 2. Richtig heißt es: „... allgemeinen Korruption [,] an der die Baracke . . .“. Vgl. Feliks Tych (Hrsg.), *Listy Róży Luksemburg do Franciszka Mehringa*, in: *Z Pola Walki* XII, Nr. 1 (45) (1969), S. 176; dort allerdings ohne die Interpolation des Kommas.

Marxistin „bezogen“ hat: „so z.B. gegen das offene Auftreten Bernsteins für die Revision des Marxismus, gegen dessen theoretischen Versuch und gegen dessen Millerandismus (die reformistische Praxis in ihrer ersten Manifestation) so z.B. gegenüber der Revolution von 1905 und ihren Lehren oder von dem Zusammenbruch der II. Internationale und im Kampf endlich um den revolutionären Ausweg aus dem I. Weltkrieg.“ Wer sich im Original auskennt, der wird zugeben müssen, daß die deutsche Fassung hier wieder einmal „karikierte Eindrücke“ vermittelt. 16

Hätte die Zahl der Polonismen als sicherer Gradmesser zu gelten, müßten die beiden Bearbeiter Rosa Luxemburgs Muttersprache in höchster Vollendung beherrschen. Der Lapsus, das Pseudonym „mularz“ mit „Müller“ statt richtig „Maurer“ gleichzusetzen, wäre dann am ehesten mit vorübergehender geistiger Abwesenheit zu erklären. Stößt man indessen darauf, daß sie einer im Polnischen nur bei isolierter Betrachtung, nicht aber in Verbindung mit einem Substantiv mehrdeutigen Präposition den falschen Sinn unterlegen, daß sie „Auf dem Kongreß“ dolmetschen, wo es „Zum Kongreß“ heißen muß, daß sie über Vorgänge „des ausgehenden XIX. Jahrhunderts“ berichten, obgleich von Ereignissen seit dem Ende des Jahrhunderts die Rede ist, dann beginnt es einem zu dämmern. Wem derlei unterläuft, wer sogar einen Plural mit dem Singular verwechselt und dadurch das Schriftenverzeichnis von Karl Marx um den bislang unbekannten Titel „Theorie des Mehrwerts“ bereichert, der hat auch mit polnischer Grammatik „nicht viel gemein“. 17

Durch mangelhafte Sprachkenntnisse ohnehin schon behindert, ist es ein weiteres Handicap der Übersetzer, daß sie die Materie, um die es geht, die Geschichte der Arbeiterbewegung im allgemeinen und ihre Terminologie im besonderen, auch nicht annähernd beherrschen. So können sie denn in aller Unschuld die Angriffsstrategie zur „Strategie des Kampfes“, die Ermattungsstrategie zur „Strategie der Schwäche“ verfremden und die Vokabel „allgemeiner Streik“ benutzen, wo Massenstreik der einzig adäquate Ausdruck wäre. Dürfte man ihnen glauben, dann hätte Rosa Luxemburg eine Analyse „der indirekten Kräfte in der Partei geliefert, die sich zwischen der erklärten Linken und der Rechten der SPD befanden“, also sehr direkte, nämlich zentristische Kräfte waren. 18 In Morawski ist kein schlichter Verfechter des proletarischen Internationalismus, sondern dessen „Sachverwalter“ zu sehen, wie sich auch der Terror im zaristischen Rußland nicht einfach gegen die Machthaber richtete, sondern gegen die „Vertreter der Macht“. Aus Wahlbündnissen werden Wahlblöcke,

16 S. 10, Abs. 4. Sinngemäß übersetzt, lautet die Stelle: „ob es sich um das offene Auftreten Bernsteins mit seinem theoretischen Versuch einer Revision des Marxismus handelte oder um die revisionistische Praxis, die im Millerandismus zum erstenmal spektakulär in Erscheinung trat, ob es um die Revolution von 1905 und um ihre Lehren ging, um den Zusammenbruch der II. Internationale oder schließlich auch als es galt, einen revolutionären Ausweg aus dem I. Weltkrieg zu finden.“ Vgl. Tych 1, S. XI, Abs. 4. – S. 14, Abs. 2.

17 S. 48, Anm. 30. – S. 49, Abs. 2; vgl. Tych 1, S. 74, Abs. 4: „Na kongres“. – S. 10, Abs. 4; vgl. Tych 1, S. XI, Abs. 4: „od schyłku XIX wieku“. – S. 271, Anm. 4; vgl. Tych 3, S. 57, Anm. 5: „Teorie wartości dodatkowej“. – S. 19, Abs. 4, sollte es heißen: verband ihn mit der polnischen Bewegung nur wenig bzw. er unterhielt zu ihr keine engeren Kontakte. – Kaum zu glauben ist der Übersetzungsfehler auf S. 268, Anm. 4, unten: „S. 451 und andere“; Tych 3, S. 50, Anm. 4: „i nn“, also: und folgende bzw. ff. Außerdem muß es S. 151 heißen.

18 S. 30, Abs. 4. – S. 29, Abs. 3: „Parteidebatte in Sachen allgemeine Streikanwendung“; siehe z.B. auch S. 247, Anm. 2; S. 248, Anm. 12; S. 289, Anm. 3. – S. 382, Anm. 4. – Siehe ferner S. 153, Anm. 4: Der Vorschlag lautete nicht, „weitgehende Wahlzugeständnisse mit den bürgerlichen Parteien zu machen“, sondern „zawierać szerokie kompromisy wyborcze z partiami burżuazyjnymi“, d.h. weitgehende Wahlkompromisse mit ihnen zu schließen; vgl. Tych 1, S. 449, Anm. 10.

aus Arbeiterkorrespondenzen „Briefwechsel mit Arbeitern“. Hinter einem „ausgearbeiteten Projekt der Resolution“ verbirgt sich nicht mehr als ein Resolutionsentwurf, hinter dem „Postulat der Republik“ die republikanische Losung.¹⁹ Flüchtigkeitsfehler wie „Volksmacht“ statt „Volkswacht“ und „Stichwahlkritik“ an Stelle von Stichwahltaktik lassen erkennen, daß fehlende Sachkunde auch dem Korrekturlesen nicht eben förderlich ist.²⁰

Würden die Unstimmigkeiten immer so offensichtlich sein, wäre die Gefahr einer Irreführung zumindest des Fachhistorikers verhältnismäßig gering. Er weiß schließlich, was wirklich gemeint ist, wenn nicht der Eintritt Millerands in das Kabinett, sondern die dadurch ausgelöste Krise als Anlaß der Kritik des linken Flügels bezeichnet wird. Er weiß auch, daß es bis auf den heutigen Tag keiner Zeitungsredaktion gelungen ist, eine Enquête „an alle aktiven Sozialisten Europas“ zu versenden. Er muß schlechterdings stutzig werden, wenn er von einer Pressepolemik liest „zwischen ‘Vorwärts’ – d.h. praktisch innerhalb der SPD-Führung“ – einerseits und Franz Mehring andererseits.²¹ Ob er jedoch aus dem Zusammenhang folgert, daß Rosa Luxemburg die „Kreuz-Zeitung“ durchaus gekannt und sie nur deshalb zunächst nicht erkannt hat, weil das Blatt den Titel „Neue Preußische Zeitung“ trug, ist schon sehr zweifelhaft. Woraus, vollends, soll er ersehen, daß „international anerkannte“ tatsächlich nur internationalistisch eingestellte Sozialisten waren und daß Lenin nicht einen Kurs zur organisatorischen „Wiedergeburt“ steuerte, sondern einen Kurs der organisatorischen Abgrenzung oder Trennung? Besitzt er keine Spezialkenntnisse über die polnische und die französische Arbeiterbewegung, wird er Alfons Morawski fortan für das Pseudonym von Koczan halten, statt umgekehrt, und Desrousseaux für das Pseudonym Brackes.²²

Trostlos in der Übersetzung, präsentiert sich der Band auch in der Form denkbar salopp. Schon die Druckfehler lassen einen Grad redaktioneller Sorgfalt erkennen, dem der aufmerksame Leser manch heitere Minute verdankt, wird ihm doch die Offenbarung zuteil,

19 S. 79, Anm. 13. – S. 222, Anm. 6. – S. 153, Anm. 4; diese Fußnote bedarf auch sonst der Korrektur; u.a. ist „Możliwość“ mit „Möglichkeit“ ebenso wie „bloków“ zwar wörtlich, aber nicht sinngemäß übersetzt. Im vorliegenden Zusammenhang bedeutet es: Das Eingehen (von Wahlbündnissen). – S. 54, Anm. 18. – S. 163, Anm. 13. – S. 298, Anm. 6. – S. 8, Zeile 2: „Aus der Gruppe Tyszka-Briefe“; besser: Aus dem Archiv-Fonds Tyszka. – Ebd., Zeile 7 f., nicht: „an das Institut für Parteigeschichte, bzw. an das Zentralkomitee“, sondern: „... Parteigeschichte beim Zentralkomitee“.

20 S. 284, Anm. 4. – S. 339, Anm. 1. – S. 54, Anm. 13: nicht „Partei“, sondern „Parti Ouvrier“. – S. 264, Anm. 15: nicht „Partei De Leone“, sondern „Partei De Leons“. – S. 301, Abs. 1 und 302, Anm. 4, weder „Grundwald-Aufruf“ noch „Grundwald-Gedenkfeier“, sondern jeweils Grunwald.

21 S. 67, Anm. 5. – S. 157, Anm. 5; gemeint sind hier nur alle führenden bzw. prominenten Sozialisten. – S. 357, oben, muß es heißen: d.h. faktisch der SPD-Führung.

22 S. 216, Abs. 1; im Original (Tych 2, S. 222, Abs. 1) denn auch nicht „nie znam“, sondern „nie posnam“. – S. 79, Anm. 12; im Original eindeutig: „nastawionych“ (Tych 1, S. 168, Anm. 9). – S. 35, Abs. 3; im Original „odgrozienie“ und nicht „odrozenie“ (Tych 3, S. XVIII, Zeile 1). – S. 183, Anm. 2: „Koczan – Pseudonym Alfons Morawski“; hier fehlt ebenso das „von“ wie auf S. 277, Anm. 3, wo die Übersetzung zudem noch den Vornamen in seiner deklinierten Fassung beläßt, so daß aus einem Alexandre eine Alexandra wird. – Wenigstens auf einen, den Sinn stark vergrößernden Fehler sei noch hingewiesen. S. 129, unten: „m i r persönlich liegt an dieser ganzen russischen Revolution ein Dreck“. Im Original ist von Dreck keine Rede: „m n i e osobiście na tej całej ro[s]yjskiej] rew[olucji] figa zależy“ bedeutet nur, daß Rosa an dieser ganzen russischen Revolution persönlich sehr wenig liegt oder, drastischer ausgedrückt, daß diese Revolution ihr ziemlich Wurst ist (vgl. Tych 1, S. 361, oben).

daß Mehring 1813 bereits im „Vorwärts“ publiziert hat, Zubeil schon vor seiner Geburt Mitglied der USPD war und das Sekretariat des ISB über die postmortale Gabe verfügte, noch 1962 gewisse Materialien in Umlauf zu bringen. „Form Marx to Lenin“ ist gewiß ein vielversprechender Titel, das dazu gehörige Buch aber muß noch geschrieben werden, denn was Morris Hillquit zustande gebracht hat, war nur ein völlig phantasieloses: „From Marx to Lenin“. ²³ Hätte Ernst Meyer unter den klimatischen Bedingungen von „Delegoa“ gelebt, würde er einen seiner Beiträge vielleicht überschrieben haben: „Zur Lösung der Linksradikalen vom Zentrum in der Vorkriegszeit“. In Wirklichkeit ist bei ihm von Loslösung die Rede, doch für kleinere Amputationen haben die Bearbeiter nun einmal ein Faible. Aus der Klarowska machen sie eine Klarowka, aus Korfanty einen Korfant, „Czerniakowski“ wird gnadenlos der letzten beiden Buchstaben beraubt, und auf S. 367 gelingt ihnen sogar das Kunststück, durch Auslassung von sechs Wörtern eines zudem noch deutsch geschriebenen Textes den Sinn der Aussage fast in das genaue Gegenteil zu verkehren. ²⁴

Was immer ein unbeholfener, zerstreuter, gleichgültiger und gedankenloser Redaktor anrichten kann, hier findet es sich in einer wahren Musterkollektion beieinander. Ohne erkennbares System werden polnische Titel häufig durch eine Übersetzung ergänzt, häufig aber auch nicht – hilf dir dann gefälligst selbst, lieber Leser, dem zwar gesagt wird, was sich hinter den Abkürzungen SPD, SDKP und SDKPiL verbirgt, während er die Auflösung einer Chiffre wie ZRSPzG vergebens erwartet. ²⁵ Russische Titel, doch nicht nur sie, werden lediglich in deutscher Übersetzung geboten. ²⁶ Wenn als Vorname Brzezinas auf ein und derselben Seite erst Karol, bei der zweiten Erwähnung aber Karl genannt wird, dann kann es nicht weiter verwundern, daß den Bearbeitern auf S. 139 entfallen ist, was sie auf S. 64 über Parvus und seine Pressekorrespondenz berichtet haben. ²⁷ Titel teils in Anführungs-

23 Siehe S. 360, Abs. 3. – S. 146, Anm. 3. – S. 354, Anm. 9. – S. 264, Anm. 15.

24 Siehe S. 127, Ende des 2. Abs. – S. 373, Anm. 7. – S. 315, Anm. 8. – S. 237, Anm. 9. – S. 264, Anm. 12; ebd.: nicht „chemszczyzne“, sondern „Chemszczyzne“. – S. 367, Anm. 7: „da größere Geldbeträge angesichts der Polizeiwirtschaft in Łódź geschickt werden dürfen“; richtig: „... in Lodz momentan sicherer nicht direkt nach Lodz geschickt werden dürfen“ (Tych 3, S. 340, dritter Abs. von unten); nachgerade grotesk ist es, daß die Bearbeiter hier Rosa Luxemburgs deutsche Schreibweise des Ortsnamens korrigieren, wobei sie – wie auch an anderen Stellen – zudem noch inkonsequent verfahren: Wenn schon, dann bitte stets Łódź. – Ein Druckfehler, den der deutsche Leser in der Regel übersehen wird, ist auf S. 33, Abs. 1, zu berichtigen: Der Landesvorstand wurde nicht im März 1911, sondern erst im März 1914 gebildet (vgl. Tych 3, S. XIV, Abs. 1).

25 Siehe z.B. schon S. 46, wo zwar in Anm. 1 der Titel „Sprawa Robotnicza“ übersetzt wird, nicht aber in Anm. 9 die Überschrift eines Beitrags von Marchlewski. – Nachdem die Abkürzung SPD bereits auf S. 14 gebraucht worden ist, heißt es S. 22: „die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)“; vgl. weiter S. 15, Abs. 4, und S. 25, Abs. 4. – Die an der entsprechenden Stelle von Tych nicht benutzte Abkürzung auf S. 86, Anm. 21, bezieht sich auf den Vorstand des „Zwiazku Robotników Socjaldemokratów Polskich za Granicą“, des Bundes Sozialdemokratischer Polnischer Arbeiter im Ausland.

26 Siehe z.B. S. 18, vorletzte Zeile der Anm.: Übersetzung des russischen Titels in eckigen Klammern; S. 282, Anm. 8, wo der Untertitel der „Trybuna“ innerhalb der Anführungszeichen auf deutsch wiedergegeben wird.

27 S. 55. – Auf S. 64, Anm. 14, und dann wieder auf S. 205, Anm. 3, wird Parvus richtig als Herausgeber der Pressekorrespondenz „Aus der Weltpolitik“ bezeichnet. Auf S. 139, Anm. 14, heißt es hingegen nicht wie im polnischen Text, daß er dieses Bulletin gegründet habe, sondern daß er ihm „beigetreten“ sei.

strichen, teils ohne sie, falsche Anmerkungszißern und fehlende Kursive, bei Marchlewski das Fehlen ausgerechnet des Pseudonyms Karski und –²⁸ doch: „Genug“ jetzt „des Lum . . .“, wie es mysteriös in einem Brief Kautskys an Rosa heißt, allerdings nur, weil die Bearbeiter, gänzlich ohne Fortune, es versäumt haben, dieses redaktionelle Beiwerk rechtzeitig zu streichen.²⁹

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei wiederholt: Verantwortlich für das Desaster ist einzig und allein der Verlag. Er hat es versäumt, den Text durch einen fähigen Lektor stilistisch glätten und den Anmerkungsteil vereinheitlichen zu lassen. Er hat gegen die fundamentale Regel verstoßen, daß Übersetzungen dieser Art vor dem Imprimatur durch einen Fachwissenschaftler zu prüfen sind, und er hat es sogar für überflüssig erachtet, dem Herausgeber der Originalausgabe Einblick in Manuskript, Fahne oder Umbruch zu gewähren.³⁰ Der Verlag schuldet es Feliks Tych, dem Publikum und sich selbst, durch eine gründlich revidierte und möglichst erweiterte Neuauflage Genugtuung zu leisten.

28 Vgl. z.B. S. 123, Anm. 3: Leipziger Volkszeitung; Anm. 17: „Leipziger Volkszeitung“. – S. 288, Nr. 84. – S. 284, Zeile 1 f. von Nr. 81, und S. 145, Zeile 1 (richtig: „*ein Sprung nach rechts, einer nach links*“; „*in der Sippschaft*“). – S. 46, Anm. 6: Das Pseudonym Karski fehlt zwar auch in Tych 1, ist aber in 2 (S. 584) und 3 (S. 439) nachgetragen.

29 Vgl. S. 270, vorletzte Zeile, mit Tych 3, S. 56, Mitte.

30 Nach mündlicher Auskunft Prof. Tychs ist ihm die deutsche Fassung erst in der Buchform zur Kenntnis gelangt.

BIBLIOGRAPHIE DER USPD-BROSCHÜREN 1917 – 1922

Von Setsuko Tarumi und Hartfrid Krause

Die Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) war bisher ein Stiefkind der deutschen Partei- und Sozialgeschichte. Von den Kommunisten in der Weimarer Republik wie den Historikern der DDR ist die „zentristische“ Politik der USPD immer nur verstanden und interpretiert worden als der Umweg der Massen zur KPD, ¹ für die Sozialdemokraten war (und ist) die USPD eine Herausforderung durch ihre Besinnung auf sozialistische Positionen. Ihre Geschichte ist seit dem 1922 erschienenen Werk von Prager ² noch nicht vollständig neu geschrieben worden. Jedoch wird seit den sechziger Jahren über einzelne Probleme der USPD-Geschichte intensiv gearbeitet. Vor allem ist auf die beiden monumentalen Dissertationen von Robert Wheeler ³ und David W. Morgan ⁴ hinzuweisen, die bei unterschiedlichen Fragestellungen bisher das umfangreichste Material über die USPD gesammelt und ausgewertet haben. Da ihnen auch die Möglichkeit offenstand, in DDR-Archiven zu forschen, werden ihre Arbeiten, die leider zur Zeit nur als Mikrofilme bzw. Xerokopien zugänglich sind, noch auf Jahre hinaus ein wertvoller Beitrag zur Erforschung der USPD bleiben.

Inzwischen sind auch alle USPD-Parteitageprotokolle als Reprint erschienen, ausgestattet mit einer Einleitung und einem Anhang, der biographische Daten, wahlstatistisches Material und ein zentrales Rede- und Anwesenheitsregister enthält. ⁵ Diese Protokolle werden deshalb in der vorliegenden Bibliographie nicht vollständig aufgeführt. An laufenden wissenschaftlichen Projekten sind vor allem die Studien von Guido Knopp ⁶, Setsuko Tarumi ⁷ und Hartfrid Krause ⁸ zu nennen, die spezielle Bereiche der USPD-Geschichte aufarbeiten werden.

Aus dieser Forschungsarbeit entstand auch die im folgenden veröffentlichte Bibliographie. Zweifelsohne ist die vollständige Erfassung aller Broschüren der USPD noch lange nicht abgeschlossen, da die Suche nach ihnen bisher nicht systematisch betrieben wurde. Insbesondere ist zu vermuten, daß noch mehr Separatdrucke von Zeitungsaufsätzen existieren, als

- ¹ So vor allem Horst Naumann, *Der Kampf des revolutionären Flügels der USPD für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und die Vereinigung mit der KPD (unter besonderer Berücksichtigung der Hilfe durch die Kommunistische Internationale und die KPD)*, phil. Diss., Berlin/DDR 1961.
- ² Eugen Prager, *Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 2. Aufl., Verlagsgenossenschaft "Freiheit", Berlin 1922.
- ³ Robert Wheeler, *The Independent Social Democratic Party and the Internationals. An Examination of Socialist Internationalism in Germany 1915 to 1923*, Ph. D. Diss., Pittsburgh 1970.
- ⁴ David Morgan, *The German Independent Social Democratic Party 1918 – 1922*, Ph. D. Diss., Oxford 1969.
- ⁵ *Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1917 – 1923*, hrsg. und eingeleitet von Hartfrid Krause, Detlev Auvermann Verlag KG, Glashütten i. Taunus 1974.
- ⁶ Guido Knopp, *Der Wiederezusammenschluß der SPD und der USPD im Jahre 1922* (siehe *IWK*, Jg. 1972, H. 16, Titelverzeichnis Nr. 1787).
- ⁷ Setsuko Tarumi, *Die USPD in Braunschweig und Die Publizistik der USPD in der Revolutionszeit 1918/19* (beides in Bearbeitung, Abschluß 1975).
- ⁸ Hartfrid Krause, *Die Krise der USPD 1919* (siehe *IWK*, Jg. 1973, H. 19/20, Titelverzeichnis Nr. 2102).

wir ausweisen konnten. Die hier vorgelegte Bibliographie umfaßt vor allem Broschüren aus dem Archiv der sozialen Demokratie (Bonn-Bad Godesberg), dem Bundesarchiv (Koblenz), dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam), dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Berlin/DDR), dem Schweizerischen Sozialarchiv (Zürich) sowie mehreren Stadt- und Staatsarchiven. Bis auf einige Landtagsprotokolle aus Sachsen, die aus Morgans Bibliographie übernommen wurden, haben wir alle erfaßten Broschüren selber in Augenschein nehmen können. Deshalb ist – insbesondere bei dem unter Nr. 183 verzeichneten USPD-Material – bewußt auf die Angabe weiterer Schriften verzichtet worden, von deren Existenz wir uns nicht selber überzeugen konnten.

Zur Auswahl ist folgendes zu bemerken: Wir haben versucht, alle Broschüren (ausgenommen Nach- und Neudrucke „sozialistischer Klassiker“), die im Freiheit-Verlag oder in anderen USPD-Zeitungsverlagen erschienen und uns bekannt geworden sind, zu erfassen. Kautskys vielfältige Schriften sind nur insoweit aufgenommen worden, als sie einen unmittelbaren Bezug zu USPD-Problemen haben. Broschüren über die USPD finden sich entweder in den entsprechenden Kategorien oder im Abschnitt VII. Fällt eine Schrift in mehrere Kategorien, so ist sie vollständig in derjenigen Kategorie aufgeführt, in die sie hauptsächlich gehört; in den anderen Kategorien erscheinen durch + gekennzeichnete Verweise. Die Kategorien wirken möglicherweise zufällig. Dazu ist anzumerken, daß wir versucht haben, eine Kombination von chronologischer und inhaltlicher Gliederung zu finden, um einen schnelleren Überblick zu gewährleisten. Innerhalb der Kategorien sind die Schriften alphabetisch entweder nach dem Namen des Verfassers oder, falls dieser nicht in Erscheinung tritt, nach dem ersten Hauptwort im Titel eingeordnet.

Angaben über Standorte der einzelnen Broschüren haben wir – im Gegensatz zu Wheelers Zeitungsbibliographie⁹ – bewußt vermieden, da diese Angaben zu willkürlich hätten erscheinen müssen. Man kann davon ausgehen, daß sich fast alle Broschüren in mehreren Bibliotheken und Archiven auffinden lassen, so daß sich unsere Fundorte als nicht vollständig erweisen würden.

Die Bibliographie gliedert sich in folgende Kategorien:

- I. Weltkrieg, Spaltung der Sozialdemokratie
- II. Revolution 1918/1919
- III. 1919/1920 Nationalversammlung, Versailles, Entwicklung der USPD
- IV. Kommunistische Internationale, Spaltung der USPD
- V. USPD (Rechte) – 1921/1922
- VI. Spezielle Probleme
 - A. Agitationsbroschüren
 - B. Berichte, Jahrbücher, Protokolle
 - C. Lokale Berichte
- VII. Broschüren über die USPD

⁹ Robert Wheeler, *Bibliographie und Standortverzeichnis der Unabhängigen Sozialdemokratischen Presse von 1917 – 1922*, in: *IWK*, Jg. 1968, H. 6, S. 35 ff.

I. Weltkrieg, Spaltung der Sozialdemokratie

- 1 Zur Abwehr. Für die Parteiorganisation. Gegen die Parteierstörer in Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Hrsg. und Verleger Max Groger, Berlin o.J. [1916], 32 S.
- 1a Arbeiterführer als Verräter. Dokumente aus der Kriegszeit. Aus den Akten der Kriegsamtsstelle Leipzig, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1919, 23 S.
- + Wie den Braunschweiger Arbeitern ... (siehe Nr. 184).
- 2 Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft im Reichstag 1915/1916. Hrsg. vom Vorstand der Fraktion. Als Manuskript gedruckt, Berlin 1916, 20 S.
- 3 Unter dem Belagerungszustand. Stenographischer amtlicher Bericht über die Reden der Abgeordneten Stadt-hagen und Ledebour nebst einigen anderen Reden im Reichstage am 20. März 1915, o.O. o.J., 32 S.
- 3a Berger, R[ichard]: Fraktionsspaltung und Parteikrise in der deutschen Sozialdemokratie. Tatsachen und Tendenzen, Volksverein-Verlag, M. Gladbach 1916, 105 S.
- 3b Berger, Richard: Die deutsche Sozialdemokratie im dritten Kriegsjahr, Volksverein-Verlag, M. Gladbach 1917, 131 S.
- 4 Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Als Manuskript gedruckt, o.O. o.J. [1916], 16 S.
- + Crispian u.a.: Im Kampf um unsere Grundsätze ... (siehe Nr. 186).
- 5 Cunow, Heinrich: Parteizusammenbruch? Ein offenes Wort zum inneren Parteistreit, Vorwärts, Berlin 1915, 38 S.
- 6 [Dittmann, Wilhelm:] Belagerungszustand, Zensur und Schutzhaft vor dem Reichstage. Drei Reichstagsreden von Wilhelm Dittmann, gehalten am 18. Januar, 24. Mai und 28. Oktober 1916. Nach dem amtlichen Stenogramm, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1917, 48 S.
- 7 Dittmann, Wilhelm: Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918, Dietz, Berlin 1926, 104 S.
- 8 Dittmann, Wilhelm: Drei Reden über Belagerungszustand, Zensur und Schutzhaft, gehalten am 18. Januar und 24. Mai und 28. Oktober 1916 vor dem Reichstag, nach dem amtlichen Stenogramm, Der Freie Verlag, Bern 1918, 79 S.
- 9 Aus Flugschriften und Flugblättern der Parteioopposition. Informationsmaterial [für die Delegierten der Reichskonferenz der SPD, September 1916]. Als Manuskript gedruckt, o.O. o.J., 60 S.
- + Der Gewaltstreik ... (siehe Nr. 189)
- 10 [Haase, Hugo:] Deutschland und Friedensschlüsse. Eine Reichstagsrede von Hugo Haase (= Kleine Internationale Bibliothek, 1), Genossenschaftsdruckerei, Zürich 1918, 31 S.
- 11 [Haase, Hugo:] Deutsche Kultur im Ausland. Amtlicher stenographischer Bericht der Reichstagsreden des Abg. Haase (Königsberg) in den Sitzungen vom 25. und 26. Juni 1918, o.O. o.J., 24 S.
- 12 Haase, Hugo: Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik (1915 - 1918), Neues Vaterland E. Berger, Berlin 1919, 206 S.
- 13 Die Hetze gegen Haase, o.O. [Schweizerische Societätsdruckerei] o.J., 8 S.
- 14 Das Hilfsdienstgesetz und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft im Deutschen Reichstage. Ihre Reden und Anträge in den Reichstags-sitzungen vom 29. und 30. November und 2. Dezember 1916. Als Rechenschaftsbericht hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Berlin 1917, 64 S.
- 15 Kautsky, Karl: Überzeugung und Partei, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1916, 47 S.
- 16 Die Klassenjustiz vor dem deutschen Reichstag. Reden der unabhängigen Sozialdemokraten [Joseph] Herzfeld

- und Cohn im Reichstage am 14. Mai 1918, Jänicke, Berlin o.J. [1918], 30 S.
- 17 Die erste Kriegszeit, Genossenschafts-Buchdruckerei, Buer i. Westf. o.J. [1919], 14 S.
 - 18 Lange, Paul: Lohnarbeit und Kapital während des Krieges – 1917 –, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1917, 39 S.
 - 19 Laufenberg, Heinrich und Fritz Wolffheim: Imperialismus und Demokratie. Ein Wort zum Weltkrieg, Druck und Verlag von H. Laufenberg, Hamburg 1914, 48 S.
 - 20 Ledebour, Georg: Aufklärung über die Mißstände in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, o.O. o.J. [1915], 12 S.
 - 21 Ledebour, Georg und Oskar Cohn: Die unabhängige Sozialdemokratie und der „Brotfriede“ mit der Ukraine. Amtliche Stenogramme der Reichstagsreden in der 130. Sitzung vom 20. Februar 1918 und in der 131. Sitzung vom 22. Februar 1918, Schmiedcke, Berlin o.J., 32 S.
 - 22 Michaelis und Capelle gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. Auszug aus den amtlichen Reichstagsstenogrammen vom 9. und 11. Oktober 1917, o.O. [Unabhängige Genossenschaftsdruckerei] o.J., 55 S.
 - 23 Die Minderheit des 21. Dezember 1915 (= Internationale Sozialisten Deutschlands), Verlag der Lichtstrahlen Julian Borchardt, Berlin 1916.
 - 24 Wie entstand die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands? Hrsg. vom Zentral-Vorstand des Verbandes der USP-Wahlvereine Berlins und Umgebung, Hoffmann, Berlin o.J. [1917], 14 S.
 - + An die Parteigenossen . . . (siehe Nr. 195).
 - 25 Zwei Reichstagsreden. I. Proletariat und Frieden! Reichstagsrede des Abg. Ledebour am 10. Oktober 1917.
 - II. Gegen die Militärdiktatur! Reichstagsrede des Abg. Dittmann am 11. Oktober 1917. Nach dem amtlichen Stenogramm, o.O. [Unabhängige Genossenschaftsdruckerei] o.J. [1917], 40 S.
 - 26 Die unabhängige Sozialdemokratie. Der Eroberungsfriede und der Massenstreik. Amtliches Stenogramm der Reichstagsreden in der 135. Sitzung vom 27. Februar 1918 und in der 137. Sitzung vom 1. März 1918, Müller, Frankfurt a.d.O. o.J. [1918], 50 S.
 - 27 Die Unabhängigen Sozialdemokraten und die innere und äußere Politik im Reichstag. Amtlicher stenographischer Bericht der 96. Sitzung vom 30. März 1917, o.O. [illegal bei Mönius, Celle, gedruckt] o.J., 44 S.
 - 28 Die Tätigkeit des Leipziger Gewerkschaftskartells und der Leipziger Gewerkschaften während der Kriegszeit, Gewerkschaftskartell Leipzig, Leipzig 1918, 16 S.
 - 29 Die Wahrheit!, o.O. o.J. [1917/18], 23 S.
 - 30 Der Zusammenbruch der Kriegspolitik und die Novemberrevolution. Beobachtungen und Betrachtungen eines ehemaligen Feldsoldaten, Freiheit, Berlin 1919, 29 S.
 - 31 Der moralische Zusammenbruch der SPD, Freiheit, Berlin 1919, 23 S.
- II. Revolution 1918/1919**
- 32 Die deutsche Arbeiter-Revolution. Gedenkschrift über den Verlauf des ersten Revolutionsjahres 1918/19, Freiheit, Berlin 1919, 47 S.
 - 33 Barth, Emil: Sozialisierung. Ihre Notwendigkeit, ihre Möglichkeit, Selbstverlag, Neukölln 1920, 37 S.
 - + Bruckhardt, Arno: Das Chemnitzer Blutbad . . . (siehe Nr. 185).

- 34 Däumig, Ernst: Der erste Akt der deutschen Revolution! Vortrag gehalten in der Arbeiterversammlung der USPD-Arbeiterräte am 27. Dezember 1918, Neumann, Berlin o.J. [1919], 6 S.
- 35 Däumig, Ernst: Der Aufbau Deutschlands und das Rätesystem. Korreferat und Schlußwort auf dem II. Rätekongreß in Berlin (8.-14. April 1919), Der Arbeiterrat, Berlin 1919, 37 S.
- 36 Däumig, Ernst: Das Rätesystem. Reden auf dem Parteitag der USPD am 4. und 5. März 1919, Der Arbeiterrat, Berlin o. J. [1919], 37 S.
- 37 Eichhorn, Emil: Über die Januar-Ereignisse. Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Januar-Ereignissen, Freiheit, Berlin 1919, 102 S.
- 38 Eifel, Carl: Ist der Sozialismus Rettung oder Vernichtung? Ein Weg zu seiner Verwirklichung, Selbstverlag des Verfassers, o.O. [Berlin] o. J. [1918/19], 20 S.
- 39 [Eisner, Kurt:] Rede Kurt Eisners auf der Versammlung der Unabhängigen am 30. Oktober 1918 im Löwenbräukeller in München, o.O. o. J., 37 S.
- 40 Eisner, Kurt: Schuld und Sühne. Mit einer Einleitung von Heinrich Ströbel (= Flugschriften des Bundes Neues Vaterland, 12), Neues Vaterland E. Berger, Berlin 1919, 31 S.
- 41 Gedenkschrift über den Verlauf des I. Revolutionsjahres 1918/19, Freiheit, Berlin o. J. [1919].
- 42 Geyer, Curt: Sozialismus und Rätesystem. Die Richtlinien der Fraktion der USPD auf dem zweiten Rätekongreß für den Aufbau des Rätesystems, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1919, 32 S.
- 43 Höllein-Jena, Emil: Der Sozialismus: ein unentrinnbares gesellschaftliches Schicksal, Jena o.J. [1919], 16 S.
- 44 Hoffmann, Adolph und Obuch: Drei Reden nach dem amtlichen stenographischen Bericht der Preussischen Landesversammlung aus den Debatten über Belagerungszustand und Standrecht, Hoffmann, Berlin 1919, 75 S.
- 45 Der Kampf um die Sozialisierung. Grundsätzliches und Materialien, Freiheit, Berlin 1921, 24 S.
- 45a Kautsky, Karl: Die Diktatur des Proletariats, Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1918, 63 S.
- 46 Kautsky, Karl: Die Sozialisierung und die Arbeiterräte. Bericht, erstattet dem 2. Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Deutschlands am 14. April 1919 (= Sozialistische Bücherei, 5), Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1919, 16 S.
- 47 Kautsky, Karl: Das Weitertreiben der Revolution. Hrsg. und verlegt von der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung, Berlin o.J. [1919], 16 S.
- 48 Koenen, Wilhelm: Deutschlands sozialistischer Räteaufbau. Werbevortrag Halle a.d.S., Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, Halle o. J., 16 S.
- 49 [Ledebour, Georg:] Ledebour vor den Geschworenen. Seine Verteidigungsrede — eine Anklage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, Freiheit, Berlin 1919, 48 S.
- 50 Der Ledebour-Prozeß. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr etc. vor dem Geschworenengericht Berlin-Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni 1919, auf Grund des amtlichen Stenogramms bearbeitet und mit einem Vorwort von Georg Ledebour, Freiheit, Berlin 1919, 831 S.
- 51 Lipinski, Richard und Hermann Fleißner: Demokratie, Sozialismus und Weltrevolution. Reden in der sächsischen Volkskammer am 24. und 25. März 1919, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1919, 40 S.

- 52 Müller, Richard: Was die Arbeiter-räte wollen und sollen? (Vorwort von Ernst Däumig), Der Arbeiterrat, Berlin 1919, 47 S.
- 53 Das Revolutions-Programm der USPD, o.O. 1919.
- 54 Seidel, Richard: Die Gewerkschaften in der Revolution, Freiheit, Berlin 1920, 39 S.
- + Sender, Tony: Die Frauen und das Rätssystem . . . (siehe Nr. 156).
- 55 Was will die unabhängige Sozialde-mokratie? (= Leipziger Flugschriften, 1), Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1918, 13 S.
- + Die Münchner Tragödie . . . (siehe Nr. 197).
- 56 USPD und Gewerkschaften. Resolu-tion zur Gewerkschaftsfrage, beschlos-sen auf dem außerordentlichen Par-teitage der Unabhängigen Sozialde-mokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Berlin vom 2. bis 6. März 1919, nebst der Begründungs-rede des Genossen Robert Dißmann-Frankfurt a.M. Hrsg. vom Zentral-komitee der USPD, Berlin [Linden-Druckerei] o.J. [1919], 15 S.
- + Die Wahrheit über die Soldatenver-schwörung . . . (siehe Nr. 200).
- + Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe . . . (siehe Nr. 201).
- III. 1919/1920 Nationalversammlung, Versailles, Entwicklung der USPD**
- 57 Aktionsprogramm der USPD nebst Resolution zur Internationale. Be-schlossen am 5. Dezember 1919 auf dem Parteitag zu Leipzig, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig o. J. [1919], 16 S.
- 58 Das Aktionsprogramm der USPD. Hrsg. vom Zentralkomitee der Unab-hängigen Sozialdemokratischen Par-tei Deutschlands, Sozialdemokrat, Stuttgart 1920, 15 S.
- 59 Annehmen oder ablehnen? Die unab-hängige Sozialdemokratie und der Friede. Mit Beiträgen von K. Kautsky, Gg. E. Graf, C. Ballod, A. Stein, R. Hilferding, H. Haase, Freiheit, Berlin 1919, 47 S.
- 60 Bauer, Otto: Der Weg zum Sozialis-mus, Freiheit, Berlin 1919, 32 S.
- 61 Das Betriebsrätegesetz in der National-versammlung. Die Stellungnahme der Fraktion der Unabhängigen Sozialde-mokratie, hrsg. nach den amtlichen stenographischen Berichten, Genossen-schaftsdruckerei Naumburg-Weißen-fels-Zeitz, Zeitz o. J., 37 S.
- 62 Broh, J.: Entwurf eines Programms der USPD, verfaßt im Auftrag der Politischen Kommission des Aktions-rates Charlottenburg, sowie Kritik des Aktionsprogramms und des Revo-lutionsprogramms (= Revolutions-Bibliothek, 9), Gesellschaft und Erzie-hung, Berlin-Fichtenau 1920, 71 S.
- 63 [Crispien, Arthur:] Eine Abrechnung mit den Rechtssozialisten. Rede von Arthur Crispien, gehalten am 29. Juni 1919 auf der Generalversammlung des Verbandes der Unabhängigen Sozial-demokratischen Vereine Berlins und Umgegend, Freiheit, Berlin o. J. [1919], 32 S.
- 64 Crispien, Arthur: Programm und Taktik der USPD in ihrer geschichtli-chen Entwicklung. Rede auf dem Leipziger Parteitag 1919, Berlin [Linden-Druckerei] 1919, 86 S.
- 65 [Däumig/Müller:] Hie Gewerkschaft! Hie Betriebsorganisation! Zwei Reden zum heutigen Streit um die Gewerk-schaften von Ernst Däumig und Richard Müller, Weckruf, Berlin o. J., 32 S.
- 66 Die Diktatur der Demokratie, [Frei-heit], o.O. [Berlin] o.J. [1920], 15 S.
- 67 [Dißmann, Robert:] Arbeiterschaft contra Generalkommission. Die Abrechnung der Gewerkschaftsopposition mit der Kriegspolitik der Gewerkschaften auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß am 30. Juni 1919. Rede des Genossen

- R. Dißmann in Frankfurt a.M., Gewerkschaftskartell Leipzig, Leipzig 1919, 16 S.
- 68 [Dißmann, Robert:] Die Kriegspolitik der Gewerkschaften. Eine Abrechnung mit der Generalkommission auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß am 30. Juni 1919. Korreferat des Genossen R. Dißmann, Frankfurt a.M., o.O. [Buchdruckerei Oster & München] o. J., 16 S.
- 69 Dißmann, Robert: Die Revolutionierung der Gewerkschaften. Korreferat auf dem Metallarbeiter-Verbandstag in Stuttgart am 16. Oktober 1919, Volksrecht, Frankfurt a.M. o. J., 24 S.
- 70 [Dittmann, Wilhelm:] Gegen die Konterrevolution (Die Urheber des Zusammenbruchs auf der Anklagebank). Rede des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Dittmann, gehalten am 5. November 1920 im Deutschen Reichstag, Freiheit, Berlin o. J., 15 S.
- 71 Edel, Oskar: Die Gegenrevolution. Ihr Vorstoß, ihre Ursachen und ihre Lehren für die Arbeiterklasse, Genossenschafts-Druckerei, Dresden 1920, 16 S.
- 72 Wer ist für die Einigung des Proletariats? — die SPD. Wer ist für die Zersplitterung des Proletariats? — die USP, Vorwärts, Berlin o. J. [1919], 8 S.
- + Fleißner, Hermann: Die Gewaltpolitik . . . (siehe Nr. 187).
- 73 Geyer, Curt: Sozialismus und Rätesystem. Anhang: Die Richtlinien der Fraktion der USPD auf dem zweiten Rätekongreß für den Aufbau des Rätesystems, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1919.
- 74 Graf, Gg. Engelbert: Deutschland nach dem Frieden. Wirtschaftspolitisches zu den Versailler Bedingungen, Freiheit, Berlin o. J. [1919], 16 S.
- 75 Haase, Hugo: Anklagerede in der Nationalversammlung in Weimar am 26. Juli 1919, Freiheit, Berlin o. J., 21 S.
- + Haase, Hugo: Deutschland und Friedensschlüsse . . . (siehe Nr. 10).
- 76 Hartmann, H. Erich: Demokratie oder Diktatur? , Idull-Verlag, Zittau 1919, 80 S.
- 77 In der Heimat, in der Heimat . . . , Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1919, 15 S.
- 78 Herzfelde, Wieland: Schutzhaft. Erlebnisse vom 7. bis 20. März 1919 bei den Berliner Ordnungstruppen, Malik, Berlin 1919.
- 79 Hilferding, Rudolf: Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen. Referat auf dem 1. Betriebsrätekongreß, gehalten am 5. Oktober 1920, Freiheit, Berlin o. J. [1920], 30 S.
- 80 Kautsky, Karl: Was ist Sozialisierung? Mit einem Vorwort und einem Anhang über „Auflösung oder Konfiskation“, Freiheit, Berlin 1920, 32 S.
- 81 Klink, W.: Revolutionäre Sicherungen vor der Nationalversammlung und Vorschläge zu einer Verfassung für die deutsche soziale Republik, Verlag vom Bunde für soziale Betätigung, Heilbronn a.N. o.J. [1919], 8 S.
- 82 Die Konterrevolution marschiert! Proletarier rüstet Euch!, Leipziger Buchdruckerei, Gera 1920, 24 S.
- 83 Löing, H.: Willst Du mein Bruder sein? , o.O. o.J., 16 S.
- 84 Marchionini, Karl: Der Bankrott des Reformsozialismus, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1920, 79 S.
- 85 Marchionini, Karl: Warum Diktatur des Proletariats? , Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1919, 39 S.
- 86 Marchionini, Karl: Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft. Mit einem Vorwort von Luise Zietz, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig o. J. [1920].
- 87 Marchionini, Karl: Was will die Unabhängige Sozialdemokratie? Hrsg. vom Zentralkomitee der USPD, Sozialdemokrat, Stuttgart 1920, 16 S.

- 88 Marchionini, Karl: Was ist Sozialismus? Ein Blick in die sozialistische Republik, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1919, 32 S.
- 89 Marchionini, Karl: Was trennt uns Unabhängige von den Rechtssozialisten?, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1919, 31 S.
- 90 Was hat die Nationalversammlung geleistet? Ein Merkblatt für denkende Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte, hrsg. vom Bezirks-Verband Groß-Berlin der USPD, o.O. [Freiheit-Druckerei, Berlin] o. J. [1920].
- 91 Was ist uns das Programm?, o.O. [Linden-Druckerei, Berlin] o. J. [um 1919], 37 S.
- 92 Das Reichseinkommensteuergesetz. Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager (= Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte, 7), Freiheit, Berlin 1920, 55 S.
- 93 Das Reichswahlgesetz mit Wahlkreiseinteilung und Wahlordnung. Erläutert von Emil Eichhorn (= Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte, 4), Freiheit, Berlin o. J., 64 S.
- 94 Die Revolution. Unabhängiges sozialdemokratisches Jahrbuch für Politik und proletarische Kultur, hrsg. von F. Stössinger, Freiheit, Berlin 1920, 270 S.
- 95 Rühle, Otto: Der USP-Frieden! Hrsg. vom Bezirkssekretariat Ostachsen, o.O. [Druck: Großenhain] o. J., 8 S.
- 96 Schneider, Fritz: Klassenjustiz. Chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre, Freiheit, Berlin 1920, 20 S.
- 97 Sender, Tony: Arbeiterlohn und Unternehmerprofit, Volksrecht, Frankfurt a.M. 1920.
- 98 Stössinger, Felix und Karl Holz: Das System Noske. Eine politische und satirische Abrechnung, Freiheit, Berlin 1920, 31 S.
- 98a Strobel, Heinrich: Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten, Freiheit, Berlin 1919, 68 S.
- 99 Die Wahrheit über das Blutbad vor dem Reichstag, 13. Januar 1920, Freiheit, Berlin o. J., 16 S.
- 100 Werke und Taten der USP, Berlin [Vorwärts-Druckerei] 1919, 8 S.
- + Wurm, Emanuel: Richtlinien für ein Gemeindeprogramm ... (siehe Nr. 160).
- 101 Zietz, Luise, Wilhelm Boch, Otto Braß: Gewerkschaften und Spitzelpolitik der sozialistischen Regierung. Amtlicher stenographischer Bericht der Nationalversammlung über die Rede der Genossin Luise Zietz und Genossen Wilhelm Boch und Otto Braß, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1919, 31 S.
- IV. Kommunistische Internationale, Spaltung der USPD**
- + Das Aktionsprogramm der USPD ... (siehe Nr. 57, 58).
- 102 Antwort an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale durch das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf das Schreiben vom 5. Februar 1920, hrsg. vom Zentralkomitee der USPD, o.O. o.J. [1920], 16 S.
- 103 Ballod, Carl: Sowjet-Rußland, Freiheit, Berlin 1920, 59 S.
- 104 Crispian, Arthur: Die Internationale. Vom Bund der Kommunisten bis zur Internationale der Weltrevolution, Freiheit, Berlin 1920, 51 S.
- 105 [Crispian, Arthur:] USPD trotz alledem! Rede des Genossen Crispian auf dem Parteitag in Halle [Oktober 1920], Freiheit, Berlin o. J. [1920], 40 S.
- 106 Dittmann, Wilhelm: Deutsche Arbeiter in Rußland, o.O. o. J. [1920], 6 S.

- 107 [Dittmann, Wilhelm:] Revolutionäre Taktik. Rede Dittmanns auf dem Parteitag der USPD in Halle am 14. Oktober 1920, o.O. [Leipziger Buchdruckerei, Plauen] o. J. [1920], 32 S.
- 108 Dittmann, Wilhelm: Die Wahrheit über Rußland, o.O. o.J. [1920], 6 S.
- 109 Franke, A.: Die Wahrheit über Rußland. Die Auswanderung nach Sowjet-Rußland und das Diktat der dritten Internationale. Mitteilungen der deutschen USPD-Moskau-Delegierten und anderer Zeugen, Der Firm, Berlin 1920, 32 S.
- 110 Geyer, Curt: Für die dritte Internationale! Die USPD am Scheidewege, nebst Beiträgen von Walter Stoecker und Paul Hennig, mit einem Vorwort von Ernst Däumig, Der Arbeiterrat, Berlin 1920, 78 S.
- 111 [Hilferding, Rudolf:] Gegen das Moskauer Diktat! Rede Rudolf Hilferdings auf der Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens zu Leipzig am 12. September 1920, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1920, 28 S.
- 112 [Hilferding, Rudolf:] Revolutionäre Politik oder Machtillusionen? Hilferdings Rede gegen Sinowjew auf dem Parteitag in Halle 1920, Freiheit, Berlin o.J. [1920], 38 S.
- 113 Jesimow, M.: Die Soziologie des Bolschewismus. Mit Bezugnahme auf das Problem der Internationale, Freiheit, Berlin 1920, 30 S.
- + Klühs, Franz: Die Spaltung der USPD . . . (siehe Nr. 205).
- 114 Der Leipziger Kongreß der USPD und die kommunistische Internationale, hrsg. vom Westeuropäischen Sekretariat der kommunistischen Internationale, o.O. 1920, 19 S.
- 115 [Longuet, Jean:] Jean Longuet, der Führer der französischen Sozialisten, über das Moskauer Diktat. Rede auf dem Parteitag der USPD in Halle – Manifest der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, o.O. [Leipziger Buchdruckerei, Plauen] o. J. [1920], 19 S.
- 116 [Losowsky, Alexander:] Moskau oder Amsterdam? Rede von Alexander Losowsky, gehalten auf dem Parteitag der USPD in Halle, Oktober 1920. Mit einem Vorwort und einem Anhang, Franko, Leipzig [1920], 31 S.
- 117 Martow, L.: Das Problem der Internationale und die russische Revolution. Rede auf dem Parteitag in Halle, Oktober 1920, o.O. [Druck: Magdeburger Volkszeitung] 1920, 15 S.
- 118 [Peterson, Hugo:] Die Voraussetzungen für die Diktatur des Proletariats. Ein Mahnwort an Arbeiterschaft und Bürgertum von Hugo Peterson, Der Firm, Berlin o. J. [1920].
- 119 Puchta, Fritz: Unabhängige Sozialdemokratie oder Kommunistische Partei, o.O. [Leipziger Buchdruckerei, Plauen] o.J. [1919], 16 S.
- 120 Radek, Karl: Die Masken sind gefallen. Eine Antwort an Crispian, Dittmann und Hilferding, Verlag der Kommunistischen Internationale, o.O. 1920, 35 S.
- 121 Sender, Tony: Diktatur über das Proletariat oder Diktatur des Proletariats. Das Ergebnis von Moskau, [Volksrecht], Frankfurt a.M. o.J. [1920], 16 S.
- 122 Sinowjew, G.: Zwölf Tage in Deutschland, Hoym, Hamburg 1921.
- 123 Sinowjew, G.: Die Weltrevolution und die III. Internationale. Rede auf dem Parteitag der USPD in Halle am 14. Oktober 1920, Verlag der Kommunistischen Internationale, o.O. 1920, 68 S.
- 124 Stein, Alexander: Das Problem der Internationale, mit Anhang: Resolution und Richtlinien der 2. und 3. Internationale, Freiheit, Berlin 1919, 48 S.
- 125 Stoecker, Walter: Die proletarische Internationale. Referat auf der Reichskonferenz der USPD am 10. September 1919 in Berlin, Freiheit, Berlin 1919, 24 S.
- 126 Ströbel, Heinrich: Nicht Gewalt sondern Organisation! Der Grundirrtum des Bolschewismus, Der Firm, Berlin 1921, 31 S.

- 127 Die U.S.P.D. und die 3. Internationale. Bericht des Zentralkomitees über die Ausführung des Leipziger Parteibeschlusses, o.O. [Druck: Bergische Volksstimme, Remscheid] o. J. [1920], 14 S.

V. USPD (Rechte) – 1921/1922

- 128 Dittmann, Wilhelm: Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Handbuch der Politik, Dritter Band: Die politische Erneuerung, Berlin und Leipzig 1921, S. 115-122.
- + Ist das die Einigung . . . (siehe Nr. 203).
- 129 Der Leipziger Gewerkschaftskongreß und sein Verlauf in kritischer Würdigung, Volksrecht, Frankfurt a.M. o.J. [1922], 24 S.
- 130 Grimm, Robert: Die Wiener Konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien. Verfaßt im Auftrage des Parteivorstands der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Unionsdruckerei, Bern 1921, 20 S.
- 131 Heise, Stephan: Die „März-Offensive“ der Revolutionsphantasten! Eine Kritik des Zusammenbruchs der kommunistischen Putschtaktik, Volksrecht, Frankfurt a.M. 1921, 63 S.
- 132 [Kautsky, Karl:] Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches – Ihre Bedeutung für die Sozialdemokratie. Eine Skizze von Karl Kautsky, o.O. o.J. [1921], 20 S.
- 133 Kautsky, Karl: Mein Verhältnis zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Ein Rückblick (= Sonderdruck der Wochenschrift Der Sozialist), T. Breitscheid-Verlag, Berlin 1922.
- 134 Sind die Kommunisten berufene Arbeiterführer? Tatsachen aus Theorie und Praxis. Hrsg. vom Zentralkomitee der USPD, Berlin 1921, 39 S.

- + Wie die Kommunisten . . . (siehe Nr. 190).
- 135 Der Kommunistenputsch in Mitteldeutschland, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1921, 17 S.
- 135a Ledebour, Georg: The Historical Background of the new Socialist Unity in Germany, in: The Labour Monthly, London, Dez. 1922, S. 351-358.
- + Liebmann, Hermann: Zweieinhalb Jahre Stadtverordneten Tätigkeit . . . (siehe Nr. 191).
- + Lipinski, Richard: Der Kampf um die politische Macht . . . (siehe Nr. 192).
- 136 Manifest von Leipzig. Organisationsstatut. Richtlinien der Jugend. Kommunalprogramm. Beschlossen vom Parteitag in Leipzig 1922, hrsg. von der Zentralleitung, o.O. 1922, 16 S.
- 137 Manifest der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an das Proletariat, Halle 1920, 40 S.
- + Oerter, Sepp: Ich klage an . . . (siehe Nr. 194).
- + Preußen unter der Koalitionsregierung . . . (siehe Nr. 196).
- 138 Wir demonstrieren. 5 Lieder für Massengesang, Freiheit, Berlin 1921, 7 S.

VI. Spezielle Probleme

A. Agitationsbroschüren

- 139 Wen wählen die Angestellten? Hrsg. vom Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, o.O. [Druck: Magdeburger Volkszeitung] o.J., 14 S.
- 140 Crispian, Arthur: Überflüssige Menschen. Grundsätzliche Bemerkungen und praktische Vorschläge zur Frage der Bevölkerungspolitik, Freiheit, Berlin 1921, 23 S.
- 141 Ein Entwurf der vom Zentralkomitee der USPD eingesetzten Kommission für das Erziehungs- und Bildungswesen. Mit einem Vorwort von G. Ledebour, Freiheit, Berlin 1921, 19 S.

- 142 Graf, Gg. Engelbert: Freie Jugend. Jugendliche und Erwachsene in der proletarischen Jugendbewegung, Freiheit, Berlin 1919, 32 S.
- 143 Graf, Gg. Engelbert: Stammt der Mensch vom Affen ab? (= Proletarische Jugend, 3), Freiheit, Berlin 1921, 38 S.
- 144 Grünberg, Karl: Die sozialistische Volkswehr. Mit einem Vorwort von Ernst Däumig, Berlin 1919, 31 S.
- 145 Hackmack, Hans: Arbeiterjugend und sexuelle Frage, Freiheit, Berlin 1921, 24 S.
- 146 Hackmack, Hans: Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt. Zusammengestellt für die Arbeiterjugend (= Proletarische Jugend, 5), Freiheit, Berlin 1921, 24 S.
- 147 Die arbeitende Jugend und die Reichstagswahlen. Hrsg. vom Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Stuttgart o.J. [um 1919], 16 S.
- 148 Kerlów-Löwenstein, Kurt: Der Elternbeirat. Richtlinien für seine Tätigkeit, Freiheit, Berlin 1921, 23 S.
- 149 Kerlów-Löwenstein, Kurt: Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen, Freiheit, Berlin 1922, 87 S.
- 150 Leitfaden für Gemeinde- und Amtsvorsteher. Ein Wegweiser für ihre Ämter. Hrsg. von der Bezirksleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für den Regierungs-Bezirk Merseburg, Halle (Saale) 1919, 32 S.
- 151 Lipinski, Richard: Heraus aus der Kirche. Ein Beitrag zum Kirchenaustritt nebst Gesetz und Verordnung vom 4. August 1919. Mit Vordrucken, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1919, 14 S.
- 152 Richtlinien für die Elternratsarbeit. Hrsg. von der Zentrale der Elternräte der USPD Groß-Leipzig, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig o.J. [um 1919], 7 S.
- 153 Seger, Gerhardt: Die geistige Befreiung der Arbeiterklasse. Bemerkungen zur Bildungsarbeit, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1921, 64 S.
- 154 Seger, Gerhardt: Die Werkstatt des Geistes (= Proletarische Jugend, 7), Freiheit, Berlin 1922, 29 S.
- 155 Sender, Tony: Arbeiterlohn und Unternehmerprofit, Volksrecht, Frankfurt a.M. 1920, 24 S.
- 156 Sender, Tony: Die Frauen und das Rätssystem. Rede auf der Leipziger Frauenkonferenz am 29.11.1919. Hrsg. im Auftrage des Zentral-Vorstandes der USPD, Freiheit, Berlin o.J., 30 S.
- 157 Stein, Alexander: Agrarfrage und Sozialismus, Freiheit, Berlin 1921, 19 S.
- 158 USPD-Taschenkalender für das arbeitende Volk, Freiheit, Berlin 1920.
- 159 Weck, Rudolf: Der Betriebsobmann im Kleinbetrieb. Gemeinverständliche Darstellung und Erläuterung aller den Obmann betreffenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und der Wahlordnung (= Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte, 2), Freiheit, Berlin 1920, 40 S.
- 160 Wurm, Emanuel: Richtlinien für ein Gemeindeprogramm. Im Auftrage der Parteileitung der USPD entworfen, Freiheit, Berlin 1919, 15 S.
- 160a Wurm, Mathilde: Die Frauenerwerbsarbeit. Rede auf der Leipziger Frauenkonferenz am 29. November 1919, hrsg. im Auftrage des Zentral-Vorstandes der USPD, Freiheit, Berlin 1919.
- 161 Zietz, Luise: Willst Du arm und unfrei bleiben? Ein Aufruf an die Frauen des werktätigen Volkes. Hrsg. vom Zentralkomitee der USPD, Freiheit, Berlin o.J. [1919], 14 S.
- 162 Zietz, Luise: Die Unabhängige Sozialdemokratie und die Beamten. Hrsg. vom Zentralkomitee der USPD, o.O. 1921.

B. Berichte, Jahrbücher, Protokolle

- 163 Bericht über die Tätigkeit der USP-Fraktion im Sächsischen Landtag vom Oktober 1921 bis Juli 1922. Mit Anhang: Wie die Kommunisten die proletarische Einheitsfront fördern, Verlag des Landesvorstandes der USPD in Sachsen, Leipzig 1922, 167 + 31 S.
- 164 Geschäftsbericht über das 2. Geschäftsjahr der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ vom 1. Januar bis 31. Dezember 1920, o.O. o.J., 10 S.
- 165 Handbuch für die Wähler der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Reichstagswahl 1920, 1., 2., 3. Heft. Hrsg. von der Zentrallleitung der USPD, o.O. [Druck: Berlin] o.J.

Jahresberichte, Halbjahresberichte

- 166 Jahresbericht des Vorstandes und Sekretariats des Sozialdemokratischen Vereins für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis, Verlag des Sozialdemokratischen Vereins für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis, Leipzig 1915, 1916, 1917, 1918, 1919.
- 167 Jahresbericht des Vorstandes und Sekretariats des Sozialdemokratischen Vereins der USP Groß-Leipzigs, o.O. 1920, 1921.
- 168 USPD-Bezirksverband Berlin-Brandenburg (Hrsg.): Jahresbericht für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920, Berlin 1920.
- 169 2. Jahresbericht der Unabhängigen Sozialdemokratie Westpreußens. Vom 1. April 1918 bis zum 31. März 1919. Hrsg. vom Parteivorstand, o.O. [Danzig] o.J. [1919].
- 170 Halbjahresbericht des Vorstandes und Sekretariats des Sozialdemokratischen Vereins für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis, o.O. [Leipziger Buchdruckerei] 1914, 1915, 1916, 1918.

- 171 Halbjahresbericht des Vorstandes und Sekretariats des Sozialdemokratischen Vereins der USPD Groß-Leipzig, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1920.
- 172 Material zu den Wahlen am 20. Februar 1921, Heft 1 – 3. Hrsg. vom Zentralkomitee der USPD, o.O. [Druck: Volksstimme, Hagen] 1921.

Protokolle

Die USPD-Parteitageprotokolle sind 1974 im Detlev Auvermann Verlag KG als Reprint erschienen. Auf vollständige bibliographische Angaben wird deshalb hier verzichtet. Es handelt sich um folgende Parteitage:

- 1917, April: Gotha
 1919, März: Berlin; November/Dezember: Leipzig
 1920, Oktober: Halle
 1922, Januar: Leipzig; September: Gera
 1923, März/April: Berlin.
- 173 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.): Protokoll der Reichskonferenz vom 1. bis 3. September 1920 zu Berlin, Freiheit, Berlin o.J.
- 174 Deutscher Sozialistentag. Protokoll der Konferenz für Einigung der Sozialdemokratie im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses zu Berlin vom 21. Juni bis 23. Juni 1919, Verlag Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie, Berlin o.J.
- 175 Protokoll vom Bezirks-Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei des Niederrheins am Samstag den 26. und Sonntag den 27. April 1919 in Elberfeld, o.O. [Druck: Volkszeitung, Düsseldorf] o.J.
- 176 Berichterstattung über die Verhandlungen der Landeskongress der USP in Baden vom 15. und 16. Februar 1919 zu Karlsruhe (= Sozialdemokratische Partei (USP) Baden, Druckschriften-Ausgabe Nr. 1), Verlag des Landesvorstandes (Bernhard Kruse, Karlsruhe)

- [Druck: Adolf Geck, Offenburg] o.J.
- 177 Protokoll über die Verhandlungen der außerordentlichen Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens, abgehalten am 10. und 11. August 1919 im Volkshaus zu Leipzig, Verlag: Landesvorstand der USP Sachsens, Leipzig 1919, 136 S.
- 178 Protokoll über die Verhandlungen der außerordentlichen Landesversammlung der USP Sachsens, abgehalten am 23. April 1920 im Volkshaus zu Leipzig, Verlag: Landesvorstand der USP Sachsens, Leipzig 1920, 8 S.
- 179 Protokoll über die Verhandlungen der ordentlichen Landesversammlung der USP Sachsens, abgehalten am 12. und 13. September 1920 im Volkshaus zu Leipzig, Verlag: Landesvorstand der USP Sachsens, Leipzig 1920, 85 S.
- 180 Protokoll über die Verhandlungen der ordentlichen Landesversammlung der USP Sachsens, abgehalten am 9. und 10. Juli 1921 im Volkshaus zu Leipzig, Leipzig 1921.
- 181 Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens am 15. und 16. Juli 1922 im Gewerkschaftshaus zu Plauen im Vogtland, Verlag: Landesvorstand der USP Sachsens, Leipzig 1922, 48 S.
- 182 Referentenmaterial. Hrsg. von der Zentraleitung der USPD, Berlin 1919 (Nr. 1-4), 1920 (Nr. 5-17) *, 1920 (Sondernummer 1,2), 1921 (Nr. 1-5/6) *, 1922 (Nr. 13) *. [Erscheinen eingestellt?]
- 183 USPD-Material. Hrsg. von der Zentraleitung der USPD, Berlin.**
 1920, Nr. 26: Der Weg zum Sozialismus.* *
 1921, Nr. 7/9/10: Koalitionspolitik, Rechtssozialisten und deutsche Volkspartei. Anhang: Crispian.
- Das neue Programm der Rechtssozialisten und eine weitere Absage an die Arbeiter.
- 1921, Nr. 7: Das Jena der Kommunisten. Ergänzung der vom Zentralkomitee herausgegebenen Schrift „Sind die Kommunisten berufene Arbeiterführer?“ und USPD-Material – 2. Julihälfte.
- 1921, Nr. 8: Vereinigte Kommunistische Partei. Sind die Kommunisten berufene Arbeiterführer? Tatsachen aus Theorie und Praxis.
- 1921, Nr. 9: Regierungsbildung und USPD. Ein Kapitel zum Kampf der Arbeiterklasse um die Eroberung der Macht.
- 1921, Nr. 10: Von Spa bis London.
- 1921, Nr. 12: Sind die Kommunisten berufene Arbeiterführer?
- 1922, Nr. 1: Finanz- und Steuerkompromiß. Resultate der rechtssozialistischen Koalitionspolitik auf dem Gebiet des Finanz- und Steuerwesens, die für die Arbeiter, Angestellten und Beamten schädigend sind.
- 1922, Nr. 2: Finanzlage des Reiches im Jahre 1922. Das Finanzelend als Folge des Kapitalismus und der kapitalistischen Kriegs- und Friedenspolitik.
- 1922, Nr. 12: Die Abgabe von Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Die Körperschaftsteuer. Das Kapitalverkehrssteuergesetz. Der Versicherungssteuergesetzesentwurf.
- 1922, Nr. 12: Das Reichsschulgesetz. Material zu dem Entwurf eines Reichsschulgesetzes zum Artikel 146 Abs. 2 der Reichsverfassung.
- 1922, Nr. 13: Koalition und Sozialpolitik.
- 1922, Nr. 14: Wer hat das Milliardendefizit der deutschen Reichseisenbahn verschuldet?
- 1922, Nr. 15: Nicht Stinnesierung, sondern Sozialisierung der Eisenbahn.
- 1922, Nr. 16: Die Agrarierblockade gegen das deutsche Volk.

* Weitere Nummern unbekannt.

** Weitere Nummern nicht ausgewiesen.

C. Lokale Berichte

- 184 Wie den Braunschweiger Arbeitern der „Volksfreund“ geraubt und dem Parteivorstand durch die Firmenträger Ohlendorf und Rieke in die Hände gespielt wurde, Volksbuchhandlung, Braunschweig 1917, 14 S.
- + Bericht über die Tätigkeit . . . (siehe Nr. 163).
- 185 Bruckhardt, Arno: Das Chemnitzer Blutbad am 7. und 8. August 1919. Von der Leipziger Lebensmitteldemonstration zum Straßenkampf. Eine kritische Darlegung der Geschehnisse, zugleich ein Beitrag zur Würdigung des rechtssozialistischen Verrats an der Einheit der Arbeiterschaft, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig o.J. [1919], 48 S.
- 186 Crispian, Hörnle, Walcher: Im Kampf um unsere Grundsätze. Tatsachenmaterial zum Gewaltstreich des Landesvorstandes der Sozialdemokratie Württembergs gegen die politische Redaktion der Schwäbischen Tagwacht, Stuttgart 1914, 32 S.
- 187 [Fleißner, Hermann:] Die Gewaltpolitik gegen die unabhängige Sozialdemokratie vor der sächsischen Volkskammer. Volkskammerrede des Abgeordneten Hermann Fleißner am 30. Januar 1920, Schrörs, Leipzig 1920, 15 S.
- 188 Das Gemeinde-Programm für die sozialdemokratische Partei in Sachsen. Beschlossen auf der Landes-Versammlung in Zittau. Hrsg. von der Sozialdemokratischen Zentral-Agitationskommission, Dresden o.J., 8 S.
- 189 Der Gewaltstreich des Parteivorstandes gegen den „Vorwärts“ und die Berliner Parteiorganisation. Zur Geschichte des vierten „Vorwärts“-Verbotes. Als Material für die Berliner Parteiorganisationen als Eigentümer des „Vorwärts“, o.O. o.J., 15 S.
- + Jahresberichte, Halbjahresberichte . . . (siehe Nr. 166 - 171).
- 190 Wie die Kommunisten die proletarische Einheitsfront fördern. Kommunistische Zersplitterungsarbeit in Sachsen, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1922, 31 S.
- 191 Liebmann, Hermann: Zweieinhalb Jahre Stadtverordnetentätigkeit der USP in Leipzig, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1921, 122 S.
- 192 Lipinski, Richard: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, Leipziger Buchdruckerei, Leipzig 1926, 95 S.
- + Lipinski/Fleißner: Demokratie, Sozialismus . . . (siehe Nr. 51).
- 193 Lorenz, Ernst: 5 Jahre Dresdener USP. Eine rückschauende Betrachtung anlässlich des fünfjährigen Bestehens der Partei, Druckerei Groß-Dresden, Dresden o.J. [1921].
- 194 Oerter, Sepp: Ich – Sepp Oerter – klage an. Die Zentralleitung der USPD in Berlin, die Parteinstanzen der USPD in Braunschweig, die Landtagsfraktion der USPD in Braunschweig, den Minister Grotewohl in Braunschweig des infamsten politischen Meuchelmordes, Selbstverlag des Verfassers, o.O. o.J. [1922], 32 S.
- 195 An die Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, im Auftrage: Friedrich Koch, Otto Franke, Max Zirkel, Otto Franke-Verlag, Neukölln o.J. [1916], 8 S.
- 196 Preußen unter der Koalitionsregierung. Zum Großwahltag am 20. Februar [1921], hrsg. vom Bezirksvorstand der USPD Brandenburg, Freiheit, Berlin o.J., 8 S.
- + Protokolle . . . (siehe Nr. 175-181).
- 197 Die Münchner Tragödie. Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch der Räte-Republik München. Mit Bildern des Landgerichtsdirektors Stadelmayer und des Staatsanwalts Haler, Freiheit, Berlin 1919, 62 S.
- 198 Volkskalender für den Regierungsbezirk Merseburg, Verlag Peters, Halle (Saale) 1921.

- 199 Thüringer Volkskalender. Hrsg. vom Bezirkssekretariat Groß-Thüringen der USPD, Verlag Scholz, Erfurt 1921, 48 S.
- 200 Die Wahrheit über die Soldatenverschwörung im 4. Armeekorps (Magdeburg). Hrsg. von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Ortsgruppe Magdeburg. Ein klassisches Beispiel, wie „Spartakisten- und Unabhängigen-Putsche in Szene gesetzt werden und wer ihre wirklichen Urheber sind, Verlag der USPD, Ortsgruppe Magdeburg [Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, Halle a.d.S.] o.J., 24 S.
- 201 Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe, Freiheit, Berlin 1919, 47 S.
- VII. Broschüren über die USPD**
- 202 Davidson, Georg: Der Dolchstoß der USPD. Von einem Frontkämpfer [d.i. Georg Davidson], Klassenkampf-Verlag, Berlin 1925, 95 S.
- 203 Ist das die Einigung des Proletariats? Ein Mahnwort an alle SPD- und USP-Arbeiter vor der Verschmelzung, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin o. J., 24 S.
- 204 Der Fall Auer (= Kritische Flugschriften der USPD-Opposition), München o. J. [1921], 16 S.
- 205 Klühs, Franz: Die Spaltung der USPD, hrsg. vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Vorwärts, Berlin o. J. [1920], 24 S.
- 206 Material gegen die Unabhängigen. Von einem alten Parteigenossen, o.O. [Druck: Kaden und Co., Dresden] o. J. [1919].
- 206a Prager, Eugen: Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 2. Aufl., Freiheit, Berlin 1922, 240 S. [Reprint: Detlev Auvermann Verlag, Glashütten 1970].
- + Radek, Karl: Die Masken sind gefallen . . . (siehe Nr. 120).
- 207 Schlagworte der USPD, [Verlag: Bezirks-Sekretariat Ostachsen], o.O. [Buchdruckerei Weigel, Großenhain] o.J. [1920], 15 S.
- + Sinowjew, G.: Zwölf Tage in Deutschland . . . (siehe Nr. 122).
- + Sinowjew, G.: Die Weltrevolution und die III. Internationale . . . (siehe Nr. 123).
- 208 Die USPD im Lichte des eigenen Urteils. Materialien zur Widerlegung im Ideenkampf gegen die USPD, Verlag Halberstädter Tageblatt, 1919.
- 209 Was will die USPD? (= Flugschrift, Heft 14), o.O. [Druck: Germania, Berlin] 1920, 15 S.
- 210 Wir und die USP, o.O. [Vorwärts, Berlin] o.J., 15 S.
- 211 Der Versammlungskampf gegen USP und KPD. Ratschläge für Organisationsleiter und Redner der Sozialdemokratischen Partei, hrsg. vom Vorstand der SPD, Vorwärts, Berlin 1920, 11 S.
- 212 Voigt, Arno: Die USPD, Staatsbürgerlicher Verlag, Leipzig 1920, 31 S.

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG IM NIEDERSÄCHSISCHEN STAATSARCHIV IN WOLFENBÜTTEL *

Von Joseph König

Das Niedersächsische Staatsarchiv in Wolfenbüttel, zuständig für den Bereich des ehemaligen Herzogtums bzw. Landes Braunschweig, ab 1946 für den des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig, ist verhältnismäßig reich an Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Mengenmäßig am ergiebigsten sind die Bestände Braunschweigisches Staatsministerium (12 A Neu) und Polizeidirektion Braunschweig (133 Neu). Auf der Kreisebene werden sie ergänzt durch die Bestände der Kreisdirektionen bzw. Landratsämter. Jedoch sind von der Kreisdirektion Holzminden durch Aktenvernichtung bei der Behörde und von der Kreisdirektion Blankenburg durch Ausbleiben der bereits ausgesonderten Akten infolge Kriegsausbruchs (1939) keine einschlägigen Akten in das Staatsarchiv gekommen. Für die Geschichte des Frühsozialismus sind einzelne Prozeßakten des Distrikts- und Kreisgerichts Braunschweig von besonderem Belang. Die Auswahl der Akten erstreckt sich im wesentlichen auf den Zeitraum von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Die revolutionären Ereignisse der Jahre 1848/49 als solche wurden bei der Zusammenstellung dieses Inventars nicht berücksichtigt. Ein Teil der herangezogenen Bestände — insbesondere gilt dies für Aktengruppen des Braunschweigischen Staatsministeriums, einzelner Kreisdirektionen und Gerichte — werden im Staatsarchiv noch mit Hilfe von Ablieferungsverzeichnissen benutzt; im vorliegenden Inventar werden in diesen Fällen die vorläufigen Signaturen angegeben.

Die Aktentitel entsprechen dem mehr oder minder zuverlässigen Verzeichnungszustand der einzelnen Findbücher und Ablieferungsverzeichnisse, so daß es durchaus vorkommen kann, daß Akten mit vielversprechend formulierten Titeln inhaltlich wenig ergeben. Die Aktenauswahl ist nach Beständen gegliedert. Innerhalb der Bestände sind inhaltlich zusammengehörige Aktentitel zu Gruppen zusammengefaßt und in sich chronologisch geordnet.

Die von Hermann Kleinau bearbeitete „Übersicht über die Bestände des Niedersächsischen Staatsarchivs in Wolfenbüttel“, Teil I, Göttingen 1963 (= Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Heft 17) umfaßt die Bestände bis 1814, kommt also für den uns interessierenden Zeitraum nicht in Betracht. Für die Zeit von 1814 bis 1945 und ab 1946 liegen jedoch maschinenschriftliche Beständeübersichten für den Dienstgebrauch vor. Über die Geschichte des Niedersächsischen Staatsarchivs in Wolfenbüttel unterrichtet die gleichnamige Arbeit von Hermann Kleinau, Göttingen 1953 (= Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Heft 1). Einzelheiten über das Staatsarchiv enthält das Minerva-Handbuch „Archive. Archive im deutschsprachigen Raum“, 2 Bde, 2. Auflage, Berlin-New York 1974.

Für das Staatsarchiv ist die Benutzungsordnung für die niedersächsischen Staatsarchive vom 29.11.1971 (Nds. MBl. Nr. 1/1972, S. 3 -7) verbindlich. Sie wird ergänzt durch die Bestimmungen über die Versendung von Archivalien der niedersächsischen Staatsarchive vom

* Anschrift: 3340 Wolfenbüttel, Forstweg 2.

4.11.1955 (Nds. MBl. Nr. 46/1955, S. 967) und durch die Gebührenordnungen für die (niedersächsischen) Staatsarchive vom 2.7.1963 (Nieders. GVBl. 23/1963, S. 341 - 342) und 3.12.1969 (Nieders. GVBl. 31/1969, S. 231). Das Staatsarchiv ist Montag – Freitag von 8.30 – 16.30 Uhr und Samstag (nur Vorlage vorbestellter Archivalien) von 8.00 – 13.00 Uhr geöffnet. Eine Präsenzbibliothek von 50 000 Bänden (vorzugsweise zur braunschweigischen Geschichte) ist vorhanden, desgleichen Kopiermöglichkeit, Fotostelle und Lesegerät.

Literaturhinweise

- Blos, Wilhelm: Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten, Bd. 1 und 2, München 1914 und 1919. (Bd. 1, S. 125 - 142, über Wilhelm Bracke.)
- Bracke, Wilhelm: Der Braunschweiger Ausschuß der socialdemokratischen Arbeiter-Partei in Lötzen und vor dem Gericht, Braunschweig 1872. (Weitere Schriften von W. Bracke sind in der unten genannten Biographie Brackes von G. Eckert, Hildesheim 1960, S. 54, verzeichnet.)
- Eckert, Georg: Aus den Lebensberichten deutscher Fabrikarbeiter. Zur Sozialgeschichte des ausgehenden 19. Jahrhunderts, Braunschweig 1953.
- Ders.: Aus den Anfängen der Braunschweiger Arbeiterbewegung. Unveröffentlichte Bracke-Briefe, Braunschweig 1955.
- Ders.: Die Braunschweiger Arbeitervereinsbewegung (1850 – 1855) in der Sicht der Polizei- und Verwaltungsakten, in: Braunschweigisches Jahrbuch, Bd. 38 (1957), S. 116 – 134.
- Ders.: Wilhelm Bracke und die Anfänge der Braunschweiger Arbeiterbewegung, Braunschweig 1957.
- Ders.: Wilhelm Bracke, in: Niedersächsische Lebensbilder, Bd. 4, Hildesheim 1960, S. 44 - 55.
- Ders.: Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz, Teil 1, Braunschweig 1961 (= Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte, Bd. 16).
- Ders.: Die Flugschriften der lassalleianischen Gemeinde in Braunschweig, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 2 (1962), S. 295 - 358.
- Ders.: Zur Geschichte der Braunschweiger Sektion der I. Internationale. Der Briefwechsel zwischen Leonhard von Bonhorst und Johann Philipp Becker, in: Braunschweigisches Jahrbuch, Bd. 43 (1962), S. 131 - 172.
- Ders., unter Mitwirkung von Frolinde Balser [u.a.](Hrsg.): 1863 – 1963. Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie. Bilder und Dokumente, Hannover 1963.
- Ders.: Eine Denkschrift der Braunschweiger Lassalleaner zur Reform des Kommunal-Wahlrechts, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 3 (1963), S. 435 - 463.
- Ders.: Der Arbeitertag in Bad Harzburg und der Kampf gegen die Privatisierung der Braunschweiger Staatsbahn, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 3 (1963), S. 465 - 495.
- Ders.: Der Rechenschaftsbericht der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei für den Stuttgarter Parteitag Juni 1870, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 3 (1963), S. 497 - 508.
- Ders.: Aus der Korrespondenz des Braunschweiger Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei, in: Braunschweigisches Jahrbuch, Bd. 45 (1964), S. 107 - 149.

- Ders.: 100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie, Teil 1: Von den Anfängen bis zum Jahre 1890, o.O. [Hannover] o.J. [1965].
- Ders.: Friedrich Ebert in Braunschweig, in: Braunschweigisches Jahrbuch, Bd. 47 (1966), S. 219 - 229.
- Ders.: Wilhelm Bracke und die Propaganda für den 1. Band des „Kapital“ von Karl Marx (1867/68), in: Braunschweigisches Jahrbuch, Bd. 48 (1967), S. 102 - 137.
- Ders.: Hundert Jahre Lötzenser Kettenaffäre. Zwei unbekannte Briefe Wilhelm Brackes an den Leiter der „Sektionsgruppe deutscher Sprache“ der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: Braunschweigisches Jahrbuch, Bd. 51 (1970), S. 211 - 214.
- Friedrich, Wolfgang: Wilhelm Bracke – Buchhändler der revolutionären Sozialdemokratie, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, 28.11.1959.
- Gemkow, Heinrich: Karl Marx/Friedrich Engels. Briefwechsel mit Wilhelm Bracke [1869 – 1880], Berlin 1963.
- Kaiser, Klaus: Braunschweiger Presse und Nationalsozialismus. Der Aufstieg der NSDAP im Lande Braunschweig im Spiegel der Braunschweiger Tageszeitungen 1930 bis 1933, Braunschweig 1970 (= Braunschweiger Werkstücke, Bd. 43).
- Koch, C.: Der Proceß gegen den Ausschuß der socialdemokratischen Arbeiterpartei . . . , Braunschweig 1871.
- Leonhard, Heinrich: Wilhelm Bracke. Leben und Wirken. Gedenkschrift zum 50. Todestag am 27. April 1930, o.O. 1930.
- Querfurth, Hans Jürgen: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Stadtarchiv Braunschweig, in: IWK, Jg. 1969, H. 9, S. 66 - 69.
- Roloff, Ernst-August: Braunschweig und der Staat von Weimar. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1918 – 1933, Braunschweig 1964 (= Braunschweiger Werkstücke, Bd. 31).
- Seidel, Jutta: Wilhelm Bracke. Vom Lassalleaner zum Marxisten, Berlin 1966.
- Zöllner, Christian W.: Zur Problematik der Kommunistischen Jugendbewegung in der Stadt Braunschweig während der Stalinisierungsphase der KPD von 1924 bis 1929, in: Braunschweigisches Jahrbuch, Bd. 52 (1971), S. 193 - 210.

Übersicht

Herzogtum/Land/Verwaltungsbezirk Braunschweig

- | | |
|--|--|
| <p>I. Regierung, Parlament, Zentralbehörden</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Braunschweigisches Staatsministerium 2. Braunschweigischer Landtag 3. Braunschweigischer Bevollmächtigter zum Bundesrat und Reichsrat in Berlin 4. Polizeidirektion Braunschweig <p>II. Regionalbehörden</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kreisdirektion Braunschweig 2. Kreisdirektion Wolfenbüttel 3. Kreisdirektion Helmstedt 4. Kreisdirektion Gandersheim <p>III. Lokalbehörden</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Stadt Schöppenstedt 2. Stadt Gandersheim 3. Stadt Seesen 4. Stadt Wolfenbüttel | <p>IV. Gerichte und Justizbehörden</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gemeinschaftliches Oberappellationsgericht für das Herzogtum Braunschweig und die Fürstentümer Waldeck, Pyrmont und Schaumburg-Lippe in Wolfenbüttel 2. Distrikts- und Kreisgericht Braunschweig 3. Distrikts- und Kreisgericht Wolfenbüttel 4. Staatsanwaltschaft bei den Kreisgerichten und beim Landgericht Braunschweig <p>V. Vereinigungen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Braunschweigischer Landkreistag <p>VI. Nachlässe</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Nachlaß des Eisenbahndirektors Karl G. Schrader, MdR <p>VII. Sammlungen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Personengeschichtliche Sammlung 2. Zeitungen |
|--|--|

*Bestände***I. REGIERUNG, PARLAMENT, ZENTRALBEHÖRDEN****1. Braunschweigisches Staatsministerium****12 A Neu**

Streiks, Unruhen, Betriebsstilllegungen

7a Nr. 3900 Unruhen unter den Bergleuten 1890

7a Nr. 414, 422, 425 Statistik der Streiks und Aussperrungen 1898-1923

Fb. 5 Nr. 6232 Vol. I, II Statistik der Streiks und Aussperrungen 1899-1909

7a Nr. 3433 Arbeitsverweigerung durch Lehrlinge in der Kriegsindustrie 1916

7a Nr. 3402 Arbeiterbewegungen und Arbeitseinstellungen während der Kriegszeit 1917-1918

Fb. 13 Nachtrag Nr. 537 Streiks der landwirtschaftlichen Arbeiter 1919-1921

- 7a Nr. 421, 426-428, 499, 527, 530, 531
Unruhen und Streiks

1919-1923

- Fb. 13 Nachtrag Nr. 395 Aufrechterhaltung
des Arbeitsfriedens in der Land-
wirtschaft 1920-1921

- Fb. 13 Nr. 10850-11052, 13994-14036
Betriebsstillegungen 1922-1939

Bergarbeiter u.ä.

- 7a Nr. 3892 Kommunion-Berg- und Hütten-
leute 1831-1863

- 7a Nr. 3893 Hüttenfuhrleute [im Harz]
1832-1872

- 7a Nr. 2346 Salinen-Arbeiter 1841-1856

- 7a Nr. 3898, 3935 Vol. I, II Bergleute
und Hüttenarbeiter 1845-1910

- 7a Nr. 3894 Unterstützungen der Harzer-
Hüttenarbeiter 1869-1911

- 7a Nr. 1308 Unfallstatistik, Unglücksfälle
mit tödlichem Ausgang [im Berg-
wesen des Kommunion-Harzes]
1869-1916

- 7a Nr. 3900 Unruhen unter den Bergleuten
1890

- 7a Nr. 3897 Die Arbeiterentlassungen auf
den Harzer Werken 1893-1895

Landwirtschaftliche Arbeiter, Gesinde

- 7a Nr. 4150 Gesinde-Dienstbücher
1832-1900

- 7a Nr. 3901 Das Exekutionsverfahren
gegen herrschaftliche Lohnar-
beiter 1837-1854

- 7a Nr. 3794 Zwangsweise Zuführung des
den Antritt oder die Fortsetzung
des Dienstes ohne gesetzlichen
Grund verweigernden Gesindes
1884-1914

- Fb. 13 Nachtrag Nr. 386 Arbeitsverhält-
nisse und Arbeitsvertragsbruch
ländlicher fremder Arbeiter
1888-1898

- 7a Nr. 4145 Die abgeänderte Gesindeord-
nung für das Herzogtum Braun-
schweig in der vom 1.1.1900 an
geitenden Fassung 1899-1922

- Fb. 13 Nachtrag Nr. 788 Abwanderung der
jüngeren Landarbeiter nach den
Städten 1912-1929

- Fb. 13 Nachtrag Nr. 306 Lohn- und Arbeits-
bedingungen für landwirtschaft-
liche Arbeiter 1919-1922

- Fb. 13 Nachtrag Nr. 546 Vermittlung von
Arbeitskräften für den Zucker-
rübenanbau 1920

- Fb. 13 Nachtrag 538 Zurückführung von
Arbeitern aus der Industrie in die
Landwirtschaft 1920-1921

Ausländische Arbeiter

- 7a Nr. 3791 Ausländische Arbeiter im Deut-
schen Reiche 1885-1896

- Fb. 13 Nr. 15727-15748 Fremdländische
Arbeiter 1897-1944

- Fb. 13 Nr. 11092-11101 Fremdarbeiter
1901-1933

- 7a Nr. 1431, 3272-3274 Ausländische
Arbeiter 1908-1922

- 7a Nr. 3459 Vol. I, II Behandlung russischer
Saisonarbeiter 1914-1919

- 7a Nr. 2697 Beschäftigung von Arbeitern
der unter deutscher Verwaltung
stehenden feindlichen Landesteile
in der deutschen Industrie

1915-1918

- Fb. 13 Nr. 8563 Ausländische Arbeiter,
Allgemeines 1920-1942

- Fb. 13 Nr. 15764 Abtransport ausländischer
Arbeiter 1926

- Fb. 13 Nr. 8564 Wanderarbeiter
1926-1934

- Fb. 13 Nr. 8565 Verordnung über auslän-
dische Arbeiter vom 23.1.1923
1932-1933

- Fb. 13 Nr. 8566 Durchführungsbestim-
mungen zu der Verordnung über
ausländische Arbeiter vom 19.7.
1933 1932-1936

Deutsche Arbeiter im Ausland

- Fb. 13 Nr. 11091 Die deutsche Arbeiter-
kolonie bei London 1900-1914

- 7a Nr. 1430 Die Anwerbung deutscher Ar-
beiter für das Ausland 1911

Löhne und Tarife

- 7a Nr. 3982 Die Löhne der Fabrikarbeiter
in der Porzellanfabrik Fürstenberg
1830-1853

- 7a Nr. 3985 Die Arbeiter der Porzellanfabrik
in Fürstenberg 1834-1874
- 7a Nr. 1432 Beschlagnahme des Arbeits- oder
Dienstlohnes 1869-1911
- 7a Nr. 2932 Lohnverhältnisse und Lebens-
mittelversorgung der Textilarbeiter
1916-1917
- 7a Nr. 2760 Arbeitslöhne während der Kriegs-
zeit 1916-1918
- Fb. 13 Nr. 17811-17824 Verschiedene Lohn-
tarife für Arbeiter 1918-1937
- Fb. 13 Nr. 17775-17777 Reichs- und Staats-
arbeitertarife 1919-1933
- Fb. 13 Nr. 17778-17791, 17794-17800
Tarife und Entlohnung der Ver-
waltungsarbeiter 1920-1933
- Fb. 13 Nr. 17801 Nebenbeschäftigung der
Staatsarbeiter 1921
- Fb. 13 Nr. 17802-17804 Einstellung und
Entlassung von Verwaltungsarbei-
tern 1921-1923
- Fb. 5 Nr. 6023 Tarifausschuß beim Staats-
ministerium 1921-1922

Arbeitszeit

- 7a Nr. 2759 Die Einschränkung der Arbeits-
zeit in den Betrieben der Textil-
industrie 1915-1917
- 7a Nr. 407, 2044, 3352 Regelung der Ar-
beitszeit 1918-1933
- 7a Nr. 3775 Verordnung über die Arbeits-
zeit vom 21.12.1923
1923-1926

Arbeiterwohnungen

- Fb. 13 Nr. 10849 Arbeiterinnenheim für
die Arbeiterinnen der AG für Jute-
und Flachsindustrie in Braunschweig
1890
- Fb. 13 Nr. 11090 Gesetz, die Unterbringung
von Arbeitern in Arbeiterkasernen
und sonstigen zur Aufnahme einer
größeren Anzahl von Arbeitern be-
stimmten Räumlichkeiten betr.
vom 8.4.1892 1891-1892
- 7a Nr. 552, 553, 557 Werk- und Bergmanns-
Wohnungen 1921-1927

Politische Polizei und Parteien

- Fb. 2 XIV Nr. 10 Vol. 1-71 Polizeibe-
richte über Vorfälle und Ereig-
nisse der verschiedensten Art
1818-1876
- Fb. 4 Nr. 933 Polizeiberichte 1828-1850
- Fb. 5 Nr. 6208 Mißbräuche und unerlaubte
Verbindungen unter den Hand-
werksgesellen 1837-1840
- Fb. 5 Nr. 6211 Tumulte im Herzogtum
Braunschweig 1845-1851
- Fb. 5 Nr. 6219 Demokratische Umtriebe
1850-1852
- Fb. 5 Nr. 6220 Demokratische Umtriebe
des Bürgermeisters Grebe in Vors-
felde 1853
- Fb. 5 Nr. 6222 Demokratische Umtriebe
in Zorge, insbes. die Entlassung
des Revierjägers Berneburg
1853-1854
- Fb. 5 Nr. 6223 Reform der Rechtsverhält-
nisse zwischen Arbeitern und Ar-
beitgebern 1867-1873
- Fb. 5 Nr. 6224 Verlauf der am 19. Juli
1868 auf der Asse abgehaltenen
Volksversammlung 1868
- Fb. 5 Nr. 6225 Tumult in Wolfenbüttel
am 17. Juli 1872
- 7a Nr. 3732 Gesetz über die gemeingefähr-
lichen Bestrebungen der Sozial-
demokratie vom 21.10.1878
1874-1878
- Fb. 5 Nr. 6226 Vol. I-III Ausführung des
Sozialistengesetzes vom 21.10.
1878 1878-1887
- Fb. 5 Nr. 6227 Bekämpfung des Sozialis-
mus unter den herrschaftlichen
Arbeitern 1878-1917
- 7a Nr. 3734 Die Sozialdemokraten unter
den Militärpflichtigen
1887-1914
- 7a Nr. 3731 Die Ausführung des Sozialisten-
Gesetzes vom 21.10.1878, insbe-
sondere Mitteilungen über sozia-
listische Agitatoren 1888-1892
- Fb. 5 Nr. 6228 Mithilfe der Kirche gegen-
über den sozialistischen Bewegun-
gen der Gegenwart 1890

- Fb. 13 Nr. 13116 Sozialdemokraten
1890-1892
- 7a Nr. 3733 Die sozialdemokratischen Mai-
feiern 1890-1910
- 7a Nr. 4002 Druckschriften gegen die Ver-
breitung der Sozialdemokratie
1890-1914
- Fb. 5 Nr. 6229 Maßregeln zur Bekämpfung
der Ausschreitungen der sozialde-
mokratischen Partei 1894
- Fb. 5 Nr. 6230 Übersichten über die allge-
meine Lage der sozialdemokrati-
schen und anarchistischen Bewe-
gung 1898-1914
- Fb. 5 Nr. 6231 Vol. I, II Überwachung der
Anarchisten und Nachrichtenwe-
sen 1898-1915
- 7a Nr. 4006 Polizeiliche Sicherheitsmaß-
regeln bei Anwesenheit S.K.H. des
Prinzen Albrecht von Preußen in
Blankenburg a.H., mit Rücksicht
auf dort wohnhafte Anarchisten
1900-1907
- 7a Nr. 4000, 485 Sozialdemokratische Par-
teitage 1901, 1919
- 7a Nr. 4003 Die Abhaltung sozialdemokra-
tischer Volksfeste in Wäldern
1903-1910
- 7a Nr. 3999 Die sozialdemokratischen De-
monstrationen 1906-1911
- Fb. 5 Nr. 6233 Sozialdemokratische Demon-
strationen 1912-1914
- Fb. 5 Nr. 6234 Sozialdemokratische Um-
triebe während des Krieges
1914-1917
- 7a Nr. 592, 598 Vol. I-III Zeitungs- und
Versammlungswesen 1914-1918
- Fb. 5 Nr. 6236 Zeitungs- und Versammlungs-
wesen 1915
- Fb. 5 Nr. 6237 Maßnahmen zur Unterdrück-
ung innerer Unruhen in der Stadt
Braunschweig 1916-1918
- Fb. 5 Nr. 6239 Sozialdemokratische Jugend-
bewegung 1918
- 7a Nr. 511 Bekämpfung der gegenrevolutio-
nären Bestrebungen 1919
- 7a Nr. 3372 Personalakte des Arbeitersekre-
tärs Aug. Karsten 1919
- Fb. 13 Nr. 16039, 16040 Kommunistische
Unruhen 1919-1933
- Fb. 13 Nr. 16016-16055 Aufbruchschäden
und Unruhen 1919-1938
- 7a Nr. 522 Bekämpfung von Putschen
der Rechtsparteien 1920-1921
- 7a Nr. 3823 Zeitungs- und Versammlungs-
verbote auf Grund der Reichs-
verordnungen vom 29. und
30.8.1921 1921-1927
- 7a Nr. 4004 Deutsch-soziale Partei (Natio-
nalsozialistische bzw. großdeut-
sche Arbeiterpartei) 1922-1923
- 7a Nr. 4005 Strafverfolgung des Abgeord-
neten Sepp Oerter (USPD)
1923
- Fb. 13 Nr. 16068 Vorgänge im Rieseberg
[Übergriffe der Nationalsoziali-
sten gegen politisch Andersden-
kende] 1933-1945
- Presse und Zensur*
- 7a Nr. 4001 Vol. I, II Die Verzeichnisse
über die beschlagnahmten sozial-
demokratischen Druckschriften
1891-1918
- Fb. 13 Nr. 13172 Braunschweiger Arbei-
terfreund 1891-1919
- Fb. 5 Nr. 6235 Hetzartikel des Braun-
schweiger „Volksfreund“
1914-1917
- Fb. 5 Nr. 6236; 7a Nr. 592, 598 Vol. I-III,
3823 Zeitungsverbote 1914-1927
- Fb. 5 Nr. 6238 Hetzartikel des Haller
Volksblattes 1917-1918
- Fb. 13 Nr. 19023 Wilhelm-Bracke-Büche-
rei [Braunschweig] 1930
- Fb. 13 Nr. 19104 Staatsfeindliche Schrif-
ten 1935-1945
- Vereine, Verbände, Organisationen*
- Fb. 5 Nr. 6216 Vereinswesen, insbesondere
Arbeitervereine 1850-1855
- Fb. 5 Nr. 6217 Aufhebung der Arbeiter-
vereine, Gesetz vom 16.11.1854
1853-1854
- Fb. 13 Nr. 13319 Deutsche Gesellschaft
der Sonntags- und Arbeiterfreunde
1874
- Fb. 13 Nr. 13329 Ev. Arbeiterverein in der
Stadt Gandersheim 1857

- Fb. 13 Nr. 13330 Verein Arbeiterheim
1897-1911
- Fb. 13 Nr. 13331 Ev. Arbeiterverein Braunschweig
1899-1916
- Fb. 13 Nr. 13341 Reichsverband gegen
die Sozialdemokratie und Deutsch-
Vaterländischer Reichswahlverein
1907-1914
- Fb. 13 Nr. 14102 Deutscher Textilarbeiter-
Verband in Berlin 1917
- Fb. 13 Nr. 18729 Arbeiter-Turn- und Sport-
bund in Leipzig 1921
- Fb. 13 Nr. 16173 Proletarische Hundert-
schaften 1923
- Fb. 13 Nr. 16174 Roter Frontkämpfer-
bund 1924
- Fb. 13 Nr. 16179 Reichsbanner Schwarz-
Rot-Gold 1924-1939
- Fb. 13 Nr. 16175 Internationaler Sozialisti-
scher Kampfbund 1926
- Fb. 13 Nr. 18810 Reichsbanner Schwarz-
Rot-Gold 1928
- Fb. 13 Nr. 18762 Deutscher Arbeiter-Sänger-
bund 1929
- Fb. 13 Nr. 17770 Deutscher Gewerkschafts-
bund 1931
- Fb. 13 Nr. 16060 Vermögen der Gewerk-
schaften 1933
- Fb. 13 Nr. 16176 Kommunistische und
marxistische Jugendorganisationen
1933
- Fb. 13 Nr. 16181 Freie Volksbühne; Volks-
Film-Verband, Landheimbund, In-
ternat. Soz. Kampfbund
1933-1936
- Fb. 13 Nr. 16177 Kommunistische und
marxistische Sport-, Turn- und
Gesangvereine usw. 1933-1941
- Fb. 13 Nr. 18774 Die Deutsche Arbeits-
front, NS Gemeinschaft „Kraft
durch Freude“ 1936
- Versicherungen, Arbeiterfürsorge,
Wohlfahrtspflege*
- Fb. 13 Nr. 7696-7749, 11523-11767,
13625-13899 Versicherungen,
Arbeiterfürsorge, Wohlfahrtspflege
Mitte 19.-20. Jh.
- Fb. 5 Nr. 6406 Kranken- und Sterbe- usw.
Kassen für Arbeiter in Fabriken
1873-1888
- Fb. 5 Nr. 6410 Sterbe- und Krankenkas-
sen von Waldarbeitern
1876-1891
- Fb. 5 Nr. 6426 Vol. I, II Wohlfahrtsein-
richtungen für Arbeiter
1876-1904
- Fb. 5 Nr. 6417 Vol. I, II Unfallversiche-
rung der Arbeiter 1881-1884
- Fb. 5 Nr. 6418 Vol. I, II Desgl., Gesetz
vom 6.6.1884 1884-1886
- Fb. 5 Nr. 6419 Vol. I, II Unfallversiche-
rung der Arbeiter, Schiedsgerichte
1885-1901
- Fb. 5 Nr. 6411 Vol. I - IV Krankenversiche-
rung der Arbeiter, Gesetz vom
15.6.1883 1882-1903
- 7a Nr. 1852 Sterbekasse des „Deutschen
Werkmeister-Verbandes“ zu
Düsseldorf 1887-1905
- 7a Nr. 4147 Gesetz betr. die Fürsorge für
erkrankte Dienstboten vom 26.5.
1896 1895-1909
- Fb. 13 Nr. 11523 Sozialistische Schriften
des Reichsversicherungsamtes auf
dem Gebiet des Versicherungswes-
sens 1900-1913
- Fb. 5 Nr. 6427 Konferenzen und Instruk-
tionsreisen in Sachen der Wohl-
fahrtpflege für Arbeiter 1901
- 7a Nr. 3301, 3306-3328, 3331, 3337,
3339, 3346, 3347, 3357, 3358,
3360, 3362, 3367-3369, 3388-
3390, 3397, 3399 Erwerbslosen-
fürsorge 1915-1928
- 7a Nr. 3470 Bekanntmachung über Kranken-,
Unfall- und Invalidenversicherung
von Arbeitern feindlicher Staats-
angehörigkeit 1917
- 7a Nr. 3329, 3391, 3779 Arbeitslosenver-
sicherung 1920-1928
- Fb. 13 Nr. 17740 Altersversorgung der
Staatsangestellten und Arbeiter
1922-1929
- Fb. 13 Nr. 17741 Rentenzuschußregelung
für braunschw. Staatsangestellte
und Staatsarbeiter 1928-1934
- Fb. 13 Nr. 11792 Arbeiterwohlfahrt
1929

Stiftungen für Arbeiter

- Fb. 13 Nr. 18087 Löbbekesche Erziehungs-
anstalt für weibliche Dienstboten.
Stiftung Luise-Löbbcke-Heim
1851-1961
- Fb. 13 Nr. 18146 Vetttersche Stiftung zur
Unterstützung bedürftiger Hand-
werker in Braunschweig
1883-1954
- Fb. 13 Nr. 18079 Errichtung einer Korb-
macher-Stiftung 1901-1955
- Fb. 13 Nr. 18128 Schlosserstiftung für
den Freistaat Braunschweig
1906-1962
- Fb. 13 Nr. 18032 Stiftung Wohn- und
Erholungsheime der Gefolgschaft
Büssing NAG, Braunschweig
1924-1957
- Fb. 13 Nr. 18057 Stiftung für die Arbeiter
der Hans-Heinrich-Hütte GmbH,
Langelsheim 1938-1961

*Staatlich-gesellschaftliche Vor-
gänge mit Bedeutung für die
Arbeiterschaft*

- Fb. 5 Nr. 3282-3290 Ausweisungen
1850-1907
- 7a Nr. 2761 Beschäftigung von Frauen
in der Kriegsindustrie usw.
1916-1917
- 7a Nr. 4315 Erlasse und Bekanntmachun-
gen der Republik Braunschweig
1918
- 7a Nr. 3303, 3438, 3447, 3448, 3451-
3453, 3456-3458 Wirtschaftliche
Demobilmachung [nach dem Er-
sten Weltkrieg] 1918-1923
- Fb. 5 Nr. 479 Streitigkeiten der freistaat-
lichen Regierung in Braunschweig
mit der Reichsregierung, Besetzung
Braunschweigs durch Reichstrup-
pen, Verhängung des Belagerungs-
zustandes über das Gebiet des Frei-
staates Braunschweig 1919
- 7a Nr. 487, 521 Schießen auf Straßen und
Plätzen, Schadensersatzansprüche
1919 (-1923)
- 7a Nr. 473, 500 Ausnahmezustand
1919-1923
- 7a Nr. 1405 Bezirkswirtschaftsräte 1920

- Fb. 13 Nr. 13517, 13518 Geh. Politische
Lageberichte 1924-1931
- 7b Nr. 952 Preisabbau der Reichsregierung
1925-1928

*Volkskommissariate, Arbeiter-
und Soldatenrat*

- 7a Nr. 512-515, 517, 519, 528 Volks-
kommissariate 1918-1921
- 7a Nr. 470, 480-483, 489-495, 501-508,
535, 671, 1426, 3022 Arbeiter-
und Soldatenräte, Landes-, Be-
zirks-, Orts-, Gemeinde-Arbeiter-
räte 1918-1922
- Fb. 5 Nr. 699-762 Arbeiter- und Soldaten-
rat, Volkskommissariat, Rat der
Volksbeauftragten 1918-1920
- 7a Nr. 496, 518 Rat der Volksbeauftrag-
ten • 1919
- Fb. 5 Nr. 653 Übersendung der Landtags-
drucksachen an den Landesar-
beiterrat 1919

Wahlen

- Fb. 5 Nr. 533-665 Landschaft und Land-
tag, dabei Braunschweiger Land-
tagswahlen 1833-1920
- Fb. 13 Nr. 4362 Die Wahlen zum Reichs-
tag für die 1. Legislaturperiode
1867-1870
- Fb. 13 Nr. 4365 Ersatzwahlen zum
Reichstag 1868
- Fb. 13 Nr. 4367 Reichstagswahlen für die
2. Legislaturperiode 1873
1872-1875
- Fb. 13 Nr. 4368 Reichstagswahlen von
1878
- Fb. 13 Nr. 4369 Der Reichstag für die
5. und 6. Legislaturperiode
1881-1888
- Fb. 13 Nr. 4370 Reichstagswahlen 1887
- Fb. 13 Nr. 4371 Reichstagswahlen 1890
- Fb. 13 Nr. 4372 Reichstagswahlen 1893
- Fb. 13 Nr. 4373 Reichstag 1898
- Fb. 13 Nr. 4374 Reichstag 1903
1903-1906
- Fb. 13 Nr. 4375 Wahlen zum Reichstag
1907 1906-1911
- Fb. 13 Nr. 4376 Wahlen zur Nationalver-
sammlung 1919 1918-1919

- Fb. 13 Nr. 4381 Reichstagswahlen 1920
1920-1921
- Fb. 13 Nr. 4382 Reichstagswahlen 4.5.1924
- Fb. 13 Nr. 4383 Reichstagswahlen 7.12.
1924 1924-1925
- Fb. 13 Nr. 4384 Reichstagswahlen 1928
- Fb. 13 Nr. 4385 Reichstagswahlen 1930
1930-1931
- Fb. 13 Nr. 4386 Reichstagswahlen 31.7.
1932 1932-1933
- Fb. 13 Nr. 4387 Reichstagswahlen
6.11.1932
- Fb. 13 Nr. 4388 Reichstagswahlen
5.3.1933
- Fb. 13 Nr. 4389 Reichstagswahlen und
Volksabstimmung 12.11.1933
1933-1934
- Fb. 13 Nr. 4390 Reichstagswahlen 1936
1936-1937
- Fb. 13 Nr. 4397 Reichstagswahlen 1938
- Fb. 13 Nr. 4280 Großdeutscher Reichstag
1938
- Fb. 5 Nr. 558 Sozialdemokratische Wahl-
rechtsumtriebe (Landtag) 1910
- Fb. 13 Nr. 4407 Landtagswahlen 1918
1918-1919
- Fb. 13 Nr. 4409 Landtagswahlen 1920
1920-1924
- Fb. 13 Nr. 4410 Landtagswahlen 1922
1921-1922
- Fb. 13 Nr. 4412 Landtagswahlen 1924
1924-1925
- Fb. 13 Nr. 4413 Landtagswahlen 1927
1927-1928
- Fb. 13 Nr. 4414 Landtagswahlen 1930
1930
- Fb. 13 Nr. 4275 Wahl des Reichspräsidenten
1922
- Fb. 13 Nr. 4277 Wahl des Reichspräsidenten
1925
- Fb. 13 Nr. 4279 Wahl des Reichspräsidenten
1932
- Fb. 13 Nr. 4445, 4446 Volksbegehren über
Enteignung von Fürstenvermögen
1926-1928
- Fb. 13 Nr. 4448 Volksbegehren Panzer-
kreuzer-Verbot 1928
- Fb. 13 Nr. 4449 Volksbegehren Freiheits-
gesetz; Gesetz gegen die Verskla-
rung des deutschen Volkes 1929

Militaria

- Fb. 5 Nr. 5569-5611 Einwohner- (Bür-
ger-) Wehren 1914-1920
- 7a Nr. 476, 520, 667-669 Einwohner-
wehren 1919-1923
- Fb. 5 Nr. 5565-5568 Volkswehr
1918-1919
- 7a Nr. 471, 509, 510, 529, 670 Volks-
wehr 1918-1922

Arbeiterschutz, Gewerbeaufsicht

- Fb. 13 Nr. 11332-11457 Arbeitsschutz
und Gewerbeaufsicht, darin:
Gewerbeaufsichtsämter, Azetylen-
herstellung, Jugendschutz, Un-
fallvorschriften 1833-1940
- Fb. 13 Nr. 8758-8811 Arbeitsschutz und
Gewerbeaufsicht 1868-1940
- Fb. 13 Nr. 14132-14144 Arbeitsschutz und
Gewerbeaufsicht 1887-1939
- Fb. 5 Nr. 3580 Streitigkeiten zwischen
Arbeitgebern und Arbeitnehmern,
insbesondere das Gesetz zum
Schutze gewerblichen Arbeitsver-
hältnisses, die sog. Zuchthausvor-
lage betr. 1870-1905
- Fb. 5 Nr. 6021 Gewerbliche Sonntagsar-
beit, insbesondere Verhandlungen
über Abänderung des § 105 der
Gewerbeordnung, Arbeiterschutz
1885-1891
- 7a Nr. 3281-3287, 3289-3293 Schlich-
tungswesen und Schlichtungsaus-
schüsse 1918-1933
- 7a Nr. 3772-3778 Schlichtungswesen
1919-1933
- Fb. 5 Nr. 6026 Geschäftsberichte des
Schlichtungsausschusses 1922
- Fb. 5 Nr. 6024 Geschäftsführung des paritätischen
Ausschusses 1921-1922

Arbeitsrecht, Arbeitsgerichte

- Fb. 13 Nr. 13080-13093 Arbeitsgerichte
1833-1947
- 7a Nr. 3781, 3782, 3785-3788, 3790
Arbeitsgerichtliche Kammern
1924-1927
- Fb. 13 Nr. 11098 Statistik des kollektiven
Arbeitsrechts 1929-1933
- Fb. 13 Nr. 13557 Internationales Arbeits-
recht 1926

Arbeitsbeschaffung

- 7a Nr. 3333-3336, 3340-3350, 3354-3359, 3361-3366, 3371, 3374, 3375, 3379-3382, 3385-3387, 3392, 3394, 3398, 3400, 3401, 4151 Arbeitsnachweis
1897-1928
- 7a Nr. 3784 Verordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 16.3.1919
1919-1923
- 7a Nr. 3780 Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen
1919-1933
- Fb. 13 Nr. 13213-13230, 13554-13559 Arbeitsbeschaffung 1920-1947
- Fb. 13 Nr. 13178-13212, 13526-13553 Notstandsarbeiten 1923-1939
- 7a Nr. 3392 Vol. I - IV Berichte über die Lage des Arbeitsmarktes in Niedersachsen 1924-1927
- Fb. 13 Nr. 8576-8587 Arbeitsdienst 1924-1937
- Fb. 13 Nr. 8586 Neues Arbeitsbeschaffungsprogramm – Reinhardt-Programm 1933-1937

Arbeitsämter

- Fb. 13 Nr. 8556-8575 Arbeitsämter
1885-1940
- 7a Nr. 3383 Jahresberichte des Städtischen Arbeitsamtes zu Braunschweig
1902-1913
- 7a Nr. 3370 Landesberufsamt Niedersachsen
1919-1926
- 7a Nr. 3332 Berufsamt für den Kreis Blankenburg 1920-1922
- 7a Nr. 3351 Braunschweigisches Landesarbeitsamt 1919-1927
- 7a Nr. 3353, 3373, 3376-3378, 3384, 3393;
7b Nr. 955-957 Landesarbeitsamt Niedersachsen 1919-1932
- 7a Nr. 3395 Sitzungen der Landesämter für Arbeitsvermittlung 1924-1926
- 7a Nr. 3344 Landesarbeitsamt Preußen
1925
- Fb. 13 Nr. 8567 Gesetz über Treuhänder der Arbeit vom 19.5.1933, 1933
- Fb. 13 Nr. 8568 Treuhänder der Arbeit
1933-1937

Betriebsräte u.a.

- 7a Nr. 1428 Die Einrichtung eines Arbeitersekretariats 1904-1921
- 7a Nr. 1401 Arbeiterkammern
1920-1923
- 7a Nr. 1402 Das braunschweigische Gesetz über die Einrichtung von Betriebsausschüssen und Betriebsräten vom 4.8.1919 1919
- 7a Nr. 1424 Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat von Aktiengesellschaften pp.
1920-1922
- 7a Nr. 1406 Ausführung des Betriebsrätegesetzes vom 4.2.1920
- 7a Nr. 1403, 1404, 1427 Betriebsratenschulen der Gewerkschaften
1921-1931

Findmittel: 12 A Neu Fb. 1 -13: Ablieferungsverzeichnisse
12 A Neu 7a, 7b, 13 Nachtrag:
Karteien
(Die endgültige Ordnung des Bestandes steht noch aus.)

2. Braunschweigischer Landtag**23 Neu**

- Fb. 1 Nr. 1548-1551 Gesindeordnung
1821-1899
- Fb. 1 Nr. 85-101 Wahlen zum braunschweigischen Landtag
1834 - 1930 (1933)
- Fb. 1 Nr. 1536 Die Gesetze, a) das Schlafgängerwesen, b) die Unterbringung von Arbeitern in Arbeiterkasernen oder sonstigen Räumlichkeiten betr.
1892
- Fb. 1 Nr. 536 Das Gesetz über die Errichtung von Einwohnerwehren betr.
1919
- Fb. 2 Nr. 60 Große Anfrage des Abg. Dr. Jasper (SPD) und 7 Gen. auf energische Verfolgung des politischen Verbrechertums
1933

Findmittel: Behörden- und Abgabeverzeichnis

3. Braunschweigischer Bevollmächtigter zum Bundesrat und Reichsrat in Berlin

19B Neu

- 62 Sozialistengesetz 1878-1884
 97 Arbeiterversicherung 1879-1885
 148-150 Gewerbeordnung (darin Arbeit von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Sonntagsarbeit) 1890-1916
 1564 Verbot des „Volksfreund“ in Braunschweig; sozialdemokratische Propaganda usw. 1914-1916
 496 Arbeiterräte 1919
 349 Landeseinwohnerwehren 1919/1920
 775 Auflösung und Entwaffnung der Braunschweiger Einwohnerwehren 1920
 776 Selbstschutzorganisationen 1920-1921
 587-593 Politische Berichte 1919-1923
 499 Arbeitslosenfragen 1919-1920
 480 Demobilmachung 1919-1923
 1282 Notstandsarbeiten 1919-1924
 494 Sitzungen der Sozialisierungskommission 1919-1922
 495 Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft 1919
 991 Sozialisierung der Ilseder Hütte 1919
 989 Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben 1919-1920
 988 Sozialisierung des Kohlenbergbaus 1920-1921
 992 Betriebsrätegesetz 1919-1923
 502 Entschädigung von Arbeitern für Verluste am Arbeitseinkommen aus Anlaß des Generalstreiks 1920
 491 Streik in der Reichsdruckerei 1922
 1517 Streiks in Braunschweig 1926
 498 Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschuß 1919-1922
 1279 Schlichtungsordnung 1919-1923
 993 Einführung eines Arbeitsdienstjahres 1920

- 501 Maßnahmen zur Verhinderung der Verelendung der Arbeiterschaft 1921
 1473 Bekämpfung der kommunistischen Gefahr 1924-1926
 1519 Erwerbslosenfürsorge 1926

Findmittel: Abgabeverzeichnisse
 (Die endgültige Ordnung des Bestandes steht noch aus.)

4. Polizeidirektion Braunschweig

133 Neu

- Ausländische Arbeiter*
 1985, 1991, 1992, 1994 Ausländische Arbeiter 1901-1927

Politische Polizei, Versammlungen, Vereine, Streiks
 2296 Genehmigungen von Volksversammlungen 1848
 2243, 2244 Beaufsichtigung der Vereine (darin: sozialdemokratische Vereine) 1853-1928
 1144, 1145 Dienstmannswesen (Arbeiter-Institut) 1861-1895
 2263 Sozialdemokratischer Arbeiterverein (darin: Schreiben W. Brackes) 1869-1876
 2264 Lötzenser Prozeß gegen Sozialdemokraten (darin: Schreiben W. Brackes) 1873-1880
 2319-2323 Streiks 1873-1922
 2111 Personalakte des Arbeiters Hermann Fischer (*Helmstedt 1865), 1932 Beschwerde über kommunistische Belästigungen im Nickelnkulk 1873-1932
 2297, 2298 Erlaubniserteilungen zu öffentlichen Aufzügen 1874-1929
 2265 Ausführung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21.10.1878 in der Stadt Braunschweig 1878-1890

- 2299 Verbot für den Besuch bestimmter Gastwirtschaften, die von Sozialdemokraten besucht werden, durch die Truppe 1881-1916
- 2266 Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen für Braunschweig (später Sozialdemokratischer Arbeiterverein) 1889-1891
- 2300 Sozialdemokratie 1890-1914
- 2301, 2302 Sozialdemokratische Maifeiern 1890-1924
- 2258-2262 Gewerkschaftskartell im Hzgt. Braunschweig; Bezirkskartell 1890-1927
- 2267-2269 Sozialdemokratischer Arbeiterverein in Braunschweig 1891-1908
- 2303 Sozialdemokratische Gedächtnisfeiern und Leichenbegängnisse 1891-1913
- 2304 Anhänger der SPD unter den zum Militärdienst ausgehobenen Rekruten 1892-1913
- 2097 Personalakte des Arbeiters Albert Brinkmann (* Braunschweig 1879, + KZ Dachau 1940) 1895-1940
- 2270 Sozialdemokratischer Verein 1896-1900
- 2305 Sozialdemokratische Märzfeiern 1896-1910
- 2271 Sozialdemokratische Volks-Wald-feste 1897-1911
- 2138 Personalakte des Formers Hermann Lehnert (* Braunschweig 1866), Mitglied der SPD 1889-1927
- 2245 Verschiedene Vereinsangelegenheiten, darin betr. Anarchisten, Überwachung von politischen Vorträgen, Versammlungen und Streiks, Zensur von polit. Veröffentlichungen 1900-1918
- 2272-2275 Sozialdemokratischer Arbeiterverein bzw. Sozialdemokratischer Verein für den 1. braunschw. Wahlkreis, Ortsverein Braunschweig 1905-1919
- 2306, 2307 Sozialdemokratische Straßendemonstrationen 1906-1912
- 2309 Zeitungsausschnitte (Drucksachen) über die sozialdemokratische Bewegung, Demonstrationen usw. in anderen Städten und Ländern 1908-1914
- 2310 Sozialdemokratische Frauenbewegung 1908-1913
- 2312, 2313 Öffentliche sozialdemokratische Versammlungen unter freiem Himmel 1909-1915
- 2315 Sozialdemokratische Gesangsvereine 1910-1911
- 2311 Sozialdemokratische Frauentage 1911-1914
- 2316 Sozialdemokratische Jugendweihe 1911-1918
- 2276 Tätigkeit der von der SPD in den Gewerkschaften gegründeten Kinderschutzkommission 1913-1929
- 2279 Versammlungen, Kreis- und Bezirkskonferenzen der Unabhängigen (USPD) 1916-1918
- 2154 Personalakte des Joseph (Sepp) Oerter (* Straubing 1870), Redakteur des „Volksfreund“, Minister der USPD 1916-1922
- 2281 Wahlvereine Braunschweig der SPD 1917-1918
- 2253 Radikale sozialistische Partei, Spartakusgruppe und Internationale, später Kommunistische Partei (polizeiliche Überwachung) 1917-1932
- 2282 Verzeichnisse führender Mitglieder der USPD in Braunschweig und im übrigen Deutschland 1918
- 2283 Agitation der USPD in den Gewerkschaften 1918
- 1020 Wahl von Arbeiterausschüssen bzw. Betriebsräten der Nachschutzmanschaften 1919-1923
- 2256 Roter Frontkämpferbund 1924-1929
- 2255 Veranstaltungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold 1924-1931
- 2284 SPD [Anträge auf Veranstaltungen, Umzüge etc.] 1925-1930

- 2102 Personalakte des Albert Cleve
(* Braunschweig 1914, + KZ
Sachsenhausen 1939) wegen Ver-
anstaltung eines kommunistischen
Umzuges, Überfalls auf einen
Hitler-Jungen etc. 1931-1940
- Presse und Zensur*
- 1767-1856 Überwachungen von Zeitschrif-
ten, Büchern und sonstigen Druck-
schriften 1819-1935
- 1810 Zensur der sozialdemokratischen
Zeitung (Braunschweiger) „Volks-
freund“ (darin mehrere Handschrei-
ben W. Brackes) 1871-1931
- 1777-1779 Verbot von Druckschriften auf
Grund des Reichsgesetzes gegen
die gemeingefährlichen Bestrebun-
gen der Sozialdemokratie vom
21.10.1878 1878-1889
- 1780, 1781 Verbot von Druckschriften
(sozialdemokratischer Inhalt)
1878-1890
- 1782, 1783 Verbotene sozialdemokratische
und kommunistische Druckschrif-
ten 1878-1922
- 1813 Untersuchungen gegen die Zeit-
schrift „Das Panier“, Organ der
deutschen Metallarbeiter
1878-1879
- 1814 Untersuchungen gegen die Zeit-
schrift „Braunschweiger Unterhal-
tungsblatt“ (sozialdemokratisches
Organ) 1878-1893
- 2185 Personalakte des August Wesen-
meyer, Redakteur des „Volks-
freund“, später Arbeitersekretär
1907-1929
- 2280 Gründung eines eigenen Blattes
der Unabhängigen (USPD)
1917-1918
- 1844 Verbot der Niedersächsischen
Arbeiterzeitung 1922
- Gewerbepolizei*
- 440-468 Gesindewesen (und Stellenvermitt-
lung) 1832-1928
- 437-439 Beaufsichtigung der Lohndiener
[Anstellung und Entlassung]
1844-1905
- 749 Erweiterung des gesetzlichen
Schutzes der in Fabriken beschäf-
tigten Frauen und Minderjähri-
gen 1847-1878
- 750 Personelle Verhältnisse der Lehr-
linge, Gesellen und Fabrikarbeiter
1875-1876
- 751 Überarbeit erwachsener Arbeite-
rinnen 1884-1909
- 756 Wohnungsverhältnisse der im
Bäckereigewerbe beschäftigten
Arbeiter 1891-1893
- 757 Wohnungsverhältnisse der Arbei-
ter, namentlich der Fabrikarbei-
ter im Hzgtm. Braunschweig
1892
- 752 Statistik über die Beschäftigung
von Arbeiterinnen über 16 Jahre
in der Zeit vom 1.4.1891 –
1.4.1892 in Fabriken in der Stadt
Braunschweig 1892
- 738 Erhebungen über die Arbeitsver-
hältnisse in Bäckereien und Kon-
ditoreien sowie im Handelsgewer-
be. Darin: Arbeiterstatistik
1892-1896
- 739-746 Arbeitszeit 1893-1916
- 753,755 Lehrlingswesen 1899-1928
- 747 Überwachung der Arbeitsbedin-
gungen in Steinbrüchen und
Steinhauereien 1900-1907
- 461 Stellenvermittlung der deutschen
[Feld-] Arbeiter-Zentral [stell]e
1911
- 754 Lohnarbeit von Kindern in
nicht-gewerblichen Betrieben,
insbesondere im Haushalte
1911,1927
- Versicherungen, Erwerbslosen-
fürsorge*
- 1898 Kranken- und Unterstützungskasse
des Zigarrenarbeitervereins
1848-1876
- 1899 Anregung zur Gründung einer
Betriebskrankenkasse der Eisen-
und Stahlhütte Gebr. Röhrig und
Fehland 1862

- 1857 Errichtung von Kranken-, Hilfs- und Sterbekassen für Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter
1869-1879
- 1908 Krankenkassen und Sterbekassen für alle Arbeiter Braunschweigs
1889-1925
- 1863, 1864 Krankenversicherung der Arbeiter (Reichsgesetz vom 15.6. 1883) (1883 –) 1900-1919
- 1469 Erwerbslosenfürsorge [Generalia]
1918-1926

Findmittel: Findbuch

II. REGIONALBEHÖRDEN

1. Kreisdirektion Braunschweig

126 Neu

Politische Polizei, Vereine

- 2796 Beschluß des deutschen Bundestages wegen des Wanderns deutscher Handwerksgesellen nach Orten und Ländern, wo politische Assoziationen und Versammlungen stattfinden
1835-1845
- 2797 Bundestagsbeschlüsse, Verbindungen und Mißbräuche deutscher Handwerksgesellen; von den Landeszentralbehörden verbotene Schriften
1837-1845
- 2800 Politische Wühlereien, insbesondere verdächtige Personen und Schriften
1850-1858
- 2799 Aufsicht über die Arbeitervereine
1850-1855
- 2801 Demokratische und kommunistische Umtriebe (Vereine, Zeitschriften)
1851-1853
- 2943 Arbeiterverein zu Ölper
1881-1908
- 2947 Arbeiterverein zu Veltenhof
1889-1903
- 2946 Arbeiterverein zu Riddagshausen
1895-1906
- 2939 Arbeiterverein zu Gliesmarode
1897-1907

- 2945 Arbeiterverein zu Querum
1905-1908
- 2804 Politische Versammlungen
1923-1933
- 2805-2807 Auflösung von und Fahndung nach politischen Verbänden
1925-1934
- 2809 Emigranten und Ermittlung staatsfeindlich gesinnter Personen
1932-1933
- 2810 Durch Polizeifunk usw. verfügte Schutzhaft und Fahndungen nach politischen Gegnern
1933-1934
- 2811, 2812 Beschlagnahme des Vermögens staatsfeindlicher Verbände
1933-1935

Presse und Zensur

- 2798 Verbotene (politische) Schriften
1844
- 2812a Beschlagnahme von Zeitschriften, Büchern und sonstigen Druckschriften, Verbot des Erscheinens von Zeitungen
1934-1935

Arbeiterfürsorge

- 1358 Lohnbediensteten-Ordnung der Stadt Braunschweig
1844-1862
- 3215 Neue Arbeiter-Kranken- und Sterbekasse für die Stadt Braunschweig
1892-1912
- 3178 Die Stiftung für Arbeiter der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt zu Braunschweig
1906-1907
- 4425 Ansiedlung der Braunschweiger Rentenhausgenossenschaft auf der Feldmark von Broitzem (betr. Errichtung von Arbeiterwohnhäusern)
1910-1923
- 3255-3257 Braunschweigische Notgemeinschaft (Sammlungen, Arbeitslosenfürsorge), Kreisleitung Braunschweig-Land
1931-1933

Wahlen

- 2803 Wählerlisten zur Wahl der Abgeordneten des Norddeutschen Bundes
1866-1867
- 2813-2818 Reichstagswahlen (auch Volksabstimmungen, Saarabstimmung)
1928-1936

Findmittel: Findbuch

2. Kreisdirektion Wolfenbüttel**127 Neu***Ausländische Arbeiter*

- 476 Ausländische Arbeiter (Allgemeines)
1918
- 477 Anwerbung von ausländischen Arbeitern durch die deutsche Arbeiter-Zentrale
1918
- 478 Belgische Arbeiter
1918
- 479 Beurlaubung von polnischen Arbeitern (Polnische Eraktion)
1918

Streiks und Unruhen

- 2071 Statistische Erhebungen über Umfang und Organisation der vorgekommenen Arbeitseinstellungen
1873, 1890
- 2072, 2085 Statistische Nachweisungen über Streiks und Aussperrungen
1899-1923
- 2488 Bericht des Bürgermeisters Eyferth, Wolfenbüttel, über revolutionäre Ausschreitungen in der Stadt Wolfenbüttel
1919
- 2086 Berichte über ausgebrochene Streiks und eingeleitete Gegenmaßnahmen
1919-1924
- 1733 Berichte über durch innere Unruhen und Tumulte entstandene Schäden
1919-1925
- 2070 Streik der landwirtschaftlichen Arbeiter im Kreise Wolfenbüttel
1920
- 2626 Unruhen in der Gemeinde Leiferde
1925
- 2623 Kommunistische Unruhen in Wolfenbüttel
1931

Politische Polizei, Vereine

- 2168 Verfolgung verschiedener Personen wegen politischer Vergehen
1833-1850
- 2170 Nachrichten über politisch verdächtige Personen und Vereinigungen
1848-1855
- 2270 Überwachung politischer Vereine und staatsgefährdender Schriften
1848-1892
- 2163 Geldsammlungen der Handwerkgesellen zu revolutionären Zwecken
1850
- 2166 Der Arbeiterbildungsverein in Wolfenbüttel
1852
- 2160 Genehmigung und Überwachung von Vereinen und Religionsgemeinschaften
1853-1871
- 2269 Überwachung von sozialdemokratischen Volksversammlungen
1871-1874
- 2171 Gedruckte Monatsübersichten der gegen die Sozialdemokratie erlassenen Verfügungen
1878-1881
- 2338 Maßnahmen gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen in der Sozialdemokratie
1879-1909
- 2346 Verbot und Auflösung der Wolfenbütteler Ortsgruppe der „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands“
1885-1886
- 2363 Der Verein für volkstümliche Wahlen in Wolfenbüttel
1889-1890
- 2364 Der deutschsoziale Verein für den Kreis Wolfenbüttel
1894
- 2359 Der Arbeiter-Bildungsverein für Schlewecke und Umgebung
1898
- 2344 Gründung verschiedener vaterländischer und Arbeitervereine im Kreisgebiet Wolfenbüttel
1900-1918
- 2333 Politische Vereinigungen, Verschiedenes. Darin: Genehmigung von Versammlungen und Schrifttum, Überwachung von Ausländern
1903-1908
- 2044 Überwachung staatsgefährdender Umtriebe durch Ausländer und Anarchisten, Spionage- und Agententätigkeit
1904-1919

- 2377 Überwachung öffentlicher Versammlungen 1907-1914
- 1964 Überwachung oder Verbot verschiedener Parteien und Verbände (darin: Werkschutzorganisation, Internationale Arbeiterhilfe, Kommunistische Bewegung) 1922-1925
- 1962 Bildung von proletarischen Hundertschaften im Kreise Wolfenbüttel 1923
- 1963 Verbot einer Veranstaltung des Roten Frontkämpferbundes 1924
- 2617 Polizeibericht über einen am 29.6.1926 von Kommunisten in Reppner und Lesse begangenen Landfriedensbruch 1926
- 2632 Genehmigung und Überwachung nationalsozialistischer Versammlungen 1926-1932
- 2625 Verbot von Versammlungen und Umzügen an den Wahltagen 1927-1930
- 2615 Überwachung und Auflösung des „Roten Frontkämpferbundes“ 1929-1930
- 2630 Beschwerde des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ über angebliche Ausschreitungen der NSDAP 1930
- 2616 Feststellung von Parteilokalen der Kommunistischen Partei 1931-1932

Presse und Zensur

- 2268 Verbot aufrührerischer und staatsgefährdender Schriften 1833-1848
- 2173 Überwachung der demokratischen Kräfte und politischen Zeitschriften, insb. der sog. „Blätter der Zeit“ 1850-1854
- 2266 Verbreitung der Zeitschriften „Neuer Arbeiterfreund“ und „Ländlicher Arbeiterfreund“ in den Gemeinden des Kreises Wolfenbüttel 1893-1894

Wahlen

- 2704-2712, 2714, 2715 Reichstagswahlen und Volksabstimmungen 1928-1933

Findmittel: Findbücher

Abgabe- und Zettelverzeichnis
(Die endgültige Ordnung des Bestandes steht noch aus.)

3. Kreisdirektion Helmstedt

128 Neu

Ausländische Arbeiter

- Fb. 2 Nr. 171 Die Ermittlung niederländischer Arbeiter pp. 1923
- Fb. 2 Nr. 172 Polizeiliche Maßnahmen gegen exterritoriale Personen 1924-1933
- Fb. 2 Nr. 176 Arbeitsmarktrechtliche und fremdenpolizeiliche Behandlung ausländischer Arbeiter 1933-1939
- Fb. 2 Nr. 184 Polnische Arbeiter im Deutschen Reich 1939-1943

Politische Polizei, Vereine, Streiks und Betriebsstillegungen

- Fb. 2 Nr. 4303 Das Vereins- und Versammlungsrecht, insbes. auch polizeiliche Maßregeln gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie 1878-1902
- Fb. 2 Nr. 839 Die Gründung eines Ortsvereins des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter zu Schöningen und Helmstedt 1887-1894
- Fb. 2 Nr. 3114 Polizeiliche Maßregeln wegen der Arbeiterkundgebungen am 1. Mai 1890 pp. 1890-1898
- Fb. 2 Nr. 4307 Der sozialdemokratischen Agitation verdächtige Hausierer 1891-1894
- Fb. 2 Nr. 500 Der Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen, später sozialdemokratischer Arbeiterverein für Helmstedt und Umgebung 1891-1907

- Fb. 2 Nr. 501 Der Arbeitergesangverein
in Helmstedt 1892
- Fb. 2 Nr. 666 Sozialdemokratischer Volks-
verein für Oberlutter und Umge-
gend 1893-1906
- Fb. 2 Nr. 3115 Sammelakte zum 1. Mai
1894-1901
- Fb. 2 Nr. 503, 508 Bergmannsvereine in
Helmstedt 1893-1906
- Fb. 2 Nr. 2389 Bergmannsverein in Süpp-
lingen 1894-1911
- Fb. 2 Nr. 934 Bergmannsverein in
Barmke 1895-1908
- Fb. 2 Nr. 2165 Bergmannsverein in Riese-
berg 1900
- Fb. 2 Nr. 2278 Bergmannsverein in Run-
stedt 1901
- Fb. 2 Nr. 1114 Bergmannsverein in Büdden-
stedt 1907-1908
- Fb. 2 Nr. 2820 Bergmannsverein in Wols-
dorf 1907-1913
- Fb. 2 Nr. 3584 Der kath.-poln. Arbeiter-
verein in Offleben 1895
- Fb. 2 Nr. 4471 Statistik über Streiks und
Aussperrungen 1898-1923
- Fb. 2 Nr. 514 a Der ev. Arbeiterverein
in Helmstedt 1907
- Fb. 2 Nr. 3359 Der Bergarbeiterstreik auf
den Gruben der Braunschweiger
und der Suder'schen Kohlen-
bergwerke 1911
- Fb. 2 Nr. 3116 Der 1. Mai als gesetzlicher
Feiertag 1928-1938
- Fb. 2 Nr. 4240 Arbeiter-Samariter-Bund
1922-1933
- Fb. 2 Nr. 3205-3209 Stilllegungen von
Betrieben im Kreise Helmstedt
1929-1934
- Fb. 2 Nr. 4330 Auflösung politischer
und religiöser Vereine
1934-1935
- Fb. 2 Nr. 4318 Kommunisten
1923-1934
- Fb. 2 Nr. 4319 Roter Frontkämpferbund
1924-1932

Versicherungen

- Fb. 2 Nr. 353 Die Waldarbeitersterbekasse
des Oberforstes Helmstedt
1883-1913

- Fb. 2 Nr. 742 Die Unterstützungskasse
der Arbeiter des Weißfarben-
werks der Fa. Bourgau & Co.
zu Schöningen 1888
- Fb. 2 Nr. 743 Die Unterstützungskasse
der Arbeiter der Litopone-Fabrik
der Fa. Sachtleben & Co. zu
Schöningen 1888-1890
- Fb. 2 Nr. 744 Die Ortskrankenkasse der
Ziegelei-, Land- und forstwirt-
schaftlichen Arbeiter zu Schö-
ningen 1890-1903
- Fb. 2 Nr. 4522 Die Arbeitersterbekasse
zu Königslutter 1891-1895
- Fb. 2 Nr. 355 Die Arbeitersterbekasse
zu Helmstedt 1891-1903
- Fb. 2 Nr. 752 Die Arbeiter-Pensionskasse
der Chemischen Fabrik in Schö-
ningen 1922-1924
- Fb. 2 Nr. 4555 Krankenversicherung der
staatlichen und kommunalen
Wegewärter und Arbeiter
1928-1935 (1947)
- Fb. 2 Nr. 4506 Prüfung der Hilfsbedürftig-
keit in der Arbeitslosenversiche-
rung und Krisenfürsorge
1932-1933
- Fb. 2 Nr. 4579, 1236 Arbeiter-Kranken-
und Sterbekasse in Calvörde
1934-1944

Arbeiterfürsorge u.a.

- Fb. 2 Nr. 3402 Die Gründung von Arbei-
terkolonien und Naturalverpfle-
gungsstationen zur Abwehr der
Wanderbettelei 1883-1899
- Fb. 2 Nr. 190 Auszeichnung weiblicher
Dienstboten für langjährige treue
Dienste 1893-1916
- Fb. 2 Nr. 3403 Die Erhaltung des Bauern-
standes; Kleinsiedlung und Land-
arbeiterfrage 1912-1913
- Fb. 2 Nr. 326 Waldarbeitersiedlung Helm-
stedt (1883) 1929-1938
- Fb. 2 Nr. 2948, 2949 Preisabbau und
Preisüberwachung 1930-1937

- Fb. 2 Nr. 4327 Braunschweigische Notgemeinschaft (Arbeitslosenfürsorge) 1931-1933
 Fb. 2 Nr. 4473 Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit 1931-1934
 Fb. 2 Nr. 4474 Freiwilliger Arbeitsdienst 1932-1934
 Fb. 2 Nr. 4475-4479 Arbeitsbeschaffungsprogramm und Notstandsarbeiten 1933-1938
 Fb. 2 Nr. 95 Beisitzer der Arbeitsgerichtsbehörden 1934
 Fb. 2 Nr. 3416 Bau von Landarbeiterwohnungen 1934-1937

Wahlen

- Fb. 1 Gr. 7 Nr. 13 Reichstagswahl von 1874
 Fb. 2 Nr. 4306 Verbot des Wahlauftritts an die Reichstagswähler des 2. Braunschw. Wahlkreises für den Sozialdemokraten Wilhelm Bloss 1890
 Fb. 2 Nr. 125, 143 Reichspräsidentenwahlen 1922-1932
 Fb. 2 Nr. 129, 145, 146 Reichstagswahlen und Volksabstimmungen 1924-1938
 Fb. 2 Nr. 121 Landtagswahlen 1922 - 1930 1921-1930
 Fb. 2 Nr. 127, 134, 140 Wahlen zu den Kreistagen 1924-1931
 Fb. 2 Nr. 126, 131, 132, 135, 137, 138, 142 Volksbegehren und Volksentscheide 1924-1933

Findmittel: Findbücher

4. Kreisdirektion Gandersheim

129 Neu

- Gr. 41 Nr. 4 Verbot und Beschlagnahme revolutionärer Schriften 1828-1848
 Gr. 41 Nr. 7 Die zu revolutionären Zwecken veranstalteten Geldsammlungen unter den Handwerksgehilfen und die in politischer Beziehung erlas-

senen Verfügungen überhaupt
 1850-1874

- Gr. 41 Nr. 8 Die unter den Eisenbahnarbeitern stattgefundenen Unruhen 1853-1854

Findmittel: Findbuch

III. LOKALBEHÖRDEN

1. Stadt Schöppenstedt

1 N

- I 507 Aufsicht über politische Vereine 1872-1913
 I 358 Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in gewerblichen Betrieben 1878-1911
 I 508 Öffentliche Aufzüge und Versammlungen 1878-1924
 I 423 Bildung einer Sterbekasse für Arbeiter und deren Auflösung 1879-1907
 I 425 Fabrik-Krankenkasse der Kupfer-, Messing- und Eisenwarenfabrik C. Fuhrmann; Schöppenstedt 1884-1914
 I 356 Arbeitsordnung in der Kupferwarenfabrik von Carl Fuhrmann in Schöppenstedt 1892
 I 509 Ermittlung der Militärpflichtigen, die der Sozialdemokratie angehören 1894-1899
 I 510 Überwachung politisch verdächtiger Personen – Der sozialdemokratische Arbeiter-Verein in Schöppenstedt 1894-1902
 I 366, 367 Verzeichnis der Arbeiter der Aktienzuckerfabrik Schöppenstedt (1896-1908) und der Zuckerfabrik Altenau (1896-1918) 1896-1918
 I 511 Kameradschaftsbuch des Reichsbanners Schöppenstedt 1925-1931

Findmittel: Findbuch und Zettelverzeichnisse

2. Stadt Gandersheim

17 N

- 2267 Die Durchführung des Reichsgesetzes vom 21.10.1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie und Anarchisten 1878-1910
- 2270, 2271 Bekämpfung politischer Ausschreitungen (Auflösungen von Vereinen, Redeverbote etc.) 1932-1937

Findmittel: Findbuch

3. Stadt Seesen

31 N

- I 3097, 3099, 3101 Wahlen zum Braunschweigischen Landtag (1848-1920) und zum Reichstag (1876-1878) 1848-1920
- I 2994 Zigarren-Arbeiter-Kranken- und Sterbekasse in Seesen 1869-1873
- I 3803 Die Presse 1875-1882
- I 3806 Ergreifung von Maßregeln zur Unterdrückung sozialdemokratischer Ausschreitungen 1878-1892
- I 1031, 1054 Beschäftigung von Arbeitern in Fabriken und gleichstehenden Anlagen 1878-1908
- Zg. 15/58 Nr. 78; I 3008 Die Unterstützungskasse für Tabak- und Zigarrenarbeiter in Seesen und Umgebung „Humanität“ 1884, 1903-1912
- I 3003 Die Krankenkasse der Zuckerfabrik zu Seesen (1884) 1891-1904
- I 2577 Arbeiterverein für Seesen und Umgebung 1891-1904
- I 3004 Feststellung des ortsüblichen Tageslohns gewöhnlicher Tagesarbeiter 1892
- I 3833 Abhaltung öffentlicher Versammlungen (darin: Wirksamkeit der Sozialdemokratie) 1893-1911

- I 1057 Verzeichnis der im Bezirk der Stadt Seesen gelegenen Fabriken, in welchen über 16 Jahre alte Arbeiterinnen beschäftigt werden 1896
- I 4047 Lohntabellen für städtische Arbeiter 1899-1917
- I 2668 Sozialdemokratie 1904-1915
- Zg. 15/58 Nr. 79 Anmeldung des sozialdemokratischen Kreisvereins für den 3. braunschweigischen Wahlkreis in Seesen 1906
- I 2729 Die Umgestaltung des Staatswesens. Novemberrevolte. Darin: Tätigkeit und Kosten des Arbeiter- und Soldatenrats 1918-1921
- II 22 Notstandsarbeiten 1918-1930
- I 2735 Einwohnerwehr 1919-1920
- I 2738 Tätigkeit der sozialistischen Stadtverwaltung 1920-1921
- I 2746 Erwerbslosenangelegenheiten, Notstandsarbeiten 1922-1926

Findmittel: Kartei und Findbuch
(Die endgültige Ordnung des Bestandes steht noch aus.)

4. Stadt Wolfenbüttel

34 N

Allgemeine Lage der Arbeiter

- Fb. 4 Nr. 151 Krankenversicherung der Arbeiter 1884-1909
- Fb. 4 Nr. 292 Statistiken der Beschäftigten, insbesondere der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in Fabriken und Gewerbebetrieben 1892-1909
- Fb. 4 Nr. 271 Statistik über Streiks und Aussperrungen 1898-1923
- Fb. 4 Nr. 66 Arbeitseinschränkungen in der Textilindustrie 1915-1923
- Fb. 4 Nr. 247 Beschwerde der Arbeiterschaft wegen zu geringer Zuteilung von Lebensmitteln 1917-1918
- Fb. 4 Nr. 128 Tarifverträge und Löhne städt. Arbeiter 1918-1926

Fb. 4 Nr. 282 Erwerbslosenfürsorge, Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Demobilisierungszeit 1918-1926

Parteien und Vereine

- Fb. 4 Nr. 268 Gesuche um Versammlungsgenehmigung der Metallarbeiter (1889-1907), der Mitglieder der Zahlstelle des Verbandes der Steinsetzer (1898) sowie des Handels- und Transportarbeiterverbandes (1907) 1889-1907
- Fb. 4 Nr. 320 Versammlungen der Kupferschmiede 1890-1901
- Fb. 4 Nr. 214 Sozialdemokratischer Arbeiterverein 1892-1897
- Fb. 4 Nr. 367 Mitgliederversammlungen der Weißgerber (darin: Statut des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands) 1893-1895
- Fb. 4 Nr. 341 Verein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, Ortsverein Wolfenbüttel 1896-1900
- Fb. 4 Nr. 198 Berichte über die Versammlungen des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen 1896-1907
- Fb. 4 Nr. 362 Versammlungen der Holzarbeiter 1898-1907
- Fb. 4 Nr. 346 Versammlungen der Verwaltungsstelle Wolfenbüttel und Umgebung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 1898-1908
- Fb. 4 Nr. 333 Versammlungen des sozialdemokratischen Arbeitervereins 1898-1910
- Fb. 4 Nr. 328 Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Bauarbeiter, Zahlstelle Wolfenbüttel 1901-1907
- Fb. 4 Nr. 273 Mitgliederverzeichnis des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes (darin: Statut von 1901) 1901-1908
- Fb. 4 Nr. 364 Versammlungen der Bergarbeiter 1904-1907
- Fb. 4 Nr. 326 Mitglieder des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands, Zahlstelle Hildesheim 1905

Fb. 4 Nr. 338 Versammlungen des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter und -arbeiterinnen, Gau Nord-West

(1904-) 1906-1916

- Fb. 4 Nr. 336 Versammlungen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Ortsgruppe Wolfenbüttel. Versammlungen des Reichsverbandes der Deutsch-Sozialen-Partei 1906-1910
- Fb. 4 Nr. 327 Mitgliederversammlung des Christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Wolfenbüttel 1907-1908
- Fb. 4 Nr. 356 Versammlungen des Deutschvaterländischen Arbeitervereins, Ortsgruppe Wolfenbüttel 1907-1909
- Fb. 4 Nr. 360 Versammlungen des sozialdemokratischen Arbeitervereins 1910-1916
- Fb. 4 Nr. 355 Proletarischer Freidenkerverein (1908) 1912-1914
- Fb. 4 Nr. 334, 266, 244, 293, 321, 272 Ausnahmezustand: Versammlungsverbote, Beschlagnahme von Propagandamitteln, Hausdurchsuchungen, Verbote der KPD und der Deutschvölkischen Partei, Verbote von Zeitungen 1919-1924
- Fb. 4 Nr. 242 Vorkehrungen und Erlasse zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit 1920-1923
- Fb. 4 Nr. 211 Namenliste der Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes, Ortsgruppe Wolfenbüttel 1923
- Fb. 4 Nr. 199 Vermeidung von Unruhen; Überwachung der KPD, Wolfenbüttel 1931-1932

Presse und Zensur

- Fb. 4 Nr. 300 Pressezensur, Verbot von Druckschriften 1914-1918

Militaria

- Fb. 4 Nr. 249 Einwohnerwehr; Arbeiter- und Soldatenrat 1918-1922

- Fb. 4 Nr. 385-387 Einwohnerwehr in
Wolfenbüttel 1919-1920
- Fb. 4 Nr. 287 Entstehung von Selbst-
schutzorganisationen während der
Ausnahmestandszeit, insbeson-
dere militärischer Organisationen
und ihre Verbote 1921-1925

Findmittel: Findbuch
Abgabe- und Zettelverzeichnis
(Die endgültige Ordnung des Be-
standes steht noch aus.)

IV. GERICHTE UND JUSTIZBEHÖRDEN

1. Gemeinschaftliches Oberappellations-
gericht für das Herzogtum Braun-
schweig und die Fürstentümer Wal-
deck, Pyrmont und Schaumburg-
Lippe in Wolfenbüttel

32 Neu

- 2550 Kriminalprozeß gegen den Bahn-
arbeiter Heinrich Behrens in Wol-
fenbüttel wegen Einstellung öffent-
licher Arbeiten zwecks Lohner-
höhung, Gewaltanwendung und
Körperverletzung 1843-1844

Findmittel: Findbücher

2. Distrikts- und Kreisgericht Braun-
schweig

38 A Neu Gr. 2

- Fb. 4 Nr. 3, 4 Prozesse gegen den Redakteur
der „Blätter der Zeit“ Friedr. Bier-
mann, Braunschweig, wegen Preß-
vergehens 1849
- Fb. 2 Nr. 116 Die am Abend des 13. April
1850 in Braunschweig verübten
Exzesse von Arbeitern, Handwer-
kern und Tagelöhnern und der
gegen sie angestregte Prozeß wegen
Auflaufs und Störung der öffent-
lichen Ruhe 1850

- Fb. 4 Nr. 5 Vol. 1, 2 Prozeß gegen den
Schneidergesellen Louis Heck,
Braunschweig, und Kompl.
wegen Vorbereitung zum Hoch-
verrat 1851-1853

- Fb. 2 Nr. 36, 166-177, 357-371 Prozesse
gegen die Redakteure der
„Blätter der Zeit“, Franz Grimm
und Hermann Schellenbach, so-
wie gegen den Buchdruckereibe-
sitzer Heinrich Sievers, Braun-
schweig, wegen Preßvergehens
u.a. 1851-1870

- Fb. 2 Nr. 28, 31, 36, 42, 44-46, 53-56,
64, 76, 143, 254, 255, 339
Verschiedene Prozesse gegen den
Sozialdemokraten Wilhelm Bracke,
Braunschweig, und Mitangeklagte
(in Fb. 2 Nr. 36 ¹ ein Schriftstück
mit Unterschrift von Karl Marx)
1866-1874

- Fb. 2 Nr. 143 Prozeß gegen den Redakteur
und Verleger des „Braunschwei-
gischen Volksfreundes“ Chr.
Friedrich, Braunschweig, und den
Buchdrucker Albert Limbach,
desgl. gegen Bernhard Becker
und Wilhelm Bracke, wegen Preß-
vergehens u.a. 1871

- Fb. 2 Nr. 41 Prozeß gegen den Redakteur
der Chemnitzer freien Presse, E.
G. Schubert aus Chemnitz, s.
Zt. in Braunschweig, wegen Belei-
digung 1871

- Fb. 2 Nr. 37, 58, 58a, 59, 65-67, 69-73,
75, 142, 143 Prozesse gegen den
Redakteur des „Braunschwei-
gischen Volksfreundes“ Bernhard
Becker 1871-1874

- Fb. 2 Nr. 124-126 Prozeß gegen den Re-
dakteur des „Braunschweigischen
Volksfreundes“ Georg Engelke,
Braunschweig, wegen Preßverge-
hens 1872

- Fb. 2 Nr. 57, 61 Prozesse gegen Redakteur
Wilhelm Bloss, Braunschweig, we-
gen Beamtenbeleidigung und
Preßvergehens 1872-1873

- Fb. 2 Nr. 74, 251-256 Prozesse gegen
den Redakteur des „Braunschwei-
gischen Volksfreundes“ Samuel
Kokosky, Braunschweig
1873-1874

Findmittel: Findbücher

3. Distrikts- und Kreisgericht Wolfenbüttel

38 A Neu Gr. 6

- 493 Prozeß gegen den Glasergesellen
Wilhelm Schulz aus Schwerin
und Gen. wegen Auflaufs
1848-1849
- 491 Vol. I-III Prozeß gegen den Tagelöh-
ner Heinrich Schrader und Gen.,
Wolfenbüttel, wegen Aufruhrs
1848-1852

Findmittel: Findbuch
Zettelverzeichnis
(Der Bestand ist teilweise geordnet.)

4. Staatsanwaltschaft bei den Kreisge- richten und beim Landgericht Braun- schweig

42 B Neu

- Fb. 3 Nr. 55¹ Verbreitung sozialdemokra-
tischer Flugblätter 1884
- Fb. 3 Nr. 54³ Die auf Veranlassung des
Oberreichsanwalts erfolgte Ver-
nehmung des Schlossers M. Hoff-
mann in Braunschweig wegen Ver-
breitung hochverräterischer
Schriften 1887
- Fb. 3 Nr. 54⁶ Der Leitartikel des „Braun-
schweigischen Volksfreundes“ Nr.
269 vom 16.11.1895
- Fb. 3 Nr. 55¹¹ Die Angriffe des „Braun-
schweigischen Volksfreundes“ ge-
gen den Braunschweigischen Land-
tag im November 1908
- Fb. 6 Zg. 40/59 Nr. 254 Prozeß gegen
Paul Gmeiner und Rudolf Sachs
wegen Aufreizung zum Klassenhaß
1920

- Fb. 6 Zg. 40/59 Nr. 277 | Vol. 1, 2
Prozeß gegen August Merges
wegen Unterschlagung der Ab-
dankungsurkunde des Herzogs
Ernst August vom 8.11.1918
1920

Findmittel: Findbücher
Abgabeverzeichnisse
(Der Bestand ist teilweise geordnet.)

V. VEREINIGUNGEN

1. Braunschweigischer Landkreistag

3 N

- 124 Arbeitslosenversicherung
1922-1930
- 130 Arbeitsgerichtsgesetz
1925-1927
- 129 Landesarbeitsämter und Arbeits-
ämter 1927
- 125 Notstandsarbeiten 1930-1932
- 119-123 Arbeitslosenfürsorge 1930-1933
- 126 Arbeitsbeschaffungsprogramm
1932

Findmittel: Findbuch

VI. NACHLÄSSE

1. Nachlaß des Eisenbahndirektors Karl G. Schrader, MdR (1834-1913)

240 N

- VII Nr. 2 Vol. 2 Deutsche Arbeiter-Kolo-
nien 1891

Findmittel: Findbuch

VII. SAMMLUNGEN

1. Personengeschichtliche Sammlung

27 Slg.

- Bracke, Wilhelm, sozialdemokratischer
Politiker, Braunschweig
1842-1880

Merges, August, braunsch. Ministerpräsident
(USPD) 1870-1945
Oerter, Sepp, braunsch. Minister
(USPD) 1870-1928

Findmittel: Findbuch

2. Zeitungen

- 40 Z1-52 Braunschweiger Volksfreund
[1871-1906], Volksfreund [1907-
1933], Braunschweig 1871-1933
- 125 Z1 Das Panier. Organ der deutschen
Metallarbeiter, Braunschweig 1878
- 54 Z1-2 Volksblatt. Sozialdemokratisches
Organ. Ausgabe für das Hzgtm.
Braunschweig, Jg. 28 u. 29,
Braunschweig 1917-1918
- 55 Z1-2 Der Sozialdemokrat, Jg. 1 u. 2,
Braunschweig 1918-1919
- 56 Z1-3 Die Freiheit. Organ der Unabhän-
gigen Sozialdemokratischen Partei
des Freistaates Braunschweig,
Jg. 1-4, Braunschweig 1919-1922
- 51 Z1-2 Landwirtschaftliche Arbeiter-
Zeitung für ganz Deutschland,
Jg. 18-22, Braunschweig 1920-1924
- 58 Z1-13 Braunschweiger Arbeiterzei-
tung [1920], Niedersächsische
Arbeiterzeitung [1921-1926],
Neue Arbeiter-Zeitung [1926-
1933], Braunschweig 1920-1933
- 63 Z1 Das Reichsbanner Schwarz-Rot-
Gold. Organ des Bundes repu-
blikanischer Kriegsteilnehmer,
Gau Braunschweig, Braunschweig
1924
- 64 Z1 Der Niedersachse. Angeb.: Frei-
heitskampf. Organ des völkisch-
sozialen Freiheitsblocks Magde-
burg-Anhalt. Wochenblatt für
das werktätige Volk, Braunschweig
1924
- 101 Z1 Hammer und Schwert, Holzmin-
den 1924
- 89 Z1-2 Niedersächsischer Beobachter.
Kampfblatt für den Nationalen
Sozialismus, Jg. 6-8, Hannover
1929-1931
- 69 Z1 Die Hermann-Göring-Werke.
Lagerzeitung der Werkgemein-
schaft, Salzgitter-Watenstedt,
Jg. 1-5, Braunschweig 1939-1944

Findmittel: Findbuch

DAS "CENTER FOR IMMIGRATION STUDIES" UND DAS IMMIGRANTENARCHIV AN DER UNIVERSITY OF MINNESOTA

Von Ingrid Lehmann

Seit zehn Jahren besteht an der University of Minnesota in St. Paul das „Center for Immigration Studies“, ein Institut im amerikanischen Mittelwesten, dessen Konzeption, Aufbau und Expansionsfähigkeit ungewöhnlich, wenn nicht gar einzigartig sind. Seine Gründer, eine Gruppe von Historikern der Einwanderungsbewegung in Bergwerksgebiete von Minnesota, gingen davon aus, daß die Einrichtung einer zentralen Sammelstelle für historische Dokumente zur Einwanderungsbewegung in den USA im frühen 20. Jahrhundert dringend nötig sei, und daß sich ein solches Zentrum auf die sogenannten „neuen“ Immigranten aus Süd- und Osteuropa und dem nahen Osten beschränken solle, die von 1890 bis 1914 die Mehrzahl der Einwanderer stellten. Diese Entscheidung wurde damit begründet, daß die frühere Einwanderungsbewegung aus England, Irland, Deutschland und Skandinavien bedeutend besser dokumentiert und erforscht worden sei als die letzten großen Einwanderungsgruppen, deren Publikationen und persönliche Nachlässe in Gerümpelkellern und auf Dachböden in Vergessenheit zu geraten drohten. Außerdem wenden sich diese Historiker gegen die herrschende Auffassung, wonach diese Immigranten – in der Mehrzahl Bauern ohne Schulbildung – keine schriftlichen Dokumente über ihre Tätigkeit im neuen Land hinterlassen hätten. Im Gegenteil, behauptet Rudolph Vecoli, der Leiter des Instituts und Historiker der italienischen Immigration, gebe es unzählige Dokumente in der Presse der Einwanderer, in ihrer Korrespondenz und den Aufzeichnungen ihrer Organisationen.¹

Durch Appelle an ethnische Verbände und an Einzelpersonen gehen dem Institut ständig neue Materialien von kulturellen Immigrantenvereinigungen, Kirchen, Genossenschaften, ethnischen Gewerkschaftsgruppen und politischen Organisationen zu, die zum Teil bereits registriert und kommentiert sind. Ein Stab von sprachkundigen Archivaren und Forschungsassistenten bearbeitet die Materialien der über zwanzig verschiedenen Sprachgruppen² und ist Besuchern des Instituts bei Übersicht und Auswahl der Quellen behilflich. Insgesamt besitzt das Immigrantenzentrum unterdessen 20 000 Bände ethnischen Schrifttums, darunter hunderte von Zeitschriften und Tageszeitungen. Zusätzlich gibt es unzählige Manuskriptsammlungen, von denen einige als Mikrofilme erhältlich sind.

Für die Geschichte der Arbeiterbewegung dürften vor allem die Materialien über finnische, italienische und jugoslawische Einwanderer interessant sein. Die finnische Sammlung ist besonders wichtig und umfangreich, da finnische Einwanderer ein ungewöhnlich stark ent-

1 Rudolph J. Vecoli, *The Immigration Studies Collection of the University of Minnesota*, in: *The American Archivist*, Bd. 32, Nr. 2 (April 1969), S. 142; ders., *European Americans: From Immigrants to Ethnic*, in: *International Migration Review*, Bd. 6 (Winter 1972), S. 403 – 434.

2 Dokumentensammlungen in sehr unterschiedlicher Stärke und Bedeutsamkeit gibt es für die folgenden Gruppen: Albanier, Araber, Armenier, Bulgaren, Esten, Finnen, Griechen, Italiener, Kroaten, Letten, Litauer, Mazedonier, Polen, Rumänen, Russen, Serben, Slowaken, Slowenen, Tschechen, Ukrainer, Ungarn.

wickeltes Netz von Arbeiterorganisationen besaßen, die sich regional auf die Bergbaugebiete von Nordost-Minnesota und Nord-Michigan konzentrierten. Es wurde geschätzt, daß mindestens ein Drittel aller finnischen Einwanderer Sozialisten waren; die finnische sozialistische Föderation hatte bis Ende des Ersten Weltkrieges weit über 10 000 Mitglieder und war damit die stärkste sozialistische Sprachföderation in den USA. Darüber hinaus wirkten sozialistische (und nach dem Ersten Weltkrieg kommunistische) Ideen unter Finnen durch mehrere finnische sozialistische Zeitschriften, zahlreiche Konsum- und Produktionsgenossenschaften, ein Arbeiter-College in Duluth und die in vielen Bergwerkskommunen aktiven „socialist clubs“. ³ Neben einem reichen Zeitschriftenarchiv enthält die finnische Sammlung die Mitgliedsbücher, Sitzungsprotokolle und Korrespondenz des „Work People's College“ von 1900 bis 1950, die Papiere des sozialistischen Arbeiterverlages in Duluth und der linksradikalen „Työmies“-Gesellschaft, darunter proletarische Theater- und Musikstücke, die Geschäftspapiere der Zentrale der finnischen Konsumgenossenschaften und zahlreiche Unterlagen über das politische und kulturelle Wirken der sozialistischen Clubs. Dieses Material ist vorwiegend in finnischer Sprache.

Die italienische Sammlung besteht aus einem Zeitschriftenarchiv und einer Reihe von persönlichen Nachlässen, wobei die Autobiographie des führenden IWW-Mitglieds Carlo Tresca und die Papiere des sozialistischen Gewerkschaftsführers Emilio Grandinetti am interessantesten sein dürften. Der Grandinetti-Nachlaß ist beispielhaft für andere persönliche Sammlungen; er enthält seine Korrespondenz, seine Pamphlete und Reden, sowie Zeitungsausschnitte aus der Zeit nach 1910, als Grandinetti aktiv am Aufbau der Amalgamated Clothing Workers und als Organisator der Streiks in der Textilindustrie in Chicago, Cincinnati und St. Louis beteiligt war. Die Organisationen italienischer Arbeiter in den USA waren jedoch schwach, verglichen mit denen anderer ethnischer Gruppen (z.B. hatte die italienische sozialistische Föderation nie mehr als 1 000 Mitglieder); im Immigrantenarchiv liegen auch lediglich die Protokolle der italienischen Ortsgruppe der International Ladies Garment Workers in New York (1920 - 1965).

In der jugoslawischen Sammlung stechen die Papiere der slowenischen Arbeiterwohlfahrts-gesellschaft (1904 - 1923) hervor, wie auch die erst halbwegs bearbeiteten Materialien der jugoslawischen sozialistischen Föderation, die nach Aussage des Sachbearbeiters auch seltene englische Dokumente zur sozialistischen Bewegung in den USA enthalten. In der jugoslawischen Zeitschriftensammlung befinden sich neben der überregionalen sozialistischen Zeitung „Proletarec“ auch mehrere kleinere sozialistische Publikationen, die, ähnlich wie die zahlreichen finnischen, von Historikern kaum ausgewertet sind.

Die genannten Sammlungen stellen jedoch für diejenigen, die die Sprachen beherrschen, reiche Quellen zum Studium der Geschichte der ethnischen Arbeiterbewegung in den USA dar, ein Thema, das nicht nur vor dem Hintergrund der europäischen Wanderungsbewegung und der Ethnizität der Arbeiterklasse im heutigen Deutschland relevant ist.

Das Immigrantenarchiv gibt eine jährlich überarbeitete Broschüre über seinen Bestand heraus, die erhältlich ist von: Professor Rudolph J. Vecoli, Director, Center for Immigration Studies, University of Minnesota, 1925 Sather Street, St. Paul, Minnesota 55113, USA.

³ An der University of Minnesota werden z.Zt. verschiedene Doktorarbeiten und Aufsätze über finnische Bergwerksarbeiter in Minnesota, Michigan und Wisconsin geschrieben, deren vorläufige Ergebnisse ich in meiner M.A.-Arbeit zusammengefaßt habe: Ingrid Lehmann, *Towards a Theory of Ethnic Working Class Radicalism: Comparing Finns and South Italians*, M.A. Thesis, University of Minnesota, 1974.

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE, XXII

Bearbeitet von Rita Klunkert

Titelverzeichnis

BzG = Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung

ZfG = Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

AIMS= American Institute for Marxist Studies, Newsletter

A. GESCHICHTSWISSENSCHAFT, HILFSMITTEL

- 2366 RICHTER, Rolf (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin): **Historisch-politische Grundprobleme der Faschismusinterpretation der dominierenden bürgerlichen US-Historiographie (unter besonderer Berücksichtigung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zur bürgerlichen BRD-Historiographie).**— Phil. Diss. — Abgeschlossen Juli 1974. — Hinweis in BzG 16 (1974), H. 6, S. 1080.

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

- 2367 PEPPER, Hugo (Wien) (Redaktion): **Otto Bauer — Werkausgabe.** — (Soll neben allen in Buch- oder Broschürenform erschienenen Arbeiten B.s eine Auswahl seiner Reden sowie eine Sammlung seiner Zeitschriftenartikel umfassen. Vorerst auf 7 Bände mit je rd. 800 S. geplant.) — Edition. — Anfangsstadium der Bearbeitung. — Bd. 1 und 2 sollen im Herbst 1975 im Europa Verlag, Wien-München-Zürich, erscheinen.
- 2368 HAUPT, Georges, Claudie WEILL, Irène PETIT, Gilbert BADIA (alle Paris) (Hrsg.): **Rosa Luxemburg: Lettres. Tome 1: 1891 — 1914. Tome 2: 1914 — 1919.** — (Auswahl von Briefen L.s, darunter auch unveröffentlichten.) — Edition. — Bd. 1

abgeschlossen; Abschluß von Bd. 2 im Februar 1975. — Soll im Frühjahr 1975 im Verlag Maspero, Paris, erscheinen.

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER/BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

- 2369 MÜLLER, Christian (PH Köln): **Der Begriff des Rechts bei Marx am Beispiel des Holzdiebstahlgesetzes.** — (Es wird versucht herauszuarbeiten, ob M. zu dieser Zeit, d.h. um 1842, anarchistische Denkansätze nachzuweisen sind.) — Staatsexamensarbeit (bei Prof. Hans Radermacher). — Abgeschlossen Oktober 1974.
- 2370 KRAMME, Monika (Universität Göttingen): **Theorie und Praxis Franz Mehring's. Zum Problem der Beziehungen zwischen Arbeiterbewußtsein und Strategiekonzeptionen in den Diskussionen der II. Internationale.** — (Aus M.s Schriften sollen sein Strategiekonzept und dessen historische Begründungen entwickelt sowie dessen mangelnde Realisationschance im historischen Kontext untersucht werden.) — Phil. Diss. (bei Prof. Helga Grebing). — Ms.-Abschluß Ende 1975. — Vgl. auch IWK 17, Titelverzeichnis Nr. 1858, und den Nachtrag dazu im Anschluß an dieses Titelverzeichnis.

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

- 2371 ABENDROTH, Wolfgang, Georg FÜLBERTH, Heinz-Gerd HOF-SCHEN, Erich OTT, Gerhard STUBY (Hrsg.): **Sozialdemokratie und Sozialismus. August B e b e l und die Sozialdemokratie heute.** — (Edition der Referate des im November 1973 in Bonn vom SHB veranstalteten Kongresses, ergänzt durch einige Dokumente zu Leben und Werk B.s und eine umfangreiche Auswahlbibliographie.) — Soll in Kürze im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, erscheinen.
- 2372 LORECK, Jochen (Universität Münster): **August B e b e l als Publizist.** — (Relation zwischen mündlicher und schriftlicher Parteipublizistik; aussageanalytische Untersuchungen.) — Phil. Diss. im Fach Publizistik (bei Prof. W.B. Lerg). — Ms.-Abschluß im 1. Halbjahr 1975.
- 2373 RICHTER, Wolfgang und Bernd SCHMIDT (PH Leipzig): **Die Rolle August B e b e l s und der von ihm geführten revolutionären Sozialdemokratie beim Kampf des Proletariats um die Befreiung der Frau (1865 - 1900).** Ein Beitrag zur Geschichte der politisch-theoretischen und organisatorischen Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert. — Phil. Diss. — Abgeschlossen Dezember 1973. — Hinweis in ZfG 22 (1974), H. 8, S. 876.
- 2374 TURCK, Monika (FU Berlin): **Die literarische Entwicklung Ernst D r o n k e s von kleinbürgerlicher Mitleid-literatur zu sozialistischen Stellungnahmen in der „Neuen Rheinischen Zeitung“.** — Staatsexamensarbeit. — Abgeschlossen.
- 2375 BRANTZ, Rennie W. (Appalachian State University, Boone, North Carolina): **Anton E r k e l e n z, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die Politik 1898 - 1933.** — (E.' Versuche, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zu politisieren.) — Aufsatz. — Ms.-Abschluß Herbst 1975. — Siehe auch IWK 7, Titelverzeichnis Nr. 854, und den Nachtrag dazu in IWK 19/20.
- 2376 NEUMANN, Frank (Universität Marburg): **Der Anteil Heinrich S c h u l z' an der Entwicklung, Durchsetzung und Transformation pädagogischer Konzeptionen in der sozialdemokratischen Partei, 1894 - 1932.** — (Schwerpunkt: Sch.' schulpolitische Aktivität im Rahmen der SPD und als Staatssekretär im Reichsinnenministerium. Daneben spielt seine Tätigkeit in der Parteibildungsarbeit — Berliner Arbeiterbildungsschule, Leiter der Parteischule — eine entscheidende Rolle.) — Phil. Diss. — Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 2377 GÖTZE, Dieter (PH Leipzig): **Clara Z e t k i n und die Einbeziehung der werktätigen Frauen in den Kampf der Kommunistischen Internationale 1919 - 1922.** — Phil. Diss. — Abgeschlossen Juni 1974. — Hinweise in BzG 16 (1974), H. 5, S. 883.

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen und Darstellungen über größere Zeiträume

- 2378 STEINISCH, Irmgard (FU Berlin): **Sozial- und wirtschaftspolitische Probleme der Einführung des Achtstundentages in der Eisen- und Stahlindustrie in Deutschland und den Vereinigten Staaten.** Eine vergleichende Studie von der Jahrhundertwende bis zur großen Depression. — (Zentrale Frage: Wie und von wem wird ein technisch-wirtschaftliches und zugleich soziales Problem in kapitalistischer Demokratie gelöst?)

Mögliche Ebenen der Entscheidung: produktionstechnisch rational – soziales Denken – machtpolitische Konstellation.) – Phil. Diss. – Abschluß Mitte 1976.

- 2379 BÜTTNER, Lothar und Bernhard MEYER (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin): **Zur Herausbildung und Entwicklung der Gesundheitspolitik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.** – Phil. Diss. – Abgeschlossen April 1974. – Hinweis in ZfG 22 (1974), H. 8, S. 876.

- 2380 HELBIG, Rolf, Wilhelm LANGBEIN, Lothar ZYMARA (PH Leipzig): **Beiträge zur Lage des weiblichen Proletariats und dessen aktive Einbeziehung in den Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg in der III. Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.** – Phil. Diss. – Abgeschlossen September 1973. – Hinweis in ZfG 22 (1974), H. 8, S. 876.

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

- 2381 MEYER, Erika (FU Berlin): **Die Herausbildung der Arbeiterklasse im Spiegel der zeitgenössischen Lyrik (1840 - 1870).** – (Schwerpunkt liegt auf Deutschland.) – Phil. Diss. (bei Prof. Gerhard Bauer). – In Bearbeitung.

- 2382 TURCK, Monika (FU Berlin): **Die deutsche sozialkritische Prosa von Bettina von Arnims Königsbuch bis zu Weerths Feuilletons in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ als Widerspiegelung der Herausbildung des Frühsozialismus in Deutschland (1843 - 1848/49).** – Phil. Diss. (bei Prof. Gerhard Bauer und Prof. Horst Denkler). – In Bearbeitung; Abschluß Herbst 1976.

- 2383 KLAUS, Barbara (PH Bielefeld): **Zur Entwicklung von Konzeption und Organisation der freien Gewerkschaften in Deutschland 1875 - 1893.** – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Arno Klönne). – Abgeschlossen.

b) 1890 – 1914

- 2384 HEYMANN, Ilse (Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin): **Sozialdemokratie contra „Weltpolitik“. Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zu einigen Problemen der beginnenden Weltmachtpolitik des deutschen Imperialismus und zum sich herausbildenden Gegensatz zwischen Deutschland und England in den Jahren 1894 bis 1898.** – Phil. Diss. – Abgeschlossen April 1974. – Hinweis in BzG 16 (1974), H. 5, S. 882.

- 2385 SAGER, Anneke (Universität Göttingen): **Zur Vorstellungswelt sozialdemokratisch organisierter Arbeiter zur Zeit der II. Internationale.** – (Quellenbasis: sozialdemokratische Unterhaltungszeitschriften wie „Der wahre Jacob“ und „Süddeutscher Postillon“; Arbeiterkalender; Unterhaltungsteile ausgewählter Tageszeitungen; Anzeigen.) – Phil. Diss. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1976.

- 2386 FRANZEN, Hans-Joachim (Universität Göttingen): **Regionale Strategiediskussion und Parteistandpunkt in der deutschen Sozialdemokratie zwischen der Aufhebung des Sozialistengesetzes und dem 1. Weltkrieg. Zur Rolle der Parteiführer auf Wahlkreis- und Landesebene bei der Ausgestaltung der Politik der SPD an den Beispielen Niederrhein und Baden.** – (Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungsstrukturen. Schwerpunkt: Auseinandersetzung mit den Thesen von der Bedeutung der Bürokratisierung für die Ausprägung der Parteipolitik. Quellenbasis: vor allem Zeitungsmaterial.) – Phil. Diss.

(bei Prof. Helga Grebing). — In Bearbeitung.

- 2387 WISTRICH, Robert Salomon (University of London): **Socialism and the Jewish Question in Germany and Austria, 1880 - 1914.** — (Theorie und Praxis. Philo- und Antisemitismus in der Arbeiterbewegung, Haltung gegenüber dem Judentum, jüdische Gemeinden in Deutschland und Österreich, Assimilation und Zionismus. Quellenbasis: Nachlässe, Presseorgane, Protokolle der Sozialisten-Kongresse u.a.; IISG Amsterdam, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg, Österreichische Nationalbibliothek und Arbeiterkammer, Wien, Wiener Library und British Museum, London.) — Ph. D. (bei Prof. C. Abramsky). — Abgeschlossen 1974.

- 2388 HULL, Isabel (Yale University, New Haven, Connecticut): **Die kaiserliche Umgebung, 1888 - 1918.** — (Eine Sozialgeschichte der Freunde und Berater Wilhelms II. Es wird u.a. die Haltung dieses Kreises zur Industrialisierung Deutschlands und zur sozialen Frage untersucht. Quellenbasis: vor allem Nachlässe.) — Ph.D. — In Bearbeitung.

c) Weltkrieg und Revolution

- 2389 TARUMI, Setsuko (Tokio): **Die Publizistik der USPD in der Revolutionszeit 1918/19.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung; Abschluß 1975.

d) Weimarer Republik

- 2390 HÄGEL, Helmuth (Universität Erlangen-Nürnberg): **Die Stellung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu Staat und Partei in den Anfangsjahren der Weimarer Republik.** — Staatsexamensarbeit (bei Prof. Ursula Schmiederer). — Abgeschlossen.

- 2391 BUHL, Manfred (Universität Bochum): **Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland 1924 - 1930 und die Politik der Freien Gewerkschaften.** — (Verhältnis von Theorie und Praxis in der Stabilisierungsphase, Reaktion auf die beginnende Weltwirtschaftskrise; innergewerkschaftlich: Verhältnis von Basisbewegungen und Vorstandspolitik, Auseinandersetzung zwischen reformistischem und revolutionärem Flügel.) — Phil. Diss. — Ms.-Abschluß voraussichtlich 1976. — Siehe auch IWK 17, Titelverzeichnis Nr. 1880.

- 2392 WIESZT, József (Universität Frankfurt): **Zur Gewerkschaftspolitik der KPD in den Jahren 1928 - 1932.** — (Verbaler Anspruch der KPD, eine sozialrevolutionäre Politik zu betreiben, und tendenziell reformistische und ökonomistische Standpunkte in der politischen Praxis. Quellenbasis: Protokolle der KI, KPD, RGI und RGO, zentrale und theoretische Organe der KI, KPD und RGI, Broschüren und Schulungsmaterial; unveröffentlichtes Material aus dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf und dem Schweizerischen Sozialarchiv, Zürich). — Phil. Diss. (bei Prof. Iring Fetscher). — Abschluß im Frühjahr 1975.

- 2393 ROLLINS, Vance (Indiana State University, Bloomington): **Artists on the Left: Four Examples from the Weimar Republic.** — Ph. D. — Abgeschlossen 1972. — Hinweis in AIMS 11 (1974), Nr. 3.

- 2394 STEPHAN, Alexander (University of California, Los Angeles): **Das vergessene Erbe: Max von der Grün und der Arbeiterkorrespondentenroman der Weimarer Republik.** — Aufsatz. — Abgeschlossen. — Erscheint in Kürze in „Text + Kritik“.

e) 1933 – 1945

- 2395 STROECH, Jürgen (IML beim ZK der SED, Berlin): **Die illegale Presse – eine Waffe im Kampf gegen den deutschen Faschismus. Ein Beitrag zur Geschichte und Bibliographie der illegalen antifaschistischen Presse 1933 - 1939.** – Phil. Diss. – Abgeschlossen März 1974. – Hinweis in BzG 16 (1974), H. 6, S. 1081.
- 2396 STEPHAN, Alexander (University of California, Los Angeles): **Einführung in die deutsche Exilliteratur (1933 - 1945).** – Geschichte der deutschen Exilliteratur einschl. Vorgeschichte in der Weimarer Zeit, NS-Kulturpolitik, Lebensbedingungen in den verschiedenen Stationen des Exils, Einfluß der Exilsituation auf die linguistischen und thematischen Aspekte der Exilliteratur, Auswirkungen des Exils auf die Literatur der BRD und der DDR.) – Monographie. – In Bearbeitung. – Soll 1976 in der C.H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung, München, erscheinen.
- 2397 STEPHAN, Alexander (University of California, Los Angeles): **Von der antifaschistischen zur kommunistischen Kulturpolitik: Pläne der Moskauer Exil-KPD für ein Nachkriegsdeutschland.** – Aufsatz. – Ms.-Abschluß in Kürze. – Erscheint im Frühjahr 1975 in einem Sonderheft der Zeitschrift „europäische ideen“ zur Wiener Exiltagung im Juni 1975.
- 2398 KUTSCH, Lothar (TU Hannover): **Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF).** – (Zentrale Frage, welche Erfolgchancen der deutsche Faschismus hatte, die Arbeiterklasse durch Sozialmaßnahmen in das System zu integrieren und damit nutzbar zu machen. Gliederung: Arbeit der KdF im Produktions- und im Freizeitbereich, Ideologiekomponenten und Propagan-

damechanismen und deren „mögliche Erfolge“. Die Arbeit stützt sich fast ausschließlich auf Primärquellen der NS-Organisation.) – Staatsexamensarbeit (bei Dr. Christian Riechers). – Abgeschlossen Januar 1974.

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

- 2399 ENGELS, Dagmar (Universität Freiburg): **Wohnungsbaupolitik in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland: Soziale und wirtschaftliche Konsequenzen, gesellschaftspolitische Vorstellungen.** – (Funktion der Sozialpolitik im kapitalistischen Staat am Beispiel des Wohnungsbaus. Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft nach dem Krieg, Abschreibungsmöglichkeiten und Grundsteuervergünstigungen werden in Verbindung mit der wirtschaftlichen Situation der werktätigen Bevölkerung, die „familiengerechte“ Politik in der Tradition von Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Zeit gesehen. Quellen: Stenographische Berichte und Drucksachen des 1. Deutschen Bundestages; Publikationen der Gewerkschaften, des Volksheimstättenwerks, von Wohnungsbaugenossenschaften und Hausbesitzerverbänden.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Heinrich A. Winkler). – Abschluß voraussichtlich April 1975.
- 2400 BEIER, Gerhard (Universität Kiel): **Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948 im Zusammenhang der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands.** – (Machtstellung der Gewerkschaften im „bizonalen Interregnum“, Verfassungsinitiativen, Verlauf und Funktion des Generalstreiks, Problem der Integration.) – Monographie. – Abgeschlossen. – Soll demnächst in der Europäischen Verlagsanstalt, Frankfurt a.M., in der Reihe „Theorie und Praxis der Gewerkschaften“ erscheinen.

2401 HEILHECKER, Elly (Universität Leipzig): **Veränderungen in Profil und Struktur der Arbeiterklasse der DDR beim Übergang zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft.** — Phil. Diss. — Abgeschlossen Januar 1974. — Hinweis in ZfG 22 (1974), H. 8, S. 876.

2402 ROTH, Heidi (Universität Leipzig): **Die Gruppe der Arbeiterklasse in den Industriebetrieben mit staatlicher Beteiligung. Ihre Formierung, Entwicklung und ihre Rolle in den Jahren 1956 bis 1967.** — Phil. Diss. — Abgeschlossen März 1974. — Hinweis in ZfG 22 (1974), H. 8, S. 876.

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

2403 BÖHRINGER, Siegm. H. W. (FU Berlin): **Strukturveränderungen im Handwerk der Rheinprovinz 1882 - 1914.** — (Das Verhalten der mittelständischen Handwerkswirtschaft im Zuge der Industrialisierung. Ziel: Überprüfung der von der zeitgenössischen Wissenschaft aufgestellten „Niedergangstheorie“.) — Diplomarbeit (bei Prof. Wolfram Fischer). — Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1975.

2404 BIENEMANN, Manfred (Universität Tübingen): **Lohnpolitik in der Schwerindustrie des Ruhrgebiets während der Zeit der Zentralarbeitsgemeinschaft 1918 - 1924. Ein Beitrag zur Auseinandersetzung der Tarifparteien mit der Inflation.** — (Einfluß der Inflation auf die Lohnpolitik sowohl am regionalen Beispiel als auch am Eingreifen der Spitzenverbände und des Staates. Quellenbasis: Werksarchive im Ruhrgebiet; Arbeitgeber- und Gewerkschaftspresse; Akten der Reichskanzlei.) — Phil. Diss. (bei Prof. K. E. Born). — Ms.-Abschluß 1975.

2405 SAAM, Rudolf (Saarbrücken): **Die evangelische Kirche an der Saar und die soziale Frage im 19. Jahrhundert.** — (Soziologische und konfessionelle Veränderungen nach 1850; kirchliche Notstände; Neugründung von Pfarreien; politische und soziale Entwicklung.) — Aufsatz. — Ms.-Abschluß voraussichtlich März 1975. — Zur Veröffentlichung in der Festschrift „Die evangelische Kirche an der Saar in Vergangenheit und Gegenwart“ vorgesehen.

b) Lokal

2406 MATULL, Wilhelm (Düsseldorf): **Geschichte der Düsseldorfer Arbeiterbewegung.** — Monographie. — In Bearbeitung; Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1976. — Soll in der Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg, erscheinen.

2407 RIECHERS, Christian u. a. (TU Hannover): **Geschichte der Arbeiterbewegung Hannovers in den zwanziger Jahren.** — Forschungsprojekt. — Geplant.

2408 BERS, Günter (PH Köln): **Der Arbeiter- und Soldatenrat in Jülich im November 1918.** — (Aufgrund von Quellen aus den Stadtarchiven Jülich und Linnich.) — Aufsatz/Dokumentation. — Ms. abgeschlossen. — Erscheint im Bd. 41 der „Beiträge zur Jülicher Geschichte“.

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

Schweden

2409 McEWEN, William: **Working-Class Politics in Sweden, 1919 - 1934.** — Ph. D. — Abgeschlossen 1970. — Hinweis in AIMS 11 (1974), Nr. 3.

- 2410 FINDEISEN, Jörg-Peter (Universität Greifswald): **Probleme der „Klassenzusammenarbeit“ in der schwedischen Gewerkschaftsbewegung unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1938 bis 1950.** — Phil. Diss. — Abgeschlossen Juni 1974. — Hinweis in ZfG 22 (1974), H. 10, S. 1115.

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE

- 2411 WITTMANN, Erich (Universität Wien): **Die Sozialistische Jugend-**

Internationale 1932-1939. — (Faschismus, drohende Kriegsgefahr, Einheitsfront mit kommunistischer Jugend-Internationale. Quellenbasis: Korrespondenz mit angeschlossenen Verbänden, mit der KJI u.a.; Kongreß-Protokolle; Protokolle der Exekutivkomitee-Sitzungen; Zeitschriften und Broschüren der SJI.) — Phil. Diss. (bei Prof. Lutz). — Fortgeschrittenes Stadium der Bearbeitung.

Nachträge zum Titelverzeichnis

Heft 6, Nr. 751

Die Arbeit von Ingrid LAFLEUR wurde 1972 unter dem Titel „Socialists, Communists, and Workers in the Austrian Revolution, 1918-1919“ von der Columbia University, New York, als Dissertation angenommen. — Hinweis in AIMS 11 (1974), Nr. 3.

Heft 7, Nr. 899

Die Studie von Bernard MOSS wurde 1972 unter dem Titel „Origins of the French Labor Movement: The Socialism of Skilled Workers“ von der Columbia University, New York, als Dissertation angenommen. — Hinweis in AIMS 11 (1974), Nr. 3.

Heft 7, Nr. 903

Die Arbeit von Alexander ZAMPIERON wurde 1972 unter dem Titel „The Communist Party of Italy: A Study of Communist Adaptation to Change“ von der Fletcher School of Law and Diplomacy als Dissertation angenommen. — Hinweis in AIMS 11 (1974), Nr. 3.

Heft 9, Nr. 1117

Die Arbeit von George ELIASBERG ist 1974 unter dem Titel „Der Ruhrkrieg von 1920“ als Band 100 der

Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung im Verlag Neue Gesellschaft GmbH, Bonn-Bad Godesberg, erschienen (XXI, 304 S.).

Heft 9, Nr. 1152

Die Habilitationsschrift von Peter LÖSCHE ist 1974 unter dem Titel „Industriegewerkschaften im organisierten Kapitalismus. Der CIO in der Roosevelt-Ära“ im Westdeutschen Verlag, Opladen, im Umfang von 259 S. erschienen.

Heft 13, Nr. 1469

Die Studie von Paul BREINES wurde 1972 unter dem Titel „Lukács and Korsch, 1910-1932“ von der University of Wisconsin, Madison, als Dissertation angenommen. — Hinweis in AIMS 11 (1974), Nr. 3.

Heft 13, Nr. 1508

Die Arbeit von Robert NEUMAN wurde 1972 unter dem Titel „Socialism, the Family and Sexuality: The Marxist Tradition and German Social Democracy before 1914“ von der Northwestern University als Dissertation angenommen. — Hinweis in AIMS 11 (1974), Nr. 3.

Heft 15, Nr. 1677 (siehe auch Nachtrag in Heft 1/1974)

Die Arbeit von Robert SIGEL ist im Juli 1974 unter dem Titel „Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im Ersten Weltkrieg“ von der Universität München als Dissertation angenommen worden. Veröffentlichung für 1975 geplant.

Heft 16, Nr. 1788

Die Monographie von Arnita A. JONES über „Left Socialism in the Weimar Republic“ ist abgeschlossen und wurde der Indiana University Press zur Veröffentlichung angeboten.

Heft 17, Nr. 1858

Die Staatsexamensarbeit von Monika KRAMME (Göttingen) ist 1973 unter dem Titel „Franz Mehrings Methoden- und Theorieauffassung in seinen

historischen Schriften“ angenommen worden. — Vgl. auch Nr. 2370 des vorliegenden Titelverzeichnisses.

Heft 18, Nr. 1982

Die Studie von Gerhard BEIER über „Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933“ wurde überarbeitet und erweitert und wird 1975 von der Europäischen Verlagsanstalt in der Reihe „Theorie und Praxis der Gewerkschaften“ veröffentlicht.

Heft 3/74, Nr. 2324

Die Arbeit von David E. BARCLAY über „Social Politics and Social Reform in Germany, 1890-1933: Rudolf Wissell and the Free Trade Union Movement“ ist im Oktober 1974 von der Stanford University als Dissertation angenommen worden.

NEUE LITERATUR

Max Adler (1873 – 1937). Eine Bibliographie. Zusammengestellt von Hans Schroth unter Mitarbeit von Herbert Exenberger. Mit einem Geleitwort von Dr. Hertha Firnberg, (=Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 2.) Wien: Europaverlag 1973. 63 S.

Seiner 1970 vorgelegten Karl Renner-Bibliographie hat Schroth im Jubiläumsjahr Max Adlers ein weiteres Hilfsmittel für die Erforschung des Austromarxismus folgen lassen, dessen Gedankengut, wie Karl R. Stadler in seinem Nachwort hervorhebt, erneut zum Gegenstand des wissenschaftlichen Interesses geworden ist. Für den Zeitraum von 1901 bis 1936 weisen die Bearbeiter insgesamt 265 Originaltitel nach. Neben Adlers Buchveröffentlichungen und seinen übrigen selbständigen Publikationen sowie den Aufsätzen, Vorträgen und Reden haben auch die kleineren Zeitungsartikel Berücksichtigung gefunden. Nr. 266 verzeichnet Sandkühlers und de la Vegas Edition ausgewählter Texte von Otto Bauer, Adler, Renner und anderen Austromarxisten, während die Nummern 267 bis 272 Adlers Tätigkeit als Herausgeber von Zeitschriften und Schriftenreihen vermerken. Bei dem Versuch, auch die Sekundärliteratur zu erfassen, wurden einschließlich Arkadij Gurlands „Marxismus und Diktatur“ 44 Beiträge ermittelt.

Dem Beispiel von Alfred Milatz, Werner Blumenberg und Ernst Schraepfer folgend, hat sich Schroth gegen eine Gliederung nach Sachgebieten entschieden und den Weg chronologischer Einordnung nach Erscheinungsjahren gewählt. Ein Personen- und ein Sachregister erleichtern die Auswertung unter anderen als rein zeitlichen Gesichtspunkten. Innerhalb der einzelnen Jahre unterscheidet Schroth weiter zwischen den Gruppen „Bücher und Broschüren“ einerseits sowie „Aufsätze und Beiträge“ andererseits. Neuauflagen, Nachdrucke und Übersetzungen werden unter dem jeweiligen Titel registriert, die selbständigen Publikationen sind zum großen Teil durch Inhaltsübersichten aufgeschlüsselt. Leider kann der Benutzer nicht in je-

dem Fall klar erkennen, ob eine Annotation Bestandteil des Titels oder Zusatz der Bearbeiter ist (siehe z.B. Nr. 40, 67, 118), die eine Darlegung ihrer bei der Materialsuche und bei der Textgestaltung angewandten Prinzipien für entbehrlich hielten – das Vorwort Hertha Firnbergs gibt nur den Text der Einführungsrede wieder, die sie im Januar 1973 auf einer Adler-Gedenkfeier der „Sozialistischen Bildungszentrale“ gehalten hat. Daß Schroth grundsätzlich die vollständige Erfassung aller Veröffentlichungen Adlers und aller selbständigen Publikationen über ihn vorschwebte, wird nicht ausdrücklich gesagt, läßt sich jedoch aus der mit Teil II des Sekundärschrifttums verbundenen Einschränkung (S. 51) folgern. Seine langjährige Erfahrung als Bibliothekar des Karl-Marx-Instituts der SPÖ bietet die sichere Gewähr dafür, daß er seinem Ziel weitestgehend nahegekommen ist. Hinweise auf weitere Sekundärliteratur – u.a. müßte noch manche Rezension der Werke Adlers aufzuspüren sein – wird er zweifellos dankbar begrüßen.

Henryk Skrzypczak

Friedrich Engels. 1820 – 1970. Referate – Diskussionen – Dokumente. Internationale wissenschaftliche Konferenz in Wuppertal vom 25.–29. Mai 1970. Redaktion: Hans Pelger. (=Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 25.). – Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen 1971. XII 376 S.

Über das 1970 von der Stadt Wuppertal veranstaltete Friedrich-Engels-Symposium hat die *IWK* bereits ausführlich berichtet,¹ daß es an dieser Stelle entbehrlich scheint, die im Hauptteil der inzwischen vorgelegten offiziellen Tagungsdokumentation zusammengefaßten Referate noch einmal aufzuzählen und inhaltlich

1 Siehe Henryk Skrzypczak, *Internationale wissenschaftliche Engels-Konferenz in Wuppertal*, in: *IWK* 10 (1970), S. 62–87.

zu umreißen. Abgesehen von wenigen Ausnahmen, stimmen die publizierten Texte mit den seinerzeit eingereichten Fassungen im wesentlichen überein. Agnes Sagvari hat sich zu einer immerhin bemerkenswerten Anreicherung ihres Beitrags „Engels und Ungarn“ entschlossen, während Radoslav Jans Ausführungen über „Friedrich Engels und die jugoslawischen Völker“ wegen verspäteten Eingangs nur als Resümee in einem Nachtrag Aufnahme gefunden haben. Von der Möglichkeit, die Referate durch Anmerkungen zu ergänzen, haben lediglich Auguste Cornu und Jehuda L. Wallach keinen Gebrauch gemacht.

Der ursprüngliche Plan, auch die Debatten im vollen Wortlaut wiederzugeben, ist leider fallengelassen worden. Als bestimmende Gründe hierfür nennt der Redaktor das doppelte Bestreben, einerseits den Umfang des Bandes nicht übermäßig stark zu vergrößern und andererseits den Erscheinungstermin – zeitweise war an Friedrich Engels' 150. Geburtstag gedacht – nicht noch weiter hinausschieben zu müssen. Wer die stellvertretend aufgenommenen Kurzberichte mit den Zusammenfassungen in der *IWK* vergleicht, wird sich des Verdachts kaum erwehren können, daß die genannten Motive nicht die einzig ausschlaggebenden waren. Obgleich für die Bearbeitung Abschriften der Konferenztonbänder zur Verfügung standen, weisen die Berichte einige charakteristische Lücken auf, die allerdings unter Umständen auch nur der für die Forschung bedauerlichen Tatsache ihre Entstehung verdanken, daß „die akustische Wiedergabe der Diskussion nicht in allen Fällen befriedigend war“. Unbefriedigend wäre die Technik dann mit Vorliebe an jenen Stellen gewesen, an denen gewisse ideologische Kontrapunkte den Eindruck fast vollendeter Debattenharmonie störten. Wie dem auch sei – der an einer weitergehenden Rekonstruktion interessierte Leser wird, sofern ihm die Tonbänder nicht zugänglich sind, ergänzend auf die knappere *IWK*-Fassung zurückgreifen müssen.

Daß der Verdacht politisch bedingter Textmanipulation sich überhaupt einstellen kann, hängt mit den Hintergründen einer Entdeckung zusammen, die den uneingeweihten Teilnehmer der Konferenz zunächst nur verblüfft. Gerade derjenige Beitrag, der durch seine totale Infragestellung der weltanschaulichen Position von Friedrich Engels die schärfste Kontroverse des Symposiums ausgelöst hat – Maximilien Rubels bewußt provozierend formulierte „Gesichtspunkte zum Thema 'Engels als Begründer'“ –, ist im Band nicht enthalten. Die Vermutung, daß der Autor die Fragwürdigkeit seiner Thesen erkannt und deshalb auf ihren Abdruck verzichtet hat, erweist sich bei der Nachprüfung als falsch.

Wie Rubel berichtet,² ist er bei seinem Eintreffen in Wuppertal durch die Mitteilung überrascht worden, die sowjetische und die DDR-Delegation hätten für den Fall, daß sein Thesepapier behandelt würde, mit dem Verlassen der Konferenz gedroht. Eine so dramatische Wendung wurde nach längeren Vermittlungsgesprächen durch die wahrhaft salomonische Kompromißformel verhindert, daß Rubels „Gesichtspunkte“ zwar nicht zur Verlesung gelangen, wohl aber innerhalb der Debatte kommentiert und diskutiert werden dürften. Weil, wer den Schaden hat, bekanntlich für den Spott nicht zu sorgen braucht, findet Rubel den Vorgang im letzten der Kurzberichte folgendermaßen umschrieben: „Er hatte der Konferenz einen polemisch formulierten gegen Engels gerichteten Text eingereicht, ohne diesen dann im Plenum vorzutragen“. Die brisanten Thesen wiederum werden in hochsublimen Weise vermittelt: „Engels habe sich besonders nach Marx' Tod energisch darum bemüht, den von Marx-Gegnern geprägten Ausdruck Marxismus zu einem sinnhaft definierten Begriff zu erheben. Dabei sei Engels zum Begründer eines von Marx selbst unbeabsichtigten

2 Vgl. Maximilien Rubel, *La légende de Marx ou Engels fondateur*, in: *Économies et Sociétés* VI (1972), S. 2189 f.

hybriden Denksystem geworden. Die ideologischen Ansätze dieses Systems hätten sich nach Engels' Tod dann zu einer zwangsläufig klassenbedingten Begriffsmythologie entwickelt". In solch sinnhaft ergreifender Form allerdings dürfte Rubels Gedankengang sogar die Zensur in Albanien passieren.

Dem Hauptteil des Bandes schließt sich ein spezieller Dokumentationsteil an, den Hans-Peter Harstick mit einem editorischen Kabinettstück eröffnet. Unter dem Titel „Friedrich Engels: Markverfassung der Urzeit“ legt er aus den Beständen des IISG einen Entwurf vor, bei dem es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um die erste Fassung der von Engels dreimal umgeschriebenen Studie über „Die Mark“ handelt. In seiner Einführung arbeitet Harstick den Kern der durch die Forschung seit Jahrzehnten weitgehend aufgegebenen Markgenossenschaftstheorie Georg Ludwig von Maurers heraus, dem Engels grundlegende Anschauungen über die ältere genossenschaftlich strukturierte Agraverfassung verdankte. Editionstechnisch setzt der Herausgeber mit seiner mediävistisch anmutenden Akribie höchste Maßstäbe und vermittelt so einen beklemmenden Eindruck davon, über welche Anmerkungshalden hinweg eines nicht zu fernen Tages der wissenschaftliche Einstieg in das revolutionierende Werk von Marx und Engels gesucht werden muß.

„Unbekanntes und Vergessenes von Friedrich Engels“ steuert Bert Andréas mit der „anspruchlosen“ Veröffentlichung einiger Texte bei, auf die er in zwanzigjähriger Forschungsarbeit gestoßen ist. Hierzu gehören, umfangreich annotiert, außer einer Widmung insgesamt neun Schreiben, die an Maltman Barry, Gabriel Deville, Jules Guesde, Amand Goegg, Georg Schumacher und Adelheid Popp gerichtet sind. Aus dem „Volksstaat“ übernimmt Andreas zwei ohne Verfasserangabe publizierte Artikel, für deren Autor er Engels hält. Als der erste dieser Beiträge – „Vom Haager Kongreß der Internationale“ – 1964 in französischer Übersetzung erschienen war,

stieß die Zuschreibung noch auf Einwände die Andreas überzeugend zu entkräften weiß. Seine Argumente lassen auch die Authentizität des zweiten Artikels – „Die Republik in Spanien“ – als endgültig gesichert erscheinen.

Erneuten Nachforschungen bei der Familie Longuet sind weitere, und zwar „Sieben unveröffentlichte Dokumente von Friedrich Engels“ zu verdanken, die Emile Bottigelli ediert und für den Band zur Verfügung gestellt hat. Es handelt sich um vier inhaltsreichere Briefe an Marx' Tochter Jenny aus den Jahren 1869, 1870 und 1872, ferner um ein 1876 an Frau Marx gerichtetes Schreiben, das in der Hauptsache auf den Gesundheitszustand Helene Demuths eingeht, sowie um zwei Postkarten an Eleanor Marx-Aveling aus den Jahren 1894 und 1895. Auch außerhalb des Dokumentationsteils sind Inedita zum Abdruck gelangt. Werner Hahlweg hat seinem Referat den militärwissenschaftlichen Text „Artilleristisches aus Amerika“ beigegeben und Zdeněk Šolte, dessen Aufsatz „Friedrich Engels und Böhmen“ den folgenden Teil der eingesandten, aber nicht vorgetragenen Arbeiten eröffnet, überrascht mit einer Grußbotschaft, die Engels am 13. November 1891 dem Brünner „Volksfreund“ zugeachtet hat.

Šolte verzichtet darauf, sich erneut mit dem schroffen Standpunkt auseinanderzusetzen, den Engels während der 1848er Revolution gegenüber den Tschechen eingenommen hat, und konzentriert sich stattdessen auf die Frage, „was man im böhmischen Milieu über Engels wußte und wie Engels über die böhmischen Verhältnisse in den späteren Jahren informiert war“. Wie in Ungarn ist der Verfasser des Werkes über „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ auch in Böhmen schon früh zur Kenntnis genommen worden. Erst in den beiden letzten Dezennien des Jahrhunderts aber, nach dem Erstarken der österreichischen Sozialdemokratie, kommt es zu einem intensiveren Aufbau der Kontakte zwischen ihm und der Arbeiterbewegung in Böhmen, wobei zu-

nächst Kautsky, später dann Victor Adler die Rolle des wichtigsten Vermittlers übernimmt. Durch das Entgegenkommen des IML Moskau ist es dem Verfasser möglich gewesen, im Anmerkungsapparat erstmals eine Reihe von Schreiben zu publizieren, die Engels in den achtziger und neunziger Jahren aus den böhmischen Ländern erreichten.

Die Reaktion der Dioskuren auf den Krimkrieg und die ihm vorangehende Krise sowie auf die Orientkrise von 1875–78 ist Bezugspunkt, nicht aber Schwerpunkt des Beitrags von Virginia Paskaleva und K. Kossev zum Thema „Marx/Engels und einige Probleme der Orientfrage“. Unter Hinweis auf die in der Literatur begegnenden Begriffsvarianten heben die Autoren hervor, daß sich mit der Orientfrage noch immer wichtige unbearbeitete und ungeklärte Probleme verknüpfen. Dies gilt für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung des Osmanischen Reiches in den Jahrzehnten vor dem Krimkrieg ebenso wie für das Verhältnis zwischen der Entwicklung des Kapitalismus als Binnenprozeß und der zunehmenden Expansion fortgeschrittener Länder in den türkischen Wirtschaftsraum. Die beiden bulgarischen Historiker räumen ein, daß Marx und Engels sich 1853 nur am Rande mit der Orientfrage beschäftigen konnten, attestieren ihnen jedoch eine unter diesen Voraussetzungen um so erstaunlichere, wenn auch mit der Eigenart des methodischen Ansatzes und einem außerordentlichen Gespür für gesellschaftliche Erscheinungen erklärbare Präzision in der Erfassung sowohl der Grundprobleme als auch der Besonderheiten. „Ihre Feststellungen hinsichtlich der im Osmanischen Reich herrschenden Situation und ihre Charakterisierung der Politik der Großmächte haben auch heute noch ihren wissenschaftlichen Wert“.

Offene Türen rennt Volker Hunecke ein, der sich zum Thema „Engels über die italienische Sektion der IAA (1871–1873)“ vernehmen läßt. Ausgehend von der im Hauptteil durch Ragionieri behandelten Kontroverse über die Gründe für das Schei-

tern der Politik des Generalrats, empfiehlt er eine vertiefte Untersuchung, in der z.B. der ideologische Gehalt anarchistischer und marxistischer Politik in ihrem Verhältnis zu den realen Bedürfnissen der italienischen Bauern- und Arbeitermassen explizit analysiert und dargestellt werden müßte. Da diese Aufgabe auf knapp dreieinhalb Seiten nicht zu lösen ist, trägt er mit kritischem Unterton bekannte Stellungnahmen von Engels vor, ohne daß sich neue Gesichtspunkte ergeben. – Der Anhang des Bandes enthält ein Teilnehmerverzeichnis sowie ein Autorenregister mit biographischen Daten.

In der Summe vermittelt die Publikation zwar kein lückenloses, doch ein außergewöhnlich facettenreiches Bild der Persönlichkeit von Friedrich Engels in den Hauptstadien seiner Entwicklung und in den wesentlichen Bereichen seiner weitgespannten Aktivität. Der *homo oeconomicus* tritt ebenso ins Blickfeld wie der politische Vorkämpfer und der wissenschaftliche Selfmademan. Neben historischen Auswirkungen wird auch ein Teil des Fragenkomplexes sichtbar, der sich heute mit dem Namen von Friedrich Engels verbindet. Durch die im allgemeinen repräsentative Auswahl der Referenten aus 'Ost und West' ist erreicht worden, daß der Band eine zweifache Funktion erfüllt: Er unterrichtet vorzüglich über den internationalen Forschungsstand und ist zugleich eine zeitgeschichtliches Dokument.

Henryk Skrzypczak

TROTSKY, Léon: Défense du marxisme. URSS, marxisme et bureaucratie. Préface de Pierre Naville, introduction de Jean-Jacque Marie. – Paris: Études et Documentation Internationales 1972. 354 S.

TROTZKI, Leo: Verteidigung des Marxismus. – Berlin: Verlag Neuer Kurs 1973. 300 S.

Beide Texte gehen zurück auf die posthum (1942) in den USA erschienene Brief- und Artikelsammlung Trockij: „In defence of marxism. Against the petty bourgeois opposition“, die seither verschiedentlich (New York 1964, London 1966, New York 1967 usw.) wieder neu aufgelegt wurde und innerhalb des Franktionsgezänks der trotzkistischen Gruppen bzw. Vierten Internationalen eine Art Heiliger Schrift bildete. Sie besteht aus 36 Briefen und Artikeln Trockij aus der Zeit vom 12. September 1939 bis zum 17. August 1940 (20. August: Ermordung Trockij) und befaßt sich vor allem mit der Frage der Verteidigung der UdSSR gegenüber einem bevorstehenden faschistischen Angriff, eine Frage, die natürlich das Problem einer korrekten Einschätzung der Sowjetunion in der damaligen aktuellen Situation aufwarf und zur Spaltung der 1938 gegründeten Vierten Internationale bzw. der „Socialist Workers' Party“ (SWP), ihrer amerikanischen Sektion, führte.

Zu der deutschen Ausgabe gibt es – über allgemeine inhaltliche Aussagen hinaus, die zu der französischen Ausgabe zu machen sind – nichts weiter zu sagen; sie ist die bloße Reproduktion der amerikanischen Erstausgabe in schlechter Übersetzung. Der Verlag verzichtete auf Einleitung, Vorworte oder kritische Kommentierung und hielt es nicht einmal für nötig, die – wenn auch insgesamt spärlichen – diversen erklärenden Fußnoten mit zu übersetzen, die sich die jeweiligen Verleger der verschiedenen englischsprachigen Neuauflagen zur Schaffung eines Minimums an historischem Vorverständnis anzuführen genötigt sahen.

Ganz anders die französische Ausgabe: Die Herausgeber, die – wenn auch nicht umstandslos – zum trotzkistischen Gesamtzusammenhang gerechnet werden müssen, haben sich hier in editorischer Hinsicht ganz besondere Mühe gegeben. Abgesehen von zwei umfangreichen Einleitungen von 15 (Naville) und 50 (Marie) Seiten sind in zahlreichen Anmerkungen bzw. Fußnoten historische Erklärungen und bibliographische Quellenverweise gegeben, die eine Weiterarbeit gerade in diesem quellenmäßig komplexen und nur schwer zugänglichen und überschaubaren Bereich erleichtern. Zudem haben die Herausgeber die in der Originalausgabe – und somit auch in der deutschen Ausgabe – reichlich zufällige und verwirrende, rein auf zeitlicher Reihenfolge beruhende Zusammenstellung bzw. Durcheinanderwürfelung von Artikeln und Briefen verändert; die sieben – samt und sonders relativ umfangreichen – Artikel Trockij aus dieser Zeit, meist für Trockij „Bjulleten' oppozicii“ geschrieben und anschließend ins Englische übersetzt, wurden durch zwei Artikel aus dem Jahr 1937 ergänzt, die thematisch in den gleichen Zusammenhang gehören und sich mit der Klassennatur der UdSSR und der Notwendigkeit ihrer Verteidigung befassen. Diese Artikel, von Trockij in Russisch geschrieben, sind von den Herausgebern der französischen Ausgabe, wie ein kurzer Übersetzungsvergleich zu zeigen schien, offensichtlich nicht aus der zweiten in die dritte Sprache übersetzt worden, was erfahrungsgemäß gerade bei solchen meist unter grossem politischen Druck hastig durchgeführten Erstübersetzungen eine hohe Fehlerquote mit sich bringt, sondern verdienstvollerweise aus dem russischen Original ins Französische. Daran schließen sich die – von Trockij in Englisch geschriebenen – Briefe Trockij an verschiedene Vertreter an, die im Rahmen der Auseinandersetzungen innerhalb der SWP stehen. Der Anhang enthält neben zwei Texten von James Burnham, dem Wortführer der

„Minderheit“ innerhalb der SWP,¹ einen Diskussionsbeitrag aus dem damaligen Rahmen der französischen Sektion der Vierten Internationale zur Frage der Klassenstruktur der UdSSR sowie zwei Briefe aus dem Jahr 1959, die die damaligen Zusammenhänge historisch weiter klären helfen wollen.

Nun ließe sich sicher Sinn und Zweck einer so sorgfältig durchgeführten, gewissermaßen „aufwendigen“ Veröffentlichung in Frage stellen: Wenngleich es sich bei dem Verfasser um einen so bedeutenden Vertreter der kommunistischen Bewegung wie L.D. Trockij handelt, stehen die Texte und die ganze Auseinandersetzung, um die es hier geht, formal zunächst einmal in einem sehr engen, sektenhaften Rahmen, den vornehmlich der amerikanische Trotzkismus niemals sprengen konnte; mit anderen Worten, es handelte sich damals um eine fernab jeder konkreten Klassenrealität stehende, auf abstrakter Ebene geführte, politisch irrelevante Diskussion. Daß sie inhaltlich auch und gerade heute von historischem Interesse ist, liegt in Tatsachen begründet, die jenseits ihres unmittelbaren Stellenwertes stehen.

Seit 1921 – oder, wenn man so will, bereits 1918, seit Rosa Luxemburgs „Die russische Revolution“ – hatte die Idee, die Sowjetunion sei kein proletarischer bzw. sozialistischer Staat mehr und die Bürokratie eine neue herrschende Klasse bzw. im Begriff, eine solche zu werden, gewissermaßen in der Luft gelegen. Im Laufe der 20er und 30er Jahre war dieser Gedanke in höchst unterschiedlichen Spielarten und Argumentationsweisen – von Korsch „Zur Geschichte der marxistischen Ideologie in Rußland“² bis hin zu rechtssozi-

aldemokratischen Positionen, die schadenfroh und selbstgerecht feststellten, daß in Rußland ein staatskapitalistisches System bestehe – immer wieder aufgetaucht, und auch Trockij hatte ihn in seinen Überlegungen zu „Thermidor“ und „Bonapartismus“³ in bestimmter Form zum Ausdruck gebracht.

Tatsächliche historische Durchschlagskraft gewann diese Kritik der Sowjetunion, die natürlich gerade innerhalb der trotzkistischen Bewegung besonders virulent war, allerdings erst, als sich mit ihr – ob mit oder gegen ihren Willen – eine neue ideologische Richtung verband, die sich zum ersten Mal in dem von Trockij heftig angegriffenen Versuch von Bruno Rizzi⁴ historisch konkretisierte, die Argumentation von der Bürokratie als der neuen herrschenden Klasse in der Sowjetunion über die Sowjetunion hinaus historisch zu verallgemeinern und daraus eine welt-historische Entwicklungsperspektive abzuleiten. Rizzis Thesen liefen kurz gesagt darauf hinaus, das Faschismus, Stalinismus und das System des amerikanischen New Deal gleichermaßen Ausdruck einer neuen weltweiten Gesellschaftsordnung seien, daß es sich hier gar nicht mehr um Sozialismus oder Kapitalismus handele, sondern um das neue System des bürokratischen Kollektivismus, das die Bürokratie als neue herrschende Klasse etabliere und die Hoffnungen der Arbeiter auf den Sozialismus zunichte mache oder zumindest in weite Ferne rücke.

Während Trockij sich bei allen Angriffen auf den „Stalinismus“ immer gehütet hatte, einen solchen Schritt zu vollziehen, und trotz der Einschätzung des „Stalinismus“ als „themidorianischer Reaktion“

1 *Science et style* vom 1. Februar 1940 – Burnhams Antwort auf Trockij's Offenen Brief an Burnham vom 7. Januar 1940 – und Burnhams Austrittsschreiben an die SWP.

2 Dieser Text stammt aus dem Jahr 1932; er ist abgedruckt in: Karl Korsch, *Politische Texte*, Frankfurt/M. 1973, S. 248 ff.

3 Vgl. z.B. Lev Davidovic Trockij, *Die verratene Revolution*, Antwerpen 1937, passim, und ders., *Stalin. Eine Biographie*, Bd. 2, Reinbek 1971, S. 222 ff.

4 Bruno Rizzi, *La bureaucratisation du monde*, Paris 1939.

immer die Notwendigkeit der Verteidigung der Sowjetunion, und sei sie als Arbeiterstaat noch so „entartet“, gegen einen Angriff von außen betont hatte, fiel die Argumentation Rizzis bei zahlreichen von Trockijs Anhängern auf fruchtbaren Boden – psychologisch durchaus verständlich, schienen doch Rizzis Thesen den Schlüssel zu einer Erklärung der eigenen organisatorischen Ohnmacht und politischen Erfolglosigkeit zu bieten: Man hatte eben bisher mit historisch längst überholten Voraussetzungen operiert und die Eigenart des historischen Prozesses in der Sowjetunion wie in den hochentwickelten westlichen Ländern nicht mehr begriffen!

Besonders deutlich wird dies bei James Burnham, dem Führer der „Minderheit“ in der SWP und eigentlichen Kontrahenten Trockijs: Im Laufe der Auseinandersetzung trat er aus der SWP aus (Mai 1940), schwor dem Marxismus in allgemeinen und dem Trozismus im besonderen ab und veröffentlichte 1941 sein bekanntes Werk „The managerial revolution“, das Rizzis Thesen weiter entwickelte bzw. weiter verengte und den „bürokratischen Kollektivismus“ der Sowjetunion bereits den „westlichen Demokratien“ gegenüberstellte; Anfang der 50er Jahre vollendete sich seine Entwicklung als einer der Begründer der Totalitarismusideologien westlicher Kalter Krieger und als Befürworter des präventiven Atomschlags gegen die Sowjetunion.

Es ist der Vorzug der französischen Ausgabe und ihrer beiden Vorworte, daß sie diese historische Dimension einer für sich genommen unwesentlichen Auseinandersetzung innerhalb einer politischen Sekte deutlich herausarbeiten. Wer sich allerdings in die Streitigkeiten zwischen den diversen Canons, Burnhams, Shachtmans und wie sie sonst noch alle heißen mögen vertieft, wird bemerkenswerte Parallelen zur Geschichte der organisatorischen Wurmfortsätze der deutschen Studentenrevolte bis in die Gegenwart feststellen können.

Hartmut Mehringer

BRANDT, Willy: Die Partei der Freiheit. Reden über August Bebel, Karl Marx, Friedrich Engels und Otto Wels (=Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie.).— Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft 1974. 69 s.

Den Maßstab für die historische Bewertung dieser vier Beiträge zur „Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie“ hat Willy Brandt selbst, und zwar in seiner Wuppertaler Rede zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels geliefert. „Eine moderne Gesellschaft mündiger Bürger“, so führte er aus, „stellt sich der Geschichte sachlich und nicht ideologisch, respektvoll, aber nicht unterwürfig, kritisch, aber nicht bilderstürmerisch. Sie beschönigt und verherrlicht nichts. Sie läßt aus dem vielfältigen historischen Erbe nichts unter den Tisch fallen“. Die Maxime ist honorig, der sich mit ihr verknüpfende Anspruch enorm. Wie hat ihr der Gedenkredner Willy Brandt, ein stets im grellen Rampenlicht agierender Politiker, gerecht werden, wie hat Brandt das Problem bewältigen können, seinen erklärten Willen zur Objektivität mit den jeweils gebotenen taktischen Rücksichten in Einklang zu bringen? Prüfen wir respektvoll, aber nicht unterwürfig, prüfen wir ebenso, ob es gelungen ist, in Beiträgen von rund 6 1/2, knapp 4 1/2, rund 23 1/2 und knapp 14 1/2 Seiten außer historischen Porträtskizzen auch noch relevante Aussagen zur Theorie einer politischen Kraft zu liefern, die bei Willy Brandt als das „Lager der Sozialen Demokratie“ firmiert.

Die erste der hier erneut veröffentlichten Reden ¹ hat Brandt anlässlich des 50. Todestages von August Bebel gehalten, vier Jahre nach der programmatischen Wende

1 Mit Ausnahme des letzten Vortrages sind die Reden bereits in einer 1970 publizierten Broschüre unter dem Titel „Friedrich Engels und die soziale Demokratie“ zusammengefaßt worden. Diese inzwischen vergriffene Schrift enthält im Anhang auch Auszüge aus der im November 1970 vom SPD-Parteirat gebilligten Abgrenzungs-„Plattform“.

in Godesberg, zwei Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer und dem ersten Scheitern des damaligen Regierenden Bürgermeisters als Kanzlerkandidat der zur Macht drängenden „Volkspartei“. Sendungsbewußt – „Mein Weg hat mich nach Zürich geführt“ – will Brandt die vertrackte Aufgabe lösen, ohne Schaden für das neue Partei-‘Image’ dem „Bekenntnis zur Tradition der deutschen Sozialdemokratie und der europäischen Arbeiterbewegung Ausdruck“ zu geben. Im konkreten Fall hieße das, ein Bekenntnis zur Klassenkampfpartei jenes August Bebel abzulegen, der ein unachtsichtiger Kontrahent des revisionistischen Flügels war und sich als „Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft“ bezeichnete, die er „in ihren Existenzbedingungen zu untergraben“ und, wenn ihm möglich, zu beseitigen versprach. Wer Befürworter des Kurses von Godesberg und zugleich nicht gesonnen ist, unbequeme Fakten „unter den Tisch fallen“ zu lassen, wird genau hier anknüpfen und theoretisch argumentieren müssen, wenn er die gewagte These in den Raum stellen will: „Und was August Bebel ausmacht als eine der großen Gestalten des europäischen Sozialismus, das ist eingegangen in das Denken und Empfinden der Menschen, die der Zukunft, der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit verpflichtet sind“.

Willy Brandt, der „des Freiheitsmannes der wilhelminischen Zeit“ gedenkt, ohne auch nur ein einziges Mal das Schreckenswort Klasse oder gar Klassenkampf über die Lippen zu bringen, tut nichts dergleichen. Der „Todfeind“ bleibt dort begraben, wo er seine letzte „irdische“ Ruhestätte gefunden hat, und ins Blickfeld tritt ein chemisch gereinigter Bebel zum bundesrepublikanischen Hausgebrauch. Brandts Bewunderung gilt dem „gesinnungsstarken, wortgewaltigen und noblen Mann“, gilt all dem, was Bebel „formend und führend“ für die deutsche Arbeiterbewegung und für das deutsche Volk geleistet hat, was er für Europa und den Frieden zu leisten bestrebt war. Brandt packt die Hörer am Herzen, wenn er „einen Augenblick bei der steilen Entwicklung“ vom unterer-

nährten Kegelungen zum „Mann der Nation“ und bei „dem erfüllten Leben“ des Antidogmatikers verweilt, dem das Revolutionsfremd war, der sich zum Meinungswandel bekannte, kein Schulterklopper oder Anpaßling war, seinen Parteigängern nicht nach dem Mund redete und ihnen das Ziel einer neuen Gesellschaft wies, „in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu allen Nutzen zusammenwirken“. Gewiß: „Bebel war Revolutionär im Sinne der geschichtlichen Erfordernisse“, die sich jedoch inzwischen gründlich gewandelt haben. „Vieles ist anders geworden“, und wir, „die wir heute das Lager der Sozialen Demokratie in Europa repräsentieren, sind nicht dieselben wie unsere Väter und Großväter“. Wie wahr. Woher dann aber das Recht, den Namen Bebel für die eigene Sache in Anspruch zu nehmen? Nun: „Uns erfüllen das gleiche Gerechtigkeitsgefühl und derselbe Freiheitsdrang“, was „die Triebkräfte des Handelns angeht und das Ziel des Strebens, sind wir die gleichen geblieben“. Womit einerseits die Theorie wieder auf den subjektivistischen Hund des Gefühls und des sprichwörtlichen ‘guten Willens’ gekommen und andererseits für die sozialdemokratische Praxis auch noch nach Godesberg Bebels Zielvorstellung der klassenlosen Gesellschaft als verbindlich proklamiert wäre. Hat Willy Brandt das damals wirklich so, oder hat er es anders gemeint?

Fünf Jahre später, unter dem Eindruck der Studentenrevolte, wagt Brandt es immerhin in seiner Trierer Rede zum 150. Geburtstag von Marx, das arge Reizwort aufzugreifen und die klassenlose Gesellschaft als eine mit „fast alttestamentarischer Kraft“ entworfene „Vision“ zu erwähnen. Doch der Vizekanzler und Außenminister – als Parteivorsitzender und erneuter Kanzlerkandidat schon auf die nächste Bundestagswahl programmiert – greift das heiße Eisen nur auf, um es trotz „der bohrenden Zweifel, die junge Menschen in der westlichen und östlichen Industriegesellschaft“ bewegen, sogleich wieder fallen zu lassen wie eine heiße Kar-

toffel. Zwar gilt es ihm als ausgemacht, „daß die Menschheit ohne ‘Vision der Zukunft’ nicht auskommen kann“, doch ist er immer noch weit davon entfernt, „darüber disputieren zu wollen, ob diese klassenlose Gesellschaft realisierbar ist oder nicht“. Brandt, so scheint es, will den bewußten Bären streicheln, ohne in den Ruch des roten Raubtiers zu kommen, und so verfährt er denn nach dem bei ihm schon gewohnten Rezept. Er preist an Marx „die geistige Kraft dieses gefeierten und umstrittenen Mannes“, rühmt ihn als einen Deutschen, der in ungewöhnlicher, ja „in unstreitig genialer Weise“ die Welt, „in der wir leben“, geistig mitbewegt und zu ihren Veränderungen beigetragen hat. Er merkt kritisch an, „daß in der Leistung von Marx bahnbrechende wissenschaftliche Erkenntnisse mit einem diesseitigen Erlösungsglauben vermenget waren“ und daß manche der Erkenntnisse, die „dem großen Sohn der Stadt Trier“ zu verdanken sind, im Lauf eines Jahrhunderts überholt und dogmatisiert wurden, daß „der Glaube“ zu einer Gewaltlehre mißbraucht worden ist. „Dies ändert“, wie auch manch andere Relativierung, allerdings „nichts daran, daß vom Marxschen Gedankengebäude faszinierende Wirkungen“ ausgegangen sind und „daß es für Anhänger wie für Gegner zum Anstoß für immer neue, fruchtbare Fragestellungen“ wurde.

Auf die naheliegende und möglicherweise ebenfalls fruchtbare Fragestellung, warum das Werk eines derart großen, genialen, faszinierenden und bahnbrechenden Mannes, von dessen Erkenntnissen doch lediglich „manche“ veraltet sind, im Lager der Sozialen Demokratie eine so marginale Rolle spielt, läßt Willy Brandt sich nur sehr mittelbar ein. Weil man von ihm „aus solchem Anlaß zu Recht erwartet, daß er einiges Grundsätzliche sagt“, erinnert er seine Zuhörer an die Bedeutung Lassalles als Schöpfer der deutschen Sozialdemokratie. Bebel, ihr anderer Begründer, kam zwar „dem näher, was die Erste Internationale bewegte“, doch darf man nicht übersehen, daß er, ebenso wie Wilhelm Liebknecht, in der SAPD eine Mischung

Marxscher und Lassallescher Thesen vertrat. Das Erfurter Programm bedeutete nicht mehr als einen formellen Sieg des Marxismus, in Wirklichkeit „hat schon damals der Weg dieser Partei zur demokratisch-sozialistischen Reformbewegung begonnen“, die selbst nach Godesberg ganz so unmarxistisch nun auch wieder nicht ist. Sie stellt sich schließlich der Forderung von Marx, „nicht nur zu interpretieren, sondern zu verändern“, ja sie weiß sich sogar dem Grundgesetz der Dialektik verpflichtet: „Für uns ist die Freiheit der Demokratie nichts Statistisches und kein abstraktes Gut. Sie ist Freiheit zur Veränderung der Gesellschaft, aber einer solchen Weiterentwicklung und Veränderung, die durch die freie Zustimmung der Menschen getragen und bestätigt wird“. Nimmt man hinzu, daß nicht die Denkansätze von Marx, sondern die von ihnen ausgehenden Impulse entscheidend bleiben, dann kann man mit Fug und Recht für die deutsche Sozialdemokratie von heute so etwas wie den Titel einer wahrhaft marxistischen Partei reklamieren. Willy Brandt, in der Bischofsstadt Trier, tut das nicht, obwohl er sich auf die Enzykliken Johannes XXIII. berufen kann, in denen der Papst „im Interesse des Friedens auch zum Dialog mit den Marxisten geraten hat“. Doch er zitiert beifällig Friedrich Engels am Grabe von Marx: „Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben und so auch sein Werk.“ Damit hat er sicher nicht zuviel gesagt.“ Der Kanzlerkandidat des Jahres 1969 ganz sicher auch nicht.

Willy Brandt, der Bundeskanzler, dem es 1970 obliegt, in Wuppertal die Gedenkrede zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels zu halten, sagt nicht nur quantitativ sehr viel mehr, als er in Trier und vorher in Zürich gesprochen hat. Selbstbewußt und vom Bewußtsein getragen, daß die Zeit vorüber ist, „in der etwas Vernünftiges von der Mehrheit schon deshalb abgelehnt wurde, weil man es aus böswilliger Absicht mit dem Stempel ‘sozialistisch’ versah“, grollt er gegen diejenigen an, die es noch immer vorziehen, „aus dem viel-

fältigen Mosaik deutscher Geschichte jeweils die Steine herauszubrechen, die ihnen nicht passen". Er, der in Zürich das Wort Klasse ängstlich vermied und sich in Trier unter dem katholischen Rock des Theologen Steinbüchl verschanzte, als er ein Verdikt über den „individualistischen Kapitalismus" vortragen wollte, der gleiche Willy Brandt bringt jetzt das Kommunistische Manifest ins Spiel, spricht über die Diktatur des Proletariats und läßt sogar das Thema von der revolutionären Zerschlagung des Staatsapparates anklingen. Hat er in Trier noch Wert auf die Feststellung gelegt, daß Lassalle die politische Organisation der Arbeiter „von Anfang an im Bündnis mit geistigen Schichten sah", so hebt er jetzt ohne jede Distanzierung als einen zentralen Gedanken der Marxschen Lehre hervor: „die Ausgebeuteten selbst müßten sich daranmachen, die Ursachen ihrer Misere zu erkennen und sie im politischen Kampf beseitigen". Daß er Marx und Engels weiterhin relativiert, daß er diejenigen Seiten herausstreicht, die Engels nicht nur als großen Deutschen, sondern zugleich als „einen großen Wegbereiter der sozialen Demokratie" erscheinen lassen, ist ebenso verständlich wie legitim – selbst im Sinn der 'Begründer'. Brandt, der in Kenntnis des mörderischen Risikos der „Alles-oder-Nichts-Attitüde den friedlichen Weg gehen will, täuscht ja nicht vor, daß Engels ein Anbeter der Gewaltlosigkeit um jeden Preis und unter allen Umständen war. Wenn er den Engels der neunziger Jahre mit seiner Warnung vor der Barrikadentaktik zu tiert, weist er nur wenig später auf die Tatsache hin, daß der Alte aus der Regent's Park Road durchaus eine revolutionäre Perspektive besaß. 'Marxistischen' Splitterrichtern wird Willy Brandt auch in Wuppertal noch immer nicht weit genug gegangen sein. Mögen sie sich getrost darüber mokieren, daß er selbst dort die Hirtenflöte sozialer Gerechtigkeit blies. Wer Ohren hat zu hören und die denkbaren rhetorischen Alternativen in ihren Auswirkungen abzuschätzen vermag, der wird unter dem Strich eine erhebliche Plussumme verbuchen. „Honneurs" jenem Willy Brandt, der als Führer der SPD wieder daran erinnert

hat, „daß Armut und Unterdrückung kein Naturphänomen, nicht das Resultat unaufhebbaren Mangels oder einer göttlichen Ordnung" sind, „sondern das Ergebnis der Ausbeutung auf einer vergänglichen, überwindbaren Entwicklungsstufe, deren Nutznießer sich durch politische Gewalt zu verteidigen und durch ideologische Verschleierung zu rechtfertigen" suchen.

Da Willy Brandt, wenn er sich der Hilfe von Ghostwritern bedient, sowohl die Leitlinien zieht als auch die entscheidenden Akzente setzt und auf ihm wesensverwandten Formulierungen besteht, sind die Reden von Zürich, Trier und Wuppertal aufschlußreiche Quellen zu seiner politisch-intellektuellen Biographie. Mit vollem Recht lassen sie sich auch als beachtenswerte Beiträge zur Praxis der deutschen Sozialdemokratie bezeichnen. Brandt kämpft auf seine Art gegen den Verlust ihrer historischen Dimension an, indem er die Einheit von Kontinuität und Wandel je nach den Möglichkeiten und Erfordernissen der politischen Wetterlage beleuchtet. Den Beweis seiner Qualifikation als Theoretiker freilich ist er in jeder dieser Ansprachen schuldig geblieben, und auch seine Godesberger Ausführungen zum 100. Geburtstag von Otto Wels erfüllen die Erwartungen nicht, die sich mit dem anspruchsvollen Titel einer Reihe zu „Theorie und Praxis" verbinden.

Dem Brandt von Godesberg fehlt die souveräne Ausgewogenheit; mit der er in Wuppertal brillierte, er ist nicht mehr der strahlende Wahlsieger vom Herbst 1972. Die Dissonanzen der Stamokap-Debatte im Ohr und die Unkenrufe des 'Rechtskartells', verschenkt er die Möglichkeit, ein großangelegtes Bild seiner „Partei der Freiheit" unter dem Doppelaspekt von Praxis und Theorie zu entwerfen. Brandt ist aufgeschreckt und verunsichert, er spricht sogar von der Befürchtung, „daß die Bonner Verhältnisse von den Weimarer Zuständen nicht so weit entfernt sind, wie viele gehofft haben". So offensiv er sich gibt, so defensiv argumentiert er, glaubt er der Öffentlichkeit doch den historisch abge-

stützten Nachweis zu schulden, daß die SPD tatsächlich eine verfassungstreue „Partei der Freiheit und der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie“ ist. Brandt grenzt sich ab – von Kommunisten, Volksfrontparolen, „Spinnereien“ und jungen Leuten, „die aus unserer Aufgeschlossenheit für ihre Aktivität, ihr Engagement, sehr bald den arroganten und elitären Schluß gezogen haben, nun müßten sie den Älteren in der Sozialdemokratischen Partei erst einmal beibringen, was theoretisches Rüstzeug ist“. Reicht Brandts eigenes theoretisches Rüstzeug, soweit er es auf den Tisch des Hauses legt, aus, die jungen Leute entworfen verstummen zu lassen?

Brandt wehrt sich, und das mit gutem Grunde, dagegen, alles und jedes „auf die sogenannte Klassenfrage zu reduzieren, zumal wenn das Klassenbewußtsein fehlt“. Er konzidiert immerhin, daß „wir bis zu einem gewissen Grade eine Klassengesellschaft“ sind, jedoch handelt es sich nicht mehr um „die ‘klassische’ Klassengesellschaft“. Die sich inmitten der Stamokap-Diskussionen aufdrängende Frage nach dem Charakter des Staates einer solchen Gesellschaft wird von Brandt weder theoretisch beantwortet, noch überhaupt theoretisch gestellt. Wenn er, und wiederum aus gutem Grunde, für die Hinwendung zum Staat plädiert, zieht er sich mit einem Kurt Schumacher-Zitat aus der Affäre und mit Herbert Wehners unübertrefflichem Diktum: „Die Demokratie ist der Staat, und der Staat, der in Europa leben kann, das ist die Demokratie, und jede andere Form lehnen wir ab“. Punktum, Theorie – oder „Mit anderen Worten: Die SPD hat kein Nachholbedürfnis an Staatsverständnis“. Glaubt Willy Brandt wirklich, seine Arrogantlinge auf diese bequeme Manier überzeugen zu können? Sind sie auch nur durch die ideologische Schule von Theodor Geiger gegangen, dann können sie es genüßlich auskosten, wenn der erklärte Anti-Ideologe Brandt mit seiner Orientierung an den „festen unverrückbaren Werten: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ selbst handfest Ideologie *comme il faut* produziert. Sobald er aber die ideologische Hülle abstreift, indem er aufzählt, was alles sich hinter sei-

nem Zentralbegriff, dem der Freiheit verbirgt, geht aller große Glanz verloren: „Ich spreche hier nicht vom Jahre 2000. Die Freiheiten, von denen ich hier geredet habe, sind das konkrete Arbeitsprogramm der Bundesregierung aus SPD und FDP“. So viel Visionäres ist 1973 in Godesberg übrig geblieben von der 1963 in Zürich beschworenen „Vision der Sozialen Demokratie“.

Der Weg Willy Brandts läßt hoffen, daß sein letztes theoretisches Wort noch nicht gesprochen ist.

Henryk Skrzypczak

FRAENKEL Ernst: Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie. Zusammengestellt und hrsg. von Falk Esche und Frank Grube (= Kritische Wissenschaft). Hamburg: Hoffmann und Campe 1973. 473 S.

Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag am 26. Dezember 1973. Hrsg. von Günther Doeker und Winfried Steffani unter redaktioneller Mitarbeit von Falk Esche. Hamburg: Hoffmann und Campe, 1973, 478 S.

Ernst Fraenkel, der Begründer des pluralistischen Demokratieverständnisses in der Bundesrepublik, ist sozusagen zu einer Institution der deutschen Politikwissenschaft geworden. Kein Student dieses Fachs, der nicht mit seinen Schriften vertraut gemacht würde. Weniger bekannt ist, daß er zu den markantesten Vertretern reformistischen Denkens in der Arbeiterbewegung gerechnet werden muß. Nachdem nunmehr der Sammelband „Reformismus und Pluralismus“ zu den bereits 1968 erschienenen Editionen früher Arbeiten Fraenkels (Hugo Sinzheimer und Ernst Fraenkel, „Die Justiz in der Weimarer Republik“, Neuwied 1968, sowie Ernst Fraenkel, „Zur Soziologie der Klassenjustiz und Aufsätze zur Verfassungskrise 1931–32“, Darmstadt 1968) hinzugekommen ist, treten Konturen und Dimensionen dieses Denkens immer deutlicher vor Augen des höchst interessierten wissen-

schaftlichen Publikums. Die Bedeutung von Kontinuität und Wandel der Fraenkelschen politik-theoretischen Positionen liegt vor allem darin, daß sich in ihnen Glanz und Elend der reformistischen, strikter Einhaltung der Spielregeln politischer Demokratie verpflichteter sozialdemokratischer Politik widerspiegeln. Wichtige Beiträge der Festschrift, die gleichzeitig mit neuen Sammelband herausgekommen ist, gelten einer sozialen und zugleich freiheitlichen (und deshalb nach seinen Vorstellungen notwendig pluralistischen) Demokratie.

Vor einer Diskussion des Sammelbandes und der Festschrift unter dem skizzierten Aspekt soll jedoch eine Würdigung der wissenschaftlich und politisch gleichermaßen imponierenden Persönlichkeit Fraenkels stehen. Der Sohn wohlhabender jüdischer Eltern, dessen Interessen von Hugo Sinzheimer, dem Pionier des kollektiven Arbeitsrechts, auf dieses Gebiet gelenkt worden waren, stellte sich in den Dienst der organisierten Arbeiterschaft und arbeitete als Dozent an einer Funktionärsschule des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, dessen Syndikus er auch wurde, sowie als Prozeßvertreter des Parteivorstands der SPD. Nach der Machtübernahme durch die Nazis konnte er noch fünf Jahre, bis zu seiner Emigration in die USA, als Verteidiger politisch und rassistisch Verfolgter tätig sein. Obgleich in dieser Tätigkeit, dazu noch als Jude, aufs äußerste exponiert, besaß er den Mut, nicht nur Kontakt zum Widerstand zu halten, sondern Analysen der politischen Lage ins Ausland schmuggeln zu lassen, wo sie unter Pseudonym in der Zeitschrift „Die sozialistische Warte“ erschienen. Beispiele dieser Arbeiten finden sich in dem vorliegenden Sammelband. Die Erfahrungen mit dem faschistischen und sowjetischen „Totalitarismus“ (die analytische Brauchbarkeit dieses BEgriffs wird bekanntlich von der gegenwärtigen Forschung stark in Zweifel gezogen) und, damit kontrastierend, mit den westlichen, naturrechtlich fundierten und rechtsstaatlich-pluralistisch verfaßten Demokratien führten ihn schließlich, durchaus in Anknüpfung an seine Vorstellungen von kollektiver Demokratie in der Weimarer

Republik, zu seiner Konzeption einer pluralistischen Demokratie. Auf Veranlassung seines langjährigen Freundes Otto Suhr, des nachmaligen Berliner Regierenden Bürgermeisters, 1948 nach Berlin an die Freie Universität zurückgekehrt, ficht er bis heute, der Neuen Linken die Gefahren einer „totalitären Demokratie“ vor Augen haltend, unermüdlich für diese Demokratiekonzeption.

Die Demokratieposition des frühen Fraenkel entsprach durchaus dem Befund der Analysen der Nachkriegsdemokratie, die von deutschen und österreichischen sozialdemokratischen Marxisten (z.B. Otto Bauer und Otto Kirchheimer) vorgelegt worden waren: Ihre soziale Basis ist das Gleichgewicht der Klassen; auf Grundlage eines Klassenkompromisses können die organisierten Klassenkräfte in den Staatsaufbau einbezogen werden (dies ist, worauf Fraenkel immer wieder hinweist, im kollektiven Arbeitsrecht der Weimarer Republik wenigstens temporär gelungen, was ihren Ruhm bis heute ausmache); die soziale Lage des Proletariats kann mit institutionellen Mitteln des Klassenkompromisses friedlich- evolutionär verbessert werden (vgl. „Reformismus und Pluralismus“, S. 182, 197 f.). Das Klassengleichgewicht ist freilich instabil. In der Krise stellt sich heraus, „daß Substrat der echten Demokratie klassenlose Gesellschaft ist“ (ebd., S. 184). Erteilen die Unternehmer der sozialen und wirtschaftlichen Parität eine Absage, so macht dies die Bahn frei „für den politischen Kampf der Arbeiterschaft und die Erreichung ihres Klassenziels, das nicht mehr die Parität, sondern die Herrschaft der Arbeiterschaft sein kann“ („Abschied von Weimar“, zit. bei W. Müller, in: „Festschrift“, S. 416).

Der Weg, den Fraenkel von dieser marxistischen Interpretation der Erfolgschancen des Reformismus in der kollektiven Demokratie zu seiner späteren pluralistischen Demokratiekonzeption genommen hat, wird von den Herausgebern des Sammelbandes, Esche und Grube, so charakterisiert: „War der Primat des Klassen-

konflikts noch wesentliche Komponente im System der 'kollektiven' und 'dialektischen' Demokratie, so beinhaltet die Konzeptualisierung des Neopluralismus als moderner Demokratietheorie die Reflexion der *Vielheit* gesellschaftlicher Interessengegensätze, deren Aggregation, Artikulation und anzustrebender Ausgleich" („Sammelband", S. 48). Kremendahl ist in der Festschrift diesem Weg im einzelnen nachgegangen und hat als Gründe des Wandels vor allem die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus und dem amerikanischen Regierungssystem herausgestellt. (Man vermißt in diesem wichtigen Beitrag eine Untersuchung der methodologischen Frage, weshalb Fraenkel von seinem an Marx orientierten gesellschaftsanalytischen Ansatz zur komparativen Analyse mit Hilfe von Idealtypen übergegangen ist.) Im übrigen lassen, was die Entwicklung des Fraenkelschen Denkens betrifft, die Aufsätze im Sammelband erkennen, daß Fraenkel in seinen letzten Arbeiten darum bemüht war, gewisse, auf frühere unpräzise Formulierungen zurückzuführende Mißverständnisse, etwa, daß er von der prinzipiellen Gleichheit der Durchsetzungschancen sozialer Interessen ausgehe und von der Resultante des sozialen Kräfteparallelogramms automatisch gemeinwohlorientierte Entscheidungen erwarte, auszuräumen. 1970 betont er, daß der Staat stark genug sein müsse, „dem übermäßigen Einfluß oligopolistischer, wenn nicht gar monopolistischer Träger sozio-ökonomischer Macht entgegenzutreten. Nicht minder bedeutsam ist für den Staat, dafür Sorge zu tragen, daß der Einfluß all der Bevölkerungskreise nicht zu kurz kommt, die außerstande sind, zwecks Wahrung ihrer Interessen ausreichend machtvolle Verbände zu bilden und funktionsfähig zu erhalten. Ein jeder Versuch, 'die soziale Frage' einer Lösung näherzubringen, muß das Bemühen einschließen, auf kollektiver Ebene zwischen den verschiedenen Gesellschaftsgruppen eine Waffengleichheit zu begründen . . ." („Sammelband", S. 432 f.). Ähnlich argumentiert Schwan in der Festschrift, die Fraenkelsche Pluralismuskonzeption mit besonderer Ak-

zentuierung der Rolle des Staates gegen die Kritik der Neuen Linken verteidigend.

Doch die Vertreter der Linken fragen hartnäckig weiter, wie denn in einer kapitalistischen Gesellschaft „das Problem der Verhinderung und Kontrolle oligopolistischer Machtbildung, einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung", kurz, „sozialer Symmetrie" (Schwan, „Festschrift", S. 450 f.) gelöst werden solle. Mielke kommt in seiner Untersuchung über die ökonomische und soziale Macht der multinationalen Konzerne zu dem Resultat, daß „1. der Staat als solcher nicht die Fähigkeit besitzt, die Macht der MNC ausreichend zu begrenzen und somit ihre Bindung an das jeweilige Gemeinwohlkonzept durchzusetzen und daß 2. ein Machtgleichgewicht oder eine annähernde Chancengleichheit zwischen den bedeutendsten sozialen Interessengruppen nicht existiert" („Festschrift", S. 371). W. Müller hebt in einem sehr wichtigen Beitrag, in dem er die Klassenkompromiß-Formel des Weimarer Reformismus ideologiekritisch untersucht, hervor, daß die Erzeugung von sozialer Symmetrie durch Umverteilung des Sozialprodukts im wesentlichen auf eine Umverteilung innerhalb der Arbeiterklasse selbst hinauslaufe, so daß hier ein Ausgleich sozialer Interessen aus strukturellen Gründen als nicht erreichbar erscheint.

Auf der anderen Seite muß sich die Linke entgegenhalten lassen, daß sie der pluralistischen Demokratie, deren Mängel als System sozialen Interessenausgleichs auch ihre Befürworter einzusehen beginnen (vgl. den Beitrag von Sontheimer in der Festschrift), Zielvorstellungen entgegenhält, die oftmals als utopisch gelten müssen. „Die Kritiker des Pluralismus müssen sich den empirischen Sachverhalten stellen, die wir über menschliche Gesellschaften besitzen, ob sie pluralistisch oder nicht-pluralistisch organisiert sind. Sie dürfen nicht davon befreit werden, zu zeigen, wie die Demokratie, deren Idee sie kritisch gegen die bestehende pluralistische Ordnung wenden, entwickelt, institutionell geordnet und welchen Werten sie verpflichtet sein soll. Sie müssen auch

zeigen, wie die strukturellen Vorteile, die das kapitalistische System den Kapitalinteressen zu geben scheint, eliminiert werden können, ohne daß andere Gruppen dann strukturelle Vorteile erlangen". (Sontheimer, a.a.O., S. 441 f.). Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die beiden hier besprochenen Bände hervorragend die kontroversen Positionen verdeutlichen, die zu den Bemühungen der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung, im institutionellen Rahmen pluralistischer Demokratien soziale Reformen voranzutreiben, eingenommen werden.

Walter Euchner

WITTKOP, Justus F.: Unter der schwarzen Fahne. Aktionen und Gestalten des Anarchismus. — Frankfurt/M.: S. Fischer 1973. 270 S.

Es gibt Bücher, deren Titel das Herz des erwartungsfrohen Lesers höher schlagen lassen, deren Inhalt dann aber schnell in grauer und wohlbekannter Monotonie verendet. Das hier zu besprechende gehört zu diesen. Der Autor weist im Nachwort zwar daraufhin, er habe die zumeist tragischen Lebensläufe libertärer Sozialisten nachzuzeichnen versucht und nicht eine Geschichte des Anarchismus von den politisch-ökonomischen Theorien her geschrieben. Dennoch sollte ein derart von sozialwissenschaftlichen und historischen Kenntnissen und von jedem Problembewußtsein ungetrübtes Buch heute nicht mehr veröffentlicht werden. Nach wohlbekannter Manier identifiziert der Verfasser Anarchismus mit Terrorismus, indem er schreibt, daß alles, was sich der Revolution in den Weg stelle, für den Anarchisten der Vernichtung anheim zu geben sei. Das Glaubensbekenntnis der Anarchisten enthalte das Paradox, den endzeitlichen Zustand unbedingter Gewaltlosigkeit mit Hilfe von Gewalt zu erstreben. Allerdings wird eingeschränkt, daß es auch anarchistische Richtungen gebe, die jede Form der Gewalt ablehnten. Ist Gewalt nun ein Merkmal der Anarchisten oder nicht? Dem Leser wird hierauf keine Antwort gegeben. Ebenso eigenartig verfährt

Wittkop, wenn er die Ahnengalerie des Anarchismus Revue passieren läßt. So erkennen wir hier das Bild von Henry David Thoreau, von dem aber gesagt wird, daß er eigentlich kein Anarchist sei, sondern „nur ein aus Widerspruchsgeist rebellierender Kauz". Was hat der Amerikaner dann in diesem Buch zu suchen? Auch ein Porträt von Leo Tolstoi taucht unvermittelt auf. Wie wenig Wittkop mit der einschlägigen historischen und sozialwissenschaftlichen Literatur vertraut ist, ließe sich auf fast jeder Seite des Buches zeigen. Hier nur ein Beispiel: Die Geschichte des spanischen Bürgerkrieges ist mittlerweile nicht nur von faschistischen oder kommunistischen Autoren geschrieben worden — so Wittkop — sondern wissenschaftliche Beiträge mit unterschiedlichen politischen Positionen liegen insbesondere aus den angelsächsischen Ländern inzwischen vor.

Geschichte des Anarchismus wird im vorliegenden Buch auf impressionistische Sprenkel, die zufällig mit verschiedenen Namen belegt werden, reduziert; soziale und politische Zusammenhänge bestehen nicht. Was überhaupt Anarchismus sei, darüber mag der Leser rätseln. Fazit: Ein überflüssiges Buch.

Peter Lösche

KOCKA, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 — 1918 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 8). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1973, 230 S.

Kocka will mit dieser Studie nicht einfach eine Lücke der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte schließen, sondern zugleich einer Theorie von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat im Ersten Weltkrieg vorarbeiten, deren weiteren Ausbau er innerhalb des Konzepts des „Organisierten Kapitalismus" für denkbar hält. Ausführlich reflektiert er seine Vorgehensweise, ein aus der Marx'schen Klassentheorie abgeleitetes Modell idealtypisch für diesen Zweck zu verwenden. Er betont den instrumentalen Charakter des Modells, das nicht veri- oder falsifiziert

werden, sondern im Vorfeld der Theoriebildung zunächst der historischen Erkenntnis dienen soll.

Im Hauptteil seiner Arbeit schildert Kocka ausführlich die Wandlung der ökonomischen Situation und des politischen Bewußtseins vor allem der Arbeiter, Angestellten und Handwerker, aber auch der Unternehmer während der Kriegsjahre. Diese brachten in ökonomischer Hinsicht eine weitere Homogenisierung der Arbeiterklasse, zugleich eine Tendenzwende der bis 1913 erfolgten langsame Reallohnsteigerung. Den Unternehmen wurde Konkurrenz und Risiko durch das besondere Verhältnis ihrer Verbände zu staatlichen Instanzen weitgehend abgenommen, die Gewinne vor allem der kriegswichtigen Branchen stiegen. Fortschritte in der gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse und die Demokratisierung der Chancen blieben weit hinter den Erwartungen zurück, die Spannung zwischen den Klassen wuchs gleichzeitig mit der zwischen vom Wehrdienst freigestellter und mithin personell kaum veränderter Gewerkschaftsbürokratie und der sich rasch umschichtenden Gewerkschaftsmitgliedschaft. Die Unternehmer protestierten gegen zunehmende Staatseingriffe in die Wirtschaft und änderten ihre harte Haltung gegenüber den Arbeitern erst unter dem Druck der Revolutionsgefahr. Weite Teile der Angestellten vollzogen, von Arbeitsplatzunsicherheit und Reallohnrückgang oft stärker betroffen als die Arbeiter (und in letzterer Hinsicht weniger stark als die Beamten) einen bis in die ersten Jahre der Weimarer Republik andauernden Linksruck, während die Mehrheit der Handwerker politisch eher auf der Seite der Großunternehmer blieb.

Nahmen also in der Gesellschaft die Klassengegensätze im Sinne des angedeuteten Klassenmodells zwischen Unternehmern einerseits und abhängig Arbeitenden andererseits zu, so ist auf politisch staatlicher Ebene die Entwicklung differenzierter. Wurde das parlamentarisch-demokratische Element, wiewohl von den Unternehmern heftig bekämpft, in der Verfassungswirklichkeit begrenzt verstärkt, wurden innerhalb des Füh-

rungspersonals die Vertreter des bürgerlichen Elements häufiger gegenüber den Junkern und gar den Arbeitervertretern, so war der Staat andererseits ein, wenn auch schwacher, Vermittler zwischen Unternehmen und Gewerkschaften in manchen politischen Entscheidungen, vor allem bei der Verabschiedung des „Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes“, statt hier eindeutig – wie es die DDR-Historiographie darstellt – als Instrument der herrschenden Klasse zu fungieren. Und die Unternehmer zogen dann auch gegen den zunehmenden „Ettismus“ zu Felde.

Resümee: „Was das Verhältnis von Gesellschaft und Staat betrifft, nahm das klassengesellschaftliche Moment eher ab als zu – im Unterschied zur Verschärfung der klassengesellschaftlichen Fronten innerhalb der vorher untersuchten sozialen Beziehungen und im Widerspruch zu den Hypothesen des hier als Ausgangspunkt dienenden Modells, das zur Erfassung des zuletzt diagnostizierten Tatbestandes mithin nicht ausreicht“ (S. 118).

Dieses Ergebnis wendet Kocka abschließend gegen die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die besonders das von Kocka dargestellte Verhältnis von Staat und Gesellschaft nicht adäquat deuten könne. „Die Kritik an dieser Theorie bedeutet nicht die Behauptung der Klassenunabhängigkeit des Staates. Verlangt ist vielmehr eine Erklärung, die weder die sich verschärfenden Klassenspannungen noch die sich abzeichnende relative Entfremdung zwischen sozialökonomisch herrschender Klasse und Staat vernachlässigt“ (S. 120). Laut Kocka spricht manches dafür, daß diese Erklärung im Konzeptrahmen des „Organisierten Kapitalismus“ gefunden werden könne.

Kockas Studie liefert in ihrem empirischen Teil sehr reichhaltiges, sehr genau überprüfbares und mit großer Sorgfalt zusammengestelltes Material zur sozialökonomischen und politisch-bewußtseinsmäßigen Entwicklung der Arbeiter-, Angestellten- und Handwerkerschaft, dessen jeweilige Aussagekraft ebenso genau angegeben wird. Dieses Material

wird, mit Zitaten aus den (unveröffentlichten) Monatsberichten der stellvertretenden Generalkommandos über die Stimmung der Zivilbevölkerung (gewissermaßen die Vorläufer der SD-Meldungen aus dem Reich) angereichert und illustriert, in sehr gut lesbarer Form ausgebreitet. Alle Vorzüge der „modernen deutschen Sozialgeschichtsschreibung“ wie die Offenheit für sozialwissenschaftliche Fragestellungen und Methoden, die Reichhaltigkeit des Materials, die gründliche Literaturkenntnis sind hier vereint.

Weniger stringent scheint mir jedoch Kockas theoretische Interpretation: Er schildert des öfteren Phänomene, die die These der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus von der Verschmelzung der Macht der Monopole mit der des Staates zu stützen scheinen. So die enge „Verzahnung der industriellen Selbstverwaltungsorganisationen mit ihren jeweils zugeordneten Bewirtschaftungs- und Zuweisungsbehörden“ (S. 224), den Einfluß des großindustriell dominierten „Kriegsausschusses der Deutschen Industrie“ auf die staatlich forcierte Konzentration (S. 86 f.), schließlich den zunehmenden personellen Einfluß der Großindustrie auf die Wirtschaftspolitik (S. 111 f.).

In seiner zusammenfassenden Ablehnung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus geht Kocka zwar auf die Mittlerfunktion des Staates bei den Diskussionen um das Hilfsdienstgesetz und die Animosität der Unternehmer gegen staatliche Eingriffe in die Privatwirtschaft, nicht aber auf die eben angeführten Phänomene ein (S. 118-120). Es steht mir zwar fern, die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als solche zu verteidigen, doch scheint mir, daß Kockas reiche Kenntnis auch anderer marxistischer Staatstheorie-Ansätze (vgl. S. 203 Anm. 121), die er als allzusehr im Gleichklang mit der des staatsmonopolistischen Kapitalismus ansieht, für die Klärung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft in Kockas Problemstellung fruchtbar gemacht werden könnte. Abstrahiert man aus Marx ein Klassenmodell, um

es als Weberschen Idealtypus zu instrumentalisieren (S. 3 f., 138-144), dann liegt es vielleicht nahe, ähnlich mit Ansätzen eines aus Marx abstrahierten statt aus Weber entlehnten (S. 106) Staatsmodells zu verfahren. Entsprechende Anregungen sind in letzter Zeit (und gerade nach dem Abschluß des Kockaschen Manuskripts) eher allzu reichlich vorhanden.

Gunnar Stollberg

PLATO, Alexander von: Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzkismus. Berlin: Oberbaumverlag, 1973, 403 S.

Als Dissertation unter dem Titel „Trotzkismus und Bolschewismus“ entstanden, stellt von Platos Arbeit – Nr. 8 einer Reihe mit dem programmatischen Reihentitel „Materialistische Wissenschaft“ – die gewissermaßen offiziöse nachträgliche Begründung für das unkritische Anknüpfen der seinerzeitigen Berliner KPD/Aufbauorganisation an der politisch-ideologischen Tradition der Weimarer KPD und insbesondere der Sozialfaschismus-Theorie dar. Insbesondere unter diesem Aspekt hat sich Nils Kadritzke in „Probleme des Klassenkampfes“, Jg. (1974), H. 11-12, S. 59-89, gründlichst mit von Plato auseinandergesetzt, so daß der Rezensent hier auf letztlich geschichtsphilosophische Erörterungen zu der Frage, ob und inwieweit Legitimationsideologien gegengewärtiger politischer „Praxis“ als Historiographie gelten mögen, verzichten kann.

Auf die unbezweifelbar vorhandenen positiven Seiten der Arbeit von Platos sei hingewiesen: Der Autor hat sowohl die ungeheuer umfangreiche zeitgenössische Buch- und Zeitschriftenliteratur, in der sich die Politik der KPD wie der verschiedenen sozialistisch-kommunistischen Bewegungen und Organisationen niederschlug, wie auch die historische Literatur zu diesem Komplex seit 1945 intensiv durchgearbeitet und sich damit, wie Kadritzke bemerkt, „be-

fähigt, die gängigen falschen oder doch lückenhaften Darstellungen der KPD-Politik in dieser Zeit in vielen Einzelheiten und auch in wesentlichen Grundzügen zurechtzurücken" (a.a.O., S. 59 f.). Allerdings zeigt sich bereits bei der Durchsicht des Literaturverzeichnisses ein grundsätzliches methodisches Problem, an dem die Arbeit insgesamt leidet: Die angeführte Literatur umfaßt zwar nahezu lückenlos sämtliche Zentralorgane, zentralen theoretischen Zeitschriften und mehr oder minder „offiziellen“ Einzelarbeiten aus den Bereichen von KPD, Komintern, RGO und der verschiedenen oppositionellen und linkskommunistischen Gruppierungen von KAPD und FAUD bis hin zur „rechten“ KPD-O, steigt aber von dieser „Ebene der Zentralorgane“ kaum jemals auf die tiefere – und konkretere – Ebene von Lokal-, Betriebs- und Regionalzeitungen und von Berichten und Erinnerungen kommunistischer Militanten herab, die aus ihrer Arbeit über politische Praxis berichten können – auf jene Ebene also, auf der sich die tatsächliche Realisierung und Umsetzung der taktischen und strategischen Vorstellungen der Organisationszentralen und der von ihnen ausgegebenen Losungen und Direktiven, also die konkrete Praxis kommunistischer und linksoppositioneller Parteien und Gruppen und ihre *tatsächliche* Konfrontation untereinander wie mit SPD und Reichsregierung, überhaupt erst hätte einschätzen lassen. ¹

Der legitimatorische Grundcharakter dieser Arbeit, der Zwang, die Politik der Weimarer KPD als richtige und realistische Politik darstellen zu wollen, führen darüber hinaus zu deutlichen Verfälschungen: So wird z.B. bei

der Diskussion der Frage, ob die KPD bzw. die Komintern Sozialdemokratie und Faschismus bzw. bürgerliche Demokratie und Faschismus gleichgesetzt oder unterschieden hätten, eine Reihe von Belegen gebracht, in denen Unterscheidungen getroffen wurden (S. 332 ff.), die Aussagen jedoch, die solche Unterschiede negieren und als politisch schädlich bekämpfen, werden nicht angeführt. ²

Fazit: Eine ebenso detaillierte und ausführliche wie von ihrer grundsätzlichen Beweisabsicht her unhaltbare Arbeit. Wären Personen- und Sachregister vorhanden, könnte die Arbeit als nützliches Material- und Zitatenkompilium zur Politik der KPD in der Weimarer Zeit dienen. Ob sie dem Anspruch des Verlages auf „materialistische Wissenschaft“ genügt, muß füglich bezweifelt werden.

Hartmut Mehringer

LORENZ, Einhart: **Arbeiderbevegelsens historie. En innføring. Norsk sosialisme i internasjonalt perspektiv** (Geschichte der Arbeiterbewegung. Eine Einführung. Norwegischer Sozialismus aus internationaler Sicht) 2 Bde. Bd. 1, 1789 – 1930; Bd. 2, 1930 – 1973. – Oslo: Pax Forlag 1972 und 1974, 214 und 256 S.

Norsk sosialisme. En dokumentation. Utvalg og kommentar av Einhart Lorenz (Norwegischer Sozialismus. Eine Dokumentation. Ausgewählt und kommentiert von Einhart Lorenz). – Oslo: Pax Forlag 1970. 158 S.

1 So fehlen etwa – um nur ein beliebiges Beispiel herauszugreifen – die Erinnerungen von Karl Retzlaw (*Spartakus. Erinnerungen eines Parteiarbeiters*, Frankfurt/M., 1971), so unverlässlich und im einzelnen widerlegbar sie auch sein mögen. In die gleiche Richtung weist die Tatsache, daß von Plato auffallend wenig aus der ungeheuren Fülle von Monographien und Einzeluntersuchungen aus der DDR-Historiographie anführt, die laut von Plato – das sei als Kuriosum vermerkt – „immer mehr in das Fahrwasser der Theorien Trotzki geraten ist“ (S. 12).

2 Ernst Thälmann erklärte beispielsweise [in: *Die Internationale*, Jg. 14 (1931), H. 11-12, S. 487], es sei eine Tatsache, „daß sich ... Tendenzen einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie, von Hitlerpartei und Sozialfaschismus, in unseren Reihen gezeigt haben“. Ebenso Manuil'skij auf dem 11. EKKI-Plenum (siehe D. Manuil'skij, *Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem 11. Plenum des EKKI*, Hamburg und Berlin 1931, S. 108 und S. 121).

Der in Oslo lebende deutsche Historiker Einhart Lorenz hat im Laufe der letzten Jahre außer durch eine Dokumentationsauswahl von 27 zentralen Texten der norwegischen Arbeiterbewegung aus der Zeitspanne von 1850 bis 1970 vor allem mit der insgesamt 470 Seiten umfassenden Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung das für eine eingehende Diskussion der norwegischen Klassenkämpfe notwendige Material aufbereitet. Sofern das kommerzielle Interesse deutscher Taschenbuchverlage den Rat von Fachwissenschaftlern nicht überhört, wird eine deutsche Übersetzung wohl bald in Angriff genommen. Durch die Einbeziehung der internationalen Zusammenhänge in die norwegische Entwicklung begibt sich Lorenz auf einen fruchtbaren, aber auch schwierigen Weg der Darstellung. Bei der Fülle des Stoffes ist er darauf angewiesen, auf gesicherte Forschungsergebnisse aufzubauen. Deren methodische Mängel und ideologisch bedingte 'Forschungslücken' fallen folglich auf ihn zurück, wenn er nicht durch eigenes Quellenstudium die Defizite auszugleichen sucht, oder aber er muß derartige Probleme ausklammern. In Hinblick auf die Übersichtswerke von Braunthal, Borkenau usw. ist besonders hervorzuheben, daß Lorenz deren Fehlinformationen über Fakten der norwegischen Arbeiterbewegung korrigiert hat.

Hinsichtlich der didaktischen Gestaltung ist die Arbeit vorbildlich. Jedem Kapitel hat Lorenz eine Einleitung mit den wichtigsten Literaturhinweisen vorangestellt. Im Anhang befindet sich u.a. neben einer Bibliographie eine Synopse der internationalen und der norwegischen Arbeiterbewegung, sowie ein Modellseminar mit 12 Sitzungen über das Thema, das auch auf dem Dokumentenband basiert. Hervorzuheben ist weiterhin der geglückte Versuch, die Darstellung durch Konzentration auf dominierende Züge der Gesamtentwicklung zu pointieren. Dabei kommt Lorenz zu einer kritischen Kommentierung der „Zusammenbeitspolitik“ (auf deutsch sagt man dazu „Partnerschaftsideologie“) der norwegischen Arbeiterbewegung. Unter dem Eindruck

der aktuellen Diskussion über den EG-Eintritt erscheinen historische Konflikte wegen „Fraktionsbildungen“, Spaltungen und Parteivereinigungen in neuer Perspektive. ¹

In Mitteleuropa fast unbekannte, für das Verständnis der norwegischen Entwicklung aber sehr wesentliche Details werden hier im Rahmen einer Langzeitperspektive abgehandelt. Der sozio-historische Zusammenhang zwischen Entwicklungsstufe der Gesellschaft und Organisation der Arbeiterbewegung, deren Programme und Strategiediskussionen sind abgesprochen und dokumentiert. So erhalten Informationen über die nach dem Vorbild des Chartismus agierende Thraniter-Bewegung am die Mitte des vorigen Jahrhunderts ebenso einen Stellenwert, wie die Tatsache, daß die norwegische Arbeiterpartei als einzige bedeutende sozialdemokratische Partei Westeuropas von 1919 bis 1923 der Kommunistischen Internationale angehört. Im Gegensatz zu den Arbeiterbewegungen in den skandinavischen Nachbarländern und in Westeuropa schien die norwegische Arbeiterpartei eine revolutionäre Linie zu verfolgen. Lorenz zeigt jedoch auf, wie der Reformismus, trotz Verbalradikalismus, nach und nach an Einfluß gewann und die Klassenkampflinie verdrängte. Als zentrale Punkte dieser Entwicklung nennt er den Krisenvergleich zwischen Arbeiterpartei und Bauernpartei im Jahre 1935 sowie

- 1 Im Falle Norwegens endete der Beitrittskonflikt vorläufig mit einem Rücktritt der sozialdemokratischen Regierung Bratteli, als die norwegische Arbeiterpartei (DNA) bei der Volksabstimmung am 24./25.9.1972 ihre „größte Niederlage“ (Kommentar der linksliberalen Tageszeitung *Dagbladet*) erlitt. Mit 53,5% gegen 46,5% der Stimmen wurde ein norwegischer Beitritt zur EG verworfen. Schließlich entstand im Gefolge des EG-Entscheidung die zunächst wahltaktische Einigung von Sozialistischer Volkspartei, Kommunistischer Partei, unabhängigen Sozialisten und linken Sozialdemokraten, die bei den Stortingswahlen im September 1973 11,2% und 16 von 175 Mandaten erhielt. Inzwischen wurde beschlossen, den „Sozialistischen Wahlverband“ zur Partei zu integrieren, um eine ernsthafte Alternative zur Arbeiterpartei zu schaffen.

das Hauptabkommen der beiden Dachorganisationen „Norwegischer Gewerkschaftsbund“ (LO) und „Norwegischer Arbeitgeber-Verband“ (NAF) vom selben Jahr.

Die Transformation der norwegischen Gesellschaft fand dann beschleunigt während der deutschen Okkupation in den Jahren 1940 bis 1945 statt, eine Transformation, deren Erscheinungsformen sowohl eine Integration bzw. Gleichschaltung der institutionellen „Spitzen“ als auch eine „Radikalisierung“ der Basis beinhalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielten die beiden Parteien der Arbeiterbewegung, Arbeiterpartei und Kommunistische Partei, zusammen erstmals über 50% der Stimmen. Bei den damals herrschenden Vereinigungsbestrebungen lag erstmals ein entscheidendes Beispiel für den „friedlichen Weg“ zum Sozialismus im Bereich des Möglichen – und nicht erst 1970 in Chile.

Norwegen ist nach den erfolgreichen Erdöl- und Erdgasbohrungen in der Nordsee nun-

mehr endgültig in das Geschichtsfeld der energiearmen Industrieländer Westeuropas miteinbezogen worden. Auch diese Situation hat historische Parallelen in der Geschichte des Landes. Als um die Jahrhundertwende begonnen wurde, „weiße Kohle“, d.h. Elektrizität aus den Wildbächen und Wasserfällen zu gewinnen, sah man sich bald schon gezwungen, den Ausverkauf dieser Naturreichtümer durch eine Reihe von „Konzessionsgesetzen“ unter staatliche Kontrolle zu bringen.

Falls das chronische Desinteresse der bundesrepublikanischen Sozialwissenschaften an Problemen der skandinavischen Entwicklung zum „Wohlfahrtsstaat“ im Zuge der ökonomischen Integration Westeuropas endlich abgebaut wird, läßt sich der Nichtbegriffenheitsgrad der norwegischen Situation für Sprachkundige durch das Heranziehen der besprochenen Bände entscheidend verringern.

Lutz Mez

KURZANZEIGEN UND LITERATURHINWEISE

Guide de la Recherche en Histoire Contemporaine I, hrsg. von der Association européenne d'histoire contemporaine in Zusammenarbeit mit dem Institut des Hautes Études Européennes de Strasbourg 1970. 176 S.

Das informative Heft verzeichnet die Hochschul- und hochschulfreien Forschungsinstitute zur Neueren Geschichte, Zeitschriften zur Neueren Geschichte und geschichtswissenschaftliche Hilfsmittel (Bibliographien, Referatedienste, Zeitschriften, die laufende Forschungsprojekte zur Neueren Geschichte melden, Dokumentationsdienste) der Länder DDR, BRD, Belgien, Bulgarien, Frankreich, Rumänien, Schweden, Tschechoslowakei und Jugoslawien. Die Aufstellung enthält Namen, Anschrift, Gründungsdatum, Aufgaben- und Berichtsbereiche, organisatorische Einordnung (in Universitäten u. a. Institutionen), Bibliotheks-, Archiv- und Dokumentationsbestände und leitende Mitarbeiter der Institutionen. Die Institutionen und Zeitschriften eines Landes sind jeweils zusammengefaßt. Wie sich anhand der Liste der bundesdeutschen Institutionen feststellen läßt, ist die Übersicht nicht ganz vollständig und nicht immer ganz exakt. Wünschenswert ist eine baldige überarbeitete Neuauflage dieses Handbuches.

Walter Momper

Meddelelser om Forskning i Arbejderbevaegelsens Historie, (Mitteilungen über Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung), Jg. 1974, Nr. 2. – Kopenhagen: Verlag GMT. 48 S.

Die Mitteilungen werden von der Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung in Kopenhagen herausgegeben. Die Redaktion liegt bei Gerd Callesen, Henning Grelle und Michael Seidelin.

Der Inhalt gliedert sich in Mitteilungen der Gesellschaft an ihre Mitglieder, Berichte

über internationale wissenschaftliche Konferenzen, systematische Hinweise auf Forschungs- und Publikationsvorhaben an dänischen Universitäten. Den Abschluß bildet ein Rezensionsteil, in dem u. a. auch die deutschen Zeitschriften zur Geschichte der Arbeiterbewegung besprochen werden.

Gerhard Beier

HARSTICK, Hans-Peter: Zum Schicksal der Marx'schen Privatbibliothek, in: *International Review of Social History*, Jg. 18 (1973), T. 2, S. 202–222.

Harsticks leitender Gesichtspunkt ist die im Kern schon von Rjazanov vertretene Auffassung, daß „der Privatbibliothek von Marx und Engels für die noch ausstehende detaillierte Aufarbeitung ihrer 'biographie intellectuelle' und überhaupt für jede ernsthafte historisch-genetische Fragestellung erheblicher Quellenwert" zukommt. Sein minutiöser Beitrag ergänzt sowohl die „Ex libris“-Publikation Bruno Kaisers als auch Paul Mayers Darstellung über die Geschichte des Parteiarchivs und des Nachlasses Marx-Engels.

Henryk Skrzypczak

HAUPT, Georges: Renaissance oder Stagnation des Marxismus heute ?, in: *Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag*. Hrsg. von Gerhard Botz, Hans Hautmann und Helmut Konrad. – Wien: Europaverlag 1974, S. 331–348.

Um eine globale Antwort auf die Frage nach der Aktualität des Marxismus zu finden, scheint dem Verfasser eine Diskussion auf drei Ebenen vonnöten: auf der historischen „oder vielmehr auf der Ebene der Soziologie der Ideen“, auf der theoretischen sowie auf politischer oder strategischer Ebene. Vorrang genießt bei Haupt der erstgenannte Aspekt, mit dem sich die Möglichkeit einer Problemstellung verbin-

det, „die weder einem Glaubensbekenntnis eines Anhängers noch dem eines Gegners gleichkommt“. Angesichts der verschiedenartigen Verwendung des Ausdrucks Marxismus ist eine methodologische und begriffliche Klärung erforderlich. Die stereotype Unterscheidung zwischen dem revisionistischen, dem zentristischen oder orthodoxen und dem revolutionären Marxismus „zwingt polymorphe Realitäten mißbräuchlich in ein System und verallgemeinert komplexe, in Zeit und Raum nicht übereinstimmende Vorgänge ohne jede Nuance“. Bei den Versuchen, die Doppeldeutigkeit der traditionellen Klassifizierung zu überwinden, lassen sich zwei Arten unterscheiden. Die anregendste wendet die marxistische Methode auf den Marxismus selbst an, die zweite stellt sich außerhalb des Marxismus und ist teils „philologisch“, teils „formalistisch“ orientiert. Der Fehler jeder formalistischen Betrachtungsweise liegt in ihrem Ahistorismus.

Adäquater Ausgangspunkt zur Beantwortung der einleitend gestellten Frage ist „das marxistische Konzept der Totalität, auf den Marxismus selbst angewendet“, der in seiner ursprünglichen Bedeutung als theoretischer Ausdruck der revolutionären Bewegung des Proletariats „ein strukturiertes, unteilbares System“ bildet sowie die „Einheit und Solidarität“ seiner drei Komponenten postuliert: 1. die materialistische Weltanschauung, 2. eine Theorie und eine dialektische Methode, 3. eine Praxis, die „das Problem der Mittel und der Ziele zur Realisierung des Gesamtplanes“ stellt. Seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts unterlag diese Einheit einem Zersetzungsprozeß, dem zwei Richtungen entgegenzuwirken versuchten. Repräsentanten der einen sind Luxemburg, Lukács, Korsch und Gramsci, Exponent der anderen ist Lenin, von dem der Weg zu einer noch stärkeren Ideologisierung und unter Stalin zur Ablösung der Weltanschauung durch eine Art Theologie führt. Der nach Stalins Tod einsetzende Zerfall des „offiziellen“ Marxismus hat im „Westen“ ne-

ben einer stürmischen Renaissance des Interesses für den Marxismus auch das Auftauchen neuer marxistischer Strömungen im Gefolge, während im „Osten“ die kritischen Marxisten eine Minderheit bilden. Trotz der politischen und geistigen Hindernisse für ihre Entfaltung muß aus strukturellen Gründen auch von dort die Erneuerung kommen, deren Notwendigkeit und Grenzen evident sind. „Gibt es aber heutzutage eine Alternative, welche sich in einem andersgearteten System äußerte, um die Welt nicht nur auszulegen, sondern sie auch zu verändern?“

Henryk Skrzypczak

FLECHTHEIM, Ossip K.: **Friedrich Engels – orthodoxer Marxist oder erster Revisionist?**, in: **Sozialismus, Geschichte und Wirtschaft. Festschrift für Eduard März.** – Wien: Europaverlag 1973, S. 277–311.

Der Titel ist entschieden zu eng gefaßt, denn erst in der zweiten Hälfte des Beitrags, nach vielen kritischen Ausführungen über Marxismus im allgemeinen und Engels, aber auch Marx im besonderen, scheint dem Verfasser endlich „noch ein Wort am Platze zum Verhältnis der Marxschen und Engelschen Konzeptionen“. Flechtheim räumt „gewisse, freilich durchaus begrenzte Differenzen“ ein, wendet sich aber gegen ihre Überbetonung. Nach dem Tode von Marx allerdings habe sich Engels freier gefühlt, bestimmte Einseitigkeiten zuzugeben, so etwa im Hinblick auf den „historisch-ökonomischen Determinismus“. Er besaß „zumindest ein Gespür für die Schwäche der Marxschen Orthodoxie“ – die leider ebenso undefiniert bleibt wie der Revisionismus-Begriff, es sei denn, der folgende Hinweis hätte als ausreichende Klärung zu gelten: Nicht „nur der als marxistische Orthodoxie verkleidete ‘Revisionismus’, auch die eigentliche Marxismus-Orthodoxie beginnen nicht erst mit Kautsky, Bebel und Bernstein – in diesem Sinne waren doch schon auch Marx wie vor allem aber Engels selber die ersten ‘Marxisten’“.

Die Eigenwilligkeit der Position des Verfassers soll wenigstens an zwei Beispielen ver-

deutlicht werden. Einen der Ansatzpunkte für eine „interessante“ Revision des historischen Materialismus entdeckt er im Vorwort zum „Ursprung der Familie“, wo Engels ausführt: „Je weniger die Arbeit noch entwickelt ist . . . , desto überwiegender erscheint die Gesellschaftsordnung beherrscht durch Geschlechtsbände“. Stimuliert durch das harmlose Wörtchen Geschlecht, verfällt Flechtheim in geistigen Höhenflug: „Daß hier Engels in der Tat im Prinzip den rein ökonomischen Materialismus durch einen ökonomisch-sexuellen ersetzt (Jahrzehnte vor der Entwicklung der Ideen Freuds!), ist bemerkenswert. Verfolgt man diesen Gedankengang konsequent weiter, so wird allerdings damit die übliche historisch-materialistische Interpretation der Vergangenheit und Zukunft total in Frage gestellt.“ Ersetzt man hinwiederum den Ausdruck Geschlechtsbände durch Familienbände im weiteren Sinn, dann fällt die Grundlage dieses illustren Gedankengangs platt in's Wasser, was freilich – Beispiel zwei – Flechtheim nicht davon abbringen dürfte, „nach einer zukunftsweisen Synthese zwischen etabliertem Marxismus und tradiertem Antimarxismus zu suchen“.

Henryk Skrzypczak

STRASSMAIER, James: **Karl Grün und die Kommunistische Partei 1845–1848.** – Trier: Karl-Marx-Haus 1973. 30 S. (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, Nr. 10.)

Strassmeier, der hier an seine 1969 vorgelegte Dissertation anknüpft, stuft Karl Grün als ernsthaftesten Kontrahenten von Marx in dessen Kampf gegen die Richtung des Wahren Sozialismus ein. Ihr Rivalitätskonflikt sei von sehr viel bedeutenderem Ausmaß gewesen, als die Forschung bislang angenommen habe. Mit seiner Studie will der Verfasser „den Weg weisen, eine breitere Untersuchung der ganzen Opposition zu Marxens Kommunismus in Angriff zu nehmen“, und zwar „als notwendigen Ausgleich zu unserer überentwickelten Bewertung der Offensivseite bei der Betrachtung der kommunistischen Parteipolitik in den Gründerjahren“.

Wer seine Kenntnisse über Karl Grün im wesentlichen der Polemik von Marx und Engels oder Darstellungen wie denen von Mehring und Herwig Förder verdankt, wird den Beitrag mit Gewinn, wenn auch nicht mit ungetrübtem Genuß lesen. Was nämlich die beiden Übersetzer dem Publikum diverse Male zumuten, schmerzt auf der Netzhaut. Da hoffte zum Beispiel Marx, nicht etwa Angehörige der bürgerlichen Intelligenz, sondern der „bürgerlichen Intellektuellen“ zu gewinnen. Der Partei mangelte es nicht einfach an klar umrissenen, sondern an klar „delinierten“ Zielen, womit das englische „delineated“ in das gleiche klassische Deutsch übertragen wäre, dem auch der „kompetitive Aspekt“ zu wahrer Zierde gereicht. Natürliche Prozesse können neuerdings „den Schaden arretieren“, worunter man sich noch einiges vorzustellen vermag, was im Falle des „Statismus“ von Louis Blanc gar nicht so einfach ist. Bei dem Hinweis auf Kontroversen „der achtundvierziger Jahre“ dürfte es sich lediglich um einen Druckfehler handeln. Als reife Leistung hingegen verdient unter anderem die Feststellung gewürdigt zu werden: „Historiker haben zwar bis zu einem gewissen Grade Marx' Irrtum, gegen Grün in derartiger Weise vorzugehen, erkannt, nicht aber aus dem richtigen Grunde.“

Beiläufig noch: Marx „bezog“ nicht die Humboldt-, sondern die Friedrich-Wilhelms-Universität, die erst 1949 nach ihrem Spiritus rector umbenannt worden ist.

Henryk Skrzypczak

GREBING, Helga und Monika KRAMME: **Franz Mehring**, in: **Deutsche Historiker.** Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Bd. 5. – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1972, S. 73–94.

Ihrer Absicht gemäß, die Chancen zu zeigen, „die in einer Beschäftigung mit Mehring für eine theoriebedürftige Wissenschaft liegen können“, rücken Grebing und Kramme das Problem in den Vordergrund, „wie bzw. vermittels welcher ausgewiesenen Methodologie und Darstellungsweise

sich Mehrings erkenntnisleitendes Interesse in den Gegenständen seiner Forschung niederschlug". Zweck der historischen Schriften Mehrings seit dessen Übergang zur Sozialdemokratie ist Ideologiekritik als eine Art Praxis im Interesse der Arbeiterbewegung. In der „Lessing-Legende“ mit ihrer dialektischen Vermittlung von Wissenschaftskritik, kritisch-aktuellem Bezug, eigener historischer Darstellung und Wertung ist er diesem Ziel weitgehend nahegekommen. Bezieht die „Lessing-Legende“ ihre darstellerische Kraft gerade aus der Anwendung der Marx'schen ideologiekritischen Methode, so zeigen die im engeren Sinne historischen Arbeiten, daß ihm hier die Darstellung der Dialektik des geschichtlichen Prozesses nicht voll gelungen ist.

Es bedeutet ein Zurückfallen hinter das erkenntnistheoretische Niveau Mehrings, wenn seine Einsicht, daß für den Schreibenden ein Engagement, unumgänglich und dessen Offenlegung die einzige Möglichkeit ist, „Objektivität“ zu gewinnen, als „Parteilichkeit“ diffamiert wird. Abzulehnen sind auch Versuche, „seinen Standpunkt in die Nähe eines an die Partei gebundenen bzw. ihr sogar untergeordneten Parteilichkeitsbegriffes zu bringen oder ihm von dort aus zu beurteilen“. Der Vorwurf, er habe im Marxismus einzig eine Methode, nicht aber eine Weltanschauung erblickt, trifft lediglich insoweit zu, wie ein ontologisch-normativer Weltanschauungsbegriff gemeint ist. „Seine Betonung der Tatsache, daß der Historische Materialismus sich nur konkret in der Anwendung ausweisen läßt, rückt ihn in die Nähe moderner Marx-Interpretationen“. Nicht zu übersehen sind Mehrings theoretische Unsicherheit und seine methodischen Schwächen, die auch in den Schriften zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ihren Niederschlag fanden. Will man seiner historiographischen Leistung gerecht werden, so genügt es nicht, bei der Herausarbeitung des praxisbezogenen Akzents seiner Schriften, den man als klassenpädagogisch bezeichnen kann, stehenzubleiben. „Man wird – wenn man ihn an der eigenen Forderung, Theorie

als Hebel praktischer Gesellschaftsveränderung zu sehen, mißt – weiter fragen müssen, inwieweit seine eigentliche praktisch-politische Tätigkeit im Sinne seiner Theorie ausgewiesen war“.

Der Relativität ihres Urteils bewußt, würdigen die Verfasserinnen Mehring als einen der bedeutendsten marxistischen Wissenschaftler seiner Zeit, dem jedoch die Umsetzung wissenschaftlicher Arbeit in praktische, theoretisch ausgewiesene Politik nur selten gelang. „Überblickt man die bisherige Mehring-Forschung, so gewinnt man den Eindruck, daß für eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Historiographie vor dem 1. Weltkrieg – besonders für eine kritische Position in der Gegenwart – die eigentliche Arbeit in der Geschichtswissenschaft noch zu tun ist“.

Henryk Skrzypczak

Weg und Leistung der deutschen Arbeiterjugendbewegung SAJ. Bericht vom Freundschaftstreffen der ehemaligen SAJ in Hamburg vom 12. bis 14. September 1973.

Hrsg. vom Kontaktausschuß Freundschaftstreffen, SPD, Landesverband Hamburg. – Hamburg 1974, 30 S.

Das kleine Heft ist eine Mischung aus Erinnerungsgabe, historischer Reflexion und aktueller Demonstration. Am prägnantesten sind wohl einige Sätze Fritz Borinskis zur Charakteristik der alten SAJ und der modernen Jugendrevolte. In den Auszügen aus Borinskis Referat heißt es: „... daß die Beziehung der modernen Jugendrevolte zur Arbeiterbewegung problematisch ist. Auch wenn sie zum Teil denselben Gegner bekämpfen, so ist doch zu beachten, daß weder der pseudorevolutionäre Führungsanspruch, welcher einem neuen intellektuellen Elitebewußtsein entspringt, noch anarchistische Disziplin- und Ziellosigkeit die modernen antikapitalistischen Aktivisten dazu befähigen, Glied und Bundesgenosse der demokratischen Arbeiterbewegung zu sein“ (S. 12). Borinski meint, die Emanzipation dieser Jugend wäre „radikal ungeschichtlich“.

Wer die antikapitalistischen Jugendschriften Borinskis und die Frühwerke Walter G. Oschilewskis (der mit von der Partie war) kennt, wird das nicht ohne Schmunzeln lesen. Der Rezensent freut sich jedenfalls schon auf das Freundschaftstreffen der APO im Jahre 2018.

Gerhard Beier

LESIUK, Wiesław: **Rady robotnicze żońnierskie, chłopskie i ludowe w. rejencji opolskiej w latach 1918–1919.** (Die Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Volksräte im Regierungsbezirk Oppeln in den Jahren 1918–1919). – Opole: Instytut Śląski 1973. 257 S.

HAWRANEK, Franciszek: **Niemiecka socjaldemokracja w prowincji górnośląskiej w latach 1929–1933.** (Die deutsche Sozialdemokratie in der Provinz Oberschlesien in den Jahren 1929–1933) – Wrocław: Ossolineum 1971. 301 S.

Beide Monographien des „Instytut Śląski“ in Oppeln sind auf eingehende Archivstudien gestützt. Die Verfasser haben ein umfangreiche Quellen benutzt und sind auf diffizile Probleme eingegangen.

Wiesław Lesiuk untersucht die Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Volksräte im Regierungsbezirk Oppeln in den Jahren 1918–1919. Es werden folgende Themenkomplexe herausgearbeitet: die Organisation des Rátesystems, die den Ráten zugesprochenen Kompetenzbereiche, die Finanzierungsprozedur, die Zusammensetzung der Ráte und die daraus entstehenden Konflikte zwischen den polnischen und deutschen Mitgliedern. Den Sozialdemokraten wird Rechtsradikalismus vorgeworfen. Aber auch die Kommunisten bleiben nicht ungeschoren; sie fanden keine große Unterstützung unter der Arbeiterklasse deutscher und polnischer Nationalität: beide entschieden sich für die bürgerliche Demokratie. So endete das Rátesystem in einem Fiasko. Man mag mit der Interpretation des Autors nicht überall einstimmen, die Studie aber ist ein wertvoller Beitrag zur Analyse der Rátesysteme.

Mit der Studie „Die Deutsche Sozialdemokratie in der Provinz Oberschlesien in den Jahren 1929–1933“ legt Franciszek Hawranek nicht nur die Organisation und das Programm der SPD in Oberschlesien vor, er bringt neue Einzelheiten zur damaligen katastrophalen ökonomischen Lage der Arbeiterklasse. Der Verfasser nimmt der SPD übel, nicht mit der KPD zusammengearbeitet, sondern die bürgerliche Demokratie und die Weimarer Republik verteidigt zu haben. Über die feindselige Taktik der KPD gegenüber der SPD wird wenig gesagt. In der Analyse der Gesellschaftspolitik der SPD und ihres Kampfes gegen den Faschismus ist die Studie nicht objektiv genug.

Peter Raina

PENTZLIN, Kurt: **Die organisierte Unzufriedenheit. Eine „Rolle“ der Gewerkschaften.** – Stuttgart: Seewald 1973. 156 S.

Die zentrale Fragestellung des Autors lautet: „Warum werden die Menschen bei steigendem Wohlstand, den wir dem Wettbewerb und der Technik verdanken, nicht zufriedener, sondern eher immer unzufriedener?“ (S. 12). Freilich richtet Pentzlin diese Frage nicht gegen den organisierten Wohlstand im Unternehmerlager, sondern gegen die Arbeiter, die er zuvor als Schöpfer des Wohlstands übergeht. Pentzlin meint, die steigende Unzufriedenheit hänge mit dem „Neid“ der Besitzlosen zusammen und damit, daß diese „Unzufriedenheit“ in den Gewerkschaften organisiert sei. Die Wurzel des Übels sucht er also beim „Sozialpartner“ gegenüber. Das ist kein aufklärerischer, sondern der apologetische Ansatz eines penetrant wohlmeinenden Unternehmervertreters. Wo Pentzlin dennoch – in einem Anflug sozialer Symmetrie – die Unternehmer zur Selbstkritik aufruft, da fordert er die Selbstkritik jener jüngeren Kräfte, die bei den Lohnverhandlungen zu nachgiebig sind. Sein Tarifpolitisches Ideal ist das Nullwachstum der Nominallöhne.

Der schmale Band greift bis in die sozialen Bewegungen während der Reichsgründungs-

zeit zurück, ist in diesen historischen Passagen aber wissenschaftlich wertlos. Aus der jüngeren Geschichte sind einige Mitteilungen über Gespräche mit Otto Brenner über „aktive Lohnpolitik“ interessant. Wichtig ist der Band vor allem als Selbstdarstellung eines Unternehmertypus, der Anfang der fünfziger Jahre in der Gewerkschaftspresse als „fortschrittlich“ apostro-

phiert wurde. Das Buch wimmelt von schönen Lese Früchten aus Nietzsche, Ortega und Lassalle, Treitschke, Schopenhauer und Moeller van den Bruck – ein merkwürdiger Cocktail von zweifelhafter Bekömmlichkeit.

Gerhard Beier

BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION

The Hans Gottfurcht Papers – Nachtrag

Der Bericht von Isabel M. Gardner über die Hans-Gottfurcht-Papiere im DGB-Archiv (IWK, Jg. 10, (1974), H. 1, S. 81-83) kommt zu mißverständlichen Ergebnissen, weil er nur den kleineren Teil der vorhandenen Archivschachteln (8 von 19) berücksichtigt. Vermutlich erklärt sich das durch ein äußeres Versehen, denn die fehlenden elf Schachteln stehen – nach meiner Erinnerung – auf dem Regal gegenüber.

Damit sich der Irrtum nicht fortschreibe, seien in aller Kürze die Aufschriften der fehlenden Schachteln nachgetragen:

9. Hans Gottfurcht, versch. Berichte und Programme.
10. Hans Gottfurcht [ohne weitere Aufschrift, enthaltend diverse Unterlagen über interne Konflikte]
11. Hans Gottfurcht [dasselbe]
12. Hans Gottfurcht, Deutschlandreisen Herbst 1946-1947 I.
13. Hans Gottfurcht, Deutschlandreise 1949.
14. Hans Gottfurcht, Internationaler Bund der Privatangestellten, 1946-1949.
15. Hans Gottfurcht, Deutsche Angestellten Bewegung, 1948.
16. Hans Gottfurcht,
 - a) soz. u. Arbeitsrecht,
 - b) Brit. Zone Org. Aufbau,
 - c) Wirtsch. pol. Maßnahmen,
 - d) US-Stat. Material.

17. Hans Gottfurcht, Interzonenkonferenzen, Äußerungen ü. den WGB, AFL, Korresp. von 1946-1948.
18. Hans Gottfurcht, Schriftwechsel mit Hans Böckler, 1947.
19. Hans Gottfurcht, 1949/62.

In diesem Umfang gehören die Gottfurcht-Papiere zum wichtigsten geschlossenen Archivbestand der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung im gewerkschaftlichen Bereich.

Es bleibt noch anzufügen, daß es zwar zu Auseinandersetzungen über das Nachkriegsprogramm kam. Dennoch wurde ein recht ansehnliches und detailliertes Nachkriegsprogramm in gedruckter Form herausgegeben, das auch internationale Verbreitung erfuhr und in der einschlägigen Literatur immer wieder zitiert wird:

”Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung, Programmvorschlge für einen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund”, London 1945, 32 Seiten.

Dem Titel zufolge handelt es sich um Programmvorschlge, denn sie waren durch keinen Kongreß oder ein ähnliches Gremium verabschiedet. Aber die Reihe der Unterzeichner und die ausgereifte Form läßt den Text sehr wohl als „Programm“ für den Aufbau der Gewerkschaften erscheinen. M.E. gehört es zu den wichtigsten programmatischen Texten bis zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Herbst 1949 in München.

Als Unterzeichner namentlich aufgeführt wurden: Walter Auerbach, Anna Beyer, Willi Derkow, Willi Eichler, Walter Fliess, Hans Gottfurcht, Wilhelm Heidorn, Hans Jahn, Heinrich Kamnitzer, Helmut Rauschenplat, Ludwig Rosenberg, Wilhelm Sander, Erwin Schöttle, Minna Specht, Paul Walter, Kurt Weckel, Willi Teller, Gustav Heckmann, Joachim Martin Müller, Ernst Schnacke. Hans Gottfurcht, der hier in der Reihenfolge des Alphabets erscheint, muß gleichwohl als Hauptautor, Redakteur, Verleger und Herausgeber dieses Programms angesehen werden. Die verschiedenen Entwürfe und Stadien der Diskussion wurden von Gottfurcht mit großer Sorgfalt gesammelt und aufgehoben. Die Entstehungsgeschichte läßt sich deshalb bis zum ersten Entwurf über „Die Gewerkschaften im neuen Deutschland“, 9 Seiten, Maschinschrift, hektographiert, London 1943, zurückverfolgen. Dieser Text fand sich bei meinem Besuch in der Archivschachtel mit der Aufschrift „Hans Gottfurcht, 1942/5“, die bei I.M. Gardner als „Box 3“ bezeichnet wird.

Gerhard Beier

Zu den Beiträgen von Gunnar Stollberg und Helga Grebing

Daß Helga Grebing in ungewöhnlicher Schärfe die Kritik Gunnar Stollbergs an den Faschismus-Theoremen von Rosenberg, Sering und Sternberg einer Antikritik unterzieht, mag den Stellenwert des Problems andeuten, nämlich der nach wie vor noch kaum gelösten Frage einer Faschismus-Interpretation, die dem mit den Marx'schen Arbeiten gesetzten Anspruch von Gesellschaftstheorie einigermaßen genügen könnte.

In dem für eine solche Kontroverse durchaus produktiven Eifer, mit dem Helga Grebing auf Fragwürdigkeiten der Stollberg'schen Darstellung hinweist, gerät freilich aus dem Blick, daß Stollberg keineswegs die Arbeiten Rosenbergs, Serings und Sternbergs aus der Sicht eines „rechtmäßigen Inhabers“ Marx'scher Theorie abkanzelt (wie

dies anderenorts derzeit in der Tat vielfach geübt wird), sondern vielmehr den Erkenntniswert dieser Versuche abwägend herauszuarbeiten versucht, — dies allerdings im Hinblick auf die Entwicklung einer Faschismustheorie als *Kapitalismustheorie* im Zusammenhang des Marx'schen Ansatzes. Der wissenschaftliche — und nicht nur „seminar marxistisch-pädagogische“ — Sinn eines solchen Unternehmens scheint mir insoweit nicht anfechtbar, zumal die von Stollberg kritisch referierten Arbeiten ihrem eigenen Verständnis nach eine Entfaltung des Marx'schen Ansatzes zur Absicht haben.

Ein Mißverständnis liegt wohl vor, wenn Helga Grebing Stollberg so versteht, als betrachte er historische Entwicklungen als bloße Illustration von Sätzen aus dem „Kapital“; schon das wissenschaftliche Interesse an einer entwickelten Faschismus-Theorie, das doch dem Stollberg'schen Ansatz offensichtlich zugrundeliegt, widerspricht dem. Ebenso geht es Stollberg eben nicht darum, eine bestimmte Façon von Marx-Rezeption rechthaberisch gegen konkurrierende Versionen zu kehren, sondern er zielt — methodisch legitim — auf die Feststellung des Verhältnisses von (unterschiedlichen) Marx-Rezeptionen (im Zusammenhang der Faschismus-Debatte) und dem Marx'schen Ansatz selbst ab, — ein Verfahren, das nicht als „Philologie“ abgetan werden kann. Weiterführend erscheint mir hingegen eine Kritik Stollbergs, die Helga Grebing's Polemik allem Anschein nach auch motiviert, die dann jedoch nicht deutlich genug zum Vorschein kommt: Die Erörterung der jeweiligen Unzulänglichkeiten von Faschismus-Theoremen, wie sie Rosenberg, Sering, Sternberg und andere in die Diskussion einbrachten, bleibt, wenn sie bei der kritischen Rückbeziehung auf die allgemeinen Bewegungsgesetze des Kapitals, wie sie Marx dargestellt hat, *stehenbleibt*, wissenschaftlich wie politisch unbefriedigend. Versteht man, von der Marx'schen Methode ausgehend, Faschismus als eine mögliche Konsequenz kapitalistischer Entwicklung, deren Realisation nicht

zuletzt vom Stand und Verhalten der dem Kapital entgegengesetzten Klassenbewegung abhängig ist, wobei diese Klassenbewegung in ihren politischen Möglichkeiten wiederum auch vom Stand ihrer theoretischen Entwicklung bestimmt wird, dann muß die Entfaltung der Marxschen Kapitalismusanalyse zu einer spezifischen Theorie des Faschismus entschiedener als bisher

Praxis und Theorie der Arbeiterbewegung als Bedingungsmoment des Faschismus miteinbeziehen. An dieser Stelle die Diskussion fortzusetzen, könnte eine Funktion gerade auch der IWK sein.

Arno Klönne

Autoren dieses Heftes:

Heinz-Dieter Kittsteiner, Doktorand am Fachbereich Geschichtswissenschaft der FU Berlin,¹ Berlin 30, Münchener Str. 9.

Dr. Joseph König, Archivdirektor am Niedersächsischen Staatsarchiv in Wolfenbüttel, 334 Wolfenbüttel, Paracelsusstr. 24.

Dr. Hartfrid Krause, Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaft an der TH Darmstadt, 6101 Wixhausen, Pestalozzistr. 8.

Prof. Dr. William H. Maehl, Professor für Geschichte an der Auburn University, Department of History, Haley Center, Room 7030 B, Auburn, Alabama 36830, USA.

Setsuko Tarumi, Doktorandin, 168 Tokyo-to, Sugranami – ku, Shimotakaido 5-3-8, Japan.



Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

INHALTSVERZEICHNIS UND REGISTER JAHRGANG 10 (1974), H. 1 – 4

AUFSÄTZE UND MISZELLEN	Heft	Seite
Beier, Gerhard: Rosa Luxemburg. Zur Aktualität und Historizität einer umstrittenen Größe	2	179
Beutler, Kurt und Uwe Henning: Die Marxsche Verwendung der Adjektive „polytechnisch“, „technologisch“ und „technisch“ in Verbindung mit pädagogischen Begriffen in den „Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats“ (1866)	1	52
Decker, Alexander: Die Novemberrevolution und die Geschichtswissenschaft in der DDR	3	269
Grebing, Helga: Was ist „legitim“, was „illegitim“ im Lichte der Marxschen Theorie? Bemerkungen zu dem Aufsatz von Gunnar Stollberg über die Faschismusschriften Rosenbergs, Serings und Sternbergs [Vgl. auch den Leserbrief von Arno Klönne in Heft 4/1974, S. 531]	3	314
Henning, Uwe siehe: Beutler, Kurt und Uwe Henning: Die Marxsche Verwendung der Adjektive „polytechnisch“, „technologisch“ und „technisch“ in Verbindung mit pädagogischen Begriffen in den „Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Generalrats“ (1866)	1	52
Katz, Henryk: Arbeiter, Mittelklasse und die NSDAP. Randbemerkungen zu zwei amerikanischen Studien	3	300
Kittsteiner, Heinz-Dieter: Bewußtseinsbildung, Parteilichkeit, dialektischer und historischer Materialismus. Zu einigen Kategorien der marxistisch-leninistischen Geschichtsmethodologie	4	408
Kleßmann, Christoph: Klassensolidarität und nationales Bewußtsein. Das Verhältnis zwischen der Polnischen Berufsvereinigung (ZZP) und den deutschen Bergarbeitergewerkschaften im Ruhrgebiet 1902 – 1923	2	149
Maehl, William H.: Bebel and the Revolutionary Solution of the German Problem, 1866 – 1871.	4	431
Skrzypczak, Henryk: Überfällige Anmerkungen zur polnischen und deutschen Ausgabe der Luxemburg-Briefe an Jogiches	4	448

II

Stollberg, Gunnar: Theorie und Erfahrung. Die Faschismusschriften Rosenbergs, Serings und Sternbergs im Lichte der Marxschen Theorie	1	1
Wheeler, Robert: Quantitative Methoden und die Geschichte der Arbeiterbewegung: Möglichkeiten und Grenzen	1	40

BIBLIOGRAPHIEN

Krause, Hartfrid und Setsuko Tarumi: Bibliographie der USPD-Broschüren 1917 – 1922	4	457
Kurata, Minoru: Rudolf Hilferding. Bibliographie seiner Schriften, Artikel und Briefe	3	327
Nemitz, Kurt: Julius Moses – Nachlaß und Bibliographie	2	219
Tarumi, Setsuko siehe : Krause Hartfrid und Setsuko Tarumi: Bibliographie der USPD- Broschüren 1917 – 1922	4	457

ARCHIVBERICHTE, QUELLENÜBERSICHTEN

Staatliche Archive

König, Joseph: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Niedersächsischen Staats- archiv in Wolfenbüttel	4	472
Pötzsch, Stefan: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Niedersächsischen Staatsarchiv Aurich	2	211
Schwertl, Gerhard: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Neuburg a.d. Donau	1	58
Veddeler, Peter: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Staatsarchiv und Personenstandsarchiv Detmold	3	347

Spezialarchive

Lehmann, Ingrid: Das „Center for Immigration Studies“ und das Immigrantinnenarchiv an der University of Minnesota	4	496
Wagner, Irene: The Labour Party Archives	1	71

Nachlässe

Gardner, Isabel M.: The Hans Gottfurcht Papers [Vgl. dazu auch Gerhard Beier: The Hans Gottfurcht-Papers – Nachtrag, Heft 4/1974, S. 530]	1	81
Mielke, Siegfried: Der Nachlaß Otto Suhrs im Berliner Landesarchiv	1	74
Nemitz, Kurt: Julius Moses – Nachlaß und Bibliographie	2	219

FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN

Friedemann, Peter: Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung an der Ruhr-Universität Bochum	1	84
---	---	----

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR
GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG
UND ANGRENZENDER GEBIETE
Bearbeitet von Rita Klunkert

	Titelverzeichnis		Nachträge
	Heft	Seite	Seite
XIX (Nr. 2178-2280)	1	87	96
XX (Nr. 2281-2316)	2	242	246.
XXI (Nr. 2317-2365)	3	364	371
XXII (Nr. 2366-2411)	4	498	504

NEUE LITERATUR

(KA = Kurzanzeige)

Max Adler (1873 – 1937). Eine Bibliographie. (<i>Henryk Skrzypczak</i>)	4	506
Angröss, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921 – 1923 (<i>Frank Dingel</i>)	3	387
Arbog for Arbejderbevaegelsens Historie, Bd. 3 (<i>Gerhard Beier</i>)	3	373
Bartsch, Günter: Anarchismus in Deutschland, Bd. 2/3, 1965 – 1973 (<i>Peter Lösche</i>)	3	398
Beneš, Edvard, siehe: Wenzel Jaksch – Edvard Beneš. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil. Hrsg. von Friedrich Prinz (<i>Werner Röder</i>)	2	254
Brandt, Willy: Die Partei der Freiheit. Reden über August Bebel, Karl Marx, Friedrich Engels und Otto Wels (<i>Henryk Skrzypczak</i>)	4	512
Brenner, Otto: Aus Reden und Aufsätzen (<i>Gerhard Beier</i>)	3	375
Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Hrsg. von Ossip K. Flechtheim, Bd. 9 (<i>Peter Lösche</i>)	2	256
Eberle, Walter und Winfried Schlaffke: Gesellschaftskritik von A – Z (<i>Henryk Skrzypczak</i>)	2	251
Fischer, Ernst: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945 – 1955 (<i>Alfred Kantorowicz</i>)	2	261
Flanner, Karl: Widerstand im Gebiet Wiener Neustadt 1938 – 1945 (<i>Ernst K. Herlitzka</i>)	3	403
Flechtheim, Ossip K.: Friedrich Engels – orthodoxer Marxist oder erster Revisionist? In: Sozialismus, Geschichte und Wirtschaft (<i>Henryk Skrzypczak</i>) (KA)	4	526

Reichelt, Helmut: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx (<i>Paul Mattick</i>)	2	257
Riesenberger, Dieter: Geschichte und Geschichts- unterricht in der DDR. Aspekte und Tendenzen (<i>Ingrid Thienel</i>)	2	267
Rjazanov, David B.: Marx und Engels nicht nur für Anfänger (<i>Paul Mattick</i>)	3	376
Roberts, Paul Craig: Alienation in the Soviet Economy (<i>Paul Mattick</i>)	3	376
Rubin, Isaak Iljitsch: Studien zur Marxschen Werttheorie (<i>Paul Mattick</i>)	2	257
Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, 2 Bde (<i>Henryk Skrzypczak</i>)	2	248
Saldern, Adelheid von: Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890 – 1920 (<i>Anneke Sager</i>)	2	266
Schlaffke, Winfried siehe: Eberle Walter und Winfried Schlaffke: Gesellschaftskritik von A – Z (<i>Henryk Skrzypczak</i>)	2	251
Schwarz, Max: Seit 1881. Bibliographie des Verlages J.H.W. Dietz (<i>Peter Lösche</i>)	1	98
Strassmaier, James: Karl Grün und die Kommu- nistische Partei 1845 – 1848 (<i>Henryk Skrzypczak</i>) (KA)	4	527
Sturmthal, Adolf: Comparative Labor Movements, Ideological Roots and Institutional Development (<i>Gerhard Beier</i>)	1	115
Taft, Philip: Defending Freedom, American Labor and Foreign Affairs (<i>Gerhard Beier</i>)	1	113
Thalheimer, August: Einführung in den dialektischen Materialismus (<i>Paul Mattick</i>)	3	374
Trotsky, Leo: Verteidigung des Marxismus. (<i>Hartmut Mehringer</i>)	4	510
Trotsky, Léon: Défense du Marxisme (<i>Hartmut Mehringer</i>)	4	510
Turner, Henry Ashby: Faschismus und Kapitalis- mus in Deutschland (<i>Hilmar Ruminski</i>)	1	111
Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Hrsg. von Eberhard Kolb (<i>Hans Herzfeld</i>)	1	109
Wächter, Hans-Christof: Theater im Exil. Sozialgeschichte des deutschen Exiltheaters 1933 bis 1945 (<i>Alfred Kantorowicz</i>)	2	264
Weg und Leistung der deutschen Arbeiterjugend- bewegung SAJ. Bericht vom Freundschafts- treffen der ehemaligen SAJ in Hamburg vom 12. bis 14. September 1973 (<i>Gerhard Beier</i>) (KA)	4	528
Wittkop, Justus F.: Unter der schwarzen Fahne. Aktionen und Gestalten des Anarchismus (<i>Peter Lösche</i>)	4	519

Lieb knecht, Karl: Militarisme, Guerre, Revolution. Hrsg. von Claudie Weill (<i>Hans H. Biegert</i>)	1	99
Lorenz, Einhart: Arbejderbevegelsens historie, En innføring. Norsk sosialisme i internasjonal perspektiv (<i>Lutz Mez</i>)	4	522
Lorenz, Einhart: Norsk sosialisme. En dokumentation (<i>Lutz Mez</i>)	4	522
Lukács, Georg: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die Arbeit (<i>Gottfried Mergner</i>)	1	100
Lukács, Georg: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Die ontologischen Grundprinzipien von Marx (<i>Gottfried Mergner</i>)	1	100
Luxemburg, Rosa: Rosa Luxemburg im Gefängnis. Briefe und Dokumentationen aus den Jahren 1915 – 1918. Hrsg. und eingeleitet von Charlotte Beradt (<i>Hans H. Biegert</i>)	1	98
Madsen, Carl: Flygtning 33 (<i>Gerhard Beier</i>)	3	404
Mandel, Ernest und Georges Novack: The Marxist Theory of Alienation (<i>Paul Mattick</i>)	3	375
Matull, Wilhelm: Ostdeutschlands Arbeiter- bewegung (<i>Ernest Hamburger</i>)	1	104
Mayer, Gustav: Arbeiterbewegung und Obrigkeitsstaat. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler (<i>Shlomo Na'aman</i>)	3	384
Mayer, Gustav: Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler (<i>Shlomo Na'aman</i>)	3	384
Meddelelser om Forskning i Arbejderbevaegelsens Historie (<i>Gerhard Beier</i>) (KA)	4	525
Monz, Heinz: Karl Marx. Grundlagen der Ent- wicklung zu Leben und Werk (<i>Walter Grab</i>)	3	383
Novack, Georges siehe: Mandel, Ernest und Georges Novack: The Marxist Theory of Alienation (<i>Paul Mattick</i>)	3	375
Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. Hrsg. von Heinrich A. Winkler (<i>Gunnar Stollberg</i>)	3	378
Otten, Dieter: Kapitalentwicklung und Qualifikations- entwicklung. Zum logischen und historischen Ver- hältnis von wirtschaftlich-technischer Entwicklung und Ausbildung des Arbeitsvermögens (<i>Gunnar Stollberg</i>)	1	101
Peiser, Jürgen: Gustav Struve als politischer Schrift- steller und Revolutionär (<i>Dorothea Fitterling</i>)	1	103
Pentzlin, Kurt: Die organisierte Unzufriedenheit. Eine „Rolle“ der Gewerkschaften (<i>Gerhard Beier</i>) (KA)	4	529
Plato, Alexander von: Zur Einschätzung der Klassen- kämpfe in der Weimarer Republik: KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzkismus (<i>Hartmut Mehringer</i>)	4	521

IV

Fraenkel, Ernst: Reformismus und Pluralismus. (<i>Walther Euchner</i>)	4	516
Friedrich Engels 1820 – 1970. Referate – Diskussionen – Dokumente (<i>Henryk Skrzypczak</i>)	4	506
Gespräche mit Marx und Engels. Hrsg. von Hans Magnus Enzensberger, 2 Bde. (<i>Henryk Skrzypczak</i>)	2	252
Grebing, Helga und Monika Kramme: Franz Mehring, in: Deutsche Historiker, Bd. 5 (<i>Henryk Skrzypczak</i>) (KA)	4	527
Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges (<i>Helga Grebing</i>)	1	105
Grosz, George: Das Gesicht der herrschenden Klasse & Abrechnung folgt (<i>Helgard Neumann</i>)	3	393
Grosz, George: Der Spießerspiegel & Das neue Gesicht der herrschenden Klasse (<i>Helgard Neumann</i>)	3	393
Guide de la recherche en histoire contemporaine (<i>Walter Momper</i>) (KA)	4	525
Harstick, Hans Peter: Zum Schicksal der Marxschen Privat-Bibliothek, in: International Review of Social History (<i>Henryk Skrzypczak</i>) (KA)	4	525
Haupt, Georges: Renaissance oder Stagnation des Marxismus heute ? In: Geschichte und Gesellschaft (<i>Henryk Skrzypczak</i>) (KA)	4	525
Hawranek, Franciszek: Niemiecka socjaldemokracja w prowincji górnośląskiej w latach 1929 – 1933 (<i>Peter Raina</i>) (KA)	4	529
Jaksch, Wenzel: Wenzel Jaksch – Edvard Beneš. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil. Hrsg. von Friedrich Prinz (<i>Werner Röder</i>)	2	254
Kalbitz, Rainer: Die Arbeitskämpfe in der BRD. Aussperrung und Streik 1948 – 1968 (<i>Gerhard Beier</i>)	3	396
Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag Hrsg. von Günther Doeker und Winfried Steffani (<i>Walther Euchner</i>)	4	516
Klein, Jürgen: Vereint sind sie alles ? Unter- suchungen zur Entstehung von Einheitsgewerk- schaften in Deutschland (<i>Gerhard Beier</i>)	2	262
Kocka, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 – 1918 (<i>Gunnar Stollberg</i>)	4	519
Köllner, Lutz: Wirtschaftswissenschaft versus politische Ökonomie (<i>Paul Mattick</i>)	3	382
Krüger, Peter: Deutschland und die Reparationen (<i>Hermann-Josef Rupieper</i>)	1	110
Lesiuk, Wiesław: Rady robotnicze żołnierskie chłopskie i ludowe w rejencji opolskiej w latach 1918 – 1919 (<i>Peter Raina</i>) (KA)	4	529

TAGUNGEN

Beier, Gerhard: Führende Kräfte und Gruppen in der deutschen Arbeiterschaft. Büdinger Gespräche [4. – 6. April 1974]	1	141
Momper, Walter und Sigrid Krüger: 4. Jahres- tagung der International Association of Labour History Institutions (IALHI) vom 5. – 7. Sep- tember 1973 in Bonn-Bad Godesberg	1	144
Momper, Walter: Die IX. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz vom 11. – 15. September 1973	1	123

NACHRUF

Herzfeld, Hans: In memoriam Georg Eckert	1	148
---	---	-----

BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND
BRIEFE AN DIE REDAKTION

Beier, Gerhard: Nachtrag zu Isabel M. Gardeners Beitrag: The Hans Gottfurcht Papers in H. 1	4	530
Klönne, Arno: Stellungnahme zu Helga Grebings Kritik des Aufsatzes von Gunnar Stollberg in H. 1	4	531

AUTORENREGISTER

- Angress, Werner T.
 H. 1, S. 117
 Beier, Gerhard
 H. 1, S. 113, 115, 117, 141;
 H. 2, S. 179, 262;
 H. 3, S. 373, 375, 396, 404;
 H. 4, S. 525, 528, 529, 530
 Beutler, Kurt
 H. 1, S. 52
 Biegert, Hans H.
 H. 1, S. 98, 99, 120
 Decker, Alexander
 H. 3, S. 269
 Dingel, Frank
 H. 3, S. 387
 Euchner, Walther
 H. 4, S. 516
 Fitterling, Dorothea
 H. 1, S. 103
 Friedemann, Peter
 H. 1, S. 84
 Gardener, Isabel M.
 H. 1, S. 81
 Grab, Walter
 H. 3, S. 383
 Grebing, Helga
 H. 1, S. 105; H. 3, S. 314
 Hamburger, Ernest
 H. 1, S. 104
 Hausen, Karin
 H. 1, S. 119
 Henning, Uwe
 H. 1, S. 52
 Herlitzka, Ernst K.
 H. 3, S. 403
 Herzfeld, Hans
 H. 1, S. 109, 148
 Kantorowicz, Alfred
 H. 2, S. 261, 264
 Katz, Henryk
 H. 3, S. 300
 Kittsteiner, Heinz-Dieter
 H. 4, S. 408
 Kleßmann, Christoph
 H. 2, S. 149
 Klönne, Arno
 H. 4, S. 531
 König, Joseph
 H. 4, S. 472
 Krause, Hartfrid
 H. 4, S. 457
 Krüger, Siegrid
 H. 1, S. 117, 144
 Kurata, Minoru
 H. 3, S. 327
 Lehmann, Ingrid
 H. 4, S. 496
 Lösche, Peter
 H. 1, S. 98, 121; H. 2, S. 256;
 H. 3, S. 398; H. 4, S. 519
 Maehl, William H.
 H. 4, S. 431
 Mattick, Paul
 H. 2, S. 257; H. 3, S. 374,
 376, 382
 Mehringer, Hartmut
 H. 4, S. 510, 521
 Mergner, Gottfried
 H. 1, S. 100
 Mez, Lutz
 H. 4, S. 522
 Mielke, Siegfried
 H. 1, S. 74
 Momper, Walter
 H. 1, S. 123, 144;
 H. 4, S. 525
 Na'aman, Shlomo
 H. 3, S. 384
 Nemitz, Kurt
 H. 2, S. 219
 Neumann, Helgard
 H. 3, S. 393
 Pöttsch, Stefan
 H. 2, S. 211
 Raina, Peter
 H. 4, S. 529
 Ruminiski, Hilmar
 H. 1, S. 111
 Rupieper, Hermann-Josef
 H. 1, S. 110
 Sager, Anneke
 H. 2, S. 266
 Skrzypczak, Henryk
 H. 1, S. 120; H. 2, S. 248, 251, 252;
 H. 4, S. 448, 506, 512, 525, 526,
 527, 528
 Schraepler, Ernst
 H. 1, S. 118, 119

Schwertl, Gerhard

H. 1, S. 58

Stollberg, Gunnar

H. 1, S. 1, 101; H. 3, S. 378;

H. 4, S. 519

Tarumi, Setsuko

H. 4, S. 457

Thienel, Ingrid

H. 2, S. 267

Veddeler, Peter

H. 3, S. 347

Wagner, Irene

H. 1, S. 71

Wheeler, Robert

H. 1, S. 40

21 35 Steinbach

Wilhelmshavener Str.51

5000